Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten

Band 9

Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe
des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung

Redaktion:
Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann

Silke Schumann

Parteierziehung in der Geheimpolizei

Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre

Ch. Links Verlag, Berlin

Die Meinungen, die in dieser Publikationsreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schumann, Silke: Parteierziehung in der
Geheimpolizei : zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre /
Silke Schumann. – 1. Aufl. – Berlin : Links, 1997
(Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ; 9)
ISBN 3-86153-146-1
NE: Deutschland / Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik:
Wissenschaftliche Reihe des ...

1. Auflage 1997
© Christoph Links Verlag – LinksDruck GmbH
Zehdenicker Straße 1, 10119 Berlin, Tel.: (030) 449 00 21
Reihenentwurf: KahaneDesign, Berlin
Satz: Ch. Links Verlag
Druck- und Bindearbeiten: WB-Druck, Rieden am Forggensee

ISBN 3-86153-146-1

Inhalt

1. Einleitung 7

2. Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstliche Tätigkeit: Begriffsbestimmung und Differenzierung 15

3. Zur Geschichte des Ministeriums bis 1957 22
3.1. Von den Vorläufern bis zum Juni-Aufstand 1953 22
3.2. Die Absetzung des Ministers Wilhelm Zaisser 29
3.3. Die Amtszeit Ernst Wollwebers 34

4. Der Parteiaufbau der SED im MfS 46
4.1. Vorläufer und Anfänge 46
4.2. Das 15. ZK-Plenum und die Auflösung der SED-Bezirksparteiorganisation 57
4.3. Die Kreisparteiorganisation VII c/1 im MfS Berlin 1953–1957 67

5. Die Anleitung der SED im MfS durch den zentralen Parteiapparat 73

6. Die Parteiarbeit im Apparat der Staatssicherheit 79
6.1. Disziplinierung 79
Kompetenzdiskussionen 81
Unterordnung unter geheimpolizeilich-geheimdienstliche Effizienz 89
Parteistrafen 102
6.2. Beteiligung an Kaderentscheidungen 104
6.3. Einfluß auf die „Fachschulung“ 112
6.4. Ideologische Schulung 114
Parteilehrjahr und „marxistisch-leninistische Schulung“ 115
Die „Auswertung“ politischer Ereignisse 126
Parteiversammlungen 129
6.5. Die Zusammenarbeit zwischen Parteileitungen und dienstlichen Vorgesetzten 134

7. Bilanz 143

8. Dokumente 150
Editorische Vorbemerkung 150
Verzeichnis der Dokumente 151
Dokumente 1 – 10 152

Anhang
Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur 204
Ungedruckte Quellen 204
Gedruckte Quellen und Literatur 206
Abkürzungsverzeichnis 214
Personenregister 216
Angaben zur Autorin 218

1. Einleitung

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war als „Schild und Schwert der Partei“ das wichtigste Herrschaftsinstrument der SED. Seine Schlagkraft ergab sich aus der spezifischen Kombination der ihm zugewiesenen Aufgaben: Es war Geheimpolizei, Geheimdienst und Untersuchungsorgan für politische Straftaten; außerdem besaß es militärische Verbände, die bei inneren Unruhen eingesetzt werden konnten.[1] Die Beziehungen zwischen der Staatspartei und ihrem Sicherheitsdienst waren komplex und vielschichtig. Formal gehörte das MfS zum Staatsapparat, seinem Selbstverständnis und seiner Funktion nach stellte es jedoch einen Parteigeheimdienst dar, der nicht nur die „führende Rolle“ der SED im Staat, sondern in erster Linie die Macht einer kleinen Gruppe von Funktionären in der Parteispitze sicherte. Diese Funktionärsgruppe mußte, wie letztlich alle diktatorischen Führungen, dafür sorgen, daß sich ihr Repressionsapparat nicht verselbständigte oder gar gegen sie wandte. Dabei hatte sie einen Balanceakt zwischen den konspirativen Notwendigkeiten geheimpolizeilicher und geheimdienstlicher Arbeit einerseits und den eigenen Kontrollinteressen andererseits zu vollführen.

Institutionell war das MfS der SED klar untergeordnet: Die Parteiführung leitete den Minister für Staatssicherheit mittels der Beschlüsse des Politbüros und der Sicherheitskommission an. In der Praxis wurde dieses Unterordnungsverhältnis, zumal während der fünfziger Jahre, dadurch kompliziert, daß die SED ihre führende Rolle gegenüber dem MfS mit der sowjetischen Brudermacht teilen mußte. Zudem waren die jeweiligen Leiter des Staatssicherheitsdienstes über ihre Mitgliedschaft im Zentralkomitee und dem Politbüro oder der Sicherheitskommission in die SED-Führung integriert. Personalunionen wie diese verwischten klare Weisungsstrukturen und begünstigten die Bildung informeller Einflußsphären und Allianzen. Sie banden ihre Träger zwar enger an die Partei, verliehen ihnen aber zusätzliche Macht, die sich im Konfliktfall auch gegen Teile der übrigen Parteiführung richten konnte. So waren die jeweiligen Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser und Ernst Wollweber, in den Jahren 1953 bzw. 1957 an prominenter Stelle der innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, zu finden.

Die vorliegende Studie gilt einer zweiten Ebene der Beziehungen zwischen SED und MfS, ohne die das Verhältnis zwischen Staatspartei und

1 Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln, 2. Aufl. 1984, S. 13.

Staatssicherheit unvollständig beschrieben wäre: Sie behandelt die SED-Betriebsparteiorganisation im MfS. Solche Betriebsparteiorganisationen existierten in allen volkseigenen Betrieben, Verwaltungen und Institutionen der DDR, in denen drei oder mehr SED-Mitglieder arbeiteten.[2] Sie sollten die „führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse" bis in die untersten hierarchischen Ebenen ihrer Betriebe und Verwaltungen durchsetzen sowie allen Mitarbeitern, auch den parteilosen, durch politische Propaganda die Ziele der SED nahebringen und sie zu hohen Leistungen an ihrem Arbeitsplatz motivieren.[3] Außerhalb der staatlichen Verwaltung besaßen sie seit 1954 auch das Recht zur „Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsleitungen" und sollten die Durchführung der Arbeitspläne überwachen. Wegen der „besonderen Arbeitsbedingungen" im Staatsapparat waren die Parteiorganisationen dort bis 1976 lediglich berechtigt, Arbeitsmängel in ihrer Institution an Parteimitglieder in leitenden Positionen dieser Institution, an das ZK der SED oder andere ihnen übergeordnete Parteiinstanzen zu melden.[4] Die Verästelungen der SED-Betriebsparteiorganisation im MfS reichten bis in die untersten hierarchischen Ebenen des Repressionsapparates; sie war damit das Instrument der SED-Führung für eine Steuerung und Überwachung des MfS von innen und von unten, welche die Anleitung von oben und von außen ergänzte.

Die Untersuchung analysiert Geschichte, Struktur und Tätigkeit der Parteiorganisation im Staatssicherheitsdienst in der Zeit von 1950 bis 1957. Im Jahr 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit offiziell gegründet und seine Betriebsparteiorganisation eingerichtet. Das Jahr 1957 bedeutete sowohl für die SED im MfS[5] wie auch für den Staatssicherheitsdienst selbst eine Zäsur, die in einem Personalwechsel an der Spitze ihren Ausdruck fand: Es wurden sowohl der Erste Sekretär der SED-Kreisparteiorganisation im MfS Berlin, Alfred Schönherr, als auch der Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, abgesetzt. Letzterer wurde überdies im Februar 1958 wegen Beteiligung an einer angeblichen „Fraktion" gegen Ulbricht aus dem ZK der SED ausgeschlossen. Der gewählte Zeitraum ist für die Geschichte der Parteiorganisation deshalb von besonderem Interesse,

2 Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem III. Parteitag am 20.–24.7.1950, hier Abschnitt 59, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, Berlin (Ost) 1952, S. 162–176, hier 174; Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem IV. Parteitag am 30.3.–6.4.1954, hier Abschnitt 62, in: ebenda, Bd. V, Berlin (Ost) 1956, S. 90–115, hier 108.

3 Vgl. Statut der SED 1950, Abschnitt 64, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bd. III, S. 175; Statut der SED 1954, Abschnitt 63, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bd. V, S. 108–110.

4 Statut der SED 1954, Abschnitt 70, in: ebenda, S. 111.

5 Von Juli 1953 bis November 1955 war der Staatssicherheitsdienst als Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) in das Ministerium des Innern eingegliedert. Im folgenden wird die Bezeichnung SfS nur in Aussagen benutzt, die sich ausschließlich auf diesen Zeitraum beziehen.

weil sich in dieser Phase Strukturen und Arbeitsweisen entwickelten, die ihre Existenz bis 1989 prägten.

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das Verhältnis zwischen der Arbeit der Parteiorganisation einerseits und der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes andererseits. Untersucht wird, wie die SED im MfS dazu beitrug, aus der Staatssicherheit ein Herrschaftsinstrument der Partei zu machen. Es wird geprüft, ob und auf welche Weise sie dabei mitwirkte zu verhindern, daß sich im Sicherheitsapparat eigene Interessen herausbildeten, die denen der Parteiführung zuwiderliefen. Zu fragen ist dabei einerseits, ob die Parteiorganisation ihren Einfluß auch in Bereichen geltend machen konnte, die eigentlich der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit zugerechnet werden können. Andererseits sollen auch etwaige Einflüsse der dienstlichen Leitung des Ministeriums auf die Parteiarbeit untersucht werden. Die Analyse gilt deshalb vor allem den Überschneidungszonen von Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Tätigkeit, die im Verlauf der Studie näher bestimmt werden.

Voraussetzung dafür sind zunächst Abgrenzung und innere Differenzierung der Begriffe „Parteiarbeit“ und „geheimpolizeilich-geheimdienstliche Tätigkeit“, wie sie im folgenden Kapitel vorgenommen werden. Es schließt sich ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Ministeriums bis 1957 an, der einige Rahmendaten für das Verständnis der Geschichte der Betriebsparteiorganisation enthält. Im Anschluß wird auf die Organisationsentwicklung der SED im MfS eingegangen und untersucht, wie die SED-Parteiführung die Parteiorganisation anleitete. Der zweite Teil wendet sich der Fragestellung im engeren Sinne zu: dem Verhältnis zwischen Parteiarbeit und Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes. Er behandelt wichtige Arbeitsbereiche der SED im MfS: die Disziplinierung der Parteimitglieder, ihre ideologische und „fachliche“ Schulung sowie die Mitwirkung der Parteiorganisation bei Kaderentscheidungen. Abschließend wird die Zusammenarbeit von Parteileitungen und dienstlichen Leitungen analysiert.

Bislang hat die Forschung über die SED im MfS wenig zutage gefördert: Bis Anfang der neunziger Jahre war eine empirische Erforschung ohnehin nicht möglich, weil das Innenleben des MfS strenger Geheimhaltung unterlag. Von den in Westdeutschland bis 1989 entstandenen Publikationen zur Staatssicherheit, die sich im wesentlichen auf Zeitungsmeldungen und geheimdienstliche Quellen stützten, enthält lediglich Karl Wilhelm Frickes Standardwerk „Die DDR-Staatssicherheit“ einen Abschnitt zur Parteiarbeit im MfS, der den Stand des Wissens vor der Öffnung der Akten repräsentiert.[6] In der DDR entstand zwar vor 1989 eine Geschichte der Staatssicherheit, die aber lediglich als internes Lehrmaterial der Juristischen Hochschule des MfS

6 Fricke: DDR-Staatssicherheit, S. 81–91.

benutzt wurde.[7] Sie enthält, gestützt auf Akten der SED-Kreisleitung im MfS Berlin, auch einige Anmerkungen zur Betriebsparteiorganisation im MfS, gibt allerdings wegen ihrer doktrinären Ausrichtung die historische Realität oberflächlich und verzerrt wieder, und steht, auch wegen ihres nichtöffentlichen Charakters, an der Grenze zwischen Literatur und Quelle. Die Öffnung der Archive von SED und MfS Anfang der neunziger Jahre führte bislang zu keinen substantiell neuen Forschungsergebnissen. Das von Karl Wilhelm Fricke gezeichnete Bild wurde lediglich um einige Detailinformationen erweitert.[8]

Über die angrenzenden Themenbereiche, das Ministerium für Staatssicherheit einerseits und die Staatspartei SED andererseits, existiert ein Fülle von Literatur,[9] von der jedoch nur ein relativ kleiner Teil Informationen über die späten vierziger und die fünfziger Jahre enthält. Für das MfS sei hier auf Jens Giesekes Zusammenfassung des gegenwärtigen Forschungsstandes zur Entwicklung des MfS verwiesen,[10] für das Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit vor allem auf den von Siegfried Suckut und Walter Süß herausgegebenen Tagungsband „Staatspartei und Staats-

7 Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. von der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS, o. O., o. J. Zu den fünfziger Jahren vgl. Teil III: Die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit. Die erfolgreiche Bekämpfung der Feinde in den ersten Jahren nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus (1949–1955); BStU, ZA, VVS MfS 160-69/73, S. 18, 46f., 69, 92–94, 112, 121f., sowie Teil IV: Der Kampf des Ministeriums für Staatssicherheit um die Gewährleistung der Sicherheit der DDR – ein Beitrag zur Sicherung des Friedens und zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1955–1961); BStU, ZA, VVS MfS 160-87/73, S. 12–16, 46–48, 68–70.

8 Vgl. Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1991, S. 16–18; ders.: Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED, in: Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 399–414, hier 404–409; Kerstin Jackob: Zur Arbeit des Sektors MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED in den fünfziger Jahren, in: Zwie-Gespräch (1992) 11, S. 12–22; Peter Siebenmorgen: „Staatssicherheit" der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993, S. 10–20.

9 Vgl. für das MfS: Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow (BF informiert, 15), BStU, Berlin, 2. Aufl. 1996; für die Literatur zur SED siehe die bibliographischen Anhänge bei Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, Frankfurt (Main), 2. Aufl. 1996, S. 470–473; Hermann Weber: Die DDR. 1945–1990, München, 2. Aufl. 1993, S. 234–241 sowie den Literaturüberblick des letzteren, in: ebenda, S. 157–168.

10 Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.); vgl. zum genannten Zeitraum außerdem: Norman M. Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation. 1945–1949, Cambridge (Massachusetts), London 1995, S. 353–397; Roger Engelmann: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51–72; Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57 (BF informiert, 1), BStU, Berlin 1995.

sicherheit".[11] Zur SED der fünfziger Jahre vermitteln die vor 1989 erschienenen älteren westdeutschen politologischen Standardwerke unter anderem von Eckart Förtsch, Joachim Schultz und Carola Stern nach wie vor wichtige Basisinformationen.[12] Außerdem liegen erste Ergebnisse der aktengestützten Forschung aus der Zeit nach 1989 vor,[13] von denen sich die Arbeiten von Helmut Müller-Enbergs[14] und Frank Stern[15] sowie der Band von Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder[16] zu inneren Auseinandersetzungen und Säuberungen in der SED als besonders hilfreich erwiesen. Eine umfassende aktengestützte Organisations-, Mitglieder- und Ideologiegeschichte der SED der fünfziger Jahre steht gleichwohl noch aus.

Ebensowenig sind bislang auf archivalischen Quellen beruhende empirische Paralleluntersuchungen über einzelne SED-Betriebsparteiorganisationen in anderen Verwaltungen, Institutionen oder Betrieben publiziert worden,

11 Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit; vgl. auch Walter Süß: Das Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung (BF informiert, 17), BStU, Berlin 1997; Karl Wilhelm Fricke: Herrschaftsinstrument der SED; Walter Süß: „Schild und Schwert" – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 83–97.

12 Eckart Förtsch und Rüdiger Mann: Die SED, Stuttgart u. a. 1969; Eckart Förtsch: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1946–1963), masch. Diss. Erlangen-Nürnberg 1964; Joachim Schultz: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart, Düsseldorf 1956; Carola Stern: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957; vgl. außerdem die in Anm. 20 genannten Untersuchungen. Zur Organisationsgeschichte im engeren Sinne waren überdies die folgenden beiden, in der DDR entstandenen, für den internen Dienstgebrauch im Zentralen Parteiarchiv erstellten Überblicke hilfreich: Günter Uebel und Erich Woitinas: Die Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren von 1946 bis 1954, masch. Manuskript, Berlin (Ost) 1966; Erich Woitinas und Walter Geder: Die Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom IV. bis VI. Parteitag (1954–1963), masch. Manuskript, Berlin (Ost) 1970.

13 Vgl. Monika Kaiser: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 57–86; dies.: Herrschaftsinstrumente und Funktionsmechanismen der SED in Bezirk, Kreis und Kommune, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, S. 1791–1834; Ilko-Sascha Kowalczuk: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!" Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: Ilko-Sascha Kowalczuk, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 171–242; Lutz Prieß: Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. II, S. 2464–2508.

14 Helmut Müller-Enbergs: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991.

15 Frank Stern: Dogma und Widerspruch. SED und Stalinismus in den Jahren 1946 bis 1958, München 1992.

16 Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde., Frankfurt (Oder) 1996.

sieht man einmal von den in der DDR entstandenen Untersuchungen ab, die wegen ihrer Unterordnung unter das Dogma der Unfehlbarkeit der herrschenden „Partei der Arbeiterklasse“ lediglich Bedeutung im Hinblick auf das offizielle Selbstverständnis der SED haben.[17] Der bislang begrenzte Wissensstand hat eine erhebliche Unsicherheit bei der Beurteilung des Einflusses der SED-Gliederungen in Betrieben, Verwaltungen und Institutionen zur Folge. Dies dokumentieren zwei Gutachten, die für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gefertigt wurden: Der Gutachter Thomas Ammer äußerte die Meinung, daß ungeachtet aller Unterschiede im einzelnen der Parteisekretär in vielen Betrieben, Institutionen und Behörden „der eigentliche Chef“ gewesen sei, der bei allen wichtigen Entscheidungen habe gefragt werden müssen.[18] Zumindest in bezug auf den Staatsapparat vertrat der Gutachter Georg Brunner geradezu die gegenteilige Auffassung: Die Hauptfunktion der dortigen Parteisekretäre sei diejenige einer Informationsquelle für die nächsthöhere Parteiinstanz gewesen.[19] Solche Bewertungsdivergenzen lassen sich nur durch die genaue Betrachtung einzelner Betriebsparteiorganisationen abbauen. In diesem Sinne leistet die vorliegende Studie auch einen Beitrag zur SED-Parteigeschichte, selbst wenn ihre Ergebnisse wegen des besonderen Charakters des MfS als „bewaffnetes Organ“, seiner konspirativen Struktur und seiner zentralen Rolle bei der Herrschaftssicherung des SED-Regimes nicht umstandslos verallgemeinert werden dürfen.

Da das Verhältnis zwischen SED und MfS einen Spezialfall des Verhältnisses zwischen führender Partei und Staat in der DDR darstellt, sind abschließend noch die in der Bundesrepublik Deutschland vor 1989 erschienenen Publikationen von Ernst Richert, Rudolf Schwarzenbach, Gert-Joachim Glaeßner und Gero Neugebauer zu nennen.[20] Ihre Untersuchungen zu Herrschaftstechniken und -methoden der SED gegenüber dem Staatsapparat enthalten wichtige Anregungen, auch wenn sie dabei, abge-

17 Vgl. z. B. Hans Maur: Die politische Führungstätigkeit der Parteiorganisation der SED beim Aufbau des Kombinats „Schwarze Pumpe“ bis zum V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (April 1955–Juli 1958), Dresden, masch. Diss. 1970; Eva Georgi und Helga Weißflog: Unser Ziel – Die Errichtung der Fundamente des Sozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte der BPO der Filmfabrik Wolfen 1949–1955, Wolfen 1986.

18 Thomas Ammer: Die Machthierarchie der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. II, S. 803–867, hier 818.

19 Georg Brunner: Staatsapparat und Parteiherrschaft in der DDR, in: ebenda, Bd. II, S. 989–1029, hier 1027.

20 Vgl. Ernst Richert: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln, Opladen 1958; Rudolf Schwarzenbach: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975), Köln 1976; Gert-Joachim Glaeßner: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977; Gero Neugebauer: Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparats durch die SED, Opladen 1978.

sehen von Richert, die Rolle des Repressionsorgans MfS aussparen. Sie weisen darauf hin, daß Partei und Staat zwar in der Praxis vielfältig miteinander verflochten waren, der Ideologie nach aber streng getrennte Aufgaben besaßen. Die „Partei der Arbeiterklasse“ gab kraft ihres Wissens um den gesetzmäßigen Gang der Geschichte den Weg der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft vor. Der Staatsapparat galt als das Instrument zur praktischen Umsetzung des Parteiwillens, seine Tätigkeit war also nicht in erster Linie auf die Erfüllung gegenwärtiger Bedürfnisse der Bevölkerung und die Bewältigung aktueller Probleme hin ausgerichtet, sondern auf das ideologisch begründete Zukunftsziel der kommunistischen Gesellschaft.[21] In der Verfolgung dieses Ziels besaß der Staat nach marxistisch-leninistischer Definition im wesentlichen repressive, wirtschaftsorganisatorische und kulturell-erzieherische Aufgaben: Er hatte für die Unterdrückung der Klassengegner zu sorgen, über die Wirtschaftsplanung die Produktion und Distribution von Gütern zu regeln, kulturelle und soziale Aufgaben zu lösen sowie bei alledem erzieherisch auf die Bürger einzuwirken, um sie zur aktiven Mitarbeit am sozialistischen Umgestaltungsprozeß zu bewegen. Die Partei wiederum mußte sicherstellen, daß der Staatsapparat angesichts seiner Fülle von Einzelaufgaben und der Zwänge, mit denen er täglich konfrontiert war, nicht die ihm von der Partei gestellten Aufgaben vernachlässigte.[22] Sie bediente sich dazu, wie Ernst Richert und Gero Neugebauer feststellten, verschiedener Techniken[23]: der Lenkung des Staatsapparats durch entsprechende Parteibeschlüsse, der personellen Verschmelzung der Spitzenpositionen in Partei und Staat, der Kaderarbeit und schließlich der Arbeit der Parteiorganisationen im Staatsapparat.

Die Untersuchung stützt sich vor allem auf ungedruckte Quellen aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) und der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv (SAPMO-BA). Die Akten der SED-Kreisleitung in der Zentrale des MfS (MfS Berlin), die beim Bundesbeauftragten lagern, bilden den wichtigsten Bestand.[24] Er enthält Beschlüsse und Arbeitspläne der Kreisleitung, außerdem Redemanuskripte und Protokolle von Kreisleitungssitzungen, Kreisparteiaktivtagungen, Kreisdelegiertenkonferenzen sowie für die Zeit ab 1957 auch von Büro- bzw. Sekretariatssitzungen. Bis zum Juni 1953 sind nur vereinzelte, gleichwohl zentrale Dokumente überliefert, die Jahre 1954 bis 1957 erwiesen sich als umfangreicher dokumentiert. Materialien aus den Grundorganisationen der SED in den Hauptabteilungen und Abteilungen des MfS Berlin liegen für den Untersuchungszeit-

21 Vgl. Richert: Macht ohne Mandat, S. XXXVIIf.
22 Vgl. ebenda, S. XXXV–XL; Glaeßner: Herrschaft durch Kader, inbes. S. 156–175.
23 Vgl. Richert: Macht ohne Mandat, S. 19–22; Neugebauer: Partei und Staatsapparat.
24 Die im folgenden für die Akten der Kreisleitung angegebenen Signaturen beruhen auf der Groberschließung des Bestandes. Eine künftige detaillierte Verzeichnung wird Änderungen dieser Signaturen zur Folge haben.

raum derzeit nicht vor, daher kann dieser Bereich nur insoweit berücksichtigt werden, als sich seine Tätigkeit in den Akten der Kreisleitung spiegelt. Ergänzend zum Bestand der SED-Kreisleitung wurden die Akten des Sekretariats des Ministers, die Kaderakten der Hauptabteilung Kader und Schulung sowie dienstliche Vorschriften aus der „Dokumentenstelle“ im Zentralarchiv des Bundesbeauftragten berücksichtigt. Aus der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv wurden insbesondere die Bestände des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED, des Sektors MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK sowie einige wenige, aber zentrale Dokumente aus dem Büro Ulbricht herangezogen. Zusammen mit den Protokollen der Sicherheitskommission aus dem Militärarchiv des Bundesarchivs in Freiburg beleuchten sie die Ebene der Anleitung der Parteiorganisation der SED im MfS durch die Parteiführung. Für die bis 1953 bestehende übergreifende Landes- bzw. Bezirksleitung der SED im MfS sind keine eigenen Bestände überliefert; ihre Geschichte muß anhand der genannten Quellen rekonstruiert werden. Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß die vermutlich nicht unerhebliche Rolle der sowjetischen Berater im MfS und der sowjetischen Stellen in der DDR im Zusammenhang mit der Parteiarbeit im MfS in den deutschen Unterlagen nur sehr punktuelle Spuren hinterlassen hat.

2. Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstliche Tätigkeit: Begriffsbestimmung und Differenzierung

Voraussetzung für eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Tätigkeit, letztere in den Quellen häufig als „fachliche" Arbeit bezeichnet, ist eine genaue Abgrenzung sowie eine innere Differenzierung dieser Begriffe. Dies erweist sich aus verschiedenen Gründen als nicht ganz einfach. Ein erstes Hindernis sind die unscharfen Konturen des Begriffs „Parteiarbeit". Die in der älteren politologischen Literatur angebotenen Definitionen und Untergliederungen geben Anregungen für eine Begriffsbildung, trennen für den hier verfolgten Zweck jedoch nicht scharf genug zwischen „Parteiarbeit" und „fachlicher" Arbeit. Joachim Schultz bezeichnet beispielsweise als „Parteiarbeit" alle jene Tätigkeiten, „die im Auftrag oder im Namen der SED von deren Mitgliedern und Funktionären ausgeübt werden"[25]. Da SED-Mitglieder auch durch ihre berufliche Tätigkeit in Betrieben, Verwaltungen, Institutionen und Organisationen Beschlüsse der Parteiführung ausführten, bezieht eine so definierte Parteiarbeit auch ihre „fachlichen" Tätigkeiten mit ein.[26] Gero Neugebauer unterscheidet bei seinen Überlegungen zur Rolle der Parteiorganisationen im Staatsapparat zwei Arbeitsbereiche: Die „politisch-ideologische Arbeit" der SED-Organisationen habe die politische Erziehung der Parteimitglieder und parteilosen Mitarbeiter zum Inhalt, mittels ihrer „Kontrolltätigkeit" überprüften sie, inwieweit bei der Erledigung der „fachlichen" Arbeit die Beschlüsse der SED eingehalten und zur Grundlage der Tätigkeit der jeweiligen staatlichen Struktureinheit gemacht würden.[27] Auch Neugebauers Begriff „Kontrolltätigkeit" bezeichnet genau jene Grauzone zwischen politischer und „fachlicher" Arbeit, die er mangels interner Quellen noch nicht präzise beschreiben konnte, die hier aber Gegenstand der Analyse ist.[28]

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem hohen Grad der Politisierung der „fachlichen" Tätigkeit im Staatsapparat der DDR: Ihr war durch die schon erwähnte Funktion des Staatsapparates als Instrument der Partei zur

25 Schultz: Funktionär in der Einheitspartei, S. 22.
26 Vgl. ebenda, S. 23.
27 Vgl. Neugebauer: Partei und Staatsapparat, S. 143–151. Die Einschränkung der Kontrollfunktionen der Parteiorganisationen in Verwaltungen durch das Statut der SED zwischen 1954 und 1976, so Neugebauer, habe zwar bedeutet, daß die Parteiorganisationen in den Verwaltungen nicht wie die übrigen Betriebsparteiorganisationen in den Leitungsprozeß hätten eingreifen können, in der Praxis jedoch Kontrolle keineswegs verhindert.
28 Zusätzlich zu den hier genannten Definitionen und Untergliederungen vgl. Förtsch/Mann: Die SED, S. 61f.

sozialistischen Umgestaltung per se ein starkes politisches Element inhärent, das sie von der letztendlich auf die Fertigung bestimmter Gütermengen ausgerichteten „fachlichen“ Tätigkeit im Produktionsbereich grundsätzlich unterschied. Dies dürfte die verschiedenen Verwaltungsbereiche unterschiedlich intensiv betroffen haben; extrem politisiert war der Staatssicherheitsdienst wegen seiner herrschaftssichernden Funktionen: Er hatte die Gegner des bestehenden Herrschaftssystems und der durch Partei und Staat initiierten Gesellschaftsveränderungen zu identifizieren und zu verfolgen, in Abhängigkeit von der marxistisch-leninistische Ideologie und ihrer jeweils aktuellen Auslegung durch die SED-Parteiführung. Von der Festlegung von Strategie und Taktik des MfS bis zu deren Umsetzung in einzelne Schritte der operativen Arbeit hatte die geheimdienstlich-geheimpolizeiliche Arbeit daher immer sowohl eine politische als auch eine „fachliche“ Komponente.

Sachlich-inhaltlich lassen sich Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit nicht klar voneinander trennen. Die analytische Trennung beider Tätigkeiten ist dennoch unverzichtbar, denn nur so können die angedeuteten Verschmelzungen und Verflechtungen genauer bestimmt werden. Da die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Parteiarbeit und „fachlicher“ Arbeit im Prinzip eine Untersuchung des Verhältnisses zweier Institutionen, nämlich des Parteiapparates im MfS und des dienstlichen Apparates der Staatssicherheit, zueinander darstellt, erscheint es sinnvoll, die Begriffe „Parteiarbeit“ und „geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit“ bezogen auf die Tätigkeit dieser Institutionen zu verwenden. Deshalb werden im folgenden unter „Parteiarbeit der SED“ ausschließlich Aktivitäten von Parteigliederungen oder Apparaten der SED verstanden. „Parteiarbeit der SED im MfS“ meint demnach alle Handlungen der SED-Parteiorganisation im MfS. Anders als die ältere politologische Literatur schließt die hier verwendete Begrifflichkeit diejenigen Handlungen aus, die einzelne Parteimitglieder als Mitarbeiter des Staats- oder Wirtschaftsapparates im Auftrag der Partei ausführten. So gehört eine Verhaftung, die der SED angehörende Mitarbeiter der Staatssicherheit auf Veranlassung des Politbüros vornahmen, nicht zur „Parteiarbeit“. Der institutionengebundenen Definition von „Parteiarbeit“ wird eine ebenfalls an der Institution orientierte Bestimmung des Begriffs der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit gegenübergestellt: Er meint alle jene Handlungen, die von den dienstlichen Gliederungen des Staatssicherheitsdienstes ausgehen. Präziser formuliert, lautet die im Mittelpunkt dieser Studie stehende Frage demnach: Welche Überschneidungszonen gab es im MfS zwischen der Arbeit der SED-Betriebsparteiorganisation und der Tätigkeit der dienstlichen Gliederungen? Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen in den Überschneidungszonen und wer war in diesen Bereichen federführend?

Im folgenden werden die bislang rein formal definierten Begriffe „Parteiarbeit“ und „fachliche Arbeit“ in Arbeitsinhalte oder Arbeitsfelder

weiter untergliedert, um die empirische Untersuchung zu ermöglichen. Für die „Parteiarbeit“ der SED im MfS bildete das jeweils gültige Statut der SED die allgemeine Grundlage.[29] Die erste spezifische Aufgabenbeschreibung enthielten die „Vorläufigen Bestimmungen über den Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit“ aus dem Jahr 1954.[30] In ihnen wurde der Parteiorganisation lediglich eine einzige Aufgabe zugewiesen: die „politisch-ideologische und politisch-moralische Erziehung aller Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit“. Aus diesem Erziehungsauftrag leiteten sich alle weiteren Einzelaufgaben ab: Sie bestanden vor allem in der Schulung des politischen Bewußtseins der SfS-Angehörigen sowie der ideologischen und moralischen Disziplinierung: Die Mitarbeiter des SfS seien „zum kompromißlosen Kampf gegen Agenten, Spione, Saboteure und alle Feinde der Arbeiter- und Bauernmacht“ zu erziehen. Die Parteiorganisation solle sie mit den „ruhmvollen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse“ ebenso vertraut machen wie „mit den großen Erfahrungen des Kampfes der sowjetischen Sicherheitsorgane“. „Glühender Haß“ sei ihnen zu vermitteln gegen die westeuropäischen und amerikanischen „Imperialisten“, die ihre Agenten ins Gebiet der DDR entsenden würden. Die politische Erziehungsarbeit solle die Mitarbeiter zur „Stärkung und Erhöhung der Einsatzbereitschaft“, zu „höchster Verantwortung“ und „größter politischer Wachsamkeit“ motivieren. Die Parteiorganisation sei verpflichtet, die „Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen“ zu wahren und müsse einen „schonungslosen Kampf gegen jene opportunistischen und spalterischen Elemente, gegen Versöhnler, Pazifisten und den Sozialdemokratismus“ führen. Nur eine untergeordnete Rolle spielte in den „vorläufigen Bestimmungen“ die Frage einer „Kontrolle“ im Sinne Neugebauers: So hatte die SED im SfS „die Autorität der Vorgesetzten zu stärken, diesen wirksame Hilfe bei der Organisierung des Arbeitsablaufes, der Planung und des operativen Einsatzes zu geben“. Bei der Erziehung der SfS-Angehörigen sollte sie auf die „Festigung“ von „Disziplin und Moral, in der Arbeit und im persönlichen Leben“, besonderen Wert legen. Außerdem war es Aufgabe der Parteiorganisation, „das politische und fachliche Studium“ der SfS-Mitarbeiter zu überwachen.[31]

So zentral dieses Dokument ist, weil es die überragende Bedeutung der Erziehungsfunktion in der Tätigkeit der Parteiorganisation der SED verdeutlicht, so lassen sich weder aus diesem noch aus einem anderen Einzeldokument konkrete Arbeitsgebiete ableiten. Erst aus einer Zusammenschau der überlieferten Unterlagen der SED ist eine Typologie der

29 Vgl. Statut der SED 1950, in: Dokumente der SED, Bd. III, S. 162–176; Statut der SED 1954, in: ebenda, Bd. V, S. 90–115.
30 Vgl. Dokument 5, S. 168–176.
31 Vgl. ebenda, S. 168–170.

Arbeitsfelder der SED im MfS zu gewinnen. Acht Tätigkeitsbereiche zeichnen sich ab:

1. Kaderarbeit: Sie umfaßte nach der in der DDR gängigen Definition die Auswahl von Personal für bestimmte Funktionen, ihre Erziehung und Förderung im Hinblick auf diese Funktionen sowie schließlich ihren Einsatz in der vorgesehenen Stellung.[32] Die SED im MfS betrieb Kaderarbeit sowohl im Hinblick auf ihre eigenen Funktionärspositionen als auch im Hinblick auf dienstliche Funktionen.

2. Schulung der SED-Mitglieder: Eigentlich Teil der Kaderarbeit, wird sie hier wegen ihrer zentralen Rolle in der Tätigkeit der Parteiorganisation als eigenes Arbeitsfeld aufgeführt. Im Vordergrund stand die ideologische Schulung der Parteimitglieder, die die SED im MfS selbst durchführte; die Parteiorganisation beschäftigte sich aber auch mit der „fachlichen" Schulung.[33]

3. Disziplinierung der SED-Mitglieder:[34] Auch für diese gilt, daß sie eigentlich einen Teil der Kaderarbeit darstellt, der aber hier wegen seiner Wichtigkeit innerhalb der Tätigkeit der Parteiorganisation ausgegliedert wird. Die Disziplinierung eines SED-Mitgliedes vollzog sich entweder, indem es vor der Versammlung der Grundorganisation oder vor der Parteileitung zur Rede gestellt wurde, oder – in schwerwiegenderen Fällen – durch ein Parteiverfahren, an dessen Ende Parteistrafen bis hin zum Ausschluß aus der Partei verhängt werden konnten.

4. Mitwirkung bei der materiellen Versorgung der Mitarbeiter, von der SED im MfS selbst als „Sorge um den Menschen"[35] bezeichnet: So kümmerte sich die Parteiorganisation um Wohnungsprobleme der Mitarbeiter[36] oder setzte sich für ihre gesundheitliche Betreuung ein.[37] Allerdings besaß diese Betreuung eine Doppelfunktion: Während sich die Partei einerseits durchaus für die Belange der Mitarbeiter engagierte, sollte sie andererseits die Interessen des MfS bezüglich Arbeitseffektivität, Konspiration und sparsamer Verwendung von materiellen Ressourcen mittels erzieherischer Maßnahmen gegenüber ihren Mitgliedern durchsetzen.

32 Vgl. Kap. 6.2., S. 104–112.
33 Vgl. Kap. 6.3. und 6.4., S. 112–134.
34 Vgl. Kap. 6.1., S. 79–104.
35 Vgl. Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Früholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 557–596, hier 587; Parallelüberlieferung: BStU, ZA, Sekretariat des Ministers (SdM) 1199, Bl. 275–312.
36 Vgl. Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954, Redebeitrag des Delegierten Otto; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 241–245, hier 244.
37 Vgl. etwa Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Kurt Kuchenbecker; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 492; Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung der Betriebsparteiorganisation im SfS [gemeint: KL-SED] auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954, vorgetragen von Hermann Steudner; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 171–223, hier 214f.

5. Kultur- und Sportarbeit: Die Kreisparteiorganisation bestimmte die Linie der Kultur- und Sportarbeit im MfS, leitete die FDJ-Organisation im MfS bei der Betreuung MfS-eigener Kulturgruppen sowie des Sportvereins „Dynamo“ an und organisierte schließlich eigene kulturelle Veranstaltungen, bei denen oftmals allerdings der Übergang zur politischen Schulung fließend war.[38]

6. „Politische Massenarbeit“: Mit ihr suchte die SED den nicht der Partei angehörenden Teil der Bevölkerung zu erreichen. Innerhalb des MfS spielte sie eine relativ geringe Rolle, da der überwiegende Teil seiner Mitarbeiter gleichzeitig Parteimitglied war. Angehörige der SED im MfS engagierten sich jedoch außerhalb der Staatssicherheit in ihren Wohngebieten als Wahlhelfer oder Schulelternbeiräte oder sie wirkten im Nationalen Aufbauwerk mit, einer von der Nationalen Front gelenkten Bewegung, die den Wiederaufbau fördern sollte.[39]

7. Anleitung der FDJ-Arbeit im MfS: Die Parteiorganisation leitete die FDJ-Kreisorganisation im MfS mit an, indem ihre Funktionäre in deren Leitungen mitarbeiteten und die FDJ-Leitungen vor Parteigremien berichteten. Der Erste Sekretär der FDJ-Kreisleitung war Mitglied des Sekretariats bzw. Büros der Kreisleitung.

8. Interne organisatorische Arbeit: Diese umfaßte alle Tätigkeiten, die die Voraussetzung für die inhaltliche Arbeit der Parteiorganisation waren, also beispielsweise die Organisation von Sitzungen, die Festlegung von Arbeitsabläufen, die Mitgliederregistrierung und die Einziehung der Mitgliedsbeiträge.

Die vielfältigen Aufgaben des MfS als Nachrichtendienst, Geheimpolizei und Untersuchungsorgan der Staatsanwaltschaft sind in den Aufgabenbeschreibungen der einzelnen Diensteinheiten niedergelegt. Für die achtziger Jahre liegen mittlerweile auch detaillierte Übersichten zu den Arbeitsgebieten des MfS vor,[40] die zusammen mit den Grundinformationen zur Struktur des Staatssicherheitsdienstes in den fünfziger Jahren[41] eine Grundlage für eine Aufgliederung der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit bilden können: So bildete die „operative Arbeit“ die zentrale

38 Vgl. z. B. Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 11.11.1957 „zur Auswertung der Kulturkonferenz der SED vom 23. und 24.10.1957“; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1026f.; Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 28.11.1957 „über die Verbesserung der Kulturarbeit im MfS“; ebenda, Bl. 1028–1032.

39 Vgl. z. B. Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 31.12.1957 „zum Bericht über die Erfüllung des Nationalen Aufbauwerkes 1957 und Vorbereitung der Tätigkeit im NAW 1958“; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1033f.

40 Vgl. Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, bearbeitet von Roland Wiedmann (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil V/1), BStU, Berlin 1995, sowie bezogen auf die Tätigkeitsfelder der Mitarbeiter: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 21f.

41 Siehe Organigramm auf S. 21.

Aufgabe des MfS. Sie umfaßte die geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Maßnahmen im engeren Sinne von der Bespitzelung eines Verdächtigen über dessen Verhaftung und Vernehmung bis zur Übergabe an die Justiz sowie die Berichterstattung an die Parteiführung über Stimmungen und Ereignisse. Einen zweiten Tätigkeitsbereich stellte der sogenannte „Wach- und Sicherungsdienst“ dar: also die Bewachung von Gebäuden sowie der Schutz von Partei- und Staatsfunktionären. Als Teil der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit im weiteren Sinne sind schließlich die Tätigkeiten der verwaltenden Diensteinheiten zu werten: Kaderwerbung, -schulung und -betreuung sowie Finanz- und Materialverwaltung schufen die Voraussetzungen für die eigentliche operative Arbeit.

3. Zur Geschichte des Ministeriums bis 1957

Der folgende Überblick kann die noch ausstehende Darstellung des MfS in den fünfziger Jahren nicht ersetzen, enthält aber einige Rahmeninformationen für die Geschichte seiner Parteiorganisation. Er konzentriert sich auf drei zentrale Phasen in der Geschichte des Ministeriums, auf seine Gründung sowie die Vorgänge um die Absetzung der beiden ersten Staatssicherheitschefs, Wilhelm Zaisser und Ernst Wollweber.

3.1. Von den Vorläufern bis zum Juni-Aufstand 1953

Zentrale Vorläuferinstitutionen des MfS waren das Referat K 5 der Kriminalpolizei in der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) sowie die Dezernate K 5 und Kriminalkommissariate 5 auf Länder- und Kreisebene. In Ansätzen seit 1945 bestehend, wurde die K 5 in Folge des Entnazifizierungsbefehls 201 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) seit 1947 erheblich ausgebaut und reorganisiert.[43] Unter Anleitung der sowjetischen Sicherheitsorgane entwickelte sie sich zu einer regelrechten Geheimpolizei.[44] Unter anderem hatte die K 5 Attentate, Sabotageakte, Sprengstoff- und Waffenvergehen zu verfolgen, die Weiterführung von NS-Organisationen, die Verbreitung von Gerüchten und Parolen und sonstige Verstöße gegen den Aufbau der volksdemokratischen Ordnung zu bekämpfen.[45] Bei weiteren in der Literatur mitunter als Vorläufer genannten Institutionen, den „Informationsabteilungen“ bei den Landes- und Provinzialverwaltungen[46] mit der „Abteilung Nachrichten und Information“ in der DVdI als Überbau[47] sowie dem „Ausschuß zum

43 Vgl. Naimark: Russians, S. 360f.

44 Vgl. ebenda 361f.; zur Tätigkeit der K 5 vgl. auch Jahresberichte des Dezernates K 5 im Land Sachsen für 1947 (Januar) und 1948 (o. D.); BStU, ZA, AS 229/66, Bl. 362–588 und 589–790.

45 Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.); Naimark: Russians, S. 362.

46 Dieter Marc Schneider: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), in: Martin Broszat und Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München, 2. Aufl. 1993, S. 207–217, hier 216.

47 Vgl. Jochen Laufer: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland. Zur Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern in der Sowjetischen Besatzungszone (1946), in: Bernd Florath, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146–168, hier 162–164; Naimark: Russians, S. 364–366.

Schutze des Volkseigentums bei der deutschen Wirtschaftskommission“[48] kann eine direkte organisatorische Kontinuität inzwischen ausgeschlossen werden.[49]

Eine zentrale Rolle beim Aufbau des Sicherheitsapparates der SBZ/DDR spielte die Mitte 1946 unter Geheimhaltung gegründete DVdI. Sie sollte das nach Ländern und Provinzen strukturierte Polizeiwesen, zu dem auch die K 5 gehörte, zentralisieren und die kaderpolitischen Interessen der SED in der Polizei durchsetzen.[50] Daneben war sie für den ab 1948 gezielt betriebenen Aufbau kasernierter militärischer Verbände zuständig.[51] Einer der drei Vizepräsidenten der DVdI war Erich Mielke,[52] der zunächst vor allem für Personalpolitik und Personalschulung, ab 1948 jedoch ausschließlich für den Aufbau des für die politische Arbeit in der DVdI und der Volkspolizei zuständigen Politkulturapparates verantwortlich zeichnete.[53] 1949 wurde die K 5 aufgelöst und eine „Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft“ in der DVdI geschaffen, die mit der Gründung der DDR am 7. Oktober in das Ministerium des Innern überging. Das Gesetz vom 8. Februar 1950 erhob diese zum Ministerium für Staatssicherheit.[54] Der Innenminister der DDR, Karl Steinhoff, definierte für die Öffentlichkeit die Aufgaben des neuen Ministeriums wie folgt: Es solle die volkseigene Wirtschaft vor Anschlägen und Angriffen schützen, gegen feindliche Agenten und Saboteure kämpfen, die „demokratische

48 Fricke: DDR-Staatssicherheit, S. 22. Entgegen den Vermutungen Frickes wurde dieser Ausschuß nicht von Mielke geleitet, sondern von Dr. Friedrich Lange; Strukturplan der Deutschen Wirtschaftskommission für die SBZ, o. D., mit Beischreiben Pieck an Mielke am 30.4.1948; BStU, ZA, SdM 374, Bl. 2–6, hier 3 und 6.

49 Vgl. Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.).

50 Vgl. Protokoll der „Konferenz der Präsidenten der DVdI mit den Chefs der Polizei der Länder und Provinzen in der SBZ und den Vertretern des SMAD“ am 30.10.1946; BStU, ZA, AS 229/66, Bl. 43–136, hier 44–46.

51 Schneider: DVdI, S. 213–215. Zu Auf- und Ausbau der militärischen Verbände siehe Wolfgang Eisert: Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der SED-Führung 1948 bis 1952, in: Bruno Thoß (Hrsg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 141–204; Günther Glaser (Hrsg.): „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, Frankfurt (Main) u. a. 1995.

52 Zur Biographie Erich Mielkes siehe Jochen von Lang: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Berlin 1991; Wilfriede Otto: Zur Biographie von Erich Mielke. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1994.

53 Vgl. Protokoll der „Konferenz der Präsidenten der DVdI mit den Chefs der Polizei der Länder und Provinzen in der SBZ und den Vertretern des SMAD“ am 30.10.1946; BStU, ZA, AS 229/66, Bl. 43–136, hier 43; Protokoll der Sitzung des Präsidiums der DVdI am 27.7.48; BA, DO 1/7, 42, Bl. 1–3, hier 2; Sekretariat des Präsidenten: Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan der DVdI vom 22.10.1948; BA, DO 1/7, 16, Bl. 137–141, hier 139.

54 Fricke: DDR-Staatssicherheit, S. 24.

Entwicklung“ im Sinne der SED und die störungsfreie Erfüllung der Wirtschaftspläne sicherstellen.[55]

Tatsächlich richtete sich die Aufmerksamkeit des MfS zum Teil auf westliche Geheimdienste sowie auf die als Agentengruppen wahrgenommenen Organisationen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KGU), „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ (UfJ) und Ostbüro der SPD[56]; und auch die operative Bearbeitung volkseigener Betriebe spielte in seiner Tätigkeit von Anfang an eine Rolle.[57] Vor allem aber unterstützte die Staatssicherheit die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) bei den nach der „Entlarvung“ des angeblichen CIA-Agenten Noël Field[58] einsetzenden Parteisäuberungen, die die SED von einer noch stark durch die Vereinigung mit der SPD geprägten Massenpartei zu einer stalinistischen „Partei Neuen Typs“ umformen sollten[59]. Ihnen fielen unter anderen auch das Politbüromitglied Paul Merker, der westdeutsche KPD-Funktionär Kurt Müller sowie der Reichsbahnchef Willi Kreikemeyer zum Opfer.[60]

Das neue Ministerium besaß eine Zentrale in Berlin, Landesverwaltungen in den fünf Ländern der DDR sowie die Verwaltung Groß-Berlin und seit 1951 die Objektverwaltung Wismut, außerdem in den Kreisen eigene Kreisdienststellen. Mit der Abschaffung der Länder 1952 wurden die Landesverwaltungen durch vierzehn Bezirksverwaltungen ersetzt, die Verwaltung Groß-Berlin und die Objektverwaltung Wismut blieben erhalten. Durch die gleichzeitige Vermehrung der Kreise der DDR wuchs die Anzahl der Kreisdienststellen: Im März 1953 waren es 192.[61] Am 16. Mai 1952 ging die Grenzpolizei[62], zum 1. Januar 1953 auch die Transportpolizei (Bahnpolizei)[63] aus dem Ministerium des Innern in das MfS über. Nicht zum MfS gehörte dagegen bis Sommer 1953 die Auslandsaufklärung der DDR. Formal war der als „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ getarnte Dienst

55 10. Sitzung der Provisorischen Volkskammer der DDR am 8.2.1950, Redebeitrag Karl Steinhoff, in: Protokolle der Provisorischen Volkskammer, S. 213.

56 Vgl. Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 27f.

57 Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch, Teil III/10), BStU, Berlin 1997, S. 13–15.

58 Vgl. Wolfgang Kießling: Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noël Field und Paul Merker, Berlin 1994.

59 Thomas Klein: Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung, in: Klein/Otto/Grieder Visionen, S. 9–135:, hier 28.

60 Vgl. Kießling: „Narrenparadies“; ders.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Berlin 1995; ders.: Willi Kreikemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef, Berlin 1997.

61 Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.).

62 Wolfgang Eisert u. a. (Autorenkollektiv): Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), 2. Aufl. 1989, S. 29.

63 SBZ von A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, 7. Aufl. 1962, S. 444.

Teil des Außenministeriums der DDR, nach Aussage von Markus Wolf leitete ihn jedoch in Wirklichkeit der sowjetische Außenminister.[64]

Zum ersten Minister für Staatssicherheit bestimmte das SED-Politbüro Wilhelm Zaisser,[65] den bisherigen Leiter der Hauptverwaltung Ausbildung im Ministerium des Innern, eines Vorläufers der Kasernierten Volkspolizei (KVP), zu seinem Stellvertreter ernannte es Erich Mielke. Zugleich wurde Zaisser ins Politbüro kooptiert, wo er die Zuständigkeit für Polizei und Staatssicherheit erhielt.[66] Er war in einer Doppelfunktion, als Minister und als Politbüromitglied, für die Leitung des MfS zuständig, unterstand also gewissermaßen seiner eigenen politischen Kontrolle. Gegenüber den schwach ausgebildeten Anleitungsstrukturen von seiten der SED dominierten in der Frühzeit diejenigen der sowjetischen Geheimdienste MWD und MGB. Die Staatssicherheit war in der Anfangsphase stark mit sowjetischen Beratern durchsetzt, die die operative Arbeit maßgeblich bestimmten und den Deutschen erst einmal das geheimdienstliche Handwerkszeug vermittelten.[67] Bis in die erste Jahreshälfte 1952 hinein bearbeiteten die sowjetischen Fachleute außerdem die wichtigeren operativen Vorgänge selbst.[68] Schließlich hatten zumindest die beiden ersten Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser und Ernst Wollweber, in früheren Jahren in den Diensten des sowjetischen Geheimdienstes gestanden. Gerade in der Anfangszeit war das MfS deshalb, wie Walter Süß formulierte, „Diener zweier Herren“, der deutschen SED und der sowjetischen Besatzungsmacht.[69]

Ende Februar 1952 berichtete der Chef des KGB-Apparates in Berlin, Generalmajor Kawerznew nach Moskau, daß sein Dienst nunmehr die Kompetenzen der deutschen Mitarbeiter des MfS erweitert habe. Die russischen Berater seien von der eigentlichen operativen Arbeit befreit worden, die Länderverwaltungen des MfS, die über ihre Tätigkeit anscheinend bisher den sowjetischen Beratern Rechenschaft abgelegt hatten,

64 Irene Runge und Uwe Stelbrink: Markus Wolf: „Ich bin kein Spion“, Berlin 1990, S. 14. Wolf nennt den Namen Wjatscheslaw M. Molotow. Dieser war jedoch nur von 1939 bis 1949 und von März 1953 bis Mai 1956 Volkskommissar des Äußeren bzw. Außenminister, von März 1949 bis März 1953 hatte Andrej J. Wyschinski das Amt inne.

65 Zur Biographie Zaissers siehe Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 230–232.

66 Erste ausdrückliche Benennung dieser Arbeitsgebiete im Protokoll der Politbürositzung am 11.11.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/244, Bl. 18; vgl. auch Runge/Stelbrink: Spion, S. 65f.

67 Vgl. Sergei A. Kondraschew: Stärken und Schwächen der sowjetischen Nachrichtendienste insbesondere in bezug auf Deutschland in der Nachkriegszeit, in: Wolfgang Krieger und Jürgen Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München, Landsberg am Lech 1997, S. 145–153, hier 152; Engelmann: Diener zweier Herren, S. 51–72, hier 53f.; vgl. auch Bernhard Marquardt: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Karl Wilhelm Frikke und Bernhard Marquardt: DDR-Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum 1995, S. 40–108, hier 56–60.

68 Vgl. Kondraschew: Stärken und Schwächen, S. 152.

69 Süß: „Schild und Schwert“, S. 88f.

würden jetzt direkt die Zentrale des Ministeriums in Berlin über ihre Arbeit informieren.[70] Die Stärkung der deutschen Eigenverantwortung im Staatssicherheitsbereich läßt sich auch daran ablesen, daß sich das Politbüro im März 1952 erstmals ausführlicher mit dem Staatssicherheitsdienst beschäftigte.[71] In seiner „Entschließung über die Arbeit des MfS" kritisierte es, daß das Ministerium es bislang nicht verstanden habe, das „volle Vertrauen der gesamten fortschrittlichen Bevölkerung"[72] zu erringen und sich deshalb nicht auf deren Mithilfe stützen könne, was bedeutete, daß das MfS zu wenig Informanten besaß. Ursache dafür, so die Entschließung, seien das überhebliche Auftreten mancher MfS-Mitarbeiter und die Tatsache, daß das Ministerium immer wieder die „demokratische Gesetzlichkeit", also die gesetzlichen Vorschriften, mißachte. Den Mißständen sollte durch eine verbesserte Parteiarbeit im MfS, durch eine intensivere politische und „fachliche" Schulung, durch einen Abbau der bislang hohen Fluktuationsrate des Personals und schließlich durch eine verbesserte Anleitung der Landesverwaltungen und Kreisdienststellen durch die Zentrale des MfS abgeholfen werden.[73] Überdies wies das Politbüro das MfS an, bei seiner Arbeit „die deutschen Gesetze sowie die Direktive über die Verbesserung der Arbeit der Justiz und der Untersuchungsorgane [...] strengstens zu beachten".[74] Letzteres stellte keine Verpflichtung des MfS auf rechtsstaatliches Verhalten dar; vielmehr wurde es damit in die seit 1950 mit besonderer Intensität betriebene Umgestaltung der Justiz zu einem Instrument der Herrschaftssicherung und der gesellschaftlichen Umwälzung einbezogen.[75] Insgesamt ist die Kontinuität der Kritik in späteren Parteidokumenten bemerkenswert, in denen immer wieder die gleichen Defizite moniert und auch ähnliche Vorschläge zur Abhilfe wie 1952 gemacht wurden.[76]

Im Juli 1952 beschloß die 2. Parteikonferenz den „Aufbau des Sozialis-

70 Schreiben von M. K. Kawerznew an Semjon D. Ignatew vom 29.2.1952, zitiert nach: Kondraschew: Stärken und Schwächen, S. 152.

71 Protokoll der Politbürositzung am 18.3.1952 mit Anlage 8: Entschließung des Politbüros über die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (künftig: Entschließung des Politbüros über die Arbeit des MfS vom 18.3.1952); SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/202, Bl. 6 und 81–86; in Auszügen veröffentlicht in: Dierk Hoffmann, Karl-Heinz Schmidt und Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates. 1949–1961, München, Zürich 1993, S. 104–106.

72 Entschließung des Politbüros über die Arbeit des MfS vom 18.3.1952, Bl. 81.

73 Vgl. ebenda, Bl. 82–86.

74 Ebenda, Bl. 83. Bei der letztgenannten Direktive wird es sich um die am 11.12.1951 vom Politbüro verabschiedeten „Maßnahmen zur Verbesserung der Organe der Justiz und ihrer Arbeit in der DDR" gehandelt haben; vgl. Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 41.

75 Vgl. ebenda, S. 26–46.

76 Vgl. außer den im weiteren Text genannten Reden und Beschlüssen z. B. Aktennotiz über „Besprechung beim Genossen Walter Ulbricht am 8.1.1954"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/119, Bl. 1–9; Walter Ulbricht: Rede auf der Dienstkonferenz im SfS am 3.11.1955; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 81–104.

mus“. Die SED forcierte den Aufbau der militärischen Verbände, stärkte die Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterindustrie, trieb die Kollektivierung der Landwirtschaft, häufig unter Einsatz von Zwangsmaßnahmen, voran und verschärfte den Druck auf den Mittelstand und die Selbständigen ebenso wie auf die Kirche, machte sich mithin große Teile der Gesellschaft zum Gegner.[77] Nach dem Prozeß gegen den tschechischen KP-Führer Rudolf Slánský im November 1952 kündigte sich zudem eine neuerliche Intensivierung der Parteisäuberungen an, diesmal mit antijüdischem Akzent.[78] Das MfS wurde in dieser Phase personell erheblich ausgebaut und steigerte seine Aktivität.[79] Allein zwischen August und Dezember 1952 wurden 1 476 Personen inhaftiert[80], darunter so prominente Leute wie der LDPD-Politiker und Minister für Handel und Versorgung Karl Hamann, im Januar 1953 auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU und Außenminister Georg Dertinger. Gemäß der Stalinschen Lehre von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus erklärte Walter Ulbricht im Mai 1953 im MfS, die „feindlichen Kräfte“ hätten ihre Tätigkeit in Reaktion auf die gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR in letzter Zeit verstärkt. Die Erfolge der Staatssicherheit bei deren Bekämpfung reichten in der jetzigen Situation nicht mehr aus. „Die Staatssicherheit“, so Ulbricht, „muß alles wissen, das ist jetzt etwas mehr, als das früher der Fall gewesen ist.“[81]

Die ungeheuren Kosten der beschleunigten gesellschaftlichen Umgestaltung sowie die Massenflucht der Menschen angesichts der Repressionen brachten die DDR in der ersten Hälfte des Jahres 1953 in eine schwierige wirtschaftliche Situation.[82] Zudem hatte sich mit dem Tode Stalins Anfang März die internationale Lage verändert. Die deutschlandpolitischen Ziele der neuen KPdSU-Führung bedürfen zwar noch näherer Untersuchung; die kontroverse Diskussion um diese Frage kann hier lediglich am Rande berührt werden.[83]

77 Vgl. Staritz: DDR, S. 95–107; Armin Mitter und Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 27–55.

78 Vgl. Wilfriede Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, In: Klein/Otto/Grieder: Visionen, S. 137–561, hier 217–223.

79 Gieseke: Hauptamtliche, S. 40.

80 Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, S. 29.

81 Vgl. Walter Ulbricht: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS am 28.5.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 232–260, hier 234–240, Zitat 240.

82 Vgl. Dieter Schulz: Der Weg in die Krise 1953, Berlin 1993, S. 13–30; Torsten Diedrich: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 27–47; Staritz: DDR, S. 100–109.

83 Vgl. u. a. Gerhard Wettig: Sowjetische Wiedervereinigungsbemühungen im ausgehenden Frühjahr 1953? Neue Aufschlüsse über ein altes Problem, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 943–958; ders.: Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 674–682; ders.: Neue Erkenntnisse über Berijas Deutschland-Politik? Neue Aufschlüsse über ein altes Problem, in: ebenda, S. 1412f.; Wilfriede Otto: Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme, in: ebenda, S. 948–954; Gerhard Wettig: Nochmals: Berijas Deutschland-Politik, in: ebenda, S.1089–1093; Wilfried Loth: Stalins un-

Es gibt jedoch deutliche Hinweise darauf, daß zumindest für eines ihrer Mitglieder die Existenz der DDR im Frühjahr 1953 zur Disposition gestanden hat: Der Chef des sowjetischen Geheimdienstes Lawrenti P. Berija hat offenbar über Geheimdienstkanäle in der Bundesrepublik und der USA sondieren lassen, ob sich über eine Wiedervereinigung Deutschlands eine milliardenschwere Wirtschaftshilfe für die UdSSR erhandeln ließe. Möglicherweise war auch Ministerpräsident Georgi M. Malenkow in diese Initiative eingeweiht.[84] Seine Gleichgültigkeit gegenüber einer sozialistischen Entwicklung in der DDR hat Berija, falls den Erinnerungen des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw M. Molotow und seines Stellvertreters Andrei A. Gromyko zu trauen ist, im Mai auch im Präsidium der KPdSU zum Ausdruck gebracht.[85]

Sicher ist, daß die KPdSU auf Hilfesuchen der SED im April 1953 zwar die Lieferung von Rohstoffen und die Verringerung von Reparationsverpflichtungen zusagte, wirklich substantielle Wirtschaftshilfen aber verweigerte.[86] Statt dessen scheint sie auf eine Milderung des politischen Kurses der SED gedrängt zu haben,[87] zu der Ulbricht jedoch nicht bereit war. Vielmehr beschloß das Zentralkomitee zur Erbitterung der Arbeiterschaft am 14. Mai eine Erhöhung der Arbeitsnormen, um die finanzielle Lage des Staates zu verbessern.[88] Ende Mai 1953 forderte der Ministerrat der UdSSR die SED-Führung schließlich ultimativ auf, die „Forcierung des Aufbaus des Sozialismus“ zurückzunehmen.[89] Die sowjetischen Weisungen setzte das Politbüro in seinem Kommuniqué vom 9. Juni 1953 um, das den „Neuen Kurs“ einleitete: Darin versprach es unter anderem, die Lebenshaltung der Bevölkerung zu verbessern, die einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie aufzuheben und die Repressionen gegenüber Bauern, Handwerkern, Groß- und Einzelhändlern, privaten Betrieben sowie gegenüber der Kirche einzustellen.[90] Nicht zurückgenommen wurde allerdings

geliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 196–216; Lew Besymenski: Sowjetischer Nachrichtendienst und Wiedervereinigung Deutschlands: Der Berija-Plan von 1953, in: Krieger/Weber (Hrsg.): Spionage, S. 155–159; Gerhard Wettig: Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschland-Politik im Frühjahr und Sommer 1953, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 495–507.

84 Vgl. Pawel Anatoljewitsch Sudoplatow und Anatolij Sudoplatow: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf u. a. 1994, S. 421f.; Besymenski: Berija-Plan, hier 157f.; Loth: Stalins ungeliebtes Kind, S. 198–200; Wettig, Neue Erkenntnisse, S. 1412f.

85 Vgl. Wettig: Wiedervereinigungsbemühungen, S. 953f.; ders.: Zum Stand der Forschung, S. 676f.

86 Ebenda, S. 678; Schulz: Weg in die Krise, S. 28.

87 Loth: Stalins ungeliebtes Kind, S. 196f.; Staritz: DDR, S. 108.

88 Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit. Beschluß des ZK vom 14. Mai 1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 410–414.

89 Eine deutsche Übersetzung veröffentlicht von Rolf Stöckigt: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 648–654.

90 Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953; in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 428–431.

die Erhöhung der Arbeitsnormen. In der Bevölkerung wurde die Verkündung des neuen Kurses vielfach als Schwäche der Parteiführung interpretiert. Dies und die weiterhin offene Normenfrage lösten schließlich den Aufstand des 17. Juni aus. Obwohl es durch Arbeitsniederlegungen in den Monaten zuvor hätte gewarnt sein können[91], wurde das MfS von den Ereignissen völlig überrascht. In einigen Städten wurden Kreisdienststellen gestürmt, Brände gelegt, Akten zerstört und MfS-Angehörige bedroht. In den meisten Fällen konnten erst die zu Hilfe gerufenen sowjetischen Truppen die Dienststellen des MfS wieder räumen.[92] Erste organisatorische Konsequenzen wurden bereits Ende Juni gezogen: Am 27. dieses Monats ging die Grenzpolizei vom Verantwortungsbereich des Staatssicherheitsdienstes in den des Innenministeriums über.[93]

3.2. Die Absetzung des Ministers Wilhelm Zaisser

Im Kontext dieser Vorgänge erreichte eine machtpolitische Auseinandersetzung im Politbüro ihren Höhepunkt, in der neben dem Politbürokandidaten und Chefredakteur der SED-Parteizeitung „Neues Deutschland", Rudolf Herrnstadt, auch der Chef der Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, eine wichtige Rolle spielte. Vordergründig ging es dabei um den selbstherrlichen Arbeitsstil Walter Ulbrichts sowie dessen Neigung, am Politbüro vorbei eigenmächtige Entscheidungen zu fällen.[94] Es gab aber auch politische Differenzen zwischen den Kontrahenten. Ulbricht ging es im wesent-

91 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk und Armin Mitter: „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt. Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53, in: Kowalczuk/Mitter/Wolle (Hrsg.): Der Tag X, S. 31–74, hier 44–48.

92 Vgl. Abt. Personal (P4): Bericht vom 26.6.53 „betr. Überfall auf die Dienststellen Jena, Bitterfeld, Merseburg (am 17.6.53)", o. D.; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/109, Bl. 1–6; „Bericht über Vorkommnisse in den Kreisdienststellen Görlitz und Niesky am 17.6.1953", o. A., o. D. [bei der Zentralen Parteikontrollkommission eingegangen am 3.8.53]; ebenda, Bl. 7–14.

93 Grenztruppen der DDR, o. A., in: DDR–Handbuch, Bd. 1: A-L, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln, 3. Aufl. 1985, S. 575f., hier 575.

94 Bereits 1951 hatte Zaisser „gegen den Arbeitsstil des Politbüros" Einspruch erhoben; vgl. Protokoll der Politbürositzung am 23.10.1951; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/172, Bl. 18; Protokoll der Politbürositzung vom 5.2.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/191, Bl. 6; „Bericht des Genossen Willi Zaisser vor dem Politbüro der SED im März [richtig wohl: Februar] 1952 über die Rolle des Politbüros und das Verhältnis von Politbüro und Sekretariat", in: „Memorial der Genossin Else Zaisser [...] an den V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" vom 10.6.1958, S. 19–21; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/4, ohne Blattzählung; Wilfriede Otto: Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953, in: BZG 32 (1990), S. 655–672, hier 667–670; Stenographisches Protokoll des 15. ZK-Plenums vom 24.–26.7.1953 (künftig: Protokoll des 15. ZK-Plenums), erster Redebeitrag Wilhelm Zaisser; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 187–201, hier 192f.; Rudolf Herrnstadt an W. S. Semjonow vom 28.11.1962, veröffentlicht in: Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 264–278, hier 271f.; vgl auch Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 180f., 188–192.

lichen um die Erhaltung seiner Macht. Zaisser dagegen war offenbar schon 1952 bereit gewesen, die DDR einem neutralen Gesamtdeutschland zu opfern, wenn die Sowjetunion dies für richtig befunden hätte.[95] Ähnliche Gedanken hat er möglicherweise auch im Juni 1953 geäußert.[96] Jedenfalls schien die Kritik der Sowjetunion an dem harten Kurs der SED Ende Mai 1953 das Signal zur Demontage des Generalsekretärs zu geben. Die Politbürositzung am 6. Juni war der Auftakt zur Abrechnung mit Walter Ulbricht und seiner Verantwortung für die bisherige verfehlte Politik.[97] Eine Kommission, die über Änderungen des Parteiaufbaus beraten sollte, beschloß Ende Juni die Auflösung des Sekretariats sowie die Abschaffung der Position des Generalsekretärs der SED.[98] Anfang Juli schlug Zaisser Herrnstadt für die Besetzung einer neuzuschaffenden Funktion eines Ersten Sekretärs der SED vor, dessen zukünftige Position im Gefüge einer reformierten SED allerdings unklar blieb.[99] Selbst wenn die spätere Behauptung Herrnstadts und Zaissers zuträfe, sie hätten Ulbricht nicht stürzen, sondern lediglich wieder in die Kollektivität des Politbüros einbinden wollen[100], so mußte diese Aktion Ulbricht als Bedrohung seiner Machtposition erscheinen, zumal vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit den stalinistischen Säuberungen der dreißiger Jahre in Moskau[101]. Aus seiner Perspektive wird sie sich als ein erster, taktisch begründeter Schritt auf dem Weg zu seiner völligen Ausschaltung dargestellt haben.

Die entscheidende Rolle in dieser Auseinandersetzung spielte die sowjetische Besatzungsmacht. Ihre Haltung ist allerdings auf dem Hintergrund des Machtkampfes in Moskau, der zwischen Lawrenti P. Berija und Nikita S. Chruschtschow[102] stattfand, bis heute noch nicht hinreichend erforscht. Möglicherweise hat es bei den Sowjets im Juni 1953 tatsächlich

95 Vgl. die Erklärungen hochrangiger MfS-Mitarbeiter, darunter Zaissers Stellvertreter Rudolf Menzel, Otto Walter und Otto Last nach dem 15. Plenum, die im Auftrag des ZPKK-Vorsitzenden Hermann Matern am 15.8.1953 an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros weitergeleitet wurden; BStU, ZA, SdM 2580, Bl. 73–85; vgl. auch Otto: Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 952f.; Wettig: Nochmals, S. 1092.

96 Protokoll des 15. ZK-Plenums, Redebeitrag Fritz Lange; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/120, Bl. 86–90, hier 86f.

97 Vgl. Elke Scherstjanoi (Hrsg.): „Wollen wir den Sozialismus? Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BZG 33 (1991), S. 658–680; vgl. Stulz-Herrnstadt (Hrsg.): Herrnstadt-Dokument, S. 62–66. Herrnstadt datiert die Sitzung versehentlich auf den 9. Juni.

98 Das Beschlußprotokoll veröffentlicht in Otto (Hrsg.): Dokumente, S. 658f.; vgl. Stulz-Herrnstadt, Herrnstadt-Dokument, S. 105f.; Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 224f.

99 Vgl. ebenda, S. 226–230.

100 Vgl. Stulz-Herrnstadt (Hrsg.): Herrnstadt-Dokument, S. 105f.; Protokoll des 15. Plenums, erster Redebeitrag Zaisser; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 194f und 198f.; Protokoll des 15. ZK-Plenums, zweiter Redebeitrag Zaisser; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/120, Bl. 60–67, hier 65; Erklärung Rudolf Herrnstadts gegenüber den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros, 31.8.1953; BStU, ZA, SdM 2580, Bl. 46–72, hier 52; vgl. auch Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 192f.

101 Vgl. Norbert Podewin: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995, S. 129–136.

102 Vgl. Amy Knight: Beria. Stalin´s First Lieutenant, Princeton (New Jersey) 1993, S. 180–210.

Tendenzen gegeben, einen Führungswechsel in der DDR zu fördern.[103] Nachdem Chruschtschow Berija am 26. Juni hatte verhaften und am 7. Juli aus der Partei ausstoßen lassen, gewann Ulbricht allerdings wieder die Oberhand. Noch am 8. Juli, kurz bevor die SED-Führung die Nachricht über den Fall Berijas erhielt, hatte er alle Politbüro-Mitglieder mit Ausnahme von Erich Honecker und dem ZPKK-Vorsitzenden Hermann Matern gegen sich.[104] Im Laufe der nächsten zehn Tage gelang es ihm, die Mehrzahl seiner Kritiker wieder hinter sich zu bringen. Am 14. Juli geriet Zaisser im Politbüro wegen der unrühmlichen Rolle des MfS am 17. Juni in die Schußlinie.[105] Vier Tage später, am 18. Juli, ließ Ulbricht das Politbüro die Absetzung Zaissers als Minister für Staatssicherheit beschließen. Außerdem wurde die Staatssicherheit nach sowjetischem Vorbild als Staatssekretariat in das Innenministerium eingegliedert.[106] Ebenfalls auf sowjetische Empfehlung hin[107] bestimmte das Politbüro Ernst Wollweber, bislang Staatssekretär für Schiffahrt im Ministerium für Verkehrswesen, zu seinem neuen Leiter.[108] Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Zaisser wurde er aber nicht Mitglied des Politbüros, hatte also keinen Zutritt zum innersten Zirkel der Macht.

Die eigentliche Abrechnung Ulbrichts mit Herrnstadt und Zaisser erfolgte auf dem 15. Plenum des ZK wenige Tage später. Ulbricht ließ die beiden wegen Bildung einer parteifeindlichen Fraktion aus dem Zentralkomitee ausschließen. Zentrale Beweisstücke für seine Anklage bildeten der Vorschlag Zaissers, Herrnstadt zum Ersten Sekretär der SED zu wählen, sowie der von Herrnstadt in der zweiten Junihälfte verfaßte Entschließungsentwurf über die Ursachen des 17. Juni, den Ulbricht kurzerhand zur „parteifeindlichen Plattform“ hochstilisierte, und von dem er fälschlicherweise

103 Vgl. Stulz-Herrnstadt (Hrsg.): Herrnstadt-Dokument, S. 65 und 79f.; Wladimir S. Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939–1991, Berlin 1995, S. 297f., Sudoplatow: Handlanger, S. 424; Wettig: Zum Stand der Forschung, S. 681.

104 Vgl. Mitschrift Grotewohls in der Politbürositzung am 8.7.1953, abgedruckt in: Siegfried Prokop: Das SED-Politbüro. Aufstieg und Ende (1949–1989) (hefte zur ddr-geschichte, 40), Berlin 1996, S. 13; Stulz-Herrnstadt (Hrsg.): Herrnstadt-Dokument, S. 126f. Dort wird die Sitzung auf den 7.7.1953 datiert.

105 Vgl. die handschriftlichen Notizen Fred Oelssners zur Politbürositzung am 14.7.1953; SAPMO-BA, DY 30, NY 4215/111, Bl. 27–31; Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 249f.

106 Protokoll der Politbürositzung am 18.7.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/307, Bl. 2. Einen ersten Eingliederungsbeschluß hatte das Politbüro auf sowjetischen Vorschlag hin bereits am 30.6.1953 gefaßt, er wurde allerdings auf dem Hintergrund der sich in Moskau ändernden Machtverhältnisse zunächst nicht durchgeführt; vgl. Zaisser an Grotewohl vom 13.7.1953, abgedruckt in: Hoffmann/Schmidt/Skyba: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 176–178; Protokoll der Politbürositzung am 30.6.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/298, Bl. 1.

107 So jedenfalls Ernst Wollweber: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, hrsg. von Wilfriede Otto, in: BZG 32 (1990), S. 350–378, hier 358.

108 Protokoll der Politbürositzung am 18.7.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/307, Bl. 2. Zur Person Wollwebers siehe Jan von Flocken und Michael F. Scholz: Ernst Wollweber. Saboteur, Minister, Unperson, Berlin 1994.

behauptete, Herrrnstadt und Zaisser hätten ihn gemeinsam entwickelt.[109]

Auch das MfS stand im Kreuzfeuer der Kritik: Nachdem Otto Grotewohl, einer der beiden SED-Vorsitzenden, den Juni-Aufstand als faschistischen, vom Westen gesteuerten Putsch charakterisiert hatte[110], bescheinigte er dem MfS, daß es im Vorfeld des Aufstandes versagt habe. Weder habe es von den Vorbereitungen für den Putsch noch von den feindlichen „Agentennestern" in der DDR gewußt. Seine Abwehr- und Aufklärungsarbeit stünde auf einem „äußerst niedrigen Niveau", und sein Informantennetz sei schlecht organisiert. Schon früher habe er das MfS davor gewarnt, „sich von der Bevölkerung und der Partei zu isolieren".[111] Ulbricht verengte die Kritik auf die Leitungsebene des MfS. Unter anderem monierte er, daß diese sich nicht auf ihre eigentliche Aufgabe, „den Kampf gegen die faschistische Untergrundbewegung" konzentriert habe. Mit der operativen Bearbeitung von Großbetrieben seien ungenügend ausgebildete Mitarbeiter betraut worden. Angesichts des völligen Versagens des MfS am 17. Juni in den Industriezentren müsse hier die Arbeit grundlegend geändert werden. Vor allem aber warf Ulbricht Zaisser vor, im MfS „Tendenzen der Überheblichkeit gegenüber der Partei" gefördert zu haben – ein im kommunistischen Politikverständnis extrem schwerer Vorwurf. Zaisser habe das Ministerium so geführt, daß es „faktisch von der Parteiführung isoliert wurde".[112] Schließlich brachte der Generalsekretär den früheren Staatssicherheitschef mit Berija in Verbindung, indem er darauf hinwies, daß letzterer das sowjetische Innenministerium und damit den Staatssicherheitsdienst der Kontrolle der Partei zu entziehen versucht habe.[113]

Soweit Ulbrichts und Grotewohls Kritik die praktische Seite der MfS-Arbeit betraf, bezeichnete sie aus ihrer Sicht tatsächliche Mißstände, die die Effizienz der Überwachung der Gesellschaft einschränkte. Im Kontext des 15. Plenums erfüllte sie jedoch vor allem taktische Funktionen: Die Parteiführung wurde von der Schuld an dem Juni-Aufstand um so stärker entlastet, in je höherem Maße sie „faschistischen" Provokateuren und der Unfähigkeit des MfS die Schuld daran geben konnte. Überdies konnte Ulbricht die Versäumnisse des MfS nutzen, um seine politischen An-

109 Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei (2. Teil). Referat auf dem 15. ZK-Plenum vom 24.–26.7.1953 (künftig: Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum); SAPMO-BA, DY 30; IV 2/1/119, Bl. 92–141, hier 107f. Zur Geschichte des Entschließungsentwurfs vgl. Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 233–309; Text der „Plattform" veröffentlicht von Otto (Hrsg.): Dokumente, S. 659–667.

110 Otto Grotewohl: Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei (1. Teil). Referat auf dem 15. ZK-Plenum vom 24.–26.7.1953 (künftig: Grotewohl: Referat auf dem 15. ZK-Plenum); SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 11–91, hier Bl. 44–49.

111 Ebenda, Bl. 50f.

112 Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum, Bl. 102f und 109. Vgl. auch Entschließung des Plenums: Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Entschließung der 15. Tagung des ZK; Anlage 2 zum Protokoll des 15. ZK-Plenums; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/121, Bl. 81–112, hier 87 und 105.

113 Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum, Bl. 110.

schuldigungen gegen Zaisser mit „fachlicher“ Kritik zu untermauern. Zaissers parteifeindliche Linie, so mußte es den Zuhörern scheinen, hatte nicht nur die Parteiführung gelähmt, sondern auch den Sicherheitsapparat, der die Herrschaft der Partei schützen sollte, gefährdet.

Mielke, der als leitender MfS-Mitarbeiter natürlich mit unter Beschuß stand, erklärte, von einer Plattform nichts gewußt zu haben. Er distanzierte sich geschickt von Zaisser, indem er sich selbst als engen Vertrauten Ulbrichts darstellte, der Zaisser immer wieder gemahnt hätte, enger mit jenem zusammenzuarbeiten.[114] Im übrigen bekräftigte er Ulbrichts Sicht der Dinge: Für das Versagen des MfS führte er eine Reihe von Gründen an, als deren wichtigsten er ebenfalls „eine Isoliertheit der Organe der Staatssicherheit von der Partei“ bezeichnete. Eine falsche Auslegung konspirativer Prinzipien habe dazu geführt, daß die Partei die notwendigen Informationen nicht immer erhalten habe.[115] Zaisser dagegen räumte zwar Mängel in der operativen Arbeit des MfS ein.[116] In dem Bewußtsein, daß die politischen Anschuldigungen für ihn um vieles gefährlicher waren als die Zweifel an seiner Sachkompetenz als Minister, verwahrte er sich aber gegen alle Vorwürfe, die das Verhältnis zwischen SED und MfS betrafen. Unter anderem erklärte er, daß er jedes Gefühl einer Elitestimmung unter den MfS-Mitarbeitern ebenso bekämpft habe wie die übertriebene Konspiration, die die Zusammenarbeit mit den territorialen SED-Parteileitungen zu behindern gedroht habe. Nie, so Zaisser, habe die Leitung des MfS Tendenzen gezeigt, sich über die Partei zu stellen: Sie habe „keine wesentliche prinzipielle Entscheidung im Ministerium für Staatssicherheit bis hinunter zu den Verhaftungen einflußreicher oder hervorragender Menschen“ getroffen, die sie nicht vorher mit Ulbricht abgesprochen habe.[117]

Über die Absetzung Zaissers hinaus scheint der 17. Juni im SfS kaum personelle Konsequenzen gehabt zu haben. Getreu seiner Taktik, alle Verantwortung für das Versagen des MfS Zaisser persönlich zuzuschieben, nahm Ulbricht die Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes auf dem 15. Plenum in Schutz: „Der Apparat für Staatssicherheit ist ein Apparat, der aus guten Genossen besteht“, betonte er, „es sind nur einige wenige, die am 17. Juni versagt haben. Aber was die Führung betrifft, da ist es so, daß die Leitung versagt hat. Genosse Zaisser hat das jetzt zugegeben“.[118] Tatsächlich wurden lediglich einige wenige Mitarbeiter bestraft, die sich während des Aufstandes nicht angemessen verhalten hatten; eine regelrechte Entlassungswelle ist aber allem Anschein nach ausgeblieben.[119]

114 Protokoll des 15. ZK-Plenums, Redebeitrag Erich Mielke; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/120, Bl. 99–111, hier 106f.
115 Ebenda, Bl. 100–105, Zitat Bl. 101.
116 Protokoll des 15. ZK-Plenums, erster Redebeitrag Zaisser, Bl. 187–189.
117 Ebenda, Bl. 190–192, Zitat Bl. 192.
118 Protokoll des 15. ZK-Plenums, Schlußwort Walter Ulbrichts; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/120, Bl. 173–193, hier 173.
119 Gieseke: Hauptamtliche, S. 73.

3.3. Die Amtszeit Ernst Wollwebers

Als Konsequenz aus dem Versagen des MfS kündigte Ulbricht an, daß die Partei den Staatssicherheitsdienst künftig „ständig und systematisch" kontrollieren werde.[120] Bis Mitte September faßten Politbüro und Sekretariat des ZK mehrere unter Ulbrichts Regie ausgearbeitete[121] Beschlüsse, die die organisatorischen und personellen Grundlagen dafür schufen: Im Apparat des Zentralkomitees wurde die „Abteilung für Sicherheitsfragen" eingerichtet, die sich mit der Kasernierten Volkspolizei, der Grenzpolizei, der Volkspolizei, dem Staatssekretariat für Staatssicherheit sowie der „Gesellschaft für Sport und Technik" beschäftigen sollte.[122] In ihr ging wahrscheinlich die bisherige „M-Abteilung" auf, deren Kompetenzen mangels Quellen unbekannt sind.[123] Grundsätzlich hatten die ZK-Abteilungen die Aufgabe, die Durchführung der Beschlüsse des ZK und der wichtigsten Regierungsbeschlüsse zu kontrollieren, die Kaderarbeit in den von ihr betreuten Institutionen zu überwachen sowie Beschlußvorlagen für die leitenden Parteigremien, in diesem Fall für das Politbüro, das Sekretariat des ZK sowie die Sicherheitskommission, zu verfassen[124]. Die Abteilung für Sicherheitsfragen besaß zusätzlich auch Anleitungsfunktionen hinsichtlich der Parteiarbeit in den ihr unterstellten Institutionen.[125] Möglicherweise stellte letzteres innerhalb des ZK-Apparates eine Besonderheit dar[126],

120 Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum, Bl. 103.

121 Dafür spricht, daß Ulbricht bei mehreren Vorlagen zu diesen Beschlüssen als „Berichterstatter" fungierte, sie also in den jeweiligen Politbürositzungen erläuterte; vgl. z. B. Protokolle der Politbürositzungen am 4.8. und 8.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/312, Bl. 3. sowie ebenda, J IV 2/2/322, Bl. 6.

122 Zum ersten Mal genannt wird die Abt. für Sicherheitsfragen im Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 3.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/393 Bl. 2. Sekretariat und Politbüro beschlossen ihre Einrichtung offiziell in ihren jeweiligen Sitzungen am 12.8. und 8.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/394, Bl. 12f sowie ebenda, J IV 2/2/322, Bl. 6 und 90. Vgl. zur Abteilung auch Jackob: Zur Arbeit des Sektors MfS, S. 12–22.

123 Belege für deren Existenz siehe Protokoll der Politbürositzung am 23.9.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/234, Bl. 15; Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 22.12.1952; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/351, Bl. 22; Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 29.1.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/358, Bl. 5. Für eine Kontinuität beider Abteilungen sprechen wechselnde Bezeichnungen in der Übergangsphase; vgl. etwa Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 4.11.1953, wo in den Strukturplänen einzelner Bezirks- und Kreisleitungen der SED noch von „pol. Mitarbeitern M" die Rede ist; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/405, Bl. 16–370, passim.

124 „Geschäftsordnung des ZK und seines Apparates". Beschluß des Politbüros vom 15.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/323, Bl. 12–25, hier 23; in Auszügen veröffentlicht in: Hoffmann/Schmidt/Skyba: DDR vor dem Mauerbau, S. 184–188, hier 187f.

125 Vgl. S. 73–78.

126 Für die Anleitung der einzelnen Parteigliederungen war im ZK-Apparat normalerweise die Abt. „Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen" (LOPM) zuständig. Vgl. Kowalczuk: „Wir werden siegen", S. 195 und 198f.

die sich auf die zentrale Rolle der bewaffneten Organe bei der Herrschaftssicherung zurückführen läßt.

Die zweite Maßnahme Ulbrichts zur engeren Bindung der Staatssicherheit an die Partei war die Gründung der Sicherheitskommission des ZK, der Vorgängerinstitution des Nationalen Verteidigungsrates.[127] Den überlieferten Protokollen zufolge trat diese allerdings erst ein knappes Jahr später, im Sommer 1954, erstmals offiziell zusammen.[128] Danach tagte sie in unregelmäßigen Abständen, etwa vier- bis sechsmal jährlich. In fast jeder ihrer Sitzungen behandelte sie Probleme des Staatssicherheitsdienstes. Diese betrafen vor allem die Kaderarbeit, die Parteiarbeit und den inneren Aufbau des SfS/MfS, zusätzlich Fragen seiner Kooperation mit anderen bewaffneten Organen. Wollweber berichtete aber auch über Ergebnisse operativer Tätigkeit, etwa zur „Feindtätigkeit in der LDP"[129] oder über die „Feindtätigkeit westlicher Konzerne in der DDR"[130], und erhielt Anweisungen für das weitere Vorgehen. Schließlich erteilte die Kommission in selteneren Fällen auch grundsätzliche Weisungen für die operative Arbeit: so, als sie 1954 das Verbot für Agenten des SfS betonte, im Parteiapparat zu spionieren[131] oder 1955 den Rahmen der Tätigkeit des SfS in der KVP absteckte[132]. Vorsitzender der Kommission war Ulbricht; 1956 wurde Erich Honecker zu ihrem Sekretär ernannt.[133] Von seiten des Staatssicherheitsdienstes gehörte ihr Ernst Wollweber und nach seiner Ablösung als Minister im November 1957 Erich Mielke an.

Die Personalunion zwischen der staatlichen Führung des Staatssicherheitsdienstes und der Anleitung durch die Partei, bisher in der Person Zaissers verkörpert, wurde damit aufgelöst. Während Innenminister Willi Stoph und im engeren Sinne Staatssekretär Wollweber den Staatssicherheitsdienst als staatliche Leiter führten, konzentrierte Walter Ulbricht nun die entsprechenden Parteifunktionen bei sich: Im Politbüro war er für die Anleitung der Abteilung Sicherheitsfragen verantwortlich[134] und leitete,

127 Protokoll der Politbürositzung am 8.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/322, Bl. 6; „Geschäftsordung des ZK und seines Apparates". Beschluß des Politbüros vom 15.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/323, Bl. 15; vgl. zur Sicherheitskommission auch Armin Wagner: Der Nationale Verteidigungsrat der DDR als sicherheitspolitisches Exekutivorgan der SED, in: Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit, S. 169–198, hier 173–179; Otto Wenzel: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR. 1960 bis 1989, Köln 1995, S. 17–27.

128 Das erste überlieferte Protokoll stammt vom 6.7.1954; Bundesarchiv, Militärarchiv (BA-MA), DVW 1/39543.

129 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 4.3.1955; BA-MA, DVW 1/39545, Bl. 4.

130 Information über die Tätigkeit feindlicher Konzerne. Anlage 6 zum Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 31.7.1957; BA-MA, DVW 1/39559, Bl. 24–34.

131 Beschluß der Sicherheitskommission vom 16.12.1954; BStU, ZA, SdM 407, Bl. 1–5. Dieser Beschluß ist im Bestand des BA-MA nicht überliefert.

132 Protokoll der Sicherheitskommission vom 29.6.1955; BA-MA, DVW 1/39547, Bl. 3f.

133 Protokoll der Politbürositzung am 10.11.1956; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/512, Bl. 6.

134 Protokoll der Politbürositzung am 4.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/312,

wie erwähnt, die Sicherheitskommission als deren Vorsitzender. Damit oblag ihm, der vor Sommer 1953 im Politbüro bereits für Militärfragen zuständig gewesen war[135], die direkte Parteianleitung des gesamten der bewaffneten Herrschaftssicherung dienenden Apparates. Ulbricht ging aus der Führungskrise der SED gestärkt hervor. Gleichzeitig markieren die Einrichtung von Sicherheitskommission und Abteilung für Sicherheitsfragen einen wichtigen Schritt in der Verschiebung der Anleitung der Staatssicherheit von den sowjetischen Beratern hin zur Parteiführung der SED, auch wenn erstere weiterhin „de facto weitgehende Weisungs- und Vetorechte“[136] besaßen.

Am 23. September 1953 kam ein Kreis von Politbüromitgliedern zusammen, der im wesentlichen der ab 1954 tagenden Sicherheitskommission entsprach. Grotewohl, Ulbricht, Matern, Karl Schirdewan und Willi Stoph beschlossen in Anwesenheit Wollwebers und zweier seiner Stellvertreter, Mielke und Otto Walter, ein als „Beschluß des Politbüros“ tituliertes Dokument.[137] Der Entwurf hierfür hatte dem sowjetischen Hochkommissar in der DDR, Wladimir S. Semjonow, und dessen Stellvertreter Pawel Judin vorgelegen, außerdem dem sowjetischen Generalleutnant Jewgeni P. Pitowranow, dem neuen Chef des KGB-Apparates in Ostberlin und Stellvertreter für Sicherheitsfragen des sowjetischen Botschafters in Berlin, Georgi Puschkin. Ihre Vorschläge waren in den Beschluß mit eingearbeitet worden.[138] Dieser legte erstmals formell die Verantwortung der Leitung der Staatssicherheit für die Durchführung der Beschlüsse von ZK und Politbüro fest. Außerdem enthielt er die Bestimmung, daß der Staatssekretär dem Politbüro über die Arbeitsergebnisse des Staatssicherheitsdienstes, seinen inneren Zustand sowie über Pläne und Absichten des Feindes berichten müsse.[139] Struktur- und Stellenplan des SfS sollten Innenminister Stoph und Wollweber bis Mitte Oktober dem Politbüro zur Bestätigung vorlegen.[140] Das Dokument verfügte die Eingliederung der Auslandsaufklärung in das Staatssekretariat und gab Grundsätze für den Aufbau der SED-Organisation im SfS vor. Es umriß erstmals genauer die Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes: Auslandsaufklärung und Spionageabwehr, „aktive Maßnahmen“ in Westberlin und Westdeutschland inbegriffen, zählten ebenso dazu wie der Kampf gegen die innere politische Opposition und gegen

Bl. 3; „Geschäftsordnung des ZK und seines Apparates“. Beschluß des Politbüros vom 15.9.1953; ebenda, J IV 2/2/323, Bl. 17.

135 Protokoll der Politbürositzung am 11.11.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/244, Bl. 17.

136 Engelmann: Diener zweier Herren. S. 60.

137 Beschluß des Politbüros [zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros vom 18.7.1953 zur Eingliederung der Staatssicherheit in das Ministerium des Innern] vom 23.9.1953 (künftig: Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

138 Dokument 3, S. 166.

139 Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953, S. 5.

140 Ebenda, S. 11.

(tatsächliche und vermeintliche) Wirtschaftssabotage. Daneben hatte das SfS die „Abwehr“ in den bewaffneten Verbänden der DDR und der Volkspolizei zu gewährleisten und die Leibwachen für die oberen Funktionäre von Partei und Regierung zu stellen.[141] Schließlich bestätigte der Beschluß das erste Statut des Staatssicherheitsdienstes[142], das bis 1969 gültig blieb. Es zählte unter anderem die Mittel auf, die dem SfS zur Verfügung standen: zum einen die geheimdienstlichen Arbeitsmethoden wie der Einsatz von Agenten, die Beobachtung Verdächtiger, das Öffnen ihrer Post und das Abhören ihrer Telefongespräche, zum anderen aber auch seine polizeilichen Befugnisse, nämlich die Verhaftung Verdächtiger, ihre Vernehmung sowie das Recht, „alle erforderlichen Untersuchungen bis zum Schlußbericht an die Organe der Justiz zu führen“.[143]

Nachdem Ulbricht auf dem 15. Plenum die Staatssicherheit spöttisch als „Studiengesellschaft“ bezeichnet hatte, weil sie in der Vergangenheit feindliche Agentengruppen zu lange beobachtet und Verhaftungen über Gebühr verzögert habe,[144] bekam die Staatssicherheit eine neue Taktik verordnet, die Wollweber und Hermann Matern, Politbüro-Mitglied und Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED, den Mitarbeitern des SfS auf einer Parteiaktivtagung[145] und einer Dienstkonferenz nahebrachten.[146] Diese beinhaltete zwei zentrale Elemente: Zum einen sollte künftig die Verhaftung von Verdächtigen im Mittelpunkt stehen. „Es kommt darauf an“, so Wollweber, „aus der defensiven Abwehr der Organe der Staatssicherheit herauszukommen und zu konzentrierten offensiven Schlägen gegen die feindlichen Organisationen zu kommen.“[147] Im SfS müsse die Auffassung überwunden werden, daß vor der Festnahme eines Verdächtigen „fast alles“ aufgeklärt sein müsse. Vielmehr solle künftig ein Anfangsverdacht für die Verhaftung genügen. Die ersten Vernehmungen sollten ihn erhärten und Hinweise auf weitere Verdächtige liefern.[148] Hermann Matern forderte die Staatssicherheit unter bezug auf Ulbrichts Kritik auf, künftig „hart und rücksichtslos“ zuzuschlagen, für

141 Ebenda, S. 5–8.
142 Ebenda, S. 6.
143 Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 15.10.1953; BStU, ZA, SdM 1574, Bl. 1f.; veröffentlicht, allerdings mit anderem Datum, in: Rita Sélitrenny und Thilo Weichert: Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991, S. 212f.
144 Protokoll des 15. ZK-Plenums, Schlußwort Walter Ulbricht, SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/120, Bl. 173–193, hier 174.
145 Vgl. Ernst Wollweber: Die politische Bedeutung der Aktion gegen gefährliche Agentengruppen und einige Schlußfolgerungen für unsere Arbeit. Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953 (künftig: Wollweber: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953); BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 74–88.
146 Vgl. die Referate von Hermann Matern und Ernst Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz des SfS am 11./12.11.1953, BStU, ZA, DSt 102272, ohne Blattzählung.
147 Wollweber: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953, Bl. 79.
148 Ebenda, Bl. 75; Wollweber: Referat in der zentralen Dienstkonferenz des SfS am 11./12.11.1953, S. 11.

„knieweiche Pazifisten oder Mondgucker“ sei im SfS kein Platz.[149] Zum anderen sollten Aktionen des SfS künftig durch eine SfS-eigene Propagandaarbeit begleitet werden: Presseberichte und Auftritte leitender SfS-Mitarbeiter in Betrieben sollten das Vorgehen der Staatssicherheit einsichtig machen und die Bevölkerung zu größerer Wachsamkeit erziehen.[150] Flankiert wurde die neue Taktik durch eine Vergrößerung des Apparates des SfS, eine interne Umorganisation sowie eine genaue Festlegung der Verantwortlichkeiten der einzelnen Mitarbeiter und Vorgesetzten.[151]

Tatsächlich rollten in den Jahren 1954 und 1955 mehrere Verhaftungswellen über die DDR hinweg.[152] Sie gingen mit zahlreichen Verschleppungen von Personen einher, die von Westberlin aus auf unterschiedlichste Weise gegen das SED-Regime arbeiteten.[153] So konnte Erich Mielke auf dem 20. Plenum des ZK im September 1954 über die Verhaftung von mehr als 274 sogenannten Agenten bei der unmittelbar vorausgegangenen Großaktion („Pfeil“)[154] und ein dreiviertel Jahr später, auf dem 23. Plenum im April 1955, von 521 Inhaftierungen im Zuge der Aktion „Blitz“ berichten.[155] Auch das Ziel einer SfS-eigenen Propagandaarbeit wurde in den folgenden Jahren umgesetzt: Im Juni 1954 gab die Staatssicherheit die erste Pressekonferenz seit ihrem Bestehen,[156] eine für Propaganda zuständige „Abteilung Agitation“[157] entstand bis 1955.[158] Das Parteiorgan „Neues Deutschland“ begleitete die Aktion „Blitz“ mit ausführlichen Berichten,[159]

149 Hermann Matern: Referat in der zentralen Dienstkonferenz des SfS am 11./12.11.1953, S. 10.

150 Vgl. ebenda, S. 13f.; Wollweber: Referat in der zentralen Dienstkonferenz des SfS am 11./12.11.1953, S. 5–7.

151 Vgl. ebenda, S. 14–25. Zur Verstärkung des Kaderbestandes vgl. Gieseke: Hauptamtliche, S. 41 und 98f.

152 Vgl. Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1997 (in Vorb.); Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III, S. 123–131 (siehe Anm. 7); vgl. auch von Flocken/Scholz: Wollweber, S. 147f., 153–160.

153 Vgl. den Fall Fricke: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung, Berlin 1995.

154 Vgl. Stenographisches Protokoll des 20. ZK-Plenums am 8./9.9.1954, Redebeitrag Erich Mielke; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/132, Bl. 144–154, hier 145–148; Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III, S. 123f (siehe Anm. 7).

155 Stenographisches Protokoll des 23. ZK-Plenums am 14./15.4.1955, Redebeitrag Erich Mielke; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/143, Bl. 16–25, hier 16. Vgl. zur Aktion „Blitz“ auch Fricke: Akten-Einsicht, S. 47–52.

156 Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III, S. 123 (siehe Anm. 7).

157 Vgl. Vorlage des Leiters der Abt. Allgemeines, Gustav Borrmann, vom 10.7.1954 „zur Beschlußfassung über [die] Schaffung einer Abteilung ‚Agitation des SfS‘“ BStU, ZA, SdM 1924, Bl. 107f.

158 Befehl 207/55 des Staatssekretärs vom 15.7.1955 [Strukturbefehl], S. 1; BStU, ZA, DSt 100123, ohne Blattzählung.

159 Vgl. Erklärung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik. Maßnahmen gegen die verbrecherischen Anschläge der imperialistischen Kriegstreiber und ih-

und Wollweber selbst sprach während seiner Amtszeit häufig in Betrieben und Institutionen.[160] Möglicherweise als Dank für ihre gute Arbeit erhielt die Staatssicherheit am 24. November 1955 erneut den Status eines Ministeriums.

Am 5. August 1955 gab Wollweber, basierend auf sowjetischen Vorgaben,[161] eine erneute Änderung in der Taktik des SfS bekannt:[162] Nachdem das SfS sich zwei Jahre lang auf die innere Sicherung der DDR konzentriert habe, gebiete es die internationale Lage jetzt, die Aufklärung nach Westen in den Mittelpunkt der gesamten Arbeit des Staatssicherheitsdienstes zu stellen. Die Hauptabteilung XV, Vorgängerin der Hauptverwaltung A, müsse personell verstärkt werden, die Leiter der Bezirksverwaltung müßten die Hälfte ihrer Kapazität für die Auslandsaufklärung verwenden: „Bei den Bezirksverwaltungen sage ich ausdrücklich, die Chefs 50% das Gesicht dem Westen zu."[163]

Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und die dort von Chruschtschow bekanntgegebenen Enthüllungen über einige der Verbrechen Stalins[164] leiteten in den osteuropäischen Staaten eine politische Tauwetterperiode ein. Das MfS blieb davon allerdings im Vergleich zu den Sicherheitsdiensten der Nachbarstaaten relativ unberührt. Zwar arbeiteten Wollweber und Mielke in einer Kommission des Zentralkomitees mit, die unter anderem die Haftentlassung Hunderter ehemaliger SED- und Blockparteifunktionäre sowie zahlreicher ehemaliger SPD-Mitglieder aus den Gefängnissen der DDR veranlaßte.[165] Auch ordnete Wollweber Änderun-

rer Spionage-Agenturen, in: Neues Deutschland vom 13.4.1955, S. 1; Ernste Gefahren erfordern entschiedene Schritte. Zur Erklärung des Ministerrats, in: Neues Deutschland vom 14.4.1955, S. 1; vgl. auch Fricke: Akten-Einsicht, S. 51f.

160 Vgl. z. B. Den Banditen rechtzeitig das Handwerk legen. Staatssekretär für Staatssicherheit, Wollweber, und Generalleutnant Mielke sprachen in Berliner Großbetrieben, in: Neues Deutschland vom 6.11.1953, S. 1; Die Wachsamkeit der Werktätigen zerschlägt die Absichten der Volksfeinde. Aus der Rede des Staatssekretärs Wollweber auf der Belegschaftsversammlung von Siemens-Plania, in: ebenda, S. 6; Ein „genereller Auftrag" der Gehlen-Organisation für den „E-Fall". Staatssekretär Ernst Wollweber im Werk für Hochfrequenz und Fernmeldewesen, Oberschöneweide, in: Neues Deutschland vom 24.8.1954, S. 3, sowie die gesammelten Redemanuskripte Ernst Wollwebers für solche Gelegenheiten; BStU, ZA, SdM 2612 und 2613, passim.

161 Vgl. Wollweber: Erinnerungen, S. 372, sowie Wollwebers Aussage auf dem 35. Plenum des ZK am 3.2.1958, veröffentlicht in: Engelmann/Schumann: Entwickelte Diktatur, S. 71–79, hier 73. Siehe auch Engelmann: Diener zweier Herren, S. 62f.

162 Ernst Wollweber: Referat in der Dienstbesprechung am 5.8.1955; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 43–77.

163 Ebenda, Bl. 54–58, Zitat Bl. 57.

164 Text der Rede siehe bei Josef Gabert und Lutz Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990, S. 8–68. Zu den Auswirkungen des XX. Parteitages in der DDR vgl. Stern: Dogma, S. 168–182; Mitter/Wolle: Untergang auf Raten, S.181–271; Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.): DDR vor dem Mauerbau, S. 233–276.

165 Bericht über die Ergebnisse der Tätigkeit der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 12.7.1956, veröffentlicht durch Josef Gabert (Hrsg.): Zur Entlassung werden vorgeschlagen... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angele-

gen der bisherigen ungesetzlichen Festnahme- und Untersuchungspraktiken des MfS an, die zum Teil auf eine entsprechende Kritik seitens der sowjetischen Berater[166] zurückgingen. Bei Verhaftungen, so erklärte der Minister auf der Parteiaktivtagung am 11. Mai 1956, seien grundsätzlich die Angehörigen zu benachrichtigen. Ungesetzliche Vernehmungsmethoden wie Kettenvernehmungen oder die Ausübung psychischen Drucks, die er als vereinzelte Übergriffe untergeordneter Mitarbeiter darstellte, hätten zu unterbleiben. Jeder Häftling müsse die Möglichkeit haben, die gesetzlich erlaubten Einsprüche einzureichen. Schließlich hätten die Staatssicherheitsorgane gegenüber der Staatsanwaltschaft keine Forderungen hinsichtlich der Strafmaße zu stellen.[167] Aber die Halbherzigkeit der Wende im MfS zeichnete sich bereits in Wollwebers Äußerungen zur Festnahmepraxis ab. Einerseits sollten „unbegründete Festnahmen" künftig unterbleiben, andererseits betonte der Minister, die in letzter Zeit gesunkene Zahl von Verhaftungen signalisiere nicht geringere Feindtätigkeit, sondern sei auf Mängel in der Arbeit der Staatssicherheit zurückzuführen.[168] Ähnlich doppeldeutig war auch die Linie, die Ulbricht auf derselben Veranstaltung ausgab: Auf der einen Seite mahnte der Erste Sekretär der SED, künftig stärker zu differenzieren und nicht jeden Unzufriedenen für einen Staatsfeind zu halten, andererseits betonte er die Notwendigkeit der Arbeit der Staatssicherheit gerade in der jetzigen Phase; ja er meinte sogar, eine neue Taktik des Gegners ausmachen zu können, die eine Herausforderung für das MfS darstelle: Dieser nutze kritische Stimmungen in intellektuellen Kreisen der DDR sowie in der Partei für seine Zwecke aus.[169]

Offene Meinungsverschiedenheiten gab es zwischen Ulbricht und Wollweber in dieser „Tauwetterphase" noch nicht. Dazu kam es erst im Herbst 1956, als das blutige Ende des Ungarn-Aufstands[170] wieder eine neue politische „Eiszeit" einleitete. Wollweber war jetzt nicht mehr bereit, alle nunmehr von Ulbricht ausgelösten Maßnahmen gutzuheißen, die in seinen Augen auf übertriebene Ängste vor einer möglichen „Konter-

genheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente, Berlin 1991, S. 101–106. Vgl. auch Werkentin: Politische Strafjustiz, S. 374f.

166 Kritik der sowjetischen Berater vor dem 2.5.1956 (Datum der Übersetzung); BStU, ZA, SdM 1201, Bl. 225–231; russ. Original ebenda, Bl. 207–212.

167 Ernst Wollweber: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 11.5.1956; BStU, ZA, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) 4844, Bl. 3–6, hier 4f. Tatsächlich diskutierten die Mitarbeiter in der für Vernehmungen Inhaftierter zuständigen HA IX im Sommer 1956 darüber, daß die Vernehmungsarbeit „streng objektiv" zu gestalten sei, indem die den Verhafteten „entlastenden Faktoren eine stärkere Beachtung" finden sollten; vgl. Alfred Schönherr: „Bericht über [den] Stand der Parteiarbeit [im MfS]". Referat in der Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 30.10.1956; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 446–473, hier 458.

168 Wollweber: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung des MfS Berlin am 11.5.1956; Bl. 4f.

169 Walter Ulbricht: Rede auf der SED-Parteiaktivtagung des MfS Berlin am 11.5.1956; BStU, ZA, SdM 2366, Bl. 20–34.

170 Vgl. György Litván und János M. Bak (Hrsg.): Die ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung, Wien 1994.

revolution“ zurückgingen.[171] Von diesem Gegensatz profitierte vor allem Wollwebers Erster Stellvertreter Erich Mielke, der sich Ulbricht gegenüber als dessen getreuer Gefolgsmann profilieren konnte und diesem im November und Dezember 1956 mehrfach hinter dem Rücken Wollwebers Bericht erstattete und MfS-Material zukommen ließ.[172] Diese Praxis versuchte Wollweber im Januar 1957 mit dem Erlaß des Befehls 11/57 zu unterbinden, der den offenen Konflikt zwischen ihm und Ulbricht auslöste: Informationen an den Ersten Sekretär der SED, den Vorsitzenden des Ministerrats sowie an die Sicherheitskommission seien nur durch den Minister persönlich weiterzugeben, so der Inhalt des Befehls. Lediglich in ihrem persönlichen Arbeitsbereich sollten die Stellvertreter den Mitgliedern des Politbüros und den Sekretären des ZK Meldungen erstatten dürfen, allerdings hatten sie gleichzeitig Wollweber davon schriftlich zu informieren.[173]

Wollweber hatte den Befehl seinem sowjetischen „Chefberater“ Pitowranow vorgelegt, der keinen Einspruch gegen ihn erhob. Ulbricht dagegen brandmarkte ihn als einen Versuch Wollwebers, sich über die Partei zu stellen und zwang den Minister, ihn zurückzunehmen. Pitrowanow, der zusammen mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin Ulbrichts Deutung zurückgewiesen hatte, mußte kurze Zeit später in die Sowjetunion zurückkehren. Der Erste Sekretär der SED nutzte die Auseinandersetzung, um am 9. Februar die Staatssicherheit durch einen Beschluß des Politbüros erstmals formell der Anleitung der Sicherheitskommission der SED zu unterstellen. Mit der gebotenen Vorsicht läßt sich dies als weiterer Schritt der Verschiebung der Verantwortung für die Staatssicherheit weg von den sowjetischen Beratern und hin zur SED-Parteiführung deuten.[174]

Ulbrichts Kurswechsel hin zu einer stärkeren inneren Repression hatte sich schon kurz nach dem Ungarn-Aufstand auf dem 29. Plenum des ZK im November 1956 angedeutet, als er die Staatssicherheit rügte, daß sie nach dem XX. Parteitag teilweise zu schwach gewesen sei, um den Gegner wirklich zu bekämpfen.[175] Einen Meilenstein des politischen Kurswechsels bildete die Verhaftung des Lektors des Aufbau-Verlages Wolfgang Harich, der als Kopf einer losen Gruppe Reformideen für SED und DDR formuliert und diese auch mit westlichen Pressevertretern und SPD-Mitgliedern diskutiert hatte, sowie die sich daran anschließende „Auswertung“ der Aktivitäten der „konterrevolutionären Gruppe Harich-Janka“.[176] Die 30. ZK-

171 Vgl. Wollweber: Erinnerungen, S. 361–365; Engelmann/Schumann: Entwickelte Diktatur, S. 7–12.
172 Vgl. ebenda, S. 11.
173 Befehl 11/57 des Ministers vom 14.1.1957; BStU, ZA, DSt 100172, veröffentlicht in: Engelmann/Schumann: Entwickelte Diktatur, S. 35.
174 Vgl. ebenda, S. 12–16.
175 Stenographisches Protokoll des 29. ZK-Plenums vom 12.–14.11.1956, Redebeitrag Walter Ulbricht; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/166, Bl. 119–149, hier 147f.; auszugsweise veröffentlicht in: Engelmann/Schumann: Entwickelte Diktatur, S. 29f.
176 Zum „Fall Harich“ siehe Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit.

Tagung Ende Januar 1957 beendete endgültig das politische Tauwetter. Die intellektuellen Reformdiskussionen des Sommers 1956 in der DDR, die Auffassungen Kurt Viewegs[177], Arne Benarys, Wolfgang Harichs und anderer wurden unter Federführung Ulbrichts als „revisionistisch" gebrandmarkt und im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Ungarn und Polen als Ausdruck einer neuen Taktik des westlichen „Imperialismus" gekennzeichnet. Er versuche, durch Initiierung und Ausnutzung solcher Diskussionen das sozialistische Lager von innen her „aufzuweichen".[178] Außerdem rügte der Erste Sekretär das MfS, weil es kaum noch Verhaftungen vorgenommen habe. Das habe der Gegner auszunützen gesucht und sei „frech geworden".[179]

Es gelang Ulbricht, Wollweber in mehreren Schritten zu entmachten. Verknüpft damit leitete er eine Effektivierung der Staatssicherheit ein, die zum Teil alte Defizite beseitigen sollte wie die mangelhafte Arbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern und die ungenügende Präsenz der Staatssicherheit in den Betrieben. Gleichzeitig richtete der Erste Sekretär der SED das MfS darauf aus, die von ihm diagnostizierte neue gegnerische Taktik der „Aufweichung" zu bekämpfen, der die Staatssicherheit unter dem Etikett der „politisch-ideologischen Diversion" bis 1989 intensive Aufmerksamkeit widmen sollte. Zeitgleich mit der Rücknahme des Befehls 11/57 und der formellen Unterordnung des MfS unter die Anleitung der Sicherheitskommission ordnete das Politbüro am 9. Februar eine Untersuchung der Arbeit der Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg an, die im Februar/März 1957 stattfand.[180] Sie wurde zunächst in zwei Beschlüssen der Sicherheitskommission[181] und danach auf der zentralen Dienstkonferenz im MfS am 26. April 1957 „ausgewertet", auf der Ulbricht den Mitarbeitern

Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993; Gustav Just: Zeuge in eigener Sache, Frankfurt (Main) 1990; Walter Janka: Spuren eines Lebens, Berlin 1991, S. 408–429; ders.: Die Unterwerfung, München, Wien 1994.

177 Vgl. Michael F. Scholz: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997, S. 178–201.

178 Vgl. Bericht des Politbüros vor dem 30. ZK–Plenum vom 30.1.–1.2.1957, vorgetragen von Erich Honecker; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/170, Bl. 6–53, hier 30–40; Walter Ulbricht: Grundfragen der Politik der SED. Referat auf dem 30. ZK-Plenum; ebenda, Bl. 54–85, hier 77–85.

179 Stenographisches Protokoll des 30. ZK-Plenums, Schlußwort Walter Ulbricht; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/171, Bl. 85–107, hier 101.

180 Vgl. Bericht vom 15.3.1957 „über den Brigadeeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit Berlin zur Überprüfung einiger Hauptfragen der operativen Arbeit in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg in der Zeit vom 18.2.–2.3.1957"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 139–157.

181 Siehe „Beschluß der Sicherheitskommission vom 8.4.1957 zur Verbesserung und Änderung der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit". Anlage 1 zum Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 3.4.1957 (künftig: Beschluß der Sicherheitskommission vom 8.4.1957); BA-MA, DVW 1/39557, Bl. 4–6; sowie die Stellungnahme des Kollegiums des MfS, o. D., Anlage 2 zum Protokoll; ebenda, Bl. 7–18.

höchstpersönlich die neue Taktik erläuterte und sie auf die verstärkte innere Repression einschwor.[182]

Die Umsetzung der politischen Vorgaben der Dienstkonferenz schlugen sich in den nächsten Wochen vor allem im Erlaß zweier Dienstanweisungen nieder. Die Dienstanweisung 16/57 diente der „Verbesserung der operativen Arbeit in den Betrieben, Ministerien und Hauptverwaltungen, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie in den Objekten der Landwirtschaft". Neben Anordnungen zur Ausweitung und Verbesserung des Informatorennetzes in diesen Bereichen verfügte sie vor allem die Einrichtung offizieller Dienststellen des MfS, sogenannter „Objektdienststellen" und „Operativgruppen" innerhalb der wichtigsten Großbetriebe der DDR.[183] Die Dienstanweisung 17/57 übertrug den Leitern der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen die „volle Verantwortung" in ihrem Arbeitsbereich „gegenüber der Partei und der Regierung" und bestimmte die Weisungsrechte der Berliner Zentrale ihnen gegenüber.[184] Beide Anweisungen regelten nach bisherigen Erkenntnissen auch erstmals das Verhältnis zwischen SED-Parteileitungen in Bezirken, Kreisen und Großbetrieben und den entsprechenden Dienststellen des MfS. Vor allem den Ersten Sekretären der Parteileitungen wurden erhebliche Rechte zugestanden: Mit ihnen mußten in Bezirken, Kreisen und Betrieben mit Objektdienststellen die Arbeitspläne der jeweiligen Dienststellen der Staatssicherheit abgesprochen werden; außerdem wurde festgelegt, daß die Bezirks- und Kreisdienststellen ihre Arbeit „entsprechend den Weisungen" der Ersten Sekretäre der jeweiligen Bezirks- und Kreisleitungen der SED durchzuführen hätten.[185]

Am 10. Juli 1957 erläuterte Honecker als Berichterstatter des Politbüros auf der 32. ZK-Tagung diese Neuerungen und fällte im Zusammenhang damit ein vernichtendes Urteil über Wollwebers Tätigkeit als Minister für Staatssicherheit sowie die von ihm verantwortete Ausrichtung des MfS auf die Spionage nach Westen.[186] Wollweber, dessen Gesundheitszustand Ende Juni 1957 zum wiederholten Male einen mehrwöchigen Erholungsurlaub erforderte, kehrte auf seinen Posten nicht mehr zurück: „Auf eigenen Wunsch" wurde er im Oktober 1957 pensioniert, und Ulbrichts Vertrauter

182 Vgl. Walter Ulbricht: Rede auf der Dienstkonferenz am 26.4.1957; SAPMO-BA, DY 30, NY 4182/523, Bl. 1–20, in Auszügen veröffentlicht in: Hoffmann/Schmidt/Skyba: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 290–294; zur Dienstkonferenz siehe Engelmann/Schumann: Entwickelte Diktatur, S. 19f.

183 Dienstanweisung 16/57 des Ministers vom 30.5.1957; BStU, ZA, DSt 100996, ohne Blattzählung.

184 Dienstanweisung 17/57 des Ministers vom 18.6.1957 über die Erhöhung der Verantwortung und die Erweiterung der Vollmachten der Chefs der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellenleiter; BStU, ZA, DSt 100989, ohne Blattzählung.

185 Dienstanweisung 16/57, S. 6–8; Dienstanweisung 17/57, S. 2.

186 Vgl. Bericht des Politbüros auf dem 32. ZK-Plenum vom 10.–12.7.1957, vorgetragen von Friedrich Ebert; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/177; Bl. 13–53, hier 43–46, in Auszügen veröffentlicht in: Engelmann/Schumann: Entwickelte Diktatur, S. 61–64.

Mielke folgte ihm auf den Ministersessel. Den Schlußpunkt hinter die Abrechnung mit seinem geschlagenen Widersacher setzte Ulbricht auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958, als er ihm vorwarf, zusammen mit dem Politbüro-Mitglied Karl Schirdewan eine Fraktion mit dem Ziel angeführt zu haben, den Ersten Sekretär abzusetzen. Das 35. Plenum entfernte die beiden aus dem ZK, ein Ausschluß aus der SED blieb ihnen im Gegensatz zu Herrnstadt und Zaisser jedoch erspart.[187]

Im Zuge der Auseinandersetzung hatte die Sicherheitskommission unter Federführung Ulbrichts „gewisse Schwankungen und Aufweichungstendenzen" im Kaderbestand der Staatssicherheit festgestellt.[188] Zum Beleg dieser Feststellung verwies Mielke im August 1957 auf den stellvertretenden Leiter der Abteilung VII der Verwaltung Groß-Berlin, der die gleiche „konterrevolutionäre Konzeption" wie Harich vertreten habe. „Ähnliche Zersetzungserscheinungen" wollte er auch in der HV A ausgemacht haben.[189] Er kündigte einen „beschleunigten Abschluß des Entfernens aller faulen Elemente" aus dem Staatssicherheitsdienst an.[190] Nun ging Wollwebers Absetzung tatsächlich mit umfangreichen Revirements in den Spitzenpositionen des MfS einher. Beispielsweise verlor der bisherige stellvertretende Minister Otto Last seine Funktion und wurde zum Leiter der Objektverwaltung Wismut degradiert, sein Stellvertreterkollege Martin Weikert mußte die Rückstufung zum Leiter der Bezirksverwaltung Erfurt hinnehmen.[191] Ob es jedoch in einem für MfS-Verhältnisse überdurchschnittlichen Ausmaß zu Disziplinierungen der Basis und politisch bedingten Entlassungen kam, ist derzeit noch nicht geklärt: Der Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung, Robert Mühlpforte, berichtete im Februar 1958 im Kollegium, insgesamt 18 Prozent der MfS-Angehörigen seien 1957 entlassen oder/und diszipliniert worden. Neun Prozent des Kaderbestandes, also etwa 1 300 Mitarbeiter, hätten das MfS verlassen.[192] Dem entspricht eine Aufstellung der Kreisparteikontrollkommission, die eine Zahl von 314 Entlassungen (8,5 Prozent der Mitarbeiter) aus der Berliner Zentrale des MfS nennt.[193] Eine Aufschlüsselung der Entlassungsgründe

187 Vgl. ebenda, S. 25f.
188 Beschluß der Sicherheitskommission vom 8.4.1957, Bl. 5f.
189 Erich Mielke: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 1.8.1957, mit handschriftlichem Zusatz „nach seinen Thesen"; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 709–720, hier 711.
190 Ebenda, Bl. 714.
191 Vgl. Protokoll der Politbürositzung am 8.10.1957; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/562, Bl. 3f.; Protokoll der Kollegiumssitzung am 15.10.1957; BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 100–107, hier 101–103.
192 Protokoll der Kollegiumssitzung am 11.3.1958; BStU, ZA, SdM 1554, Bl. 119–144, hier 140; vgl. auch Gieseke: Hauptamtliche, S. 74.
193 KPKK der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 18.1.1958: „Entlassungen und Entpflichtungen im Jahr 1957"; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 679–682, hier 679. Die Basis der Prozentzahl ergibt sich aus der im statistischen Anhang von Gieseke: Hauptamtliche, genannten Gesamtmitarbeiterzahl von 3 689 für das MfS Berlin. Beide

für die 267 attestierten Mitarbeiter verrät, daß etwa bei der Hälfte dieser Entpflichtungen politische oder disziplinarische Gründe eine Rolle gespielt haben könnten.[194] Da jedoch Vergleichszahlen zu anderen Jahren bislang fehlen, ist diese Angabe kaum einzuordnen. Bei den Disziplinierungen im MfS Berlin läßt sich jedenfalls kein Anstieg feststellen: 1956 und 1957 wurden jeweils 272, 1958 224 Mitarbeiter dienstlich zur Verantwortung gezogen.[195]

Zahlen beziehen die HV A und das Wachregiment nicht mit ein; vgl. KPKK der Kreisleitung der SED im MfS Berlin: „betr. Bürositzung am 20.1.1958" [Bericht über Parteiverfahren im Jahr 1957]; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 665–674, hier 671. Die Unterlagen der KPKK enthalten weitere Zahlen auch für das gesamte MfS, die aber wegen ihrer inneren Widersprüchlichkeit nicht zu interpretieren sind.

194 Insgesamt 122 Mitarbeiter wurden entlassen wegen: Flucht 1, Politischer Unzuverlässigkeit 8, „kleinbürgerlichem Verhalten, Kapitulieren, Angst vor den Aufgaben des MfS" 21, falschen Angaben zur Person 1, politisch mißliebigen Verwandtschaften (wahrscheinlich im Westen) 23, Vergehen im Dienst 6, „moralischer Nichteignung" 46, „fachlicher Nichteignung" 16; bei den übrigen 145 Entpflichtungen waren wohl in der Regel weder politische noch disziplinarische Gründe ausschlaggebend: 117 erfolgten „auf eigenen Wunsch", 28 wegen Krankheit, Verrentung oder Tod; vgl. KPKK der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 18.1.1958: „Entlassungen und Entpflichtungen im Jahr 1957"; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 679–682, hier 679.

195 KPKK der Kreisleitung der SED im MfS Berlin: „betr. Bürositzung am 20.1.1958" [Bericht über Parteiverfahren im Jahr 1957]; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 665–674, hier 669; [KPKK der Kreisleitung der SED im MfS Berlin]: „Bericht vor dem Büro der Kreisleitung VII c/1" [über Parteiverfahren und Disziplinarstrafen 1958], o. D.; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 617–634, hier 617.

4. Der Parteiaufbau der SED im MfS

4.1. Vorläufer und Anfänge

Obwohl organisatorische Kontinuitäten von der Parteiorganisation in der DVdI zu derjenigen im MfS nicht festzustellen sind, lassen Ähnlichkeiten im Aufbau eine gewisse Vorbildfunktion der ersteren vermuten. Im Zusammenhang mit der Einrichtung der kasernierten Polizeibereitschaften, die den Kern der späteren NVA bildeten, sowie der Verstärkung und Zentralisierung der Grenzpolizei installierte die SED 1948 in der DVdI „Politkulturorgane" und betraute Erich Mielke mit dessen Aufbau.[196] Sie repräsentierten eine besondere Form der Parteistruktur, die sich erkennbar am Vorbild der sowjetischen Roten Armee[197] orientierte, auch wenn dies der Vizepräsident der DVdI, Heinz Hoffmann, 1949 bestritt.[198] Vom Grundsatz her stellten sie eine Anpassung des Parteistatuts an die Bedürfnisse bewaffneter Verbände und das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam dar. Die Parteiarbeit in der Polizei wurde, anders als im SED-Statut von 1946 für die Betriebsgruppen festgelegt[199], nicht von den gewählten Leitungen der einzelnen Parteigliederungen geleitet. Ihnen wurden „Polit-Kultur-Leiter" (PK-Leiter) übergeordnet, denen zur Unterstützung sogenannte „Polit-Kultur-Abteilungen" (PK-Abteilungen) unterstellt waren. Die PK-Leiter hatten unter anderem das Recht, Beschlüsse der Betriebsgruppen in ihrem Bereich rückgängig zu machen, sie sollten also die Parteiarbeit an der Basis überwachen. Laut Aufgabenbeschreibung waren sie vor allem für die ideologische Schulung der Polizeimitarbeiter zuständig; außerdem sollten sie sie zu Disziplin und Arbeitseifer erziehen, überdies aber auch Ansprechpartner bei Unterkunft, Verpflegung und an-

196 Vgl. Naimark: Russians, S. 366–368; Günther Glaser: Einführung, in: ders. (Hrsg.): „Reorganisation", S. 19–82, hier 32–36; Eisert: Anfänge, S. 162–178; Rüdiger Wenzke: Auf dem Weg zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53, in: Bruno Thoß (Hrsg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung" in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 205–272, hier 228–230.

197 Zum Parteiaufbau in der Roten Armee vgl. Timothy J. Colton: Commissars, Commanders and Civilian Authority. The Structure of Soviet Military Politics, Cambridge (Massachussetts), London 1979, S. 9–15 sowie 23–34.

198 Heinz Hoffmann: Die Aufgaben der PK-Abteilung im Kampf um die ideologische Festigung der Volkspolizei. Referat auf der zweiten PK-Leiter-Konferenz der DVdI am 8. und 9.9.1949; BA, DO 1/7, 102, Bl. 8–41, hier 12.

199 Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 21.4.1946, § 9, Nr. 4, in: Dokumente der SED, Bd. I, Berlin (Ost) 1952, S, 11–23, hier 13.

deren das materielle Wohlergehen der Mitarbeiter betreffenden Fragen sein.[200] Auch in Kaderentscheidungen waren sie zumindest teilweise eingebunden: Einer Aussage Mielkes zufolge sollten sie Mitarbeiter in untergeordneten Stellungen im Hinblick auf ihren weiteren Einsatz beurteilen;[201] außerdem waren PK-Leiter Mitglieder der Kommissionen, die ab Januar 1949 Personalsäuberungen[202] bei der Polizei durchführten.[203] Ihre zentrale Funktion bestand darin, durch die ideologische Überwachung der Mitarbeiter aus der Polizei eine linientreue, die sozialistische Umgestaltung aktiv mittragende Truppe zu machen.[204]

Im Gegensatz zu den statutenmäßigen Parteileitungen und ihren Vorsitzenden wurden die PK-Leiter nicht gewählt, sondern auf dem Dienstweg ernannt. Verantwortlich für ihre Bestätigung scheinen 1948 der Chef der DVdI, Kurt Fischer, sowie Mielke als Vizepräsident und Leiter der Hauptabteilung Politkultur (HA PK) gewesen zu sein.[205] Angesichts der Tatsache, daß die SED 1948 noch keineswegs die politisch festgefügte Kaderpartei späterer Zeiten darstellte, sollte das Verfahren der Ernennung dafür sorgen, daß im herrschaftstechnisch sensiblen Bereich von Polizei und militärischen Verbänden nur linientreue, der Parteiführung ergebene Genossen die Parteiarbeit leiteten.[206] Überdies waren die PK-Leiter, anders als die Leitungen der Betriebsgruppen, in die dienstliche Hierarchie eingebaut, indem sie als Erste Stellvertreter der Leiter der jeweiligen Organisationseinheiten in Polizei und DVdI fungierten und dessen Befehle und Anweisungen gegenzuzeichnen hatten.[207] Insbesondere in der KVP spielte

200 Vgl. Aufgabenstellung für die Leiter für politische und kulturelle Arbeit in der Polizei. Anlage 1 zum Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED am 19.7.1948, dokumentiert in: Glaser: „Reorganisation“, S. 143–147; Erich Mielke: Über die Rolle und die Aufgaben der PK-Organe und ihrer Leiter in der Volkspolizei. Referat in einer Arbeitsbesprechung der Hauptabteilung Politkultur der DVdI mit den Politkultur-Leitern der Polizei am 29.–30.12.1948; BStU, ZA, SdM 336, Bl. 145–158, hier 149–154, auszugsweise dokumentiert ebenfalls in: Glaser (Hrsg.): „Reorganisation“, S. 227–240, hier 229–235.

201 Mielke: Über die Rolle und die Aufgaben der PK-Organe, Bl. 158, dokumentiert in Glaser (Hrsg.): „Reorganisation“, S. 239f.

202 Vgl. Wenzke: Kaderarmee, S. 231–236.

203 Befehl 2 des Präsidenten der DVdI vom 14.1.1949 über die Festigung der Grenzpolizei, dokumentiert in: Glaser (Hrsg.): „Reorganisation“, S. 254–258.

204 Vgl. Naimark: Russians, S. 367; Wenzke: Kaderarmee, S. 230.

205 Kurt Fischer: Information über die Reorganisation der Polizei. Referat auf der Konferenz der Ministerpräsidenten, Landesvorsitzenden der SED und von Wirtschaftsfunktionären in Potsdam am 10.10.1948 (künftig: Fischer: Information über die Reorganisation), dokumentiert in: Glaser (Hrsg): „Reorganisation“, S. 182–189, hier 185. Der „Arbeitsplan bis 1. Oktober 1948 der KMA-Abteilung [= HA PK der DVdI]“, o. D., benennt die KMA-Abteilung [= HA PK] der DVdI als Verantwortliche für die Bestätigung der „Leiter der Kulturmassenarbeit“; BStU, ZA, SdM 323, Bl. 19f., hier 20.

206 Vgl. Mielke: Über die Rolle und die Aufgaben der PK-Organe, Bl. 154f., dokumentiert in Glaser (Hrsg.): „Reorganisation“, S. 235.

207 Aufgabenstellung für die Leiter für politische und kulturelle Arbeit in der Polizei. Anlage 1 zum Protokoll des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED am 19.7.1948, dokumentiert in: ebenda S. 143–147, hier 145.

dabei die Kontrolle früherer Wehrmachtoffiziere in verantwortlichen Stellungen eine Rolle.[208] Daneben versprach sich die SED-Führung vom Einbau des PK-Apparates in die dienstliche Hierarchie offenbar eine Effektivierung der politischen Überwachung und Schulung in den unteren Polizeirängen.[209] Mit dem PK-Apparat entstand ein zentralisierter Instanzenzug, auf dem entsprechende Befehle von oben nach unten durchgestellt werden konnten. Damit beruhte die politische Arbeit nicht mehr auf freiwilligem Engagement in den Parteiorganisationen, sondern erhielt den Rang einer dienstlichen Pflichtaufgabe. Gleichzeitig erhielt der PK-Leiter durch seine Einbindung in die dienstliche Hierarchie auch Zugriff auf die parteilosen Mitarbeiter.

Schließlich wurden mit der Einführung der Politorgane zunächst die Parteiorganisationen der Bereitschaftspolizei und der Grenzpolizei, 1949 auch der übrigen Polizeisparten aus dem territorialen Parteiaufbau ausgegliedert und zentralisiert.[210] Sie bildeten eigene SED-Gliederungen, die unter Leitung der HA PK in der DVdI standen. Damit besaßen die territorialen Ortsgruppen-, Kreis- oder Landesleitungen der Partei ihnen gegenüber, anders als gegenüber den sonstigen Betriebsparteiorganisationen, keine Anleitungsbefugnisse mehr.

Im MfS scheint eine Parteiorganisation erst einige Monate nach dessen offizieller Gründung aufgebaut worden zu sein.[211] Dafür spricht zumindest die Aussage Zaissers auf dem 15. Plenum, der zufolge zu Beginn im MfS lediglich eine rudimentäre Parteiorganisation bestanden habe. Wegen der anfänglich herrschenden Personalknappheit habe man sich auf die Besetzung der Funktionen für die operative Arbeit konzentriert. Er, Zaisser, habe sich darum bemüht, einige Mitarbeiter für eine hauptamtliche Parteitätigkeit freizustellen.[212] Zu diesen gehörte auch Otto Walter, der ab Sommer

208 Vgl. Glaser: Einführung, S. 33; Wenzke: Kaderarmee, 229f.

209 Darauf deuten jedenfalls Äußerungen von Fischer und Mielke hin; vgl. Fischer: Information über die Reorganisation, dokumentiert in Glaser (Hrsg.): „Reorganisation“, S. 187f.; Mielke: Über die Rolle und die Aufgaben der PK-Organe, Bl. 156, dokumentiert in Glaser (Hrsg.): „Reorganisation“, S. 237.

210 Zur Bereitschafts- und Grenzpolizei siehe Protokoll der Innenminister-Konferenz auf der Insel Hiddensee am 9./10.7.1948. Ergebnisformulierung, auszugsweise dokumentiert in: Glaser (Hrsg.): „Reorganisation“, S. 137–141, hier 138. Zu den übrigen Polizeisparten vgl. Herbert Grünstein: Die organisatorischen und politischen Aufgaben der Parteiorganisation der Volkspolizei. Referat auf der 2. PK-Leiter-Konferenz der DVdI am 8./9.9.1949; BA, DO 1/7, 102, Bl. 118–149, hier 129f.; „Statut der PK-Organe“ [der Volkspolizei] vom September 1949; BA, DO 1/11, 143, Bl. 4.

211 Erste Belege für ihre Existenz stammen aus dem Sommer 1950. Vgl. Protokoll der Politbürositzung am 11.7.1950, Anlage 2: „Der technische Ablauf des III. Parteitages“, darin Anlage K: „Teilnehmer am Parteitag“; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/97, Bl. 124; Protokoll der Mitgliederversammlung [der SED-Parteiorganisation im MfS, wahrscheinlich nur MfS Berlin] am 14.8.1950; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 322–325.

212 Protokoll des 15. ZK-Plenums, Redebeitrag Zaisser; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 187–201, hier 190f.; vgl. auch seine ähnlich lautende Aussage auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MfS Berlin am 14./15.6.1952; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 504–514, hier 504.

1950 als Erster Sekretär an der Spitze der SED im MfS stand.[213] Er war ein altgedienter KPD-Funktionär, hatte schon vor 1933 in mehreren KPD-Bezirksleitungen gearbeitet und das „Dritte Reich" in Haftanstalten und im KZ Sachsenhausen überlebt.[214] Spätestens seit dem Herbst 1951 trug die Parteiorganisation den Namen „Landesverband VII c" der SED.[215] In ihm waren alle Untergliederungen der SED im MfS Berlin, in den Landesverwaltungen und Kreisdienststellen des Staatssicherheitsdienstes zusammengefaßt. Analog den Parteiorganisationen in den übrigen bewaffneten Organen bildete er einen „nichtterritorialen Landesverband"[216], seine Leitung war also den Landesleitungen der fünf Länder der DDR gleichgeordnet und von deren Weisungen unabhängig. Im Herbst 1951 wurde die SED im MfS vertikal stärker untergliedert: Im MfS Berlin sowie in den Landesverwaltungen entstanden „nichtterritoriale Kreisparteiorganisationen" (vgl. Übersicht 2, S. 50).[217] Auch die im Sommer 1952 im Zuge der Umwandlung der Länder in Bezirke neu gebildeten MfS-Bezirksverwaltungen erhielten solche nichtterritorialen Kreisparteiorganisationen. Der Landesverband wurde nunmehr als „Bezirksverband" oder „Bezirksparteiorganisation" bezeichnet (vgl. Übersicht 3, S. 51). Im Frühjahr 1953 gehörten ihm auch die Parteigliederungen der Wacheinheiten, der Grenz- und der Transportpolizei an.[218] Wie bereits erwähnt, wies die SED im MfS organisatorische Ähnlichkeiten mit den Politkulturorganen der DVdI auf: So bestätigte das Politbüro im Oktober 1951 den Ersten Sekretär Otto Walter zusätzlich als Leiter einer Hauptabteilung Politkultur im MfS. In dieser Funktion war Walter gleichzeitig „Stellvertreter des Ministers für politische Arbeit"[219].

213 Otto Walter: Lebenslauf vom 1.6.1960; BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakte Otto Walter, KS 25/84, Bl. 75–79, hier 77.

214 Vgl. Bernd-Rainer Barth u. a. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR, Frankfurt (Main), 3. Aufl. 1995, S. 766.

215 Vgl. Protokoll der Politbürositzung am 30.10.1951; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/173, Bl. 18.

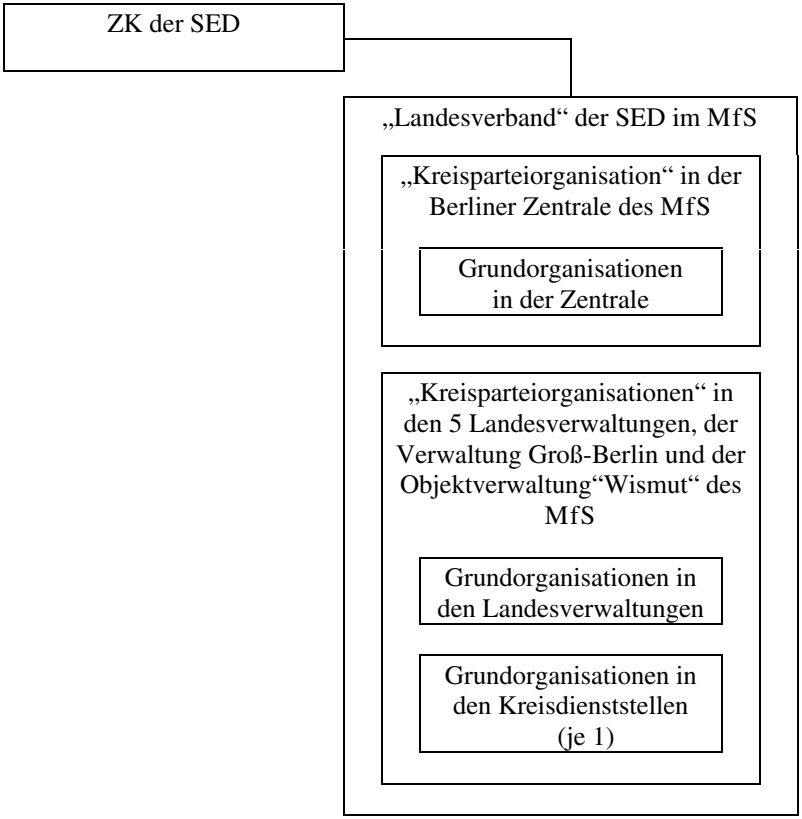
216 Z. B. bildeten die Politorgane der Hauptverwaltung Ausbildung, der direkten Vorgängerin der Kasernierten Volkspolizei, 1951 den nichtterritorialen Landesverband VII b; vgl Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 14.2.1951; SAPMO-BA, DY 30; J IV 2/3/175, Bl. 6.

217 Zur Entstehung der Kreisleitung im MfS Berlin siehe ihren Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Früholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 557–596, hier 570f.; parallele Überlieferung: BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 275–312. Die Existenz der übrigen Kreisleitungen wird durch die vierteljährliche statistische Erfassung ihrer Mitglieder seit dem 30.9.1951 belegt: vgl. jeweils II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik für die Kreisleitungen VII c/1–VII c/7; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/1624 und 1625.

218 Vgl. Sekretariat der SED-Bezirksleitung VIIc [im MfS] an Ulbricht vom 23.5.1953 mit Anlage: „Bericht über die Arbeit der Parteiorganisation im MfS" (künftig: Bericht des Sekretariats der SED-Bezirksleitung VII c [im MfS] an Ulbricht vom 23.5.1953), S. 13; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

219 Protokoll der Politbürositzung vom 30.10.1951; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/173, Bl. 18; Befehl 60/51 des Ministers vom 3.11.1951; BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakte Otto Walter, KS 25/84, Bl. 28.

Übersicht 2: Der SED-Parteiaufbau im MfS im Frühjahr 1952
(ohne militärische Verbände)[220]



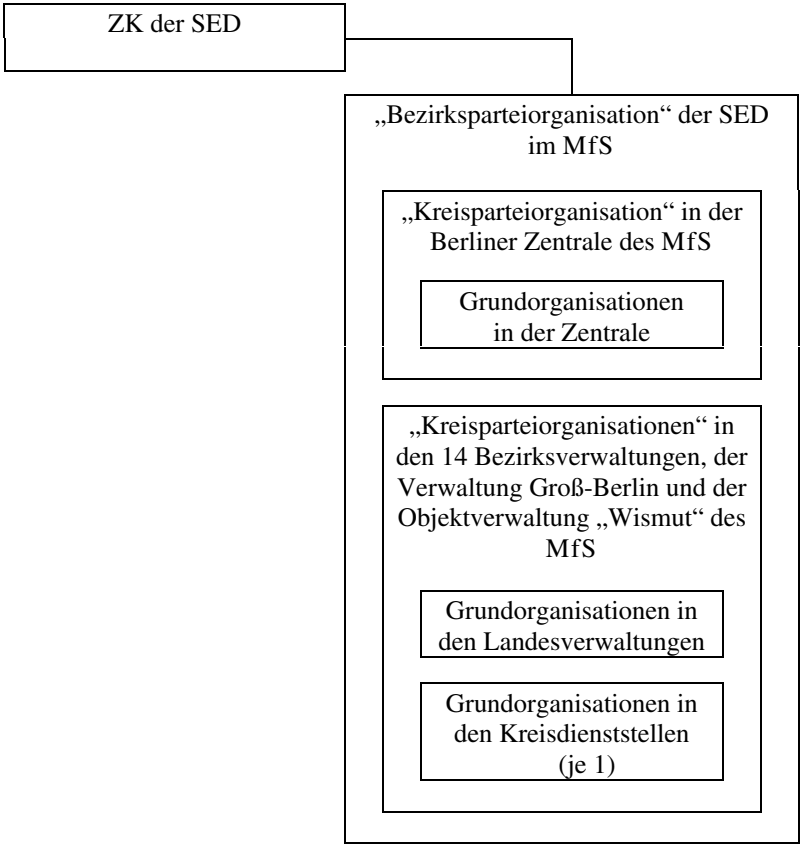
Bis 1953 erhielten auch die Bezirksverwaltungen der SED solche Stellvertreter für politische Arbeit oder „PK-Leiter“, die ebenfalls Politkulturabteilungen leiteten und gleichzeitig als Erste Sekretäre der jeweiligen Parteileitungen fungierten.[221] Von einem Gegenzeichnungsrecht für Befehle ihrer Vorgesetzten ist bei den Stellvertretern für politische Arbeit, anders als bei den „Politkulturleitern“ der DVdI, allerdings nichts bekannt.[222]

220 Der Einbau der Parteihierarchie in die dienstliche Hierarchie über den „Stellvertreter für politische Arbeit“ in der Berliner Zentrale des MfS ist hier nicht mit dargestellt.

221 Vgl. Befehl 97/53 des Ministers vom 4.3.1953 [über die Verleihung militärischer Dienstgrade an die MfS-Mitarbeiter]; BStU, ZA, HA KuSch 1358, Bl. 103–467, hier 106–108.

222 Gegen ein solches Recht spricht auch die Tatsache, daß die aus der Amtszeit Zaissers überlieferten Befehle von ihm allein gezeichnet sind.

Übersicht 3: Der SED-Parteiaufbau im MfS im Frühjahr 1953
(ohne militärische Verbände)[223]



Dem Ersten Sekretär der Bezirksparteiorganisation im MfS stand ein Sekretariat zur Seite, welchem im Sommer 1953 fünf hauptamtlich als Parteifunktionäre arbeitende Mitglieder angehörten. Es fungierte als exekutives Organ der Landes- bzw. Bezirksleitung[224] der SED im MfS. Die Bezirksleitung entsprach auf dieser Ebene dem, was auf zentraler Ebene

223 Der Einbau der Parteihierarchie in die dienstliche Hierarchie über den „Stellvertreter für politische Arbeit“ in der Berliner Zentrale des MfS bzw. die „PK-Leiter“ in den Bezirksverwaltungen ist hier nicht berücksichtigt.

224 Künftig werden die Begriffe „Landesleitung“ oder „Landesverband“ nur dann benutzt, wenn ausschließlich die Zeit bis Sommer 1952 gemeint ist. In allen anderen Fällen wird die Parteiorganisation als „Bezirksparteiorganisation“, ihre Leitung als „Bezirksleitung“ bezeichnet.

das ZK darstellte.[225] Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Bezirksleitung und ihrem Sekretariat auf der einen Seite und der „Hauptabteilung Politkultur“ auf der anderen Seite ist nicht exakt zu ermitteln, jedoch ergibt sich der Eindruck, daß ersteres letzterem übergeordnet war. Schließlich besaß die Bezirksparteiorganisation eine Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) als oberste Instanz für Parteiverfahren innerhalb des MfS.[226] Auf der Ebene der zur Bezirksparteiorganisation gehörenden Kreisparteiorganisationen, die in der Berliner Zentrale des MfS und seinen Bezirksverwaltungen bestanden, wiederholte sich das organisatorische Schema: In jeder Kreisparteiorganisation gab es eine Kreisleitung und ein Sekretariat, eine Abteilung Politkultur und eine Kreisparteikontrollkommission, darüber hinaus außerdem ein Parteiaktiv.[227]

Von Anfang an hatte es im MfS nur wenige Mitarbeiter gegeben, die nicht der SED angehörten. So erklärte Zaisser bereits im Juni 1952, daß „wir uns in einer Lage befinden, die eine Seltenheit ist. Bei uns ist die Zahl der Belegschaftsmitglieder und die Zahl der Parteimitglieder gleich. [...] Ich rede nicht von den paar Ausnahmen, die evt. bestehen in bezug auf techn[ische] Kräfte oder diejenigen, die das Alter zum Eintritt in die Partei noch nicht erreicht haben.“ Diese, so Zaisser in einer Anmerkung, die ein Schlaglicht auf das Selbstverständnis des MfS wirft, seien „sozusagen Parteimitglieder ohne Buch“.[228] Erste Prozentzahlen über den Anteil Parteimitglieder und -kandidaten unter den MfS-Angehörigen liegen für die erste Jahreshälfte 1953 vor. Zu dieser Zeit besaßen etwa 92 Prozent aller Mitarbeiter das Parteibuch der SED[229], 1959 waren es 93 Prozent.[230] Im Vergleich zur volkseigenen Wirtschaft lag dieser Anteil außerordentlich hoch: Ende 1955 sollen dort parteieigenen Statistiken zufolge 15,6 Prozent aller Beschäftigten in der SED gewesen sein.[231] Diese Quoten dokumentieren den Charakter des MfS-Kaderbestandes als einer weltanschaulichen Eliteformation. Der hohe Prozentsatz von Parteimitgliedern unter den Mit-

225 „Überblick über die Parteiorganisation im SfS“, o. A., o. D. [zwischen Juli und September 1953]; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 229–231, hier 229f.

226 Ebenda, Bl. 229.

227 Ebenda, Bl. 229f. Parteiaktive gab es auf verschiedenen hierarchischen Ebenen der SED. In ihnen wurden, ausgewählt von den jeweiligen Parteileitungen, engagierte Parteimitglieder, Parteifunktionäre und wichtige Staats- und Wirtschaftsfunktionäre zusammengefaßt. Vgl. Neugebauer: Partei und Staatsapparat, S. 31–33.

228 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, erster Redebeitrag Wilhelm Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 504–514, hier 504.

229 Ausgenommen die dem MfS unterstellten militärischen und militärähnlichen Verbände; Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Hans Ehlert, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.).

230 Ausgenommen das Wachregiment; Gieseke: Hauptamtliche, S. 51.

231 Dabei gab es beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen: So waren etwa im Bauwesen nur 8% aller Beschäftigten Mitglieder oder Kandidaten der SED, im Industriezweig Energie dagegen 25% und im Bergbau gar 28%; vgl. Woitinas/Geder: Entwicklung (1954–1963), S. 14f.

arbeitern hatte aber auch Konsequenzen für die Parteiarbeit: Die Avantgardefunktion, die SED-Mitglieder in gewöhnlichen Produktionsbetrieben bei der Umsetzung der Ziele der Parteiführung hatten, entfiel im MfS.

Die absoluten Mitglieder- und Kandidatenzahlen zeigen in den Jahren 1951 bis 1953 ein schnelles und sprunghaftes Wachstum (vgl. Tabelle 1),

Tabelle 1: Mitglieder und Kandidaten der SED-Organisation im MfS zwischen 1951 und 1953[232]

Datum der Zählung	Anzahl Mitglieder	Anzahl Kandidaten	insgesamt
30.09.1951	3 361	206	3 567
31.12.1951	3 477	236	3 713
31.03.1952	3 838	302	4 140
30.06.1952	6 852	1 300	8 152
30.09.1952	7 581	1 477	9 058
31.12.1952	8 237	1 711	9 948
31.03.1953	11 750	2 532	14 282
30.06.1953	12 516	2 851	15 367

dessen Schwankungen in erster Linie aus der Strukturentwicklung des Ministeriums zu erklären sind: So ergibt sich die Verdoppelung der Mitglieder- und Kandidatenzahlen im 2. Quartal 1952 aus der Angliederung der Grenzpolizei an das MfS im Mai desselben Jahres, der Anstieg um 5 000 Mitglieder und Kandidaten im 1. Quartal 1953 daraus, daß die Transportpolizei nunmehr zum MfS gehörte.

Der Aufbau der Parteiorganisation war mit Schwierigkeiten verbunden: Von der Personalknappheit des Ministeriums in der Anfangsphase und den damit verbundenen Schwierigkeiten, Personal für die hauptamtliche Parteiarbeit abzustellen, war bereits die Rede. Der Politbürobeschluß vom März 1952 diagnostizierte denn auch neben den bereits erwähnten Mängeln in der Kaderarbeit und in der Arbeitsorganisation des MfS erhebliche Schwächen in der Parteiarbeit: Viele Mitarbeiter seien dem „Praktizismus“ verfallen, meinten also, ihre Aufgaben auch ohne ideologische Schulung und Erziehung durch die Partei erledigen zu können. Die Parteiarbeit sei lange vernachlässigt worden; „Kritik und Selbstkritik“,[233] in den stalinistischen Parteien eine der wichtigsten Methoden der ideologischen Indoktrination

232 Vgl. den zum jeweiligen Datum von der SED-Landes- bzw. der Bezirksleitung VII c erstellten II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/1624, Bl. 1–4, 47f., 53f., 59f. sowie 1625, Bl. 1f., 5f. Die Zahlen für den 30.6.1952 sind dem Berichtsbogen vom 30.9.1952 entnommen.

233 Zu „Kritik und Selbstkritik“ siehe S. 80–82.

und der Disziplinierung ihrer Mitglieder, hätten sich ungenügend entwikkelt.[234] Das Politbüro forderte unter anderem, die Landesleitung VII c qualitativ und quantitativ zu verstärken und den gesamten Parteiapparat zu „festigen". Die Propagandaarbeit der Partei im MfS müsse erheblich verbessert werden, das „ideologische Niveau der Genossen" sei zu heben, etwa durch eine „fortschrittliche Gestaltung der Freizeit": durch Theater-, Konzert- oder Filmbesuche.[235] Die Parteiarbeit in den Landesverwaltungen müsse dadurch verbessert werden, daß die fähigsten Genossen an die Spitze der dortigen Parteiorganisationen gelangten. In den Kreisdienststellen des MfS, die vom Kadermangel und der im Beschluß kritisierten hohen Fluktuationsrate des Personals besonders betroffen waren, solle die Kontinuität der Parteiarbeit dadurch gewährleistet werden, daß der dortige Parteisekretär ohne Genehmigung des Ministeriums in Berlin nicht versetzt werden dürfe.[236]

Es gelang der SED im MfS im Laufe des folgenden Jahres nicht, alle Forderungen des Politbüros zu erfüllen: Immer wieder klagten Parteifunktionäre darüber, daß Parteiveranstaltungen ungenügend besucht würden oder daß Parteimitglieder Aufträge der Parteileitungen, insbesondere zum Studium des Marxismus-Leninismus, nicht ernst nähmen und sich mit ihrer Arbeitsbelastung in der operativen Arbeit herausredeten.[237] Dazu kam, daß selbst die Spitzenfunktionäre im Staatssicherheitsdienst und seiner Parteiorganisation noch unterschiedliche Vorstellungen darüber hatten, welche Rolle die SED innerhalb des MfS spielen sollte. Einigkeit bestand zwar darin, daß die zentrale Aufgabe der Parteiorganisation die Erziehung der Mitarbeiter sei. Wieviel Einblick sie zu diesem Zweck in die operative Arbeit erhalten müsse und ob die Mitarbeiter ihre Vorgesetzten auf Parteiveranstaltungen kritisieren dürften, wurde im MfS jedoch für DDR-Verhältnisse ungewöhnlich kontrovers diskutiert.[238] Im Januar 1953 soll der Erste Sekretär der Bezirksleitung, Otto Walter, wegen Meinungsverschiedenheiten, die er über diese Frage mit Zaisser hatte, sogar seinen Rücktritt angeboten haben.[239] Schließlich war es schwierig, die vom Politbüro geforderte qualitative und quantitative Verstärkung der Parteileitungen zu realisieren: Abteilungsleiter und Referatsleiter nahmen zum Teil nur widerstrebend

234 Entschließung des Politbüros über die Arbeit des MfS vom 18.3.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/202, Bl. 82.
235 Ebenda, Bl. 83–85.
236 Ebenda, Bl. 85f.
237 Vgl. etwa Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 490f.; Isolde Sobeck: „Die Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Schlußfolgerungen für die Arbeit der Parteiorganisation im MfS". Manuskript des Referates auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953 (künftig: Sobeck: Manuskript des Referates auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953); BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 6–26, hier 23.
238 Vgl. S. 82–89 sowie 134–136.
239 Siehe S. 88.

hin, daß sich Mitarbeiter in der Parteiarbeit engagierten, weil deren Arbeitskraft dann für dienstliche Aufgaben verloren ging.[240] Immer wieder wurden gerade nicht die fähigen Mitarbeiter in die Parteileitungen gewählt, sondern jene, die für die operative Arbeit als entbehrlich galten.[241] Das vom Politbüro geforderte Verbot der Versetzung von Parteisekretären der Kreisdienststellen erging offenbar erst im Februar 1953, allerdings nun in einer umfassenderen Form: Mit dem Befehl 57/53 untersagte der Minister, Mitglieder der Kreisleitungen oder Erste Sekretäre von Grundorganisationen im MfS ohne Genehmigung des MfS Berlin zu versetzen.[242]

Aufschlußreich für die Kaderprobleme der Parteiorganisation war die Besetzung der Funktion des Ersten Sekretärs der Kreisparteiorganisation VII c/1 im MfS Berlin: In der ersten Hälfte des Jahres 1952 nahm sie zunächst Karl Früholz wahr, Mitarbeiter der „Hauptabteilung Politkultur" und Mitglied der Kreisleitung. Offenbar erfüllte er sein Amt so wenig zufriedenstellend, daß er auf der Kreisdelegiertenkonferenz im Juni 1952 nicht wieder in die Kreisleitung gewählt wurde. Möglicherweise ist dies sogar als Mißtrauensvotum der Parteibasis im MfS zu werten, denn im Unterschied zu später fand hier eine echte Wahl statt, bei der unter insgesamt 24 Bewerbern 19 Mitglieder und Kandidaten der Kreisleitung ausgewählt werden konnten.[243] In bezug auf die künftige Besetzung der Funktion des Ersten Sekretärs der Kreisleitung war nun guter Rat teuer: Die Landesleitung VII c schlug zunächst nur vier Funktionäre als einfache Mitglieder für das Sekretariat der Kreisleitung vor, die die Kreisleitung am 25. Juni auch wählte. Die Stelle des Ersten Sekretärs blieb vorerst unbesetzt, da sich die Landesleitung, so ihre Beauftragte Isolde Sobeck in der Sitzung, noch nicht darüber klar sei, wer diese Position einnehmen solle. Es sei jedenfalls nicht möglich, einen Genossen der gewählten Kreisleitung von seiner operativen Arbeit zu entbinden, damit er die Funktion des Ersten Kreissekretärs wahrnehme.[244] Die Landes- bzw. Bezirksleitung ließ sich mit ihren Überlegungen Zeit: Über ein Jahr, bis zum November 1953, blieb das Amt offiziell unbesetzt. Ab November 1952 übte es Isolde Sobeck allerdings kommissarisch aus.[245] Sie war erst Anfang 1951 nach

240 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 2.4.1953; Redebeitrag Genosse Kretzschmar; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 343f., hier 344; Bericht des Sekretariats der SED-Bezirksleitung VII c [im MfS] an Ulbricht vom 23.5.1953, S. 5; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

241 Ebenda.

242 Befehl 57/53 des Ministers vom 12.2.1953; BStU, ZA, DSt 100054.

243 Protokoll [der Wahlkommission der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin] am 15.6.1952; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 547–550, hier 547f.

244 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 25.6.1952; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 329f.

245 „Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung der Betriebsparteiorganisation im SfS" [gemeint: Kreisleitung der SED] auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954, vorgetragen von Hermann Steudner (künftig: Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung der Betriebsparteiorganisation [= SED-Kreisleitung] auf der

Abschluß eines Lehrgangs an der Parteihochschule „Karl-Marx“ direkt zur „Hauptabteilung Politkultur“ gekommen, so daß es ihr an Erfahrung in der operativen Arbeit fehlte.[246] Einer späteren Aussage des Ersten Sekretärs der Bezirksleitung, Otto Walter, zufolge gab es Widerstände gegen die Leitung einer so großen Parteiorganisation wie die des MfS Berlin durch eine Frau.[247] Daß Isolde Sobeck die Funktion trotzdem, wenn auch nur kommissarisch, übertragen bekam, ist ein Indiz sowohl für den Personalmangel im MfS als auch für den im Vergleich mit der operativen Arbeit geringeren Stellenwert der Parteiarbeit. Besetzten doch Frauen im „militärisch verfaßten Männerbund“[248] Staatssicherheit meist die niederen Ränge der Hierarchie und stiegen nur selten weiter als bis zur Referatsleiterin auf.[249]

Im Mai 1953 berichtete das Sekretariat der Bezirksleitung Walter Ulbricht[250] über den permanenten Kadermangel. Außerdem beschrieb es die bereits angesprochenen Konflikte zwischen Parteileitung und dienstlicher Leitung, die das Verhältnis zwischen Parteiarbeit und operativer Arbeit betrafen. Schließlich beklagte das Sekretariat Disziplinlosigkeiten und moralische Schwächen bei einem Teil der Mitarbeiter, die die Parteiorganisation bislang noch nicht zu beheben vermocht habe.[251] Ein deutliches Signal für die mangelnde Anleitung der Staatssicherheit über den Parteistrang stellt die Klage des Sekretariats dar, daß die maßgeblichen Abteilungen des ZK sich mit der Parteiorganisation im MfS nicht ausreichend beschäftigen würden. Doch auch der Minister wurde kritisiert: Zwar bespreche Zaisser häufig Einzelfragen mit Otto Walter, dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung, habe jedoch noch nie mit dem gesamten Sekretariat eine Aussprache über die Parteiarbeit geführt. Lediglich sein Stellvertreter Mielke beteilige sich regelmäßig an den Sitzungen der Bezirksleitung und gebe wichtige Hinweise für die Parteiarbeit.[252] Auf das Schreiben reagierte Ulbricht in einer Rede vor dem Parteiaktiv des MfS am 28. Mai. Unter anderem nahm er zum Verhältnis zwischen Parteiarbeit und operativer Arbeit Stellung[253] und betonte in diesem Zusammenhang, „daß die 1. Aufgabe

SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954); BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 171–223, hier 197.

246 Zu den biographischen Daten siehe Bericht [über Isolde Sobeck] vom 30.11.1950, o. A.; „Verfügung“ [zur Einstellung Isolde Sobecks in das MfS], beides in: BStU, ASt Gera, Abt. KuSch Kaderakte Isolde Sobeck, KS II 104/61, Bl. 3–5 und 42.

247 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.8.1953, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 1072, Bl. 243f., hier 244.

248 Gieseke: Hauptamtliche, S. 56.

249 Vgl. ebenda, S. 53–57.

250 Bericht des Sekretariats der SED-Bezirksleitung VII c [im MfS] an Ulbricht vom 23.5.1953, S. 4f. und S. 11–14; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

251 Ebenda, Bl. 5–9.

252 Ebenda, Bl. 14f.

253 Walter Ulbricht: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 232–260, hier Bl. 257f.; zum Inhalt seiner Ausführungen vgl. S. 89.

der Parteiorganisation die politisch-moralische Erziehung der Parteimitglieder"[254] sei. Hinsichtlich der Kaderprobleme mahnte er, künftig in der operativen Arbeit erfahrene Genossen zu hauptamtlichen Parteisekretären zu machen und nicht mehr zuzulassen, daß ein qualifizierter Parteisekretär versetzt werde.[255]

4.2. Das 15. ZK-Plenum und die Auflösung der SED-Bezirksparteiorganisation

Das 15. Plenum des Zentralkomitees konstatierte im Juli 1953 nicht nur das Versagen des Ministeriums für Staatssicherheit vor und während des Aufstandes vom 17. Juni. Vielmehr diagnostizierte Ulbricht als eine wesentliche Ursache hierfür, daß „die Parteiorganisation im Ministerium für Staatssicherheit sich in einem ideologisch und organisatorisch vernachlässigten Zustand" befinde. Die Leitung des MfS habe die Parteiarbeit im MfS gehemmt und als „nebensächliche Angelegenheit" behandelt.[256] Bezeichnenderweise behauptete Ulbricht, daß die Parteiorgane im MfS vom Zentralkomitee „unabhängig" gewesen seien.[257] In der Entschließung des Plenums wurde schließlich auch die organisatorische Unabhängigkeit der SED im MfS von den territorialen Bezirks- und Kreisparteiorganisationen mit ihrer unzulänglichen Arbeit in Zusammenhang gebracht.[258]

Tatsächlich waren die Anleitungsstrukturen seitens des regulären Parteiapparates bis zu dieser Zeit nur rudimentär ausgebildet. Dies wird jedoch weniger auf eine Obstruktionshaltung Zaissers als auf die generelle Dominanz der sowjetischen Berater im Apparat der Staatssicherheit zurückzuführen sein. Zaisser verwahrte sich denn auch gegen alle Vorwürfe, die Parteiarbeit vernachlässigt zu haben. Er verwies auf seine bereits erwähnte Initiative zur Freistellung von hauptamtlichen Kräften und die Ernennung Walters zu seinem „Stellvertreter für politische Arbeit". Der Beschluß, die Parteiorganisation des MfS nicht den territorialen Parteigliederungen zu unterstellen, sei bereits vor seinem Amtsantritt gefallen. Er habe trotzdem immer auf ein gutes Verhältnis der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Staatssicherheit zu den örtlichen Parteileitungen gedrängt und

254 Walter Ulbricht: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung der SED im MfS Berlin am 28.5.1953, Bl. 257.
255 Schlußwort Ulbrichts auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 261–273, hier 265.
256 Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum; SAPMO-BA, DY 30; IV 2/1/119, Bl. 92–141, hier 102.
257 Ebenda, Bl. 109.
258 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Entschließung des 15. ZK-Plenums; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/121, Bl. 81–112, hier 105.

auch darauf, daß diese die Informationen erhielten, die sie benötigten.[259]

Direkt nach dem 15. Plenum begannen Vorbereitungen zu einer Umorganisation der SED im SfS, die als Teil der generellen Verstärkung der Kontrolle der SED-Führung über die Staatssicherheit zu werten sind.[260] Bereits am 3. August 1953, eine Woche nach dem 15. Plenum, setzte das Sekretariat des ZK eine Kommission unter der Leitung des Parteisekretärs im SfS, Otto Walter, ein, die entsprechende Richtlinien ausarbeiten sollte.[261] Zwei Wochen später legte diese einen Vorschlag unbekannten Inhalts zu Arbeit und Aufbau der Parteiorganisation im SfS vor, den das Sekretariat des ZK jedoch zurückwies.[262] Am 2. September präsentierte sie einen zweiten Entwurf, der in einer am 31. August in der Abteilung „Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen" (LOPM) erstellten Fassung bekannt ist.[263] Ihn akzeptierte das Sekretariat in seinen Grundzügen, wies aber Otto Walter an, die Vorlage „entsprechend den gegebenen Richtlinien in der Diskussion umzuarbeiten".[264] Der Entwurf zeigt den Zusammenhang zwischen der engeren Anbindung der Staatssicherheit an die Partei und der Umorganisation der SED-Betriebsparteiorganisation besonders deutlich. Dieser wird nicht nur durch den Inhalt der Bestimmungen zum eigentlichen Parteiaufbau im SfS dokumentiert, sondern auch dadurch, daß der Entwurf in seinem zweiten Teil umfassende Regelungen zum Verhältnis zwischen Staatssicherheitsdienst und SED in den Bezirken und Kreisen der DDR enthielt, mit deren Umsetzung dem territorialen Parteiapparat weitreichende Kompetenzen gegenüber dem SfS eingeräumt worden wären.

Bezüglich des Aufbaus der SED im SfS sah der Entwurf die Auflösung der strukturellen Verbindung von Parteiämtern und dienstlichen Ämtern im Staatssicherheitsdienst und damit eine klare Trennung von dienstlicher Hierarchie und Parteiorganisation vor. Das entsprach der wahrscheinlich von Ulbricht ausgehenden Feststellung der Bezirksleitung im SfS, daß „die politische und dienstliche Unterstellung des Sekretariats unter die Leitung des ehemaligen Ministers" eine „entscheidende Ursache" für seine mangelhafte Arbeit gewesen sei.[265] Die Funktionen der „Stellvertreter für

259 Protokoll des 15. ZK-Plenums, erster Redebeitrag Zaisser; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 187–201, hier 191f.

260 Vgl. auch S. 34–37.

261 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 3.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/393, Bl. 5.

262 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 19.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/395, Bl. 3.

263 Dokument 2, S. 160–165; eine undatierte, sonst aber identische Fassung des Entwurfs existiert auch beim BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 159–164. Mitter/Wolle: Untergang auf Raten, S. 145f., beschreiben diesen Entwurf, erwähnen jedoch nicht, daß er nie in Kraft trat.

264 Der Inhalt der Hinweise des Sekretariats ist unbekannt; Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 2.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/396, Bl. 6.

265 „Entschließung der Bezirksleitung VII c" [im SfS] vom 6.8.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 165–175, hier 173.

politische Arbeit“ und „PK-Leiter“ wurden stillschweigend fallengelassen, eine Entscheidung, die auch durch spätere Entwürfe nicht mehr revidiert wurde. Dem Leiter der Staatssicherheit war so der Zugriff auf die Parteiorganisation via dienstlicher Funktion entzogen. Die Verantwortung für die Anleitung der SED im SfS wurde allein dem Parteistrang zugewiesen. Das Zentralkomitee sollte für die SED-Bezirksleitung im SfS zuständig sein, die Anleitung der Parteiorganisationen in den SfS-Bezirksverwaltungen war dem Entwurf zufolge zu dezentralisieren: Die SED-Bezirksleitung im SfS und die territorialen SED-Bezirksleitungen sollten sie gemeinsam wahrnehmen.[266] Ein Vorbild für diese Regelung war möglicherweise die bereits 1951 erfolgte Dezentralisierung der Parteiarbeit in der Volkspolizei.[267] Die Trennung der Parteiorganisation von den dienstlichen Hierarchien und die Einschaltung der territorialen Parteileitungen in den Anleitungsprozeß zielten auf eine intensivere Kontrolle des SfS durch den Parteiapparat und den Ersten Sekretär, der für diesen verantwortlich war. Damit läßt sich die Umstrukturierung der Betriebsparteiorganisation anderen Maßnahmen wie der Einrichtung der Sicherheitskommission und der Abteilung für Sicherheitsfragen zuordnen, mit denen Ulbricht dasselbe Ziel verfolgte.

In dieselbe Richtung gehen auch die Bestimmungen zum Verhältnis zwischen den Dienststellen des SfS in den Bezirken und Kreisen einerseits und den örtlichen Parteileitungen andererseits. Vor allem den Ersten Sekretären der territorialen SED-Bezirksleitungen wären bei einer Umsetzung des Entwurfs tiefe Einblicke in die operative Arbeit des SfS gewährt worden: Die Leiter der SfS-Bezirksverwaltungen sollten diese nicht nur über alle wichtigen Ergebnisse ihrer Arbeit, sondern auch über „geplante oder in der Durchführung begriffene operative Maßnahmen“ informieren. Der Entwurf enthielt sogar die Bestimmung, daß die territorialen Ersten Bezirkssekretäre den Leitern der Bezirksverwaltungen „Aufträge sowohl in fachlicher als [auch] in parteipolitischer Hinsicht“ erteilen könnten, „z. B. über die Einleitung oder Durchführung operativer Aktionen, über notwendige Festnahmen, über die Konzentration der Arbeit auf Schwerpunkte usw.“. Für den Fall, daß der Leiter der Bezirksverwaltung einen solchen Auftrag für undurchführbar hielt, war ein komplizierter Instanzenweg zur Beilegung der Meinungsverschiedenheit vorgesehen, der im Ernstfall bis zu Walter Ulbricht geführt hätte.[268] Die Kompetenzen der Sekretäre der terri-

266 Dokument 2, S. 162f.

267 Die Parteigliederungen der Volkspolizei gehörten seitdem organisatorisch zu den entsprechenden territorialen Kreis- und Landes- bzw. Bezirksorganisationen. Zumindest die Parteiorganisationen in den Landes- bzw. Bezirksbehörden der DVP erhielten gleichzeitig aber auch Weisungen von der ihnen innerhalb der Polizei übergeordneten Politkulturabteilung. Ähnlich wie bei dem hier geplanten Modell bestand also eine doppelte Anleitungsstruktur. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 3.12.1951; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/252, Bl. 3–6.

268 Dokument 2, S. 163f.

torialen Kreisleitungen grenzte der Entwurf demgegenüber zwar ein,[269] insgesamt jedoch ordnete er die konspirativen Prinzipien des Staatssicherheitsdienstes den Interessen der Parteiführung an einer Kontrolle ihres Geheimapparates unter.

Die anvisierten Bestimmungen zum Parteiaufbau im SfS sollten auch in den Politbürobeschluß vom 23. September 1953 einfließen, der die Einzelheiten der Eingliederung des Staatssicherheitsdienstes in das Ministerium des Innern regelte. Jedoch lehnten die von Wollweber im Vorfeld des Beschlusses befragten sowjetischen Vertreter, darunter „Chefberater" Pitowranow, die geplante Organisationsform der SED im SfS ab.[270] Sie formulierten einen neuen Vorschlag, der zwei unterschiedliche Elemente aufwies: Einerseits schob er einer all zu intensiven Einmischung der territorialen Parteileitungen in die operative Arbeit des SfS aus konspirativen Gründen einen Riegel vor. Insbesondere sollte ihnen deshalb der unmittelbare Einblick in die Arbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern verwehrt bleiben. Andererseits empfahlen die „Freunde", wie die Sowjets im SED-Parteijargon genannt wurden, hinsichtlich des Parteiaufbaus eine weit radikalere Dezentralisierung, als sie ursprünglich beabsichtigt gewesen war. Die Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des SfS sollten ganz den jeweiligen territorialen Parteileitungen unterstellt werden.[271] Das bedeutete, daß die bislang das gesamte SfS umfassende Parteiorganisation in einzelne Parteiorganisationen für jede Kreisdienststelle, jede Bezirksverwaltung und das SfS Berlin zerfallen sollte.

Über die Gründe, die die Sowjets zu diesem Konzept bewogen, läßt sich auf der Basis des bisher vorliegenden deutschen Quellenmaterials lediglich spekulieren. Der Inhalt des Vorschlages liest sich, anders als der Entwurf Walters, wie ein Kompromiß zwischen den Grundsätzen geheimdienstlicher Konspiration und den Interessen der SED, ihren Repressionsapparat zu kontrollieren. Er erweiterte die Verantwortung der territorialen Parteileitungen für den Staatssicherheitsdienst zwar beträchtlich, schränkte sie aber gleichzeitig auf das Feld der Parteiarbeit ein. Wahrscheinlich befürchteten die Russen im Falle der Verwirklichung von Walters Entwurf eine Beeinträchtigung der geheimdienstlichen Funktionalität des SfS und möglicherweise auch ihres eigenen Einflusses auf die operative Tätigkeit. Vielleicht stand aber auch einfach ein sowjetisches Modell Pate für ihr Konzept.[272]

Die Führungsspitze des SfS war alles andere als begeistert von der Idee

269 Dokument 2, S. 164f.
270 Dokument 3, S. 166.
271 Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953, Blatt nach S. 8 mit handschriftlicher Überschrift „Vorschlag der Freunde" (siehe Dokument 4, S. 167); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.
272 Erst im Jahr 1957 gestanden die bereits erwähnten Dienstanweisungen 16/57 und 17/57 (vgl. S. 43) den Parteisekretären der territorialen Parteileitungen in etwa jene Kompetenzen zu, die ihnen die Sowjets einige Jahre zuvor noch verweigert hatten; vgl. Engelmann: Diener zweier Herren, S. 69f.

der Sowjets: Er sei der Meinung, schrieb Wollweber an Ulbricht, daß das Unterstellungsverhältnis, welches das Sekretariat des ZK der SED beschlossen habe, „richtig“ sei. Den Vorschlag der „Freunde“ müsse man noch diskutieren.[273] Auch Walter und Mielke protestierten nach Aussage des ersteren gegen die sowjetische Idee, konnten sich aber nicht durchsetzen.[274] Der Vorschlag wurde als Teil des Politbürobeschlusses vom 23. September 1953 verabschiedet und die SED-Bezirksleitung im SfS bis Anfang November desselben Jahres ersatzlos aufgelöst.[275] Die „Hauptabteilung Politkultur“ scheint im hauptamtlichen Apparat der Kreisleitung im SfS Berlin aufgegangen zu sein.[276]

Am 23. Februar 1954 beschloß das Politbüro eine neue, unter der Regie der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK ausgearbeitete Vorlage, die den sowjetischen Vorgaben folgte.[277] Die jetzt beschlossene Regelung galt in ihren Grundzügen bis 1989.[278] Mit ihr wurde die Auflösung der Bezirksleitung VII c bestätigt und die Anleitung der nunmehr weitgehend unverbunden nebeneinanderstehenden Parteiorganisationen im SfS Berlin, in den Bezirksverwaltungen und den Kreisdienststellen geregelt. Das Zentralkomitee in Gestalt seiner Abteilung für Sicherheitsfragen war zuständig für die Kreisparteiorganisation im SfS Berlin, die Ersten Sekretäre der territorialen SED-Bezirksleitungen für die Parteiorganisationen in den SfS-Bezirksverwaltungen und die Ersten Sekretäre der territorialen Kreisleitungen für diejenigen in den Kreisdienststellen (vgl. Übersicht 4).[279] Die Aufgliederung des Parteiaufbaus im SfS in einzelne Parteiorganisationen und deren Unterstellung unter die territorialen Parteileitungen wurde le-

273 Dokument 3, S. 166.

274 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 96–100, hier 97.

275 Vgl. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953, Redebeitrag Isolde Sobeck; ebenda, Bl. 100–103, hier 102.

276 Auf diese Kontinuität deutet z. B. die „Ist-[Personal]Bestandsmeldung Staatssekretariat“ vom 30.11.1954 hin, die den Apparat der Kreisleitung der SED im SfS Berlin noch immer als „Abteilung PK“ bezeichnet; BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Plg. 8 (3), unerschlossenes Material, ohne Blattzählung.

277 Vorlage der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen an das Politbüro vom 11.2.1954 betr. „Bestätigung der neuen Politstatute für die verschiedenen Zweige der Volkspolizei“, darin als Anlage u. a. „Parteiaufbau im SfS“. Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 (Arbeitsprotokoll); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/336, ohne Blattzählung. Zum Beschluß siehe Reinschriftprotokoll; ebenda, J IV 2/2/349, Bl. 6. In den Beständen des BStU ist der Beschluß mit einer zusätzlichen Präambel überliefert, die eine Aufgabenbeschreibung der Parteiorganisation der SED im SfS enthält: Dokument 5, S. 168–176. Bereits am 7.1.1954 hatte das Sekretariat des ZK die Vorlage beraten; vgl. Protokoll der entsprechenden Sitzung des Sekretariats des ZK; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/413, Bl. 12 und 19–24.

278 Zwei spätere Überarbeitungen, die das Sekretariat des ZK am 18.12.1968 und am 24.9.1980 absegnete, änderten nichts wesentliches; Protokolle der Sitzungen des Sekretariats des ZK am 18.12.1968 und am 24.9.1980; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/1481, Bl. 3 und 34–40 sowie ebenda, J IV 2/3/3122, Bl. 5 und 59–68.

279 Vgl. Dokument 5, S. 171–173.

diglich in organisationstechnischer Hinsicht durchbrochen: Bezüglich der Registrierung der Mitglieder und Kandidaten sowie darauf beruhender statistischer Erhebungen behielt die Kreisleitung der SED im SfS Berlin begrenzte Kompetenzen gegenüber den Parteileitungen in den Bezirksverwaltungen und diese wiederum gegenüber den Grundorganisationen in den Kreisdienststellen. Das bedeutete, daß Namen und Daten einzelner Mitglieder der SED im SfS nur staatssicherheitsintern registriert und bearbeitet wurden. Die territorialen Parteileitungen erhielten auf diese Daten aus Gründen der Konspiration[280] keinen Zugriff.[281]

Auch wenn ein systematischer Vergleich mit dem Parteiaufbau der anderen bewaffneten Organe der DDR an dieser Stelle zu weit führen würde, so bleibt festzuhalten, daß die Umstrukturierung im weitaus größten Teil des SfS wesentliche für den Parteiaufbau in militärischen Verbänden charakteristische Elemente tilgte. Die strukturelle Verknüpfung von dienstlichen und Parteiämtern in Form von „Politkulturleitern" oder „Politstellvertretern", die Form ihrer Amtseinsetzung durch Ernennung statt Wahl sowie die Anleitung durch das ZK bis in die unterste Hierarchieebene unter Ausschaltung der territorialen Parteileitungen blieben lediglich in Sonderbereichen des SfS erhalten: vor allem in den militärischen und militärähnlichen Verbänden wie dem Wachregiment bzw. den Wacheinheiten, der Transportpolizei und der Grenzpolizei (1955–1957).[282] „Politorgane" gab es außerdem in der für die „Abwehr" in der KVP und in der Grenzpolizei zuständigen Hauptabteilung I[283] sowie bis 1957 in der HV A[284]. Mit Ausnahme der letztgenannten Parteiorganisation gehörten diese auch nicht zur

280 Ein zeitgleicher Nachweis für eine solche Begründung existiert nicht; vgl. jedoch Schreiben des Abteilungsleiters für Sicherheitsfragen im ZK, Gustav Borning, an Honecker, Sekretär für Sicherheitsfragen, vom 5.4.1970; SAPMO-BA, DY, IV A 2/12/128, ohne Blattzählung.

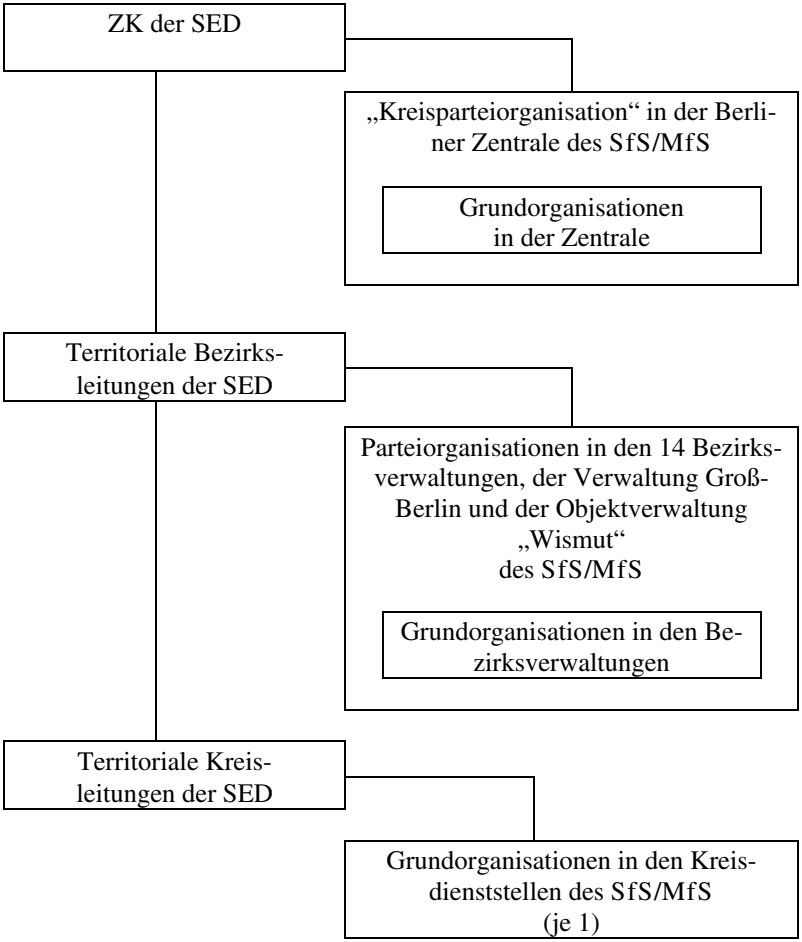
281 Dokument 5, S. 170 und S. 172f.

282 Vgl. „Entwurf: Statut für die politische Arbeit in den Wacheinheiten des SfS", „Statut für die Politischen Organe des SfS, Hauptabteilung Transportpolizei", „Vorschrift für die politischen Organe der Grenzpolizei der DDR", alle drei Teil der Vorlage der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 11.2.1954 an das Politbüro betr. „Bestätigung der neuen Politstatute für die verschiedenen Zweige der Volkspolizei". Anlage zum Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 (Arbeitsprotokoll); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/336, ohne Blattzählung. Zur Bestätigung der Statute siehe das Reinschriftprotokoll der Sitzung; ebenda, J IV 2/2/349, Bl. 6.

283 Die HA I ist auch unter dem Namen „Verwaltung 2 000" der NVA bekannt, vgl. Thomas M. Forster: Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln, 6. Aufl. 1983, S. 136. Das Politstatut der HA I von 1954 ist nicht überliefert. Hinweise auf den Parteiaufbau der Hauptabteilung geben ein Entwurf eines Statuts „für die Politische Abteilung bei den Organen des SfS in der KVP und HVDGP", o. D., o. A.; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 175–186, hier 181–183, sowie Dokument 5, S. 175.

284 Auch für die HV A ist das bis 1957 geltende Statut nicht überliefert; einzelne Informationen jedoch in Dokument 5, S. 175; zum seit 1957 in der HV A bestehenden Parteiaufbau vgl. Beschluß der Sicherheitskommission „über den Parteiaufbau in der Hauptverwaltung A des MfS". Anlage 3 zum Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 25.2.1957; BA-MA, DVW 1/39556, Bl. 12–14.

Übersicht 4: Der SED-Parteiaufbau im SfS/MfS ab Oktober 1953
(ohne militärische Verbände)



SED-Kreisorganisation im SfS Berlin, sondern wurden direkt vom ZK angeleitet.[285] Von den genannten Bereichen abgesehen, ähnelte die SED im SfS ihrem Parteiaufbau nach ab 1954 sehr viel stärker der Betriebsparteiorganisation eines großen Produktionsbetriebes als den „Polit-

285 Die Parteiorganisation des Wachregiments Berlin wurde nach der Ausgliederung der übrigen militärischen Verbände aus dem MfS im Jahr 1957 der SED-Kreisleitung im MfS Berlin untergeordnet; vgl. ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 7.2.1958: „Beschluß über den Parteiaufbau im Wachregiment Berlin des MfS“; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/120, Bl. 71–73, hier 71.

organen“ der anderen bewaffneten Organe, sie nahm also hier eine Sonderstellung ein.

Zu fragen ist, ob nach dem 15. Plenum innerhalb der SED-Parteiorganisation im SfS über die organisatorische Umstrukturierung hinaus auch personelle Konsequenzen gezogen wurden. Natürlich lief im Staatssicherheitsdienst ein Ritual der kollektiven Kritik und Selbstkritik ab, das der Verinnerlichung des politischen Kurses der Parteiführung durch die Mitarbeiter der Staatssicherheit diente. Im SfS Berlin hielt die Bezirksleitung VII c zu diesem Zweck Ende Juli eine Parteiaktivtagung ab.[286] Einige Tage später ordnete das Sekretariat des ZK entsprechende Veranstaltungen in allen SfS-Bezirksverwaltungen an, bei denen auch der Erste Sekretär der jeweiligen territorialen Bezirksleitung anwesend zu sein hatte[287]. Alle SED-Mitglieder in der Staatssicherheit sollten die Kritik des 15. Plenums an ihrer Parteiarbeit selbstkritisch anerkennen, außerdem hatten sich alle SfS-Angehörigen von ihrem bisherigen Minister Zaisser zu distanzieren. Insbesondere von den leitenden Funktionären verlangte das Sekretariat der Bezirksleitung im SfS ein aktives Bekenntnis: Sie müßten auf den Parteiaktivtagungen zum Ausschluß Zaissers und Herrnstadts aus dem Zentralkomitee „eine eindeutige und klare Stellungnahme“ abgeben und dürften sich nicht auf „formale Zustimmungserklärungen“ beschränken.[288]

Über Parteiverfahren in diesem Zusammenhang ist bislang nichts bekannt.[289] Die Frage nach dem Austausch führender Funktionäre läßt sich für eine Reihe von Spitzenpositionen beantworten: Zuerst sollen die Inhaber der drei höchsten Ämter der Bezirksleitung und der Kreisleitung in der Berliner Zentrale betrachtet werden, nämlich jeweils der Erste und Zweite Sekretär sowie der Sekretär für Propaganda. Der Erste Sekretär der Bezirksleitung, Otto Walter, schied zwar aus der Parteiarbeit aus, hielt sich aber in der Führungsspitze des Staatssicherheitsdienstes: Er wurde im November 1953 zum Stellvertreter des Staatssekretärs mit Verantwortlichkeit für die nicht-operativen Linien Verwaltung und Wirtschaft, Finanzen sowie Allgemeines ernannt.[290] Von dieser Position aus stieg er bis 1957 zum zweiten Mann hinter Minister Mielke auf. Das Amt des Zweiten Sekretärs der Bezirksleitung wurde im Frühjahr und Sommer 1953 kommissarisch

286 Referat auf einer Sitzung der SED-Bezirksleitung im SfS, Redner unbekannt, o. D. [August 1953]; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 198–221, hier 198.

287 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 3.8.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/393, Bl. 4.

288 Sekretariat der SED-Bezirksleitung im SfS: „Arbeitsplan für die Monate August – September 1953“, o. D.; ebenda, Bl. 176–197, hier 176f.

289 Die bei Gieseke: Hauptamtliche, S. 73, Anm. 226, genannten 19 Parteiverfahren beruhen auf einem Mißverständnis.

290 Befehl 371/53 des Staatssekretärs vom 25.11.1953 „über Löschung von Disziplinarstrafen, Beförderungen, Ernennungen und Veränderungen im Bereich des SfS“, S. 3; BStU, ZA, DSt 100078. 1957 stieg Walter zum Ersten Stellvertreter des Ministers auf; vgl. Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 766.

von Günther Frost wahrgenommen, weil der eigentliche Amtsinhaber die Bezirksparteischule besuchte.[291] Zum Jahresanfang 1954 wechselte Frost ins Wachregiment Berlin, wo er bis Mai 1956 die Position des Politstellvertreters bekleidete.[292] Der Sekretär für Propaganda der Bezirksleitung, Gerhard Stauch,[293] wurde ab Januar 1954 ebenfalls als Verantwortlicher für die Parteiarbeit in einem der Sonderbereiche des MfS eingesetzt: Er übte die Funktion des Leiters der „Politischen Abteilung" in der Transportpolizei aus.[294] Von den drei obersten Funktionären der SED-Kreisleitung im SfS Berlin schied die Erste Sekretärin, Isolde Sobeck, Anfang 1954, möglicherweise auf eigenen Wunsch, aus dem SfS aus.[295] Aufgrund ihrer späteren Tätigkeit als Vorsitzende der Kreisparteikontrollkommission Gera/Stadt[296] kann eine Entlassung aus dem SfS wegen ideologischer Unzuverlässigkeit ausgeschlossen werden. Der zweite Sekretär der Kreisleitung, Joachim Hauck, behielt sein Amt bis 1956.[297] Egon Ludwig, der bisherige Propagandasekretär der Kreisleitung, wurde zwar im Herbst 1953 durch Günther Weichelt ersetzt, konnte seine Ablösung aber eher als persönlichen Aufstieg buchen: Er wurde persönlicher Referent des Staatssekretärs.[298] Nur ein einziger der sechs Amtsträger verließ also das SfS, interessanterweise war dies die einzige Frau in der Führungsriege. Zwei weitere, Gerhard Stauch und Günther Frost, mußten leichte Statuseinbußen hinnehmen. Drei behielten ihre Funktion oder wurden auf andere mit ähnlich hohem Status versetzt.

Dieses uneinheitliche Bild wird durch eine Untersuchung des Verbleibs der „Stellvertreter PK" und Ersten Sekretäre in den Bezirksverwaltungen, der Verwaltung Groß-Berlin und der Verwaltung Wismut bestätigt: Eine

291 Es handelt sich um Günther Becher. Nach seiner Rückkehr Anfang 1954 wurde er Erster Sekretär der Zentralen Parteileitung der SfS-eigenen Fachschule Potsdam-Eiche, der späteren Juristischen Hochschule; vgl. „Überblick über die Parteiorganisation im SfS", o. A., o. D. [zwischen Juli und September 1953]; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 229–231, hier 229; HA PK an die HA Personal vom 11.10.1952 betr. „Vorschläge für Prämiierung"; BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakte Günther Becher, KS 402/75, Bl. 19; „Attestationsblatt" vom 11.2.1953; ebenda, Bl. 18 und 20; „Zusammengefaßte Auskunft" o. D.; ebenda, Bl. 4–11, hier 5.

292 Vgl. KKK Günther Frost; BStU, ZA; „Überblick über die Parteiorganisation im SfS", o. A., o. D. [zwischen Juli und September 1953], Bl. 229.

293 Vgl. „Vorschlag zur Auszeichnung mit dem Kampforden für Verdienste an Volk und Vaterland in Silber" vom 24.8.1973; BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakte Gerhard Stauch, KS 9500/90, Bl. 46–49, hier 46; vgl. auch Personalfragebogen vom 13.2.1970; ebenda, Bl. 84–94, hier 85, dienstlich wurde Stauch als Leiter der Abt. Propaganda der HA PK bezeichnet; vgl. „Attestationsblatt" vom 11.2.1953; ebenda, Bl. 22f.

294 „Zusammengefaßte Auskunft" vom 27.8.1981; ebenda, Bl. 2–11, hier 3; vgl. auch Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 705.

295 Vgl. Schweigeverpflichtung Isolde Sobecks anläßlich ihrer Entlassung; BStU, ASt Gera, Kaderakte Isolde Sobeck, KS II 104/61, Bl. 72.

296 Vgl. BStU, ZA, KS II 376/89, Bl. 88.

297 KKK Joachim Hauck; BStU, ZA.

298 Vgl. KKK Egon Ludwig; ebenda; KKK Günther Weichelt, ebenda; Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 470.

der 16 Stellen war im ersten Halbjahr 1953 offenbar unbesetzt.[299] Einer der Stelleninhaber konnte nicht ermittelt werden.[300] Von den übrigen 14 wurden 13 bis zum IV. Parteitag der SED im April 1954 als PK-Leiter bzw. Parteisekretäre abgelöst, einer, der Erste Sekretär der Bezirksverwaltung Leipzig, im Juni 1954. Dies stimmt mit dem von der Forschung für die SED insgesamt gezeichneten Bild einer hohen Fluktuation in den Funktionärsrängen nach dem 17. Juni überein.[301] Auf den ersten Blick könnte man sogar meinen, es habe eine Säuberung stattgefunden. Doch die Einzelschicksale sind beim näheren Hinsehen sehr unterschiedlich: Drei der Abgelösten verließen zwar den Staatssicherheitsdienst,[302] zumindest einer von diesen nahm in der Folgezeit jedoch als Kaderleiter bzw. Staatsanwalt in der Militäroberstaatsanwaltschaft eine wichtige Position im Bereich der Herrschaftssicherung des SED-Staates ein.[303]

Lediglich einer der vierzehn früheren PK-Leiter mußte eine Degradierung zum operativen Mitarbeiter hinnehmen.[304] Fünf weitere erlitten zwar leichte Statusverluste, besetzten jedoch weiterhin mittlere Leitungspositionen als stellvertretender Leiter einer unselbständigen Abteilung im SfS Berlin, als Abteilungsleiter oder Chef der „Instrukteurgruppe“ in einer Bezirksverwaltung oder als Kreisdienststellenleiter.[305] Einer, der Geraer PK-Leiter Martin Appelfeller, wurde als OibE der Staatssicherheit ins Zentralkomitee zur neugeschaffenen Abteilung für Sicherheitsfragen abgeordnet. Auch wenn er dort zunächst nur als einfacher Mitarbeiter tätig war, ist dies nicht als Degradierung, sondern als Vertrauensbeweis der Parteiführung zu bewerten.[306] Die restlichen vier, also ein knappes Drittel der früheren PK-Leiter, konnten ihren Rang im SfS halten oder kletterten auf der Karriereleiter sogar nach oben: Drei bekamen als neues Betätigungsfeld das Amt des Stellvertreters Operativ bzw. des Stellvertreters Allge-

299 Bezirksverwaltung Dresden; vgl. Befehl 97/53 des Ministers vom 4.3.1953 [über die Verleihung militärischer Dienstgrade an die MfS-Mitarbeiter]; BStU, ZA, HA KuSch 1358, Bl. 103–467, hier 107.

300 Bezirksverwaltung Schwerin.

301 Vgl. Kowalczuk: „Wir werden siegen“, S. 235; Otto: Visionen, S. 233f.; Staritz: DDR, S. 130f.

302 KKK Fritz Hartwig (BV Potsdam), KKK Emil Rachow (BV Cottbus) KKK Herbert Kießling (BV Neubrandenburg); alle BStU, ZA. Das weitere Schicksal der ersten beiden ist unbekannt.

303 Vgl. SfS, Leitung vom 1.5.1954: Vorschlag zum weiteren Einsatz Herbert Kießlings; BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakte Herbert Kießling, KS 172/62, Bl. 32–34, hier 33.

304 KKK Willi Seiler (BV Neubrandenburg); BStU, ZA.

305 KKK Friedrich Barth (BV Halle); KKK Ernst Baumann (Verw. Wismut), KKK Horst Otto (BV Karl-Marx-Stadt), KKK Walter Grimmer (Verw. Groß-Berlin). KKK Rolf Wagenbreth (BV Frankfurt/Oder); alle BStU, ZA. Letzterer war immerhin noch zwei Monate Stellvertreter Operativ der BV, bevor er ein Amt als Kreisdienststellenleiter antrat.

306 Appelfeller stieg 1976 zum Sektorenleiter des Sektors Staatssicherheit auf; KKK Martin Appelfeller (Gera); BStU, ZA; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung am 27.1.1976; BStU, ZA, SdM 1040, Bl. 62–68, hier 63.

mein für diejenige Bezirksverwaltung zugewiesen, in der sie als Stellvertreter PK bzw. Parteisekretär tätig gewesen waren.[307] Für Alfred Kraus in Rostock und Kurt Richter (Bezirksverwaltung Suhl) in Suhl bedeutete dies die unmittelbare Vorstufe zur Position des Chefs der Bezirksverwaltung. Der vierte, der PK-Leiter und Erste Sekretär der Bezirksverwaltung Erfurt, Hermann Steudner, stieg zum Ersten Sekretär der Kreisleitung im SfS Berlin auf.

Angesichts dieser Ergebnisse kann von einer Säuberung nicht gesprochen werden. Dafür sind die individuellen Karrieren zu unterschiedlich, die Anzahl derjenigen Kader zu hoch, die sich zumindest in mittleren Leitungspositionen innerhalb oder außerhalb des Staatssicherheitsdienstes halten konnten. Überdies erscheint dafür die Gruppe derer zu groß, für die die Versetzung keine Statuseinbuße, sondern im Gegenteil das Sprungbrett zu einem weiteren Aufstieg darstellte. Die Analyse bekräftigt vielmehr für einen kleinen Ausschnitt der SfS-Funktionäre die Ergebnisse Jens Giesekes für die Staatssicherheit als Ganzes, denen zufolge nach dem 17. Juni zwar individuelles Fehlverhalten bestraft wurde, es aber keine Säuberungsaktion innerhalb des Apparats gegeben hat.[308] Zu bedenken ist überdies, daß während der gesamten fünfziger Jahre die Fluktuation im Staatssicherheitsdienst sehr hoch war, vor diesem Hintergrund die oben geschilderten Versetzungen also möglicherweise gar keine Besonderheit darstellten.[309]

4.3. Die Kreisparteiorganisation VII c/1 im MfS Berlin 1953–1957

Mit der Auflösung der Bezirksleitung VII c verloren die SED-Organisationen im SfS ihr gemeinsames Dach. Die größte der nunmehr weitgehend unverbunden nebeneinanderstehenden Parteigliederungen in den Dienststellen des Staatssicherheitsdienstes war die Kreisparteiorganisation VII c/1 in seiner Berliner Zentrale.[310] Im Herbst 1953 organisierte sie ein Fünftel,

307 KKK Kurt Schönfeld (BV Leipzig), KKK Kurt Richter (BV Suhl), KKK Alfred Kraus (BV Rostock); alle BStU, ZA. Vgl. zu letzterem auch Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 409.

308 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche, S. 41 und 73.

309 Vgl. u. a. Entschließung des Politbüros über die Arbeit des MfS vom 18.3.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/202, Bl. 6 und 81–86; Walter Ulbricht: Rede auf der Dienstkonferenz im SfS am 3.11.1955; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 81–104, hier 93f.; Bericht vom 15.3.1957 „über den Brigadeeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit Berlin zur Überprüfung einiger Hauptfragen der operativen Arbeit in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg in der Zeit vom 18.2.–2.3.1957"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 139–157, hier 152f.; ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 31.7.1958: „Aktennotiz betr. Besprechung des Sektors beim Genossen Honecker"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/104, Bl. 116–118, hier 117.

310 Nur der der Staatssicherheit angegliederte Sonderbereich Transportpolizei organisierte noch mehr Mitglieder und Kandidaten der SED, nämlich 2 788 am 30.9.1953; vgl. den

nämlich 1 737 von insgesamt 8 138 SED-Mitgliedern und Kandidaten im SfS.[311] Die nächstkleinere Gliederung, die die Mitglieder und Kandidaten in der Bezirksverwaltung Halle und bis zum November 1953 auch der zugehörigen Kreisdienststellen umfaßte, war mit 667 Personen weniger als halb so stark.[312] Durch den Wegfall der Bezirksleitung VII c gewann die ihr bislang an Bedeutung nachgeordnete Kreisleitung VII c/1 im SfS Berlin an Gewicht. Jetzt waren es ihre Vertreter und nicht mehr diejenigen der Bezirksleitung, die von allen Parteigliederungen im SfS den engsten Kontakt zum ZK und zur Leitung des Staatssicherheitsdienstes besaßen. Außerdem nahm die Kreisleitung in einigen wenigen Bereichen gegenüber den SED-Organisationen in Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen auch Funktionen der aufgelösten Bezirksleitung wahr, nämlich bei der Erfassung der Mitglieder und ab 1955 in der Parteischulung. Deshalb konzentriert sich das folgende Kapitel auf die Kreisparteiorganisation VII c/1 in der Berliner Zentrale.

Im Dezember 1953 wurde Isolde Sobeck, die bisherige Erste Sekretärin der Kreisleitung der SED im SfS Berlin, durch Hermann Steudner ersetzt. Dieser war wie Otto Walter bereits in der Weimarer Zeit KPD-Mitglied gewesen. Die Nationalsozialisten hatten ihn mehrfach inhaftiert und 1944 schließlich in das KZ Buchenwald eingewiesen. Nach seiner Befreiung war er bis 1950 als Oberbürgermeister von Arnstadt tätig und ging aus gesundheitlichen Gründen im Alter von 54 Jahren in Rente. Die SED holte ihn 1952 aus dem Ruhestand zurück und setzte ihn sofort als Ersten Sekretär der Parteiorganisation und „Stellvertreter für Politkultur" in der MfS-Länderverwaltung Thüringen ein; Steudner trat also die Funktion des Ersten Sekretärs der Kreisleitung im SfS Berlin an, ohne jemals im Staatssicherheitsdienst operativ gearbeitet zu haben.[313]

Die organisatorische Entwicklung der Parteiorganisation verlief nun in ruhigeren Bahnen; bis 1957 erfolgten lediglich kleinere Änderungen. So beschloß der IV. Parteitag der SED im April 1954 ein neues Statut, das die „Sekretariate" der Bezirks- und Kreisleitungen in „Büros" umbenannte.[314] Das neue Büro der SED-Kreisleitung im SfS Berlin wurde gegenüber dem alten Sekretariat von sieben[315] auf neun Mitglieder und Kandidaten[316] auf-

II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik der Kreisleitung VII c/20 [= Parteiorganisation der Transportpolizei] vom entsprechenden Datum; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/1625, Bl. 259f.

311 SED-Bezirksleitung VII c [im SfS] am 30.9.1953: II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/1625, Bl. 9f.; SED-Kreisleitung VII c/1 im SfS Berlin am 30.9.1953; ebenda, Bl. 21f.

312 SED-Kreisleitung VII c/4 [in der BV Halle] vom 30.9.1953: II. Berichtsbogen zur Organisationsstatistik, ebenda, Bl. 57f.

313 Vgl. Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 714.

314 Statut der SED 1954, Abschnitte 53 und 58, in: Dokumente der SED, Bd. V, S. 106–108.

315 Protokoll der ersten Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS Berlin am 8.3.1954; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 34f.

316 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 15.7.1954; BStU, ZA, KL-

gestockt. Ein Beschluß der Sicherheitskommission vom Juli 1954, im SfS einen „Parteiorganisator“ einzusetzen, wurde dagegen nie verwirklicht.[317] Der Umbau der Parteiorganisation und die damit einhergehende strukturelle Entkoppelung von Parteileitungs- und dienstlichen Leitungsfunktionen bedeutete lediglich in formaler Hinsicht eine Trennung von Parteistrang und dienstlicher Hierarchie. In der Praxis blieben beide über vielfältige personelle Verbindungen eng miteinander verknüpft. So wurde auch weiterhin Vertretern der Parteiorganisation Zugang zu Dienstbesprechungen gewährt: Der Erste Sekretär der Kreisleitung im SfS Berlin nahm seit Anfang 1954 an den Sitzungen des Kollegiums, des obersten dienstlichen Beratungsgremiums in der Staatssicherheit, teil, zunächst nur „mit beratender Stimme“,[318] später als dem Staatssekretär und seinen Stellvertretern gleichrangiges Mitglied.[319] Außerdem war er bei deren Besprechungen mit den Leitern der Bezirksverwaltungen anwesend.[320] In den Bezirksverwaltungen bürgerte sich die Teilnahme des Parteisekretärs an den Besprechungen der leitenden Mitarbeiter bis 1957 ebenfalls ein.[321] Im Gegenzug war die dienstliche Leitung in den wichtigen Parteigremien repräsentiert. 1955 gehörten alle Hauptabteilungsleiter mit Ausnahme von Franz Gold, dem Leiter der Hauptabteilung Personenschutz (HA PS), sowie drei der Stellvertreter des Staatssekretärs, nämlich Mielke, Last und Martin Weikert, der SED-Kreisleitung im SfS Berlin an.[322] Überdies war während der gesamten Amtszeit Wollwebers mindestens einer seiner Stellvertreter Mitglied ihres Büros[323]. Auf der Ebene der Grundorganisationen versuchte die

SED 631, Bl. 37–46, hier 46.

317 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 6.7.1954; BA-MA, DVW 1/39543, Bl. 2. Parteiorganisatoren arbeiteten in Betrieben oder Institutionen, die sich im Aufbau befanden oder für die Volkswirtschaft der DDR besonders wichtig waren. Sie übten die Funktion des Ersten Sekretärs der jeweiligen Parteiorganisation aus, waren aber zu direktem Kontakt und besonders enger Zusammenarbeit mit der zuständigen ZK-Abteilung verpflichtet.

318 „Kurze Niederschrift über die Besprechung des Gen. Staatssekretär und der Gen. Stellvertreter mit dem Sekretariat der Betriebsparteileitung“ am 3.11.1953; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 201.

319 Geschäftsordnung für das Kollegium des SfS, bestätigt von der Sicherheitskommission am 6.7.1954; BStU, ZA, SdM 1574; Bl. 3–6, hier 4.

320 Dienstordnung des SfS vom 17.9.1954, S.18; BStU, ZA, DSt 100935, ohne Blattzählung.

321 Referat vor Mitarbeitern der Abteilungen für Sicherheitsfragen der territorialen Bezirksleitungen vom 4.12.1954, o. A.; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 27–45, hier 32; ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 19.2.1957: Bericht „über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung des MfS Frankfurt/Oder“; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 114–138, hier 117; ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 30.4.1957: Bericht „über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung des MfS Rostock“; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 182–205, hier 185.

322 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS am 28.1.1955, Redebeitrag Ernst Wollweber; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 667f., hier 667.

323 Otto Last war von 1952 bis wahrscheinlich 1957 Mitglied des Sekretariats bzw. Büros der Kreisleitung. Von 1954 bis mindestens 1979 gehörte ihm auch Bruno Beater an, zunächst als Hauptabteilungsleiter, seit 1955 als Stellvertretender Minister. Zwischen 1958 und 1964 arbeitete schließlich Otto Walter ebenfalls im Büro der Kreisleitung

Kreisleitung im SfS Berlin ebenfalls den Grundsatz durchzusetzen, daß entweder der Leiter einer Abteilung oder Hauptabteilung oder sein Stellvertreter in die entsprechende Parteileitung gewählt wurde, da sonst eine „positive Arbeit“ nicht möglich sei.[324] Die Parteigremien wurden mithin von dienstlichen Leitungskadern dominiert, sie sind daher keinesfalls als Vertretung der Basis gegenüber den dienstlichen Vorgesetzten anzusehen.

Im Gefolge der Kritik des 15. Plenums erlangte die ideologische Schulung und Erziehung in der Arbeit der Kreisparteiorganisation der SED im SfS Berlin eine besondere Bedeutung. Führende Mitarbeiter des SfS sollten nunmehr verstärkt auf Parteischulen geschickt werden,[325] außerdem wies das Politbüro das SfS an, die politische Schulung umzustrukturieren.[326] Wollweber forderte schließlich von der Kreisparteiorganisation, daß sie politische Tagesereignisse und Vorgaben der SED-Führung besser „auswerten“, das heißt in Parteiversammlungen behandeln müsse. Weil das Büro der Kreisleitung diese Aufgabe nur unvollkommen erfüllte, kam es im Sommer 1954 zu einer Auseinandersetzung mit Wollweber, in deren Verlauf Hermann Steudner sogar seinen Rücktritt als Erster Sekretär der Kreisleitung anbot.[327] Die Anweisung des Politbüros zur Verbesserung des politischen Schulungssystems wurde erst im Sommer 1955 mit dem Ersatz des Parteilehrjahres durch eine spezielle, auf SfS-Verhältnisse zugeschnittene „marxistisch-leninistische Schulung“ umgesetzt.[328] Für die Organisationsgeschichte der SED im SfS ist diese Umorganisation insofern von Bedeutung, als die SED-Kreisleitung im SfS Berlin jetzt beauftragt wurde, die politische Schulung im gesamten Staatssicherheitsdienst zu leiten, während sie bis 1955 nur für das SfS Berlin zuständig gewesen war. So erhielt sie in diesem Bereich einen Teil der Kompetenzen der 1953 aufgelösten SED-Bezirksleitung zurück. Die Rückverwandlung der „marxistisch-leninistischen Schulung“ in das Parteilehrjahr, die bereits ein Jahr später erfolgte, änderte daran zunächst nichts.

Zwei weitere in der Amtszeit Wollwebers geschaffene normative Grund-

mit, so daß zumindest für die Zeit zwischen 1955 und 1964 von zwei Stellvertretern des Ministers in diesem Gremium auszugehen ist.

324 Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung der Betriebsparteiorganisation [= SED-Kreisleitung] auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 171–223, hier 217; vgl. auch Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 28.1.1955, Redebeitrag Günter Becher; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 665; Referat, o. A., o. D. [nach dem 8.2.1955]; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 698–707, hier 706.

325 „Entschließung der Bezirksleitung VII c“ [im SfS] vom 6.8.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 165–175, hier 169f.; vgl. auch Referat auf einer Sitzung der SED-Bezirksleitung im SfS, Redner unbekannt, o. D. [August 1953]; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 198–221, hier 217.

326 Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

327 Vgl. Protokoll der Sitzung der Kreisleitung der SED im SfS Berlin am 21.9.1954; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 207–211; Dokument 6, S. 177–183. Vgl. auch S. 126–128.

328 Vgl. S. 115–125 sowie die Dokumente 8 und 9, S. 190–199.

lagen bestimmten die Arbeit der SED im Staatssicherheitsdienst über den Untersuchungszeitraum hinaus: Im Januar 1955 beschloß die Sicherheitskommission eine „Direktive zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im SfS“, die die Zusammenarbeit der dienstlichen Leitungen und der Parteileitungen regelte, und ferner Bestimmungen zur Verbesserung der Kader- und Schulungsarbeit der Parteiorganisation sowie zur Tätigkeit der Parteileitungen enthielt.[329] Im Februar 1956 erließ Wollweber die „Direktive 1/56 über die Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in der Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit“, mit der er festlegte, über welche Gegenstände der operativen Arbeit in Parteiversammlungen gesprochen werden durfte und welche aus Gründen der Konspiration nicht erwähnt werden durften.[330] Auf diese Bestimmungen wird noch genauer einzugehen sein.[331]

Zum 1. April 1956 schied Hermann Steudner als Erster Sekretär der Kreisleitung aus und wechselte auf eine Stelle als Referatsleiter in der Hauptabteilung III (Volkswirtschaft); neun Monate später wurde er pensioniert.[332] Politische Gründe gab es für diese Zurücksetzung wohl nicht, vielmehr war Steudner den Anforderungen seiner Funktion offenbar nicht mehr gewachsen. Sein Nachfolger Alfred Schönherr war wie sein Vorgänger schon vor 1933 in der KPD aktiv gewesen und hatte sich ab 1933 an deren illegaler Arbeit beteiligt, war zweimal wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden und hatte in der NS-Zeit insgesamt sechs Jahre als politischer Gefangener eingesessen.[333] Im Gegensatz zu Steudner hatte Schönherr bereits operative Erfahrungen als Abteilungsleiter im „Außenpolitischen Nachrichtendienst“, der Vorgängerinstitution der HV A, sammeln können. Außerdem war er unmittelbar vor Übernahme des Amtes als Erster Sekretär der Kreisleitung bereits als Erster Sekretär der Parteiorganisation in der HV A tätig gewesen.[334] Doch blieb er nur bis zum 21. Mai 1957 im Amt; er stolperte über die bereits erwähnte Auseinandersetzung zwischen Wollweber und Ulbricht um den Befehl 11/57, mit dem Wollweber sicherstellen wollte, daß Informationen aus dem MfS an das ZK nur über seine Person liefen. Schönherr hatte am 6. Februar 1957 in einer Besprechung zwischen Wollweber, Ulbricht und dem Kollegium des MfS als einziger der Anwesenden den Erlaß des Befehls verteidigt. Damit hatte er sich gegen Ulbricht auf Wollwebers Seite gestellt.[335] Auch wenn

329 Dokument 7, S. 184–189.
330 Dokument 10, S. 200–204.
331 Vgl. S. 91–100, 126–128 und 134–142.
332 Vgl. Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 714.
333 Vgl. ebenda, S. 660.
334 Übersicht zu den Dienstverhältnissen von Alfred Schönherr; BStU, ZA, HA KuSch, KS I 6/86, Kaderakte Alfred Schönherr, Bl. 5–9, hier 7; Befehl 144/55 des Leiters der HA XV (frühere Bezeichnung der HV A) vom 12.5.1955; ebenda, Bl. 154.
335 Engelmann/Schumann: Entwickelte Diktatur, S. 14.

er diesen Eindruck in den darauffolgenden Kollegiumssitzungen zu verwischen suchte,[336] hat ihn das nach Überzeugung des Staatssicherheitschefs sein Amt gekostet.[337] Ob Schönherrs Versetzung zur „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“ im MfS tatsächlich vom ZK ausging, läßt sich indes nicht klären. Zunächst wurde er damit immerhin Leiter einer recht bedeutenden Abteilung, die die Aufgabe hatte, die Arbeit der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen zu kontrollieren. Wenige Monate später verlor er allerdings auch diese Funktion, wurde im November 1957 zuerst auf den Posten des Stellvertreters Operativ der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder abgeschoben und danach in kurzen Abständen in eher zweitrangige Verantwortungsbereiche weiterversetzt.[338] Sein Nachfolger im Amt des Ersten Sekretärs der Kreisleitung, Oberst Gerhard Heidenreich, dürfte ein ausgesprochener Mann Ulbrichts gewesen sein. Anfang der fünfziger Jahre war er ein Jahr lang als Stellvertretender Leiter der Abteilung Kader im ZK der SED, danach als Stellvertreter „für Organisationsfragen“ des Leiters im „Außenpolitischen Nachrichtendienst“ bzw. dessen Nachfolgeinstitution HV A tätig gewesen. Bereits seit 1950 war er Kandidat des ZK, besaß also ein anderes politisches Gewicht als seine Vorgänger Steudner und Schönherr.[339]

Über die Auswechslung des Ersten Sekretärs hinaus hat es bei der Entmachtung Wollwebers an der Spitze der Kreisleitung keine Revirements gegeben. Der zweite Sekretär Kurt Polenz[340], der Propagandasekretär Werner Forster[341] und der Vorsitzende der Kreisparteikontrollkommission, Gustav Tschapek[342], übten ihre Ämter bis in die sechziger Jahre aus. Auch organisatorische Veränderungen unterblieben. Eine Disziplinierungswelle ist ebenfalls nicht zu erkennen, obwohl die Sicherheitskommission im Frühjahr 1957, wie bereits erwähnt, „Aufweichungstendenzen“ im MfS festgestellt haben wollte. Von 1956 bis 1958 erhöhte sich die Anzahl der Parteiverfahren jedoch nicht, und eine Verschärfung der Strafmaße ist ebenfalls nicht auszumachen.[343] Insgesamt war die Entmachtung Wollwebers für die SED im MfS eine schwächere Zäsur als die Absetzung Zaissers im Jahr 1953, die für die Parteiorganisation den größten Umbruch in ihrer bis 1989 währenden Geschichte nach sich gezogen hatte.

336 Protokolle der Kollegiumssitzungen am 7., 8. und 12.2.1957, dokumentiert in: ebenda, S. 36–48 und 55–60, hier 44f und 57.
337 Wollweber: Erinnerungen, S. 369.
338 Übersicht zu den Dienstverhältnissen von Alfred Schönherr; BStU, ZA, HA KuSch, KS I 6/86, Kaderakte Alfred Schönherr, Bl. 5–9, hier 7; vgl. auch Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 660.
339 Kurzbiographie Gerhard Heidenreichs, o. D.; BStU, ZA, HA KuSch, KS 22829/90, Kaderakte Gerhard Heidenreich, Bl. 6–11, hier 7 und 9; vgl. auch Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 280.
340 Amtszeit von 1955–1961; KKK Kurt Polenz; BStU, ZA.
341 Amtszeit von 1955–1961, 1961–1969 2. Sekretär; KKK Werner Forster; BStU, ZA.
342 Amtszeit von 1954–1964; vgl. Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 746.
343 Vgl. S. 102–104.

5. Die Anleitung der SED im MfS durch den zentralen Parteiapparat

Die Anleitung der SED im MfS durch den zentralen Parteiapparat war bis 1953 nur schwach ausgeprägt. Den Sitzungsprotokollen nach zu schließen, haben sich Politbüro und Sekretariat bis zum Sommer 1953 lediglich ein- bis zweimal mit der Parteiarbeit im MfS beschäftigt.[344] Im Mai 1953 beschwerte sich das Sekretariat der Bezirksleitung darüber, daß die „zuständigen Abteilungen" des ZK ihm zu wenig Hilfestellungen gäben.[345] Diese Kritik bezog sich wohl in erster Linie auf die für die Anleitung der SED-Gliederungen zuständigen Abteilung „Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen" (LOPM).[346]

Nach dem 17. Juni 1953 wurden die Zuständigkeiten für die Anleitung der Parteiorganisationen im SfS normativ festgelegt. Wie bereits beschrieben, unterstanden die Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der SED den jeweiligen territorialen Parteileitungen. Für die Anleitung der Kreisparteiorganisation der SED im SfS Berlin bildete das ZK die oberste Instanz. Dessen oberste exekutive Gremien, Politbüro und Sekretariat, haben sich allerdings kaum mit der Parteiarbeit im Staatssicherheitsdienst beschäftigt. Lediglich die Forderung der Abteilung für Sicherheitsfragen im Sommer 1955, für die „marxistisch-leninistische Schulung" im SfS 19 Absolventen des ersten Dreijahreslehrgangs der SED-Parteihochschule Karl-Marx zur Verfügung zu stellen, wurde vom Sekretariat des ZK behandelt.[347]

Als das eigentliche Beschlußgremium für die Parteiarbeit im MfS erwies sich seit 1954 die Sicherheitskommission. Von den insgesamt neun einschlägigen Entscheidungen bis 1957[348] befaßten sich drei mit der Binnen-

344 Vgl. die Bestätigung Otto Walters zum Ersten Sekretär sowie die Entschließung des Politbüros über die Arbeit des MfS vom 18.3.1952, die auch die Parteiarbeit mit einbezog; Protokoll der Politbürositzung vom 30.10.1951; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/173, Bl. 18 sowie ebenda, IV 2/2/202, Bl. 6 und 81–86.

345 Bericht des Sekretariats der SED-Bezirksleitung VII c [im MfS] an Ulbricht vom 23.5.1953, S. 14; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

346 Vgl. zur Abt. LOPM Kowalczuk: „Wir werden siegen", S. 194f. und 198f.

347 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 7.7.1955; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/477, Bl. 4 sowie die Vorlage der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen an das Sekretariat vom 23.6.1955 „betr. Beschluß der Sicherheitskommission vom 24.2.1955 [sic!] über die Änderung des gesamten Schulungs- und Ausbildungssystems in den Organen des SfS" im Arbeitsprotokoll derselben Sitzung; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3A/474, ohne Blattzählung.

348 Nicht mitgerechnet der Beschluß der Sicherheitskommission vom 8.4.1957, der auch einen Parteiteil enthält; BA-MA, DVW 1/39557, Bl. 4–6 sowie der Beschluß über

struktur der SED im MfS[349], vier mit ihren Aufgaben und zwei mit Kaderfragen. Von zentraler Bedeutung waren die Beschlüsse zur Einführung der „marxistisch-leninistischen Schulung“,[350] zur „Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im SfS“[351] sowie zur Direktive 1/56.[352] Die beiden Kaderentscheidungen verdeutlichen den Kompetenzverlust des Sekretariats des ZK auf diesem Felde: Obwohl die Funktion des Ersten Sekretärs der SED-Kreisleitung in der Berliner Staatssicherheitszentrale seit 1954 zur Nomenklatur des Sekretariats des ZK gehörte,[353] war es die Sicherheitskommission, die 1956 den Einsatz von Alfred Schönherr in dieser Position bestätigte.[354] Gleichzeitig mit der Bestätigung seines Nachfolgers Gerhard Heidenreich im Jahr 1957 stimmte die Sicherheitskommission dann einer Vorlage zu, die nun auch offiziell die Position des Ersten Sekretärs der Kreisleitung der eigenen Nomenklatur zuwies.[355] Ihre umfassende Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Parteiarbeit im MfS war allerdings nicht von Dauer. Nach Mielkes Aufstieg zum Minister im November 1957 haben weder sie noch ihr Nachfolgegremium, der Nationale Verteidigungsrat, jemals wieder einen Beschluß zur Parteiorganisation der SED im MfS gefaßt. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß der seit 1960 bestehende Nationale Verteidigungsrat formell ein staatliches und

eine Nomenklatur der leitenden Kader des Ministeriums für Staatssicherheit, der festlegt, daß auch der Erste Sekretär der Kreisleitung der SED im MfS zur Nomenklatur der Sicherheitskommission gehört; ebenda, Bl. 2 und 19f.

349 Dies sind: der nie durchgeführte Beschluß über den Einsatz eines Parteiorganisators des ZK im SfS am 6.7.1954, sowie die Entscheidungen über Sonderregelungen für den Parteiaufbau in der HA I (Überwachung der NVA) am 9.2.1956 sowie in der HV A (Spionage, äußere Spionageabwehr, „aktive Maßnahmen“ im Operationsgebiet) am 25.2.1957; siehe die Protokolle der Sicherheitskommission vom entspr. Datum; ebenda, DVW 1/39543, Bl. 2, DVW 1/39550, Bl. 2, DVW 1/39556, Bl. 2 und 12–14.

350 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 4.3.1955; BA-MA, DVW 1/39545, Bl. 4; Dokument 8, S. 190–198.

351 Dokument 7, S. 184–189.

352 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 9.2.1956; BA-MA, DVW 1/39550, Bl. 1f.; Dokument 10, S. 200–204. Hinsichtlich der Tätigkeit der Parteiorganisation wurden am 25.2.1957 außerdem Bestimmungen über die Parteiarbeit mit OibE und IM in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland beschlossen; vgl. „Beschluß über die 'Offiziere im besonderen Einsatz' des MfS und über die Richtlinie für die Parteiarbeit mit den Offizieren im besonderen Einsatz und anderen inoffiziellen Mitarbeitern des MfS“; BA-MA DVW 1/39556, Bl. 2 und 7–11, hier 9–11.

353 Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 mit Anlage 3: Nomenklatur der leitenden Kader des MdI; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/349, Bl. 2 u. 33–38, hier 34, sowie Politbürositzung am 6.9.1955 mit Anlage 2: Hauptnomenklatur des ZK; SAPMO-BA, J IV 2/2/438, Bl. 4 und 9–30, hier 17.

354 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 9.2.1956; BA-MA, DVW 1/39550, Bl. 2.

355 Vorschlag für eine Nomenklatur der leitenden Kader des Ministeriums für Staatssicherheit, beschlossen in der Sicherheitskommissionssitzung am 3.4.1957; ebenda, DVW 1/39557, Bl. 2 und 19f. Die Bestätigung Heidenreichs siehe ebenda, Bl. 3. Einen Überblick über die Kadernomenklatur für Leitungsfunktionen im MfS einschließlich der wichtigsten Parteifunktionen gibt Gieseke: Hauptamtliche, S. 6f.

kein Parteigremium war, und daher keine Kompetenzen zur Anleitung von Parteiorganisationen besitzen konnte.

Eine weitere zentrale Institution für die Anleitung der Parteiarbeit im MfS war die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. Bis Oktober 1956 leitete sie Gustav Röbelen.[356] Nachdem eine Überprüfung gravierende Mängel in der Arbeit seiner Abteilung zutage gefördert hatte[357], wurde Röbelen durch Walter Borning ersetzt, der sein Amt zunächst kommissarisch und ab 1960 regulär ausübte.[358] Röbelen hatte regelmäßig an den Sitzungen der Sicherheitskommission teilgenommen, seinen Nachfolger Borning zog sie nur noch sporadisch hinzu.[359] Statt dessen war ab Oktober 1956 Erich Honecker als Sekretär der Sicherheitskommission anwesend. Seine Ernennung fiel mit dem Ausscheiden Röbelens zeitlich zusammen.[360] 1956 besaß die Abteilung für Sicherheitsfragen acht Sektoren, von denen zwei für das MfS zuständig waren.[361] Im Sommer 1956 empfahl die Zentrale Revisionskommission, die beiden Sektoren zusammenzulegen.[362] Bis spätestens Januar 1957 wurde dieser Vorschlag umgesetzt[363] und im April 1957 der nunmehr einzige „Sektor MfS" Artur Hofmann, dem bisherigen Chef der Hauptabteilung III (Volkswirtschaft) im MfS, zur Leitung anvertraut.[364] Die bislang bekannten Mitarbeiter des Sektors hatten vor ihrem Dienstantritt durchweg beim MfS gearbeitet und waren nunmehr als Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) in der Abteilung für Sicherheitsfragen tätig. [365] Ein Unterstellungsverhältnis begründete dies jedoch nicht.

Die normativen Regelungen benannten als Aufgabe der Abteilung hinsichtlich der Parteiarbeit in der Staatssicherheit lediglich die „Anleitung und Kontrolle" der SED in deren Berliner Zentrale.[366] Wenngleich jedoch

356 Zur Person vgl. Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 608; Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit (BF informiert, 14), BStU, Berlin 1996, S. 5–9.

357 Zentrale Revisionskommission (ZRK): Bericht über die Überprüfung der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 22.–26.5.1956, o. D.; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/1, Bl. 2–11.

358 Ein Beschluß der Sicherheitskommission, Kurt Riemer als Leiter der Abt. einzusetzen, wurde offenkundig nicht umgesetzt. Vgl. Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 3.4.1957; BA-MA, DVW 1/39557, Bl. 2; vgl. zu Borning Barth (Hrsg.):Wer war wer, S. 88.

359 Vgl. die Protokolle der Sicherheitskommission, passim; BA-MA, DVW 1/39543–39571.

360 Vgl. Protokoll der Politbürositzung am 10.11.1956; J IV 2/2/512, Bl. 6.

361 ZRK: Bericht über die Überprüfung der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 22.–26.5.1956, o. D., Bl. 3f.

362 Ebenda.

363 Beschluß des Politbüros vom 26.1.1957 „über Vereinfachung der Arbeit des Parteiapparates und zur Verbesserung der organisatorischen Arbeit"; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/524, Bl. 2 und 29–37, hier 32. Den Beschluß bestätigte das vom 30.1.–1.2.1957 stattfindende 30. ZK-Plenum; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/173, Bl. 24–33, hier 28.

364 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 3.4.1957; BA-MA, DVW 1/39557, Bl. 2f.

365 Gieseke: Hauptamtliche, S. 8.

366 Dokument 5, S. 171.

ihre Vertreter seit 1954 in der Regel bei Kreisdelegiertenkonferenzen und Parteiaktivtagungen anwesend waren, ja einmal Röbelen sogar das Hauptreferat hielt[367], scheint die Abteilung in der Praxis gerade diese Funktion zunächst nicht besonders intensiv wahrgenommen zu haben. Darauf deutet die Tatsache hin, daß sie 1954 in der noch zu schildernden Auseinandersetzung um die Behandlung politischer Tagesereignisse und wichtiger Parteibeschlüsse durch die SED im SfS Berlin bestenfalls eine Nebenrolle spielte.[368] Der Erste Sekretär der Kreisleitung, Steudner, bezeichnete noch im Dezember 1955 die Anleitung durch die Abteilung Sicherheitsfragen als „schwach".[369] Ab wann diese ihre Bemühungen um die Parteiorganisation im MfS Berlin verstärkte, läßt sich schwer sagen. Denkbar ist, daß sich die Kontakte mit der Ernennung Hofmanns zum Leiter des Sektors MfS und der Wahl Heidenreichs zum Ersten Sekretär der Kreisleitung 1957 intensivierten. Für 1958 ist beispielsweise die Anwesenheit Heidenreichs in einer Arbeitssitzung des Sektors MfS nachgewiesen[370], umgekehrt nahm Hofmann hin und wieder an den Sitzungen des Büros der Kreisleitung teil.[371] Außerdem wird die Anleitung der Kreisleitung in den ab 1958 überlieferten Arbeitsplänen der Abteilung für Sicherheitsfragen immer wieder als Aufgabe genannt und ist spätestens ab 1959 kontinuierlich präsent.[372] Für die Kreisleitung im MfS Berlin bestand die Bedeutung der Abteilung für Sicherheitsfragen vor allem darin, daß sie ihr zentrales Bindeglied zur SED-Führung darstellte. Denn der Erste Sekretär der Kreisleitung besaß, wenigstens offiziell, keinen direkten Zugang zu den Entscheidungsträgern in der Parteispitze. So hat er beispielsweise nie persönlich vor dem Sekretariat des ZK oder der Sicherheitskommission berichtet. Das änderte sich auch dann nicht, als 1957 mit Gerhard Heidenreich erstmals ein Kandidat des ZK Erster Sekretär im MfS Berlin wurde.

Ausgedehntere Aktivitäten der Abteilung für Sicherheitsfragen lassen sich im Untersuchungszeitraum in zwei anderen Bereichen der Parteiarbeit

367 Vgl. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 29.4.1955; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 407. Der Text des Referats ist nicht überliefert.

368 Vgl. S. 126–128.

369 Protokoll der Kollegiumssitzung am 6.12.1955; BStU, ZA, SdM 1550, Bl. 111–117, hier 116; vgl. auch Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 10./11.3.1956; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1266–1344, hier 1330.

370 ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 31.7.1958: „Aktennotiz betr. Besprechung des Sektors beim Genossen Honecker"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/104, Bl. 116–118.

371 Vgl. u. a. Protokolle der Sitzungen des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 11.11.1957, am 6.1.1958, am 30.6.1958 und am 15.12.1958; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 163–176; ebenda, Bl. 151–160; ebenda, Bl. 35–49; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 1479–1491.

372 Vgl. die Arbeitspläne der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 21.1.1958 für das erste Quartal 1958, für das erste Halbjahr 1959, o. D., für das zweite Halbjahr 1959, o. D., für das erste Halbjahr 1960, o. D., für das zweite Halbjahr 1960 vom 8.8.1960; SAPMO-BA, DY 30, 2/12/3, Bl. 5–23, hier 22; Bl. 107–131, hier 123; Bl. 134–159, hier 154–156; Bl. 169–189, hier 185–187; Bl. 201–214, hier 209–211.

erkennen. Erstens gestaltete die Abteilung für Sicherheitsfragen deren Rahmenbedingungen im MfS mit, indem sie die einschlägigen Vorlagen für Beschlüsse von Sicherheitskommission und Sekretariat des ZK mit formulierte. Dabei arbeitete sie eng mit anderen Gremien zusammen, beispielsweise der SED-Kreisleitung im MfS Berlin oder der dienstlichen Leitung der Staatssicherheit, obwohl die normativen Bestimmungen Kompetenzen der letzteren in der Parteiarbeit nicht vorsahen. So beauftragte die Sicherheitskommission im Februar 1956 nicht nur den Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen, Röbelen, mit der Überarbeitung der abgewiesenen Vorlage für den Parteiaufbau in der Hauptabteilung I des MfS, sondern auch den Minister für Staatssicherheit Wollweber, und, da die Hauptabteilung I die NVA überwachte, zusätzlich den Verteidigungsminister Willi Stoph.[373]

Zweitens wirkte der Sektor MfS bei der Anleitung der Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS mit, zum einen indirekt, indem er die mit dem MfS befaßten Mitarbeiter für Sicherheitsfragen der territorialen SED-Bezirks- und Kreisleitungen anleitete[374], zum anderen direkt über Instrukteureinsätze:[375] Kleine Gruppen von Mitarbeitern, sogenannte Instrukteure, kontrollierten regelmäßig die Parteiarbeit vor Ort, indem sie mit dem örtlichen Parteisekretär sowie mit Parteifunktionären und Dienstvorgesetzten in Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen sprachen, bei Parteiversammlungen zugegen waren und schriftliche Berichte darüber abfaßten. In der Regel nahmen die Instrukteurbrigaden die Arbeit der Parteileitungen, deren Anleitung durch die Ersten Sekretäre der territorialen Parteileitungen, die ideologische Schulung der Mitarbeiter sowie den Stand von Disziplin und Moral in den Parteiorganisationen unter die Lupe. Häufig berücksichtigten sie auch Fortbildungsaktivitäten der Mitarbeiter und die allgemeine Kadersituation. Sie mußten dabei immer wieder feststellen, daß viele der Ersten Sekretäre der territorialen Parteileitungen ihre Anleitungsfunktionen gegenüber den Parteiorganisationen in den MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen nur ungenügend wahrnahmen.[376] Die operative Arbeit durften die

373 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 9.2.1956; BA-MA, DVW 1/39550, Bl. 2.

374 Vgl. etwa „Referat, gehalten am 19.11.1955 [durch einen Mitarbeiter der Abt. Sicherheitsfragen des ZK] in der Beratung mit allen Sekretären und Instrukteuren [der Abt.en für Sicherheitsfragen] der Bezirke"; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/12/101, Bl. 117–155.

375 Brigadeeinsätze der Jahre 1954–1962 überliefert in: SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115 und 116, passim. Außerdem einige beim BStU, ZA, SdM 1896, passim.

376 Vgl. u. a. ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 17.1.1955: „Bericht über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung Halle des SfS"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 9–24, hier 22; dies., Sektor MfS: „Bericht über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS vom 29.8.–29.9.1956"; ebenda, Bl. 44–68, hier 62–64; dies., Sektor MfS vom 11.10.1957: „Bericht über den Instrukteureinsatz im Arbeitsbereich der Bezirksverwaltung des MfS Karl-Marx-Stadt"; BStU, ZA, SdM 1896, Bl. 543–559, hier 550 und 553f.

Instrukteure der Abteilung für Sicherheitsfragen selbst nicht systematisch überprüfen.[377] Ab 1957 bezogen sie jedoch operative Fragen stärker in ihre Untersuchungen mit ein.[378] In Ausnahmefällen kontrollierten sie gemeinsam mit Offizieren des MfS in sogenannten gemischten Brigaden die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen: Dann nahm die Bewertung der operativen Arbeit einen erheblichen Raum ein.[379]

377 Eine entsprechende Aussage siehe ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS: „Bericht über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS vom 29.8.–29.9.1956"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 65.

378 Engelmann: Diener zweier Herren, S. 70.

379 Vgl. Bericht vom 15.3.1957 „über den Brigadeeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit Berlin zur Überprüfung einiger Hauptfragen der operativen Arbeit in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg in der Zeit vom 18.2.–2.3.1957"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 139–157; ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 25.1.1961: „Plan für den Brigadeeinsatz in der Bezirksverwaltung Cottbus und den Kreisdienststellen Senftenberg und Weißwasser"; BStU, ZA, SdM 1351, Bl. 95–97; MfS, Arbeitsgruppe für Anleitung und Kontrolle vom 30.1.1961: „Einsatzplan"; ebenda, Bl. 98–101.

6. Die Parteiarbeit im Apparat der Staatssicherheit

Im Mittelpunkt der folgenden Analyse der Arbeitsfelder der SED im MfS steht, wie schon in der Einleitung erwähnt, die Frage nach den Überschneidungszonen zwischen Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Tätigkeit. Zu fragen ist einerseits, in welchen Bereichen der „fachlichen“ Arbeit die Parteiorganisation Mitwirkungsrechte beanspruchte, und inwieweit sie sie durchsetzen konnte. Andererseits wird der Einfluß der dienstlichen Leitung auf die Parteiarbeit im MfS untersucht. Die Darstellung konzentriert sich im wesentlichen auf die größte und wichtigste der Parteigliederungen im Staatssicherheitsdienst, auf die Kreisparteiorganisation in der Berliner Zentrale des Ministeriums. Da die in der Amtszeit Wollwebers entstandenen normativen Regelungen zur Parteiarbeit im MfS jedoch auch für die SED-Gliederungen in Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen galten, vermittelt die Untersuchung auch Einblicke in die dortige Parteiarbeit. Überdies berücksichtigt sie die bis 1953 der SED-Kreisleitung im MfS übergeordnete SED-Landes- bzw. Bezirksleitung, soweit die Quellenlage dies zuläßt.

6.1. Disziplinierung

Die SED disziplinierte ihre Mitglieder, indem die Betroffenen vor der Mitgliederversammlung oder Parteileitung zur Rede gestellt wurden. In schwereren Fällen konnte diese „Aussprache“ in ein Parteiverfahren münden, an dessen Ende die Verhängung einer Parteistrafe, im Extremfall der Ausschluß aus der SED, stand. Auch förmliche Parteiverfahren fanden in der Regel vor der Mitgliederversammlung der Grundorganisation statt, nur Mitglieder übergeordneter Parteileitungen hatten sich in deren Sitzungen zu verantworten. Die zuständige Kreisleitung mußte die Strafbeschlüsse der Grundorganisationen bestätigen. Das Parteistrafenwesen im Kreis wurde von der Kreisparteikontrollkommission (KPKK) überwacht. Auch sie führte Parteiverfahren durch, entweder auf eigene Initiative oder im Auftrag der Kreisleitung, überdies entschied sie etwaige Widerspruchsverfahren. Eigentlich war sie ein Organ der Kreisleitung, de facto dürfte sie eine große Selbständigkeit besessen haben. Der KPKK war als nächsthöhere Instanz die Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) und dieser die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) übergeord-

net.[380] Innerhalb des Staatssicherheitsdienstes existierten 1953 eine Bezirksparteikontrollkommission der nichtterritorialen SED-Bezirksleitung sowie Kreisparteikontrollkommissionen der nichtterritorialen SED-Kreisleitungen in der Berliner Zentrale des MfS und den MfS-Bezirksverwaltungen.[381] Nach Auflösung der Bezirksparteiorganisation gab es nur noch eine KPKK, deren Kompetenzen sich nur auf das MfS Berlin erstreckten; die Parteiorganisationen der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen waren in dieser Hinsicht den jeweiligen territorialen Parteikontrollkommissionen unterstellt.[382] Arbeitsberichte über die Tätigkeit der KPKK im MfS Berlin sind erst für die Jahre ab 1956 überliefert, dokumentiert sind jedoch für die Zeit seit 1952 Auseinandersetzungen auf Parteiversammlungen darüber, inwieweit die Parteiorganisation mittels der Disziplinierung ihrer Mitglieder in die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit, insbesondere in die operative Arbeit der Staatssicherheit eingreifen dürfe.

Kompetenzdiskussionen

Den zentralen Begriff in der Diskussion um die Disziplinierungskompetenz der Parteiorganisation der SED im MfS bildete die Formel „Kritik und Selbstkritik".[383] Nach diesem Muster verliefen in sozialistischen Gesellschaften nahezu alle Auseinandersetzungen, nicht nur in der Partei, sondern auch im beruflichen Rahmen. In der stark ritualisierten Form, wie sie etwa einer Disziplinierungsmaßnahme gegen ein Parteimitglied zugrunde lag, wurde der Beschuldigte vor parteiinterner Öffentlichkeit mit seinem Vergehen konfrontiert und mußte dazu, mündlich oder schriftlich, nach bestimmten Regeln Stellung nehmen: Es wurde ein Schuldeingeständnis gefordert, in dem sich der Beschuldigte auch mit den Ursachen seines Fehlverhaltens auseinanderzusetzen hatte. Hinweise auf äußere Umstände galten als „Ausweichen". Nach der kommunistischen Ideologie lag vielmehr jedem Vergehen in letzter Instanz eine ideologische „Unklarheit"

380 Zu Vorgeschichte und Anfängen der Parteikontrollkommissionen vgl. Thomas Klein: SED-Parteikontrolltätigkeit in den vierziger Jahren, in: Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit, S. 89–103; zu ihrer Geschichte bis 1955 Schultz: Funktionär in der Einheitspartei, S. 121–125; vgl. Statut der SED 1954, Abschnitte 7–18 und 43, in: Dokumente der SED, Bd. V, 1956, S. 96–98 und 103f.

381 Vgl. „Überblick über die Parteiorganisation im SfS", o. A., o. D. [zwischen Juli und September 1953]; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 229–231, hier 229; erste Erwähnung einer PKK im MfS: Früholz an Zaisser vom 19.4.1951; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 330, dort noch als PKK der „Betriebsgruppe der SED im Hause" bezeichnet.

382 Dokument 5, siehe S. 172 und 174.

383 Zum folgenden siehe Paul Hollander: Kritik und Selbstkritik, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. III: Ideologie bis Leistung, Freiburg, Basel, Wien 1969, Sp. 1124–1134; Schultz: Funktionär in der Einheitspartei, S. 67–72, Berthold Unfried: Rituale von Konfession und Selbstkritik: Bilder vom stalinistischen Kader, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1994), S. 148–164.

oder gar eine Entfernung von der Parteilinie zugrunde, die der Betroffene zu nennen und mit offener und zumeist tätiger Reue zu bereinigen hatte.[384] In einer weniger stark gebundenen Form durchzog das Muster von „Kritik und Selbstkritik“ auch die Diskussionen in Parteiversammlungen im MfS und wurde auf jede dort geäußerte Kritik und die Stellungnahme des Kritisierten bezogen. In Redebeiträgen auf Parteiversammlungen konnte sich das Wort „Kritik“ sowohl auf die stark ritualisierte als auch auf die weniger gebundene Form beziehen.

Die Funktionen des Rituals von „Kritik und Selbstkritik“ waren variabel: Im Alltagsleben ein Erziehungsinstrument für Parteikader, diente „Selbstkritik“ in den dreißiger Jahren in der UdSSR als Mittel zur Entlarvung und Vernichtung angeblicher Parteifeinde, indem diese vor ihrer Hinrichtung „selbstkritisch“ die ihnen vorgeworfenen Verbrechen „gestanden“ und weitere Personen der Mitwirkung bezichtigten.[385] Auch in der SED spielte der Säuberungsaspekt im Kontext der stalinistischen Nachkriegssäuberungen in Osteuropa, die 1949 mit dem angeblichen Spionagefall Noël Field auch die DDR erreichten, eine wichtige Rolle. Unter anderem ordnete die SED-Parteiführung für 1951 eine Überprüfung der Parteimitglieder an, deren zentrales Element die „Selbstkritik“ der Mitglieder bildete. Über dieses Verfahren sollte die Formierung der bislang noch durch die Inkorporierung der SPD geprägten SED zur „Partei neuen Typs“ vorangetrieben werden, sollten „Parteifeinde“ entlarvt sowie „passive“ Mitglieder entdeckt, schließlich die in der SED verbleibenden auf stalinistische Parteidisziplin eingeschworen werden. Rund 150 000 Mitglieder und Kandidaten wurden allein durch Streichungen und Ausschlüsse aus der Partei entfernt; Austritte und Karteibereinigungen verursachten weitere Verluste. Insgesamt schrumpfte die Partei von etwa 1 573 000 Mitgliedern und Kandidaten im Dezember 1950 auf 1 256 000 im Dezember 1951.[386] Die Auswirkungen der Überprüfung im MfS sind nicht überliefert; der Sekretär der SED im MfS Berlin, Karl Früholz, berichtete lediglich, die Kreisparteiorganisation verdanke ihr einen besseren Überblick über ihr Kaderreservoir sowie eine gesteigerte Mitgliederaktivität.[387] Immerhin läßt dies vermuten, daß es in der Staatssicherheit im Gegensatz zur Gesamtpartei nicht zu einer größeren Welle von Ausschlüssen und Streichungen gekommen war.

Zwar hatte der Vorsitzende der ZPKK, Hermann Matern, in seinem Abschlußbericht vom September 1951 festgehalten, daß die Überprüfung die Entwicklung von „Kritik und Selbstkritik“ wesentlich gefördert ha-

384 Vgl. Schultz: Funktionär in der Einheitspartei, S. 67–69.
385 Vgl. Unfried: Rituale, S. 153–157.
386 Vgl. Otto: Visionen, S. 205–213, die Zahlen siehe 210f.
387 Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Früholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 557–596, hier 570.

be.[388] Dennoch hielt die SED-Führung es für nötig, diese den Parteimitgliedern durch eine im Februar 1952 eigens inszenierte Kampagne[389] nochmals nahezubringen. Die Propagandaaktion, die in eine entsprechende ZK-Entschließung mündete,[390] hob neben der bisher betonten Erziehungsfunktion noch einen zweiten Aspekt von „Kritik und Selbstkritik" hervor. In Form der „Kritik von unten" sollte sie auch ein Mittel zur Überwindung von Mißständen in einem straff zentralisierten und hierarchisch aufgebauten System darstellen und überdies die Basis für die Verbesserung des Systems mobilisieren: Sie helfe Parteimitgliedern und Funktionären, Fehler in ihrer beruflichen und in der Parteiarbeit zu überwinden und stelle die Verbindung zwischen den „Massen" und den Funktionären her.[391] Die kritisierten Funktionäre hätten zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, diese, falls sie gerechtfertigt seien, „selbstkritisch" öffentlich anzuerkennen, und schließlich für die Überwindung ihrer Fehler zu sorgen. Ausdrücklich wurde in der Kampagne davor gewarnt, „Kritik von unten" durch Einschüchterung zu „unterdrücken".[392] In der Realität waren der Kritik freilich enge Grenzen gesetzt: Die Parteileitungen und in letzter Instanz die Parteiführung der SED behielten sich vor, zu entscheiden, ob die jeweils aktuell geübte Kritik als „parteimäßige, fördernde Kritik" zu „entfalten" oder als Ausdruck „nicht parteimäßiger, feindseliger und schädlicher Kritik" zu verhindern sei .[393] Letztere Einstufung konnte angesichts der in der SED auch nach der Mitgliederüberprüfung weitergehenden Säuberungen für den Betroffenen nicht abzuschätzende Folgen haben.

Die Bedeutung von „Kritik und Selbstkritik" innerhalb der SED-Parteiorganisation im MfS lag im wesentlichen in ihrer alltäglichen Funktion als Erziehungsmittel für die Parteimitglieder und als Instrument zur Behebung von Mißständen. Ende Februar 1952 forderte Ulbricht vor dem

388 Hermann Matern: Die Ergebnisse der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten. Bericht des Genossen Hermann Matern, Mitglied des Politbüros der SED, auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, o. O., o. J., S. 54.

389 Vgl. Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 120–130.

390 Entschließung des ZK der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung, in: Neues Deutschland vom 24.2.1952, S. 3.

391 Der letzte Aspekt wurde besonders betont von Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" und Mitglied des Politbüros. Vgl. Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 129.

392 Vgl. Entschließung des ZK der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung, in: Neues Deutschland vom 24.2.1952, S. 3; [Rudolf Herrnstadt]: Heraus mit der Sprache!, in: Neues Deutschland vom 25.1.1952, S. 1; Die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik als Hebel für die Überwindung von Rückständigkeit und Bürokratismus. Von der 8. Tagung des ZK der SED. Rede Walter Ulbrichts, 2. Teil; in: Neues Deutschland vom 27.2.1952, S. 3–5, hier 3.

393 Vgl. Kritik und Selbstkritik als Hebel zur Verbesserung unserer Arbeit. Aus den Diskussionsreden auf der 8. Tagung des ZK der SED. Genosse Rudolf Herrnstadt, in: Neues Deutschland vom 11.3.1952, S. 4.

Parteiaktiv im MfS, daß die Parteiorganisation „Kritik und Selbstkritik“ stärker praktizieren müsse, weil sie bislang zu allem geschwiegen habe.[394] Im MfS entwickelte sich nun, als Teil einer Grundsatzdebatte über das Verhältnis von Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Arbeit, eine Diskussion über die Diszplinierungskompetenz der Parteiorganisation, in der es um drei eng miteinander verknüpfte Fragen ging: Erstens war fraglich, welche Vergehen überhaupt der Disziplinierungskompetenz der Partei unterliegen sollten. Umstritten war dabei, inwieweit die Parteiorganisation über den Mechanismus von „Kritik und Selbstkritik“ in die „fachliche“ Tätigkeit, insbesondere die operative Arbeit im engeren Sinne eingreifen dürfe. Zweitens mußte bei der Frage nach der Disziplinierungskompetenz der SED im MfS immer vorweg geklärt werden, welche Inhalte der operativen Arbeit ohne Verletzung der Konspiration in Mitgliederversammlungen, Parteiaktivtagungen und Leitungssitzungen der SED im MfS überhaupt zur Sprache gebracht werden konnten. Und drittens wurde diskutiert, wie es die Parteiorganisation mit der „Kritik von unten“ halten solle. Sollten, so läßt sich das Kernproblem zugespitzt formulieren, dienstliche Vorgesetzte anders behandelt werden als andere Parteimitglieder?

Von jeher unbestritten war die Disziplinierungskompetenz der Parteiorganisation in allen Angelegenheiten, die die Pflichten eines MfS-Mitarbeiters in der Parteiarbeit betrafen, beispielsweise sein politisches Studium oder sein Engagement in einer Parteikommission oder Parteileitung. Bis Anfang 1952 scheint die Parteiorganisation die Anwendung von „Kritik und Selbstkritik“ im wesentlichen auf diesen Bereich beschränkt zu haben.[395] Doch sollte sie im Einverständnis zwischen der SED-Parteileitung im MfS und dem Minister Zaisser ihre Disziplinierungsaktivitäten stärker auf einen zweiten Bereich, auf die Aufrechterhaltung von „Disziplin und Moral“ im MfS, konzentrieren. Sie sollte künftig das Privatleben der MfS-Angehörigen genauer beobachten. Für die geheimdienstlich-geheimpolizeiliche Tätigkeit war das durchaus von Belang, bedeutet doch privates Fehlverhalten der Mitarbeiter für jeden Geheimdienst ein Sicherheitsrisiko. Alkoholische Exzesse, Schulden oder unkontrollierte Kontakte können Verletzungen der Konspiration oder gar die Erpreßbarkeit von Mitarbeitern nach sich ziehen. Der Parteiorganisation kam hier eine Vorsorgefunktion zu: Sie sollte ihre Mitglieder bereits bei kleinsten privaten Verfehlungen zurechtweisen, um zu verhindern, daß diese zu dienst- oder strafrechtlich relevanten Vergehen führten.[396] Gleichzeitig

394 Vgl. Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Früholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 586, vgl. auch Dokument 1, S. 152. Die Rede Ulbrichts ist nicht überliefert.

395 Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Früholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 586.

396 Vgl. Isolde Sobeck: Manuskript des Referates auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 6–26, hier 25; Protokoll der SED-

wuchsen der Parteiorganisation dadurch auch Überwachungsfunktionen zu, die die berufliche Tätigkeit der MfS-Mitarbeiter betrafen. Denn eine hohe Arbeitsdisziplin war ebenso wie privates Wohlverhalten ein integraler Bestandteil der sogenannten „sozialistischen Moral", deren alleiniger Maßstab der Nutzen jeder Handlung für die sozialistische Gesellschaft bildete. „Moralische" Kriterien galten daher beispielsweise auch für Arbeitsbeziehungen, die nach westlichem Verständnis primär anderen Regelungsmechanismen unterliegen.[397] Demgemäß sollte die Parteiorganisation, wie der Minister für Staatssicherheit forderte, für Pünktlichkeit am Arbeitsplatz sorgen, die Mitarbeiter zu korrektem Aussehen veranlassen und alkoholische Exzesse, sowohl dienstlich als auch privat, bekämpfen.[398]

Führende Parteifunktionäre im MfS forderten jedoch im Juni 1952 auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin weitergehende Disziplinierungskompetenzen hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit ihrer Mitglieder. Laut Rechenschaftsbericht der Kreisleitung sollte die Durchführung operativer Maßnahmen der Parteikritik unterliegen, wenn Parteimitglieder „in Ausführung ihres Dienstes schwerwiegende politische Fehler" begingen, gegen die „Einhaltung der demokratischen Gesetzlichkeit" verstießen oder durch „disziplinloses oder unmoralisches Verhalten die Durchführung operativer Maßnahmen" gefährdeten.[399] Zwar läßt diese Aussage für sich betrachtet offen, ob die Disziplinierung von Fehlern in der operativen Arbeit nach Absprache mit dienstlichen Instanzen erfolgen sollte oder ob die Partei hier eigenständige Strafkompetenzen für sich in Anspruch nahm. Für die Annahme, daß letztere Auffassung unter den Parteifunktionären im MfS durchaus ihre Anhänger hatte, spricht vor allem Zaissers dezidierter Widerspruch. Zudem ging der Redebeitrag Otto Walters, des Ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung im MfS, in eine ähnliche Richtung. Er sprach sich dafür aus, Probleme der operativen Arbeit auf den Parteiveranstaltungen aller Ebenen selbstkritisch zu thematisieren. Dies sei, so bemängelte er, sowohl im Vorfeld der Delegiertenkonferenz als auch in deren Verlauf zu kurz gekommen. In der Frage, inwieweit man bei der Erörterung der operativen Arbeit in Parteiveranstaltungen auf die Konspiration Rücksicht nehmen müsse, differenzierte er: In den untersten Organisationseinheiten der SED könne man über Schwierigkeiten in der operativen Arbeit ausführlich reden. Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz könnten selbstkriti-

Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 6.8.1954, Redebeitrag des Stellvertreters des Staatssekretärs, Martin Weikert; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 254–258, hier 255–257; Otto Last, Stellvertreter des Staatssekretärs: „Die Lehren der 21. Tagung des ZK für die Arbeit im SfS". Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 25.11.1954; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 303–349, hier 346f.

397 Vgl. Herbert Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied, Berlin, 2. Aufl. 1969, S. 201–205 und 217–225.

398 Dokument 1, siehe S. 157.

399 Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Früholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 593f.

sche Stellungnahmen dagegen lediglich in allgemeiner Form erfolgen: „Es hängt von der Geschicklichkeit eines jeden Diskussionsteilnehmers ab, inwieweit er hier zu operativen Fragen Stellung nimmt, ohne daß damit die Konspirität [sic!] in irgendeiner Frage gefährdet wird.“[400] Wie er sich das vorstellte, erläuterte Walter an einem Beispiel, das die Arbeitsorganisation des MfS betraf: Er vermisse, daß keiner der leitenden Vorgesetzten bislang zu der Frage Stellung genommen habe, wie er die vom Politbüro[401] geforderte Verbesserung der Anleitung der Landes- und Kreisdienststellen des MfS umgesetzt habe.[402]

Wie bereits angedeutet, vertrat Zaisser hinsichtlich der Disziplinierungskompetenz der Partei in der operativen Arbeit eine andere Auffassung als die Parteileitung im MfS. Zunächst einmal war er, was die Frage der Wahrung der Konspiration anging, deutlich strenger als Otto Walter: So widersprach er unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Konspiration dessen Auffassung, daß man in der untersten Parteieinheit über alles reden könne.[403] Dementsprechend gestand er der Parteiorganisation Disziplinierungskompetenzen im Bereich der operativen Arbeit nur sehr eingeschränkt zu: Eine ungeschickte Verhaftung zu untersuchen, die einen politischen Aufruhr unter der Bevölkerung erzeugt habe, sei zunächst Sache der operativen Leitung. Erst nach der dienstlichen Untersuchung des Vorfalls dürfe sich die Parteiorganisation mit den beteiligten Mitarbeitern auseinandersetzen.[404]

Noch grundsätzlicher äußerte sich der Minister auf einer Parteiaktivtagung im Januar 1953: Die SED im MfS dürfe sich nur dann mit der operativen Arbeit eines Mitarbeiters beschäftigen, wenn der dienstliche Vorgesetzte sie damit beauftrage. Anders als in einem Produktionsbetrieb sei es auch nicht möglich, daß sich ein Mitarbeiter an die Parteileitung wende, wenn er etwa feststelle, daß sein Kollege regelmäßig zu seinen Treffen mit inoffiziellen Mitarbeitern zu spät komme. Vielmehr habe er seinen Abteilungsleiter zu informieren. Diesem, so Zaisser, könne er vorschlagen, daß die Parteiorganisation sich mit dem Problem beschäftigen solle. Falls er und der Abteilungsleiter sich nicht einig würden, dann sollten sie den Minister oder seine Stellvertreter darüber informieren. Schließlich machte Zaisser unmißverständlich klar, daß sich seine Vorgaben aus grundsätzlichen Auffassungen über das Verhältnis von Parteiarbeit und geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Tätigkeit begründeten: Ein wichtiger Unterschied zwischen der SED-Parteiorganisation im MfS und derjenigen eines

400 Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 493–500, hier 493.
401 Vgl. Entschließung des Politbüros über die Arbeit des MfS vom 18.3.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/202, Bl. 81–86.
402 Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Otto Walter, BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 494f.
403 Ebenda, Bl. 506.
404 Ebenda, Bl. 507.

Produktionsbetriebes bestehe darin, so der Minister, daß letztere tatsächlich den gesamten Produktionsprozeß zu kontrollieren habe, im MfS dagegen für die operative Arbeit allein die von der Partei eigens dafür eingesetzten Fachkräfte verantwortlich seien. Darin, so Zaisser, „liegt eine der Besonderheiten unserer Organisation als MfS, und da liegt eine der Besonderheiten unserer Parteiarbeit".[405]

In der Frage, inwieweit Vorgesetzte auf Parteiveranstaltungen kritisiert werden dürften, scheinen sich Differenzen zwischen den Parteifunktionären und dem Minister erst allmählich entwickelt zu haben: Auf der Kreisdelegiertenkonferenz im Juni 1952 konnte Otto Walter noch unwidersprochen fordern, daß die Parteimitglieder „an der Arbeit ihres Abteilungsleiters, ihres stellvertretenden Abteilungsleiters und noch darüber hinaus Kritik üben" sollten. Jeder Genosse, so Walter, werde für Kritik dankbar sein, vorausgesetzt, sie trage dazu bei, die Arbeit des Ministeriums zu verbessern.[406] Auch Walters bereits erwähnte Aufforderung an die leitenden Mitarbeiter, zur Anleitung der Landes- und Kreisdienststellen selbstkritisch Stellung zu nehmen, hat Zaisser nicht gerügt. Vielmehr unterstützte der Minister die Kritik, die Walter in diesem Zusammenhang an dem Leiter der Hauptabteilung III (Volkswirtschaft), Reinhold Knoppe, übte.[407] Was 1952 prinzipiell an Kritik möglich war, zeigt der in der Konferenz geäußerte Vorwurf des Leiters der Abteilung Schulung, Josef Sobeck, immerhin an den Ministerstellvertreter Mielke, dieser habe den Beginn der vom Politbüro[408] vorgesehenen „fachlichen" Schulung verschleppt.[409] In seiner Stellungnahme gestand Mielke seine Versäumnisse ein und gelobte Besserung.[410] Ob sich diese dem Selbstverständnis der SED perfekt entsprechende „Kritik und Selbstkritik" spontan ergab oder gut inszeniert war, läßt sich nicht mehr feststellen. Doch hatte die Kritik für Sobeck allem Anschein nach keine nachteiligen Folgen.[411]

Ein halbes Jahr später kam es zwischen Walter und Zaisser über die Frage der Parteikritik an dienstlichen Vorgesetzten zum offenen Konflikt.

405 Dokument 1, siehe S. 156–159.

406 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 496.

407 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, zweiter Redebeitrag Zaisser; ebenda, Bl. 524–528.

408 Vgl. Entschließung des Politbüros über die Arbeit des MfS vom 18.3.1952; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2/202, Bl. 81–86.

409 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Josef Sobeck; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 603–605.

410 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 19–22, hier 21.

411 Vom Leiter der Abt. Schulung in der HA Personal stieg Josef Sobeck 1953 zunächst zum Ersten Sekretär der Parteiorganisation in der Bezirksverwaltung Gera und bis 1963 über mehrere Stationen zum Leiter dieser Bezirksverwaltung auf; vgl. Jens Gieseke: Kurzbiographien (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil V/4), BStU, Berlin 1997 (in Vorb.).

Anlaß war ein Vorfall in der Hauptabteilung Personenschutz (HA PS)[412] um die Jahreswende 1952/53: Dort hatte die Parteiorganisation auf Veranlassung des sowjetischen „Chefinstrukteurs“ der Hauptabteilung[413] eine Untersuchung angestellt. Auf Grund ihrer Ergebnisse kritisierte Walter die Arbeit des Leiters der Hauptabteilung, Franz Gold, sowie sein Verhalten gegenüber den Mitarbeitern in einer abteilungsöffentlichen Parteiversammlung. In derselben Veranstaltung gestand Gold zwar einige Unzulänglichkeiten ein, griff jedoch im Gegenzug die ihm untergebenen Abteilungsleiter sowie den Parteisekretär der HA PS heftig an.[414]

Dieser Vorfall scheint im MfS viel Staub aufgewirbelt zu haben, denn die Erste Sekretärin der SED im MfS Berlin, Isolde Sobeck, sah sich kurz darauf auf einer Parteiaktivtagung genötigt, das Vorgehen Walters zu rechtfertigen: Die Parteiorganisation im MfS habe immer die Auffassung vertreten, daß auch an leitenden Mitarbeitern „sachliche und berechtigte“ Kritik geübt werden dürfe und müsse. Dadurch büßten der Abteilungs- und Hauptabteilungsleiter keinerlei Autorität ein, denn es sei selbstverständlich, daß die Partei keine beleidigende und unsachliche Kritik zulasse. Auch die Tatsache, daß das MfS eine „militärische Organisation mit einer militärischen Disziplin“ sei, dürfe kein Hindernis sein, „allgemeine Fehler und Mängel“ von höheren Vorgesetzten zu kritisieren.[415]

Zaisser widersprach. Die Berechtigung der Untersuchung stellte er zwar nicht in Frage; dies wäre auch angesichts der Tatsache, daß sie von dem sowjetischen Instrukteur ausgegangen war, gar nicht möglich gewesen. Er forderte von den Parteifunktionären jedoch künftig ein taktvolleres Vorgehen und kritisierte Walter dafür, daß er mit dem Hauptabteilungsleiter, seinen Abteilungsleitern und dem sowjetischen Instrukteur zu wenig kooperiert habe. Deshalb sei die Schuld an den schlechten Zuständen in der Abteilung allein dem Hauptabteilungsleiter zugeschoben worden. Der Vorgang beweise, daß im MfS die Tendenz bestehe, Kritik mit Meckerei zu verwechseln.[416] Diese Aussage begleitete Zaisser mit grundsätzlichen Ausführungen zur Frage von „Kritik und Selbstkritik“ im MfS, die zeigen, wie stark seine Vorstellungen von der Rolle der SED-Organisation im MfS vom Vorbild der sowjetischen Roten Armee beeinflußt waren, mit deren Strukturen er durch seine langjährige Arbeit im sowjetischen Exil vertraut war:[417] Zunächst zeichnete er ein idealisiertes Bild der Roten Armee als eines Verbandes bewußter Parteigenossen, deren tiefe Einsicht in

412 Sie stellte Leibwachen und Chauffeure hochrangiger Partei- und Staatsfunktionäre.
413 Vgl. Dokument 1, S. 155.
414 Nach dem Bericht im Referat Isolde Sobecks auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 21. Ein Protokoll der Parteiveranstaltung in der HA PS ist nicht erhalten.
415 Ebenda, Bl. 20–22.
416 Dokument 1, siehe S. 155.
417 Vgl. Müller-Enbergs: Herrnstadt, S. 232.

die Notwendigkeit einer harten militärischen und Parteidisziplin die Kritik an Vorgesetzten in einer Parteiversammlung überflüssig mache. Dann behauptete er, daß das MfS auf dem Weg zu einer solchen „militärischen Organisation“ noch einen weiten Weg zurückzulegen habe, daß aber die Mitarbeiter im MfS inzwischen schon einen ideologischen Bewußtseinsstand erreicht hätten, der es verbiete, daß ein Vorgesetzter für dienstliche Anordnungen in der Mitgliederversammlung kritisiert werde. Ausgehend von dem Vorbild der Roten Armee gestand Zaisser aber immerhin demjenigen, der eine Anweisung für falsch halte, zu, dies mit der Kreisleitung zu besprechen.[418] Zaissers Vorstoß scheint darauf abgezielt zu haben, die Autorität der Vorgesetzten zu schützen, indem Auseinandersetzungen über ihre Führungstätigkeit hinter die Kulissen der MfS-internen Öffentlichkeit verlegt werden sollten. In diesem Sinne ist auch seine Kritik am Vorgehen Walters im Fall der Untersuchung der HA PS zu verstehen: Walter hätte sich danach zwar mit dem Hauptabteilungsleiter Gold über seine Führungsprobleme auseinandersetzen, dessen Bloßstellung vor seinen Untergebenen jedoch vermeiden sollen.

Bei Otto Walter löste diese Maßregelung zusammen mit den oben geschilderten Einschränkungen, die Zaisser der Partei im Hinblick auf ihre Disziplinierungskompetenz auferlegen wollte, eine drastische Reaktion aus. Vor dem versammelten Publikum der Parteiaktivtagung warf er dem Minister und Politbüromitglied vor, die Auffassung zu vertreten, daß operative und politische Arbeit „dem Sinne nach“ streng getrennt werden müßten. Damit stehe Zaisser im Gegensatz zu früheren Ausführungen Walter Ulbrichts.[419] Das war ein politisch äußerst schwerwiegender Vorwurf, denn Walter zieh Zaisser damit des Verstoßes gegen die vom Generalsekretär vorgegebene Parteilinie. Tags darauf will Walter gegenüber Zaisser sogar seinen Rücktritt angeboten haben mit der Begründung, daß dieser die Parteiarbeit behindere. Zaisser, so die spätere Darlegung Walters, habe ihn jedoch beschwichtigt und ihm klarmachen wollen, daß seine Auffassung die Einschaltung der Parteiorganisation in die operative Arbeit nicht ausschließe.[420] Unklar bleibt, inwieweit Walters Aussage zu trauen ist, daß er in seinem Konflikt mit Zaisser die Rückendeckung der sowjetischen Dienststellen in Karlshorst gehabt habe, berief sich doch auch Zaisser in seiner Kritik an Walters Verhalten gegenüber Gold auf einen der „Freunde“, nämlich den sowjetischen Chefinspekteur der HA PS.[421] Auf

418 Vgl. Dokument 1, S. 153–154; siehe auch Zaissers Äußerung auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz am 14./15.6.1952 im MfS Berlin; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 506.

419 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 56f.

420 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.8.1953, zweiter Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 1072, Bl. 243f., hier 244. Die Einzelheiten des Berichts sind mit Vorsicht zu bewerten, da Walter damit im August 1953 zu beweisen suchte, daß er gegen Zaissers angebliche Behinderung der Parteiarbeit im MfS etwas unternommen habe.

421 Vgl. Dokument 1, S. 155.

jeden Fall beleuchtet der Konflikt schlaglichtartig die zentrale Rolle der Sowjets für das MfS sogar in dieser „Parteifrage“ sowie die Schwäche der Anleitung durch die SED-Parteiführung um Ulbricht, die in den Quellen zunächst überhaupt nicht in Erscheinung tritt.

Erst im Mai 1953 unterrichtete das Sekretariat der SED im MfS Ulbricht über die Differenzen zwischen Parteileitung und dienstlicher Leitung im Staatssicherheitsdienst.[422] Indirekt nahm der Generalsekretär dazu kurze Zeit später auf einer Parteiaktivtagung im MfS Stellung: Zwar sprach er sich gegen die Beschäftigung der Parteiorganisation mit „operativen Teilaufgaben“ aus und kam insoweit Zaissers Wunsch entgegen, der Einmischung der Parteiorganisation in Einzelheiten der operativen Arbeit einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig ermahnte er jedoch dienstlichen Vorgesetzten im MfS, grundsätzliche Fragen wie beispielsweise die Präsenz des MfS in den Betrieben vor der Parteiorganisation ihres Verantwortungsbereichs diskutieren zu lassen. Falls die dienstlichen Leiter dies unterließen, sollte die Parteiorganisation höheren Orts darauf hinweisen, daß Vorgesetzte über „die entscheidende Frage der Arbeit“ in unzulässiger Weise hinweggingen.[423]

Unterordnung unter geheimpolizeilich-geheimdienstliche Effizienz

Nach dem Sturz Zaissers versuchte Walter zunächst, die der Parteiorganisation bislang verweigerten Befugnisse in der operativen Arbeit über eine normative Festlegung doch noch zu erhalten. Der unter seiner Leitung gefertigte Entwurf über die Rolle der Parteiorganisation der SED im SfS sah vor, daß die Parteiorganisation „für die breiteste Entfaltung der Kritik und Selbstkritik zur Überwindung von Fehlern und Mängeln sowohl in der politischen Arbeit als auch in der operativen Arbeit“ einzutreten habe. Sie solle sich in „operative Vorgänge größeren Ausmaßes“ „einschalten“ und die Parteimitglieder „bei ernsthaften Unterlassungen oder Fehlern in der operativen Arbeit“ zur Verantwortung ziehen.[424] Solche Forderungen ließen sich nicht durchsetzen. Der Entwurf trat, wie erwähnt, nie in Kraft. Zudem machte der neue Leiter der Staatssicherheit, Ernst Wollweber, bald unmißverständlich klar, daß er in der Frage der Disziplinierungskompetenzen der Parteiorganisation, was die operative Arbeit anging, letztlich keine andere Auffassung besaß als Zaisser. Im November 1953 untersagte er der Parteiorganisation, sich künftig mit einzelnen Maßnahmen der ope-

422 Bericht des Sekretariats der SED-Bezirksleitung VII c [im MfS] an Ulbricht vom 23.5.1953, S. 4f.; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

423 Walter Ulbricht: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 232–260, hier 257f. Vgl. auch Schlußwort Ulbrichts auf derselben Tagung; ebenda, Bl. 261–273, hier 262f. und 272.

424 Dokument 2, siehe S. 162.

rativen Arbeit, etwa einzelnen operativen Vorgängen oder bestimmten inoffiziellen Mitarbeitern, zu beschäftigen. In den Grundorganisationen der SED im SfS wollte er lediglich Grundsatzdiskussionen über die „allgemeinen operativen Aufgaben, die prinzipiellen Gesichtspunkte hierbei, die Überwindung schwacher Punkte in der Arbeit“ zulassen, „dort, wo man nicht dekonspirieren kann“.[425] Damit waren alle weitergehenden Ansprüche der Parteiorganisation faktisch zurückgewiesen. Daß Widerstand gegen diese Maßgabe ausblieb, lag wohl auch an einem Personalwechsel: Otto Walter, der die Ausweitung der Kompetenzen der Parteiorganisation in der Vergangenheit wesentlich betrieben hatte, wechselte von der Parteiarbeit in einen dienstlichen Verantwortungsbereich[426] und unterstützte nun ausdrücklich Wollweber.[427] Außerdem nahm Wollweber der Parteiorganisation gewissermaßen den Wind aus den Segeln, indem er ihr ein bislang wenig beachtetes Tätigkeitsfeld zuwies, nämlich die Durchsetzung der politisch-taktischen Ausrichtung der SfS-Arbeit bis in die untersten Hierarchieebenen. Darauf wird noch näher einzugehen sein.[428]

In den Bestimmungen zum Parteiaufbau im SfS von 1954 war von Disziplinierungskompetenzen der Partei im Hinblick auf die operative Tätigkeit nicht die Rede. Erwähnt wurden solche lediglich in bezug auf das „fachliche“ Studium der Mitarbeiter.[429] Das im selben Jahr beschlossene neue Statut der SED stärkte außerdem grundsätzlich die Stellung der dienstlichen Hierarchien in Ministerien und staatlichen Organen. Es untersagte den dortigen Parteileitungen, anders als in den Produktionsbetrieben, die Arbeit der „dienstlichen“ Leitungen zu kontrollieren, und verpflichtete sie lediglich dazu, Mißstände in der „fachlichen Arbeit“ an leitende Parteimitglieder in der eigenen Institution oder an die zuständigen Parteiorgane zu melden.[430] Ironischerweise wurde damit genau derjenige Standpunkt für die Gesamtpartei verbindlich, der Zaisser 1953 den Vorwurf eingetragen hatte, er habe die Parteiarbeit im MfS gehemmt. Für die Praxis der Parteiarbeit im Staatssicherheitsdienst scheint diese Bestimmung jedoch von untergeordneter Bedeutung gewesen zu sein. Der Erste Sekretär der

425 Wollweber: Referat auf der SED-Kreisparteiaktivtagung am 2.11.1953, sowie sein Schlußwort auf derselben Tagung; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 74–88 und 104–107, hier 86f. und 105.

426 Er wurde Stellvertreter des Staatssekretärs für die verwaltenden und Versorgungsabteilungen im SfS; Befehl 371/53 des Staatssekretärs vom 25.11.1953 „über Löschung von Disziplinarstrafen, Beförderungen, Ernennungen und Veränderungen im Bereich des SfS“, S. 3; BStU, ZA, DSt 100078, ohne Blattzählung. Bereits am 2.11.1953 war Walter nicht mehr offiziell Parteisekretär; vgl. Protokoll der Kreisparteiaktivtagung der SED im SfS, 2.11.1953, Redebeitrag Isolde Sobeck; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 100–103, hier 102.

427 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953, Redebeitrag Walter; Bl. 96–100, hier 99.

428 Vgl. S. 126–128.

429 Vgl. Dokument 5, S. 168–170.

430 Statut der SED 1954, Abschn. 70, in: Dokumente der SED, Bd. V, 1956, S. 111.

SED-Kreisleitung im SfS Berlin, Hermann Steudner, referierte sie pflichtgemäß auf einer Parteiaktivtagung;[431] später wurde darauf nicht mehr Bezug genommen.

Im Februar 1956 erließ Wollweber die Direktive 1/56 „zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit“, mit der er die Disziplinierungskompetenz der SED im MfS durch dienstliche Weisung regelte. Dieser Vorgang ist in zwei eng miteinander verknüpfte SED-Kampagnen einzuordnen: Auf dem Hintergrund der sich allmählich entwickelnden „Koexistenztheorie“, die den Kampf zwischen den Systemen vom politischen stärker auf das ökonomische Feld verschob[432], zudem durch den Staatsvertrag mit der UdSSR und den dadurch erlangten Souveränitätsgewinn gestärkt, inszenierte die DDR-Führung in der zweiten Jahreshälfte 1955 eine neuerliche Kampagne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. „Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung“ – unter diesem Motto setzte die SED einerseits auf neue Planungsmethoden und technische Rationalisierung, propagierte andererseits aber mit Aufrufen zur Einschränkung des Verwaltungsaufwandes und zur Steigerung der Arbeitsmoral altbekannte Strategien.[433] Getreu der sozialistischen Vorstellung, daß das ideologische Bewußtsein der Werktätigen ihren Arbeitserfolg bestimme, flankierte sie ihre wirtschaftlichen Maßnahmen mit einer Pressekampagne zur Intensivierung der ideologischen Erziehung von Parteimitgliedern und parteilosen Werktätigen.[434] Die Anwendung von „Kritik und Selbstkritik“ spielte darin, auch in der Form der „Kritik von unten“, eine wichtige Rolle. Wie 1952 sollte sie technische und wirtschaftliche Mißstände in Betrieben und Staatsorganen sowie ideologische und moralische Schwächen von Partei- und Staats-

431 Hermann Steudner: „Der IV. Parteitag und die Aufgaben der Parteiorganisation im SfS“. Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.5.1954 (künftig: Steudner: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.5.1954); BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 112–150, hier 118.

432 Vgl. Förtsch: Parteischulung, S. 123.

433 Vgl. Die neue Lage und die Politik der SED. Vorbereitung der 3. Parteikonferenz der SED. Beschluß des 25. Plenums des ZK der SED vom 27.10.1955, in: Dokumente der SED, Band V, 1956, S. 445–511, hier 474–476. Vgl. zur wirtschaftlichen Lage der SED 1954/55 auch Staritz: DDR, S. 134–136.

434 Vgl. u. a. Festigt die innerparteiliche Demokratie, in: Neues Deutschland vom 5.11.1955, S. 3; Fritz Kleinert: Für eine kämpferische Atmosphäre in den Wahlversammlungen. Zur Neuwahl der Parteileitungen, in: Neues Deutschland vom 15.11.1955, S. 4; Kritik und Selbstkritik entfalten sich nur unter Führung der Partei. Was eine Volkskorrespondenz aus dem VEB Uhren- und Maschinenfabrik „Klement Gottwald“ ans Tageslicht brachte, in: Neues Deutschland vom 19.11.1955, S. 6; Werner Ehricke: Kritik ist für uns Anlaß, Mängel zu beseitigen, ebenda; Parteisekretär Jung und seine Reaktion auf Kritik, ebenda; Kritik, ein Privileg „makelloser“ Menschen? Von einer Wahlversammlung und einer Parteileitung, die die Aktivität der Mitglieder hemmt, in: Neues Deutschland vom 24.11.1955, S. 3; Wo man Kritikern mit Parteiverfahren droht. Zu einigen Erscheinungsformen der Unterdrückung der Kritik, mit denen aufgeräumt werden muß, in: Neues Deutschland vom 27.11.1955, S. 6.

funktionären beseitigen helfen und die Identifikation der Massen mit den Zielen der Partei fördern.

Auf dem 25. ZK-Plenum im Oktober 1955 rief Walter Ulbricht die Parteiorganisationen dazu auf, die Verantwortungsscheu von Funktionären, ihre Angst vor Kritik und ihre Gleichgültigkeit gegenüber feindlicher Propaganda, kurz: ihr „Spießbürgertum", zu thematisieren.[435] Karl Schirdewan kritisierte diejenigen Parteileitungen, die sich „selbstzufrieden" und „versöhnlerisch" über die Kritik von Parteimitgliedern hinwegsetzten. Er mahnte, kritische Hinweise auf Delegiertenkonferenzen nicht nur entgegenzunehmen, sondern auch umzusetzen.[436] Otto Grotewohl schließlich pries „Kritik und Selbstkritik" als „entscheidendes Mittel" zur Überwindung des im Staatsapparat herrschenden Bürokratismus. Die „Unterschätzung der schöpferischen Kräfte der Volksmassen" führte er auf Reste „bürgerlicher Ideologie" in den Reihen der Staatsfunktionäre zurück. Immer noch, so Grotewohl, herrsche im Staatsapparat die falsche Ansicht, daß Kritik Autorität untergrabe.[437] Ähnliche Befunde fanden sich in Ulbrichts Rede wieder, die er wenige Tage später auf einer Dienstkonferenz im Staatssicherheitsdienst hielt. So rügte er, daß in den dortigen Parteiorganisationen Kritik unterdrückt werde. In diesem Falle entwickle sich „gesetzmäßig das Spießertum", das sich zum Beispiel darin äußere, daß Mitarbeiter ihre Kinder nicht zur Jugendweihe schickten, weil ihre Frauen das nicht wollten. Der Kampf gegen ideologische Schwächen sei im Staatssicherheitsdienst besonders wichtig, weil die Mitarbeiter täglich mit feindlichen Argumenten konfrontiert würden.[438]

Auch wenn Wollweber später behauptete, die Direktive 1/56 sei von Walter Ulbricht ausgegangen und stelle die Umsetzung seiner Hinweise auf der Dienstkonferenz dar[439], so trägt sie doch eindeutig die Handschrift des Ministers. Er legte persönlich einen Entwurf vor,[440] der weit über

435 Walter Ulbricht: Die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um ein friedliches und glückliches Leben des deutschen Volkes. Referat auf dem 25. Plenum des ZK am 24.–26.10.1955, in: Neues Deutschland vom 27.10.1955, S. 3, 30.10.1955, S. 3–5, 2.11.1955, S. 3f., hier 2.11.1955, S. 3.

436 Karl Schirdewan: Die Wahlordnung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Vorbereitung der 3. Parteikonferenz 1956. Referat auf dem 25. Plenum des ZK am 24.–26.10.1955, in: Neues Deutschland vom 9.11.1955, S. 3–5, hier 4.

437 Otto Grotewohl: Die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates zur Erfüllung der Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben. Referat auf dem 25. Plenum des ZK am 24.–26.10.1955, in: Neues Deutschland vom 3.11.1955, S. 3–5, hier 4.

438 Walter Ulbricht: Rede auf der Dienstkonferenz im SfS am 3.11.1955; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 91f.

439 Protokoll des 26. Plenums des ZK der SED am 22.3.1956, Redebeitrag Ernst Wollweber; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/156, Bl. 59–61, hier 61; vgl. auch die Äußerung des Mitarbeiters der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Martin Appelfeller, während der Sitzung der Zentralen SED-Parteileitung in der BV Dresden, 29.2.1956; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/102, Bl. 208–216, hier 210 Rückseite.

440 Protokoll der Kollegiumssitzung am 17.1.1956; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 128–134, hier 129.

Ulbrichts Anmerkungen hinausging und erstmals umfassende verbindliche Rahmenbedingungen für die Disziplinierungskompetenz der SED im MfS schuf. Zwar verfaßte die Abteilung für Sicherheitsfragen parallel zu Wollwebers Direktivenentwurf ein Konzept für ein Schreiben Walter Ulbrichts an die Parteiorganisationen im MfS, das viel weniger grundsätzlich gefaßt war und hauptsächlich auf die Bekämpfung des von Ulbricht angesprochenen „Spießbürgertums" abhob.[441] Die Sicherheitskommission, der sowohl Wollwebers Direktivenentwurf als auch das Briefkonzept der Abteilung für Sicherheitsfragen vorgelegt wurden, entschied sich jedoch für die Direktive und gegen das Schreiben.[442]

In der Direktive 1/56 betonte Wollweber eingangs die Verantwortung der SED-Organisationen im MfS für die innere Ordnung des Ministeriums sowie für Disziplin, Arbeitsmoral und Wachsamkeit aller Mitarbeiter.[443] Dann beanstandete er, daß leitende Mitarbeiter Kritik unterdrückten, indem sie die Behandlung operativer Fragen in Parteiversammlungen verböten und dabei den Begriff „operative Arbeit" sehr weit faßten. Der Minister stellte demgegenüber fest, daß Parteimitglieder in Parteiversammlungen unabhängig von ihrem dienstlichen Rang kritisiert werden könnten, für moralische Verfehlungen ebenso wie für Schwächen in der „fachlichen" Arbeit. Sogar „Mängel und Fehler in der operativen Arbeit" sollten grundsätzlich behandelt werden dürfen; verboten blieb jedoch weiterhin, Namen, Anzahl und Einsatz inoffizieller Mitarbeiter zu erwähnen, ebenso die konspirative Verbindungen zu ihnen, operative Technik, operative Vorgänge sowie schließlich bevorstehende und laufende operative Maßnahmen. Falls ein Abteilungsleiter meine, durch eine Kritik werde die Arbeit der Abteilung dekonspiriert, habe er die Leitung des MfS sofort zu unterrichten, damit diese den Sachverhalt prüfen könne.[444] Im zweiten Teil der Direktive behandelte Wollweber die „Entfaltung von Kritik und Selbstkritik" in Dienstbesprechungen. Im Gegensatz zum Abschnitt über die Parteiversammlungen formulierte er hier keinerlei Verbote zur Behandlung der konspirativ relevanten Fragen, hob aber die Bedeutung der dienstlichen Hierarchie hervor: Der dienstliche Leiter habe zu entscheiden, welche Fragen auf der Dienstbesprechung diskutiert würden. Auf die Einhaltung der militärischen Disziplin sei zu achten; Befehle seien durchzuführen. Allerdings mahnte Wollweber die Leiter, ihre Befehlsgewalt nicht zu mißbrauchen: Zu dem vorgegebenen Thema müßten alle Genossen frei reden dür-

441 Zwei Entwürfe des Schreibens, das eine auf den 30.1.1956, das andere versehentlich auf den 30.1.1955 datiert, sind in den Unterlagen der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen überliefert; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/102, Bl. 4–9, hier 7f., sowie ebenda, IV 2/12/101, Bl. 46–52, hier 49f.

442 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 9.2.1956; BA-MA, DVW 1/39550, Bl. 1f.

443 Dokument 10, S. 200.

444 Ebenda, S. 201f.

fen, der Leiter dürfe ihnen nicht den Mund verbieten, wenn für ihn unangenehme Dinge wie etwa moralische Verfehlungen eines Vorgesetzten zur Sprache kämen.[445]

Ihrem Inhalt nach war die Direktive ambivalent: Einerseits schuf sie durch eine schriftliche Bestimmung von erlaubten und verbotenen Diskussionsgegenständen sowie durch die Festlegung eines Instanzenwegs in strittigen Fällen eine Berufungsgrundlage für kritikwillige Parteimitglieder, schränkte die Willkür von Vorgesetzten ein und ermutigte insofern zu Kritik. Andererseits setzte sie ein deutliches Zeichen des Primats dienstlicher Belange vor der Disziplinierungskompetenz der Partei: Denn nicht nur, daß deren Rahmen hier auf dem Wege einer dienstlichen Verordnung festgelegt wurde, wenn auch bestätigt von der Sicherheitskommission als übergeordneter Parteiinstanz. Wollweber zog darüber hinaus mit dem Katalog der in Parteiversammlungen verbotenen Diskussionsgegenstände verbindliche Grenzen für die Disziplinierung der Mitglieder durch die Parteiorganisation. Dieser Katalog war inhaltlich so weit gefaßt, daß er de facto einem Verbot gleichkam, Einzelheiten der operativen Praxis in Parteiversammlungen zu thematisieren. Schließlich lag die letzte Entscheidung über die Frage, ob eine Kritik die „fachliche" Arbeit dekonspiriere, bei der dienstlichen Leitung des MfS und nicht bei der Kreisleitung und ihrem Büro. Da der Ermessensspielraum der MfS-Leitung bei der Entscheidung dieser Frage relativ unbegrenzt gewesen sein dürfte, ließ sich im Einzelfall auch die im Prinzip gewünschte abteilungsöffentliche Kritik an Vorgesetzten kanalisieren. Nicht anders als sein Vorgänger Zaisser behielt sich Wollweber damit unter Berufung auf die Prinzipien geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Arbeit vor, den Spielraum der Disziplinierungskompetenz der Parteiorganisation zu definieren.

Es ist zu fragen, welche Stoßrichtung die Direktive besaß. Offenbar war auch den Mitgliedern des MfS-Kollegiums nicht völlig klar, worauf ihr Chef hinauswollte; jedenfalls interpretierten sie Wollwebers Entwurf auf ihrer Sitzung am 17. Januar 1956 ziemlich unterschiedlich. Während die Stellvertreter des Ministers Otto Walter, Otto Last, Erich Mielke und der ebenfalls zur Besprechung hinzugezogene Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung, Erich Wichert, sie als Ermutigung zur Kritik ansahen und trotz grundsätzlicher Zustimmung Bedenken äußerten, daß dies die Autorität der Vorgesetzen gefährden könne, betonte der Stellvertreter des Ministers Martin Weikert eher ihre restriktive Seite: Die Direktive sei wichtig, weil ein Teil der Genossen der Meinung sei, daß man in einer Parteiversammlung „alle Dinge, auch selbst konspirative," durchdiskutieren müsse.[446]

Stellte die Direktive also in erster Linie eine Reaktion auf drohende

445 Ebenda, S. 202.
446 Protokoll der Kollegiumssitzung am 17.1.1956; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 128–134, hier 129–131.

Eingriffe der Parteiorganisation in die operative Arbeit dar, oder wollte Wollweber tatsächlich seine Mitarbeiter zu Kritik, auch an ihren Vorgesetzten, ermuntern? Die spärlichen Informationen, die aus den Jahren 1954/55 über das Disziplinierungsgebaren der Parteiorganisation überliefert sind, lassen eher letzteres vermuten. Zwar gibt es vereinzelte Anzeichen dafür, daß die Parteiorganisation Mitarbeiter auch wegen operativer Probleme vor der Parteiversammlung zur Rede stellte.[447] Bei solchen Aktionen hat es sich aber wohl in der Regel um eine gemeinsame Maßnahme von dienstlicher Leitung und Parteileitung gehandelt, wie sie im folgenden Fall zuverlässig überliefert ist: Ein Delegierter der Kreisdelegiertenkonferenz im Frühjahr 1954 berichtete, Parteileitung und dienstliche Leitung der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) hätten beschlossen, einen Sachbearbeiter, der „versöhnlerische" Vernehmungsberichte geschrieben habe, vor der Mitgliederversammlung zur Rede zu stellen. Dieser habe eine selbstkritische Stellungnahme abgegeben und sei heute ein „durchschnittlich guter Sachbearbeiter".[448]

Schwerer wiegen Hinweise auf ein eher schwaches Engagement der Parteiorganisation in Fragen der Disziplinierung. Dazu zählen wiederholte Aufforderungen der SED-Kreisleitung und der dienstlichen Leitung an die Grundorganisationen, ihre Erziehungsarbeit mittels der Anwendung von „Kritik und Selbstkritik" zu verstärken, Klagen auf Kreisdelegiertenkonferenzen und Parteiaktivtagungen über ideologische und moralische Defizite der Staatssicherheitsangehörigen sowie über eine schlechte Arbeitsdisziplin, begleitet von Kritik am „Versöhnlertum" vieler Genossen und dem anscheinend nicht eben seltenen „Kumpelverhältnis" zwischen Vorgesetzten und Untergebenen.[449] Insbesondere bei der Bekämpfung des leidigen Dauerproblems der moralischen und disziplinarischen Vergehen der Mit-

447 Vgl. etwa Büro der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 25.4.1955: „Bericht über die Auswertung der Berichtswahlversammlungen in den Grundorganisationen der Kreisleitung VII c/1"; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 4–21, hier 10; Referat in der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 15.7.1955, o. A., ohne Titel; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 631–650 und 548–551, hier 643; Referat in der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 6.12.1955, o. A., ohne Titel; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 590–606, hier 601.

448 Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im SfS Berlin am 6./7.3.1954, Redebeitrag des Genossen Bauer; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 137–141, hier 138.

449 Vgl. u. a. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 6.8.1954, Redebeitrag des Stellvertreters des Staatssekretärs Martin Weikert; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 254–258; Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.11.1954, Redebeitrag des Genossen Türpe; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl.235; Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 25.11.1954, Redebeitrag Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 53–62, hier 60f.; Referat auf der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 15.7.1955, o. A., ohne Titel; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 631–650 und 548–551, hier 648f.; Protokoll der SED-Kreisparteiaktivtagung im SfS am 18.11.1955, Redebeitrag Gustav Tschapek; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 524–533, insbesondere 532f.; Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der SED-Kreisdelegierten-konferenz im MfS Berlin am 10./11.3.1956; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1266–1344, hier 1315.

arbeiter, das ihr schon Zaisser als ureigenes Tätigkeitsgebiet zugewiesen hatte, war die Parteiorganisation offenbar nicht sonderlich erfolgreich, wie ein Bericht der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen über die katastrophalen Zustände in der Bezirksverwaltung Halle Anfang 1955 anschaulich illustriert: Alkoholgenuß im Dienst scheint dort eher die Regel als die Ausnahme gewesen zu sein. Mitarbeiter des SfS ließen sich in durchzechten Nächten auf zweifelhafte Frauenbekanntschaften ein, dekonspirierten sich, indem sie dabei ihre Papiere verloren oder in Gaststätten öffentlich mit ihren Dienstausweisen protzten, ja sogar andere Personen bedrohten. Es kam zu Diebstählen, die von Vorgesetzten nicht nur gedeckt, sondern in einem Fall sogar organisiert wurden. Bis hinauf zum Stellvertreter Operativ waren leitende Mitarbeiter in diese Vergehen verwickelt.[450] Die Schuld an diesen Zuständen wies die Abteilung Sicherheitsfragen der SED-Organisation in der Bezirksverwaltung zu: Sie habe die Parteierziehungsarbeit vernachlässigt und „Kritik und Selbstkritik" in den Grundorganisationen zuwenig entwickelt.[451] Den weitreichenden Zielsetzungen aus der Amtszeit Zaissers zum Trotz scheinen es die SED-Parteileitungen im Staatssicherheitsdienst nur in begrenztem Maße vermocht zu haben, die Genossen in den Grundorganisationen zur gegenseitigen Überwachung und zur Anzeige von Verfehlungen zu bewegen. Die Kollegialität der MfS-Angehörigen untereinander war wohl zumindest in dieser Zeit auch im parteitreuen Staatssicherheitsdienst letzten Endes stärker ausgeprägt als die Parteidisziplin; überdies fürchteten die Mitarbeiter einem Bericht der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen zufolge, durch eine Kritik an ihren Vorgesetzten persönliche Nachteile zu erleiden.[452]

Disziplinlosigkeiten von Staatssicherheitsangehörigen waren in den Augen der dienstlichen Leitung und der Parteileitung ein ernsthaftes Problem. Sie minderten generell Arbeitskraft und Arbeitsleistung der einzelnen Mitarbeiter und machten den Geheimapparat gegen Infiltrationen gegnerischer Dienste anfälliger.[453] Zudem schädigte das zügellose, im MfS-Jargon auch als „überheblich" bezeichnete Auftreten seiner Mitarbeiter in der Öffentlichkeit den ohnehin schlechten Ruf des Staatssicherheitsdienstes im eigenen Staat zusätzlich. Otto Grotewohl sprach dieses Problem nicht nur vor dem 25. ZK-Plenum Ende Oktober 1955 an, sondern der entsprechende Hinweis ging sogar in die im „Neuen Deutschland" veröffentlichte Fassung der Rede ein: „Die verantwortungsvolle Arbeit der Genossen in der Staats-

450 ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 17.1.1955: „Bericht über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung Halle des SfS"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 14–21.

451 Ebenda, Bl. 14 und 21.

452 ZK-Abt. für Sicherheitsfragen: „Bericht über den Stand der politisch-ideologischen und der politisch-organisatorischen Arbeit in den Parteiorganisationen des SfS", o. D. [Oktober 1955]; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 105–116a, hier die Rückseite von Bl. 111.

453 Vgl. auch Befehl 3/56 des Ministers vom 3.1.1956 betr. „Maßnahmen zur Verhinderung des Eindringens feindlicher Personen in das MfS", S. 1f.; BStU, ZA, DSt 100140.

sicherheit erfordert," so Grotewohl, „daß ständig gegen die Überheblichkeit, Selbstzufriedenheit und jede Art der Verletzung der Geheimhaltung in den eigenen Reihen ein entschlossener Kampf geführt wird."[454] Bereits einige Tage zuvor hatte Wollweber zwei entsprechende Dienstanweisungen erlassen, mit denen er die Vorgesetzten zur intensiven Bekämpfung von Disziplinlosigkeiten aufrief und sie aufforderte, dabei mit der Parteiorganisation zusammenzuarbeiten.[455] Zusätzliche Bedeutung erhielten diese Maßnahmen zur Kadererziehung angesichts der Tatsache, daß die Staatssicherheit in den Jahren 1956/57 im Gegensatz zu früher personell nicht mehr weiter verstärkt werden sollte.[456]

Vor diesem Hintergrund läßt sich die Direktive 1/56 tatsächlich als Versuch Wollwebers interpretieren, zur Kritik zu ermutigen und die SED im MfS zu aktivieren. Dafür spricht auch die Tatsache, daß ein wohl vom Minister gefertigter Entwurf der Direktive 1/56 in zwei Punkten radikaler ist als die später beschlossene Fassung: In ihm hielt der Staatssicherheitschef fest, daß Mitarbeiter in Parteiversammlungen danach gefragt werden dürften, wie sie ihre inoffiziellen Mitarbeiter politisch erzögen, zu wievielen von ihnen sie momentan keine Verbindung hätten, in welchen Zeitabständen sie sich mit ihnen träfen und ob sie die Konspiration dabei wahrten.[457] In der endgültigen Direktive ist diese Passage nicht mehr enthalten. Zudem war im Entwurf die Stoßrichtung gegen die Vorgesetzten ausgeprägter: Dort hieß es, daß „insbesondere leitende Genossen" für ihren Arbeitsstil kritisiert werden dürften.[458] In der endgültigen Fassung wurde diese Formulierung durch den Passus „Genossen, gleichgültig in welcher Stellung" ersetzt. Dies alles zeigt, daß die Parteiorganisation mit der Direktive 1/56 intensiver in die Kadererziehung eingebunden werden und so dazu beitragen sollte, den Ruf der Staatsssicherheit in der Bevölkerung zu verbessern sowie Effizienz und Schlagkraft des Repressionsapparates zu steigern. Die Ambivalenz der Anweisung ergibt sich aus diesem Ziel nahezu zwangsläufig: Wollweber mußte sich ebenso wie sein Vorgänger Zaisser vorbehalten, die Parteiorganisation überall da zu zügeln, wo ihre Disziplinierungs-

454 Otto Grotewohl: Die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates zur Erfüllung der Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben. Referat auf dem 25. Plenum des ZK vom 24.–27.10.1955, in: Neues Deutschland vom 3.11.1955, S. 3–5, hier 3.

455 Direktive 40/55 des Staatssekretärs vom 19.10.1955 „über die Mängel in der Erziehungsarbeit leitender Offiziere mit den ihnen unterstellten Mitarbeitern"; BStU, ZA, DSt 101140; Direktive 41/55 des Staatssekretärs vom 19.10.1955 „über die Festigung der Disziplin der Mitarbeiter der Organe für Staatssicherheit und die Erhöhung der persönlichen Verantwortlichkeit eines jeden Mitarbeiters bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben"; ebenda. Zur Parteiorganisation siehe jeweils S. 10.

456 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche, S. 41.

457 Entwurf der Direktive [1]/56 des Ministers vom 14.1.1956 „über die Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit"; BStU, ZA, SdM 1201, Bl. 150–154, hier 151f.

458 Ebenda, Bl. 151.

kompetenz der Effizenz des Staatssicherheitsdienstes nicht zugute kam, sondern sie bedrohte.

Im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU im Februar 1956, auf dem Chruschtschow die Ermordung führender Parteifunktionäre durch Stalin und die sowjetische Staatssicherheit gegeißelt hatte,[459] gaben Ulbricht und Wollweber der Direktive 1/56 in der Außendarstellung einen besonderen Akzent: Unmittelbar nachdem westliche Medien erste Auszüge aus der Geheimrede Chruschtschows abgedruckt hatten und damit ihre Verbreitung in der Öffentlichkeit begonnen hatte, behauptete Ulbricht auf der Delegiertenkonferenz der territorialen Bezirksparteiorganisation Berlin, daß es im Gegensatz zur UdSSR in der DDR Gesetzesverletzungen der Sicherheitsorgane nicht geben würde, weil die Kontrolle der Staatssicherheit durch die Partei hier funktioniere. Als Beweis dafür führte er unter anderem in verschlüsselter Form die Direktive 1/56 an, mit der die Parteiführung dafür gesorgt habe, „daß die Bestimmungen der Partei über die innerparteiliche Demokratie, über die Kritik und Selbstkritik auch in der Parteiorganisation in der Staatssicherheit eingehalten werden müssen".[460] Wenige Tage später blies Wollweber im Zentralkomitee in dasselbe Horn: In der DDR, so behauptete er fälschlicherweise, gebe es weder willkürliche Verhaftungen noch physischen Druck bei Untersuchungsmaßnahmen. Die Direktive 1/56 charakterisierte er als „zusätzliche Sicherung gegen irgendwelche Willkürmaßnahmen".[461]

Beide stilisierten damit die Parteiorganisation im Staatssicherheitsdienst zum Wächter über die Gesetzlichkeit von Verfolgungsmaßnahmen der Staatssicherheit hoch, und zwar auch gegenüber der MfS-Leitung. Eine solche Funktion konnte aber die SED im MfS gar nicht erfüllen. Erstens blieb ihr auch nach dem XX. Parteitag gemäß Direktive 1/56 die Erörterung einzelner operativer Vorgänge untersagt;[462] außerdem war sie, wie gerade diese Weisung zeigt, dem Chef der Staatssicherheit faktisch untergeordnet. Zweitens enthielten die Aussagen Ulbrichts und Wollwebers zwar insofern einen wahren Kern, als die Direktive 1/56 unter anderem darauf zielte, individuelle Übergriffe einzelner Mitarbeiter gegenüber der Bevölkerung zu ahnden. Systembedingte, von Parteiführung und MfS-Leitung befohlene Unrechtsmaßnahmen aber hatte die SED im MfS gemäß

459 Vgl. Nikita S. Chruschtschow: Über den Personenkult und seine Folgen. Rede in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU am 25.2.1956, in: Gabert/Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus, S. 8–68.

460 Antworten auf Fragen auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED. Aus der Diskussionsrede Walter Ulbrichts am 17.3.1956, in: Neues Deutschland vom 18.3.1956, zitiert nach: Gabert/Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus, S. 116–130, hier 128f.

461 Protokoll des 26. ZK-Plenums am 22.3.1956, Redebeitrag Ernst Wollweber; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/156, Bl. 59–61, Zitat S. 61.

462 Vgl. auch Walter Ulbricht: Rede auf der SED-Kreisparteiaktivtagung im MfS Berlin am 11.5.1956; BStU, ZA, SdM 2366, Bl. 20–36, hier 34.

ihrer Aufgabe, die Ziele der SED-Führung im MfS durchzusetzen, zu unterstützen und nicht zu konterkarieren. Drittens muß die teilweise Personalunion von Parteileitung und dienstlicher Leitung im MfS in Rechnung gestellt werden: Gerade diejenigen sollten die Rechtmäßigkeit von MfS-Maßnahmen mit kontrollieren, die sie veranlaßt oder durchgeführt hatten.

Dennoch ist nicht ausgeschlossen, daß der XX. Parteitag der Direktive innerhalb der verunsicherten Mitarbeiterschaft des MfS eine besondere Dynamik verlieh, weil, wie ein Mitarbeiter der Hauptabteilung IX bereits im März 1956 erklärte, man zu der Ansicht kommen könne, daß es „teilweise eine Frage des Personenkult[es]" sein könne,[463] wenn sich die Mitarbeiter davor fürchteten, ihre Vorgesetzten zu kritisieren. Wenngleich die Direktive teilweise nur schleppend behandelt und umgesetzt wurde,[464] und die Tatsache berücksichtigt werden muß, daß sich auch weiterhin Mitarbeiter aus Angst vor Konsequenzen mit Kritik zurückhielten, so dürfte die Neigung, Vorgesetzte zu kritisieren, 1956 insgesamt zugenommen haben. Darauf deutet jedenfalls die Tatsache hin, daß die Parteileitung der Verwaltung Groß-Berlin des MfS bereits am 21. April 1956 „einige Anzeichen von Kritikasterei" infolge des XX. Parteitages verzeichnete.[465] Für das MfS Berlin zog der Erste Sekretär der Kreisleitung, Alfred Schönherr, am 30. Oktober 1956 eine entsprechende Bilanz: Er konstatierte, daß sich „Kritik und Selbstkritik" in allen Grundorganisationen entwickelt habe, daß jetzt die Parteigliederungen sogar aufpassen müßten, daß sie nicht in das entgegengesetzte Extrem verfielen, und „in der Kritik, um der Kritik willen, die Autorität der Leitung – ganz gleich in welcher Stellung" schädigten. Außerdem seien nun Unsicherheiten in der Kritik „von oben nach unten" zu beobachten.[466] Mit der Wende der Politik Ulbrichts zur erneuten inneren Repression verlor die Direktive 1/56 allmählich an Bedeutung. Zwar war sie grundsätzlich auch im Rahmen der neuen Parteilinie verwendbar, weil der Staatssicherheitschef in der Direktive lediglich die

463 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 10./11.3.1956, Redebeitrag des Genossen Bauer (HA IX, Untersuchungsorgan); BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1193–1199, hier 1199.

464 Vgl. z. B. Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 10./11.3.1956, Redebeitrag Fritz Renckwitz (ZK-Abt. Sicherheitsfragen); BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1105–1113, hier 1110; Ernst Wollweber: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 11.5.1956; BStU, ZA, ZAIG 4844, Bl. 3–6, hier 4 und 6; Abt. für Sicherheitsfragen der Gebietsparteileitung Wismut vom 6.9.1956: „Quartalsbericht über Parteiarbeit im MfS [Objektverwaltung Wismut]"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/102, Bl. 306–313, hier 310.

465 Zentrale SED-Parteileitung (ZPL) in der MfS-Verwaltung Großberlin an die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 21.4.1956: „Bericht über die bisherige Auswertung des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/102, Bl. 260–264, hier 263.

466 Alfred Schönherr: „Bericht über [den] Stand der Parteiarbeit" auf der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 30.10.1956; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 446–473, hier 468–470, Zitat Bl. 469. Vgl. auch seine Äußerung in der Kollegiumssitzung am 15.3.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 82–101, hier 93.

Grenzen der Parteikritik festgelegt, nicht aber bestimmte politische Inhalte vorgegeben hatte.[467] Tatsächlich blieb sie gültig, wahrscheinlich sogar bis zur Auflösung des MfS 1989/90. Doch nach dem Frühjahr 1957 tragen Erwähnungen der Direktive eher formelhaften Charakter.[468]

Die Frage nach den Inhalten der Kritik an den Vorgesetzten läßt sich nur mit großer Vorsicht beantworten. In einigen Fällen ging es um die Arbeitsorganisation leitender Mitarbeiter. So kritisierte eine SED-Grundorganisation das Kollegium, weil es Vorlagen unter anderem für eine Anzugs-, Innendienst- und Alarmordnung des MfS zu schleppend behandle.[469] Außerdem gibt es Hinweise darauf, daß Parteimitglieder oder ihre Leitungen das Verhalten der Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen, sei es im dienstlichen oder im Parteibereich, thematisiert haben.[470] Schon in vor 1956 hatten sich Referats- und Abteilungsleiter mitunter in ihren Parteigruppen oder Grundorganisationen Diskussionen über ihre Personalführung stellen müssen.[471] Auch hatten sich manchmal Mitarbeiter bei den Parteileitungen oder ihren Instrukteuren über ihre Referats-, Abteilungs- oder Hauptabteilungsleiter beschwert.[472] Denkbar ist, daß die Direktive 1/56 die Tendenz gefördert hat, Konflikte mit Vorgesetzten vor das Forum der Partei zu tragen. Doch wie die bereits zitierten Bemerkungen Schönherrs andeuten, lag es nicht im Interesse der Parteileitung, die Autorität der Vorgesetzten durch unkontrollierte Anschuldigungen zu schädigen.

Wie die SED im MfS im Jahr 1957 bei der Behandlung von Beschwerden über Vorgesetzte vorging, zeigt folgendes wohl repräsentatives Beispiel: Als sich im Herbst 1957 zwei Mitarbeiterinnen der Abteilung Finanzen über die Art und Weise der Vergabe von Auszeichnungen durch den Abteilungsleiter Richard Brode sowie über sein Verhalten gegenüber den Mitarbeitern beklagten, leitete die Kreisparteikontrollkommission eine

467 Das zeigt die Tatsache, daß Wollweber die Direktive noch im April 1957 als Mittel zur Behebung der von Ulbricht monierten Defizite pries; vgl. Ernst Wollweber: Referat in der Dienstkonferenz im MfS am 26.4.1957; BStU, ZA, ZAIG 5604, Bl. 153–214, hier 208–211.

468 Vgl. z. B. Entschließung der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin vom 1.8.1957; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 777–780, hier 779.

469 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 14.8.1956, Redebeitrag Siegfried König; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 542, vgl. auch die selbstkritische Antwort Mielkes; ebenda, Bl. 544–546, hier 545; siehe auch Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 1.8.1957, Redebeitrag des Genossen Pörschel sowie die Entgegnung Mielkes; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 739–742, hier 740 und KL-SED 631, Bl. 244–253, hier 248.

470 Vgl. z. B. Abt. für Sicherheitsfragen der Gebietsparteileitung Wismut vom 6.9.1956: „Quartalsbericht über die Parteiarbeit im MfS [Objektverwaltung Wismut]"; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/102, Bl. 306–313, hier 310; SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 29.3.1957: „[Berichterstat]tung der Berichtswahlversammlungen 1957"; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 31–53, hier 42.

471 Vgl. etwa Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954, Redebeitrag des Genossen Gerlach; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 52–56, hier 55.

472 Vgl. Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.11.1954, Redebeitrag Otto Last; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 229f., hier 230.

Untersuchung ein, deren Ergebnisse zunächst im Büro der Kreisleitung besprochen wurden.[473] Vom Vorwurf der „Cliquenwirtschaft“ sprach das Büro Brode frei, drückte aber sein Mißfallen über den Umgang des Abteilungsleiters mit seinen Mitarbeitern aus und beauftragte den Ersten Sekretär der Kreisleitung, Gerhard Heidenreich, und den Vorsitzenden der KPKK, Gustav Tschapek, ihn deshalb in einem Gespräch zur Rede zu stellen. Außerdem beschloß es, den Bericht der KPKK in einer Parteileitungssitzung der Abteilung behandeln zu lassen. In einer Mitgliederversammlung, so Tschapek, sollten die Mitarbeiter der Abteilung Finanzen schließlich dazu aufgerufen werden, „Unstimmigkeiten“ in der Abteilung in der Parteiversammlung zur Sprache zu bringen, gleichzeitig aber davor gewarnt werden, unzutreffende Gerüchte in die Welt zu setzen.[474]

Der Vorfall zeigt einerseits, daß die Kreisleitung die Kritik von Mitarbeitern an ihren Vorgesetzten durchaus ernst nahm und sich im Einzelfall auch auf ihre Seite schlagen konnte. Andererseits ist das Vorgehen des Büros ein Hinweis darauf, daß die Parteileitungen trotz der Direktive 1/56 die Kritik von Untergebenen an den Dienstvorgesetzten in den meisten Fällen unter Ausschluß der Abteilungsöffentlichkeit besprochen haben dürften, um die Autorität der Vorgesetzten zu wahren. Dem im Protokoll der Bürositzung formulierten Ziel zufolge sollte die abschließende Mitgliederversammlung weniger das kritikwürdige Verhalten Brodes herausstellen als vielmehr die Mitschuld der Untergebenen an der schlechten Atmosphäre in der Abteilung betonen. Überdies ist anzunehmen, daß derartige Zurechtweisungen von Vorgesetzten nicht ohne Billigung der MfS-Leitung erfolgten, konnte diese doch über die Mitgliedschaft des Stellvertreters des Ministers im Büro der Kreisleitung ihren Standpunkt jederzeit vertreten. Vergleicht man die Art und Weise, wie die SED-Parteileitung diesen Vorfall handhabte, mit dem Konflikt zwischen dem früheren Parteisekretär Walter und dem Minister Zaisser 1953 um die Maßregelung des Leiters der Hauptabteilung PS, Gold, so ist festzuhalten, daß die Auseinandersetzung der Parteileitung mit Brode so verlief, wie Zaisser sich das im Fall Gold vorgestellt haben mag. Der Vorfall deutet darauf hin, daß der SED im MfS in Auseinandersetzungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen allmählich gewisse Schiedsrichterkompetenzen zugewachsen waren. Insgesamt zeigt er, daß die Disziplinierungskompetenzen der Parteiorganisation trotz aller Einschränkungen keineswegs bedeutungslos waren, solange sie den Interessen der MfS-Führung an einer effizienten Arbeit entsprachen oder ihr wenigstens nicht zuwiderliefen.

473 Vgl. Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 25.11.1957; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 177–189, hier 178f. sowie 182f.
474 Ebenda, Bl. 182.

Parteistrafen

Abschließend sei ein Blick auf diejenigen Disziplinierungen im MfS Berlin geworfen, in denen es nicht bei einer Aussprache vor der Parteileitung oder Parteiversammlung blieb, sondern regelrechte Parteiverfahren durchgeführt wurden. Die für die Zeit ab 1956 überlieferten Berichte der Kreisparteikontrollkommission enthalten keine Kategorisierungen von Verfehlungen.[475] Deutlich wird aber, daß ein Großteil der Parteistrafen auf alkoholische Exzesse, teilweise in Verbindung mit Prügeleien und Randalieren in der Öffentlichkeit sowie auf die „sozialistische" Moral betreffende Vergehen wie etwa außereheliche Intimkontakte zurückging.[476] Einzelne Beispiele belegen daneben geforderte oder verhängte Parteistrafen beim Verlust von operativem Material[477], bei Verlust oder Unterschlagung von sogenannten „Operativgeldern", also Spesen und Zuwendungen für inoffizielle Mitarbeiter,[478] bei unerlaubter Entfernung aus einem Dienstobjekt des MfS[479] sowie bei Diebstahl.[480] Wenngleich diese Verfehlungen im Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit begangen wurden, betrafen sie nicht direkt die Qualität der „fachlichen" Arbeit, sondern waren krimineller oder rein dienstrechtlicher Natur.

Auffällig ist, daß ideologische Abweichungen in den Berichten nicht erwähnt werden. Dabei faßte das 30. Plenum am 1. Februar 1957 im Zusammenhang mit der Ulbrichtschen Offensive gegen den „Revisionismus" auch einen Beschluß zu den Parteikontrollkommissionen, in welchem unter anderem deren Verantwortung für die Bekämpfung „feindlicher Auffassungen" und fraktioneller Tätigkeit in der Partei betont wird.[481] Wie bereits erwähnt, diagnostizierte die Sicherheitskommission unter der Federführung Ulbrichts im Zusammenhang mit seiner Auseinandersetzung mit Wollweber „gewisse Schwankungen und Aufweichungs-tendenzen" auch im Kaderbestand der Staatssicherheit und forderte die Parteiorganisation der SED im MfS auf, diese zu bekämpfen.[482] Soweit erkennbar, hatte dies

475 Innerhalb des Untersuchungszeitraums ist lediglich für 1958 der vom ZK ausgegebene Standardbogen zur Erfassung von Parteistrafen mit überliefert, dessen Kategorien jedoch nicht sehr aussagekräftig sind; vgl. „Statistik über beschlossene Parteistrafen im Kreis VII c/1 vom 1.1.–31.12.1958"; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 616.

476 [KPKK der SED im MfS Berlin]: „Analyse über die im IV. Quartal durchgeführten Parteiverfahren", o. D. [Ende 1956]; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 699–704, hier 700f.; KPKK der SED im MfS Berlin: „betr. Bürositzung am 20.1.1958" [Bericht über Parteiverfahren im Jahr 1957]; ebenda, Bl. 665–674, hier 665.

477 [KPKK der SED im MfS Berlin]: „Analyse über die im IV. Quartal durchgeführten Parteiverfahren", o. D. [Ende 1956]; ebenda, Bl. 702.

478 KPKK der SED im MfS Berlin: „betr. Bürositzung am 20.1.1958" [Bericht über Parteiverfahren im Jahr 1957]; ebenda, Bl. 668.

479 Ebenda, Bl. 667.

480 Ebenda, Bl. 668.

481 Aufgaben der Parteikontrollkommissionen. Beschluß des Zentralkomitees vom 1.2.1957, in: Dokumente der SED, Bd. VI, 1958, S. 199.

482 Beschluß der Sicherheitskommission vom 8.4.1957; BA-MA, DVW 1/39557, Bl. 5f.

jedoch auf die Parteiverfahren im MfS keine Auswirkungen. Zwar faßte das Sekretariat der Kreisleitung in der Folge des erwähnten Beschlusses des 30. Plenums ebenfalls einen Beschluß, der vorsah, daß Verfehlungen der Mitglieder, gleich welcher Art, sofort nach Bekanntwerden an den Vorsitzenden der KPKK zu melden seien, und auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Disziplinarabteilung des MfS hinwies.[483] An der Anzahl der Parteiverfahren und der Höhe der darin verhängten Strafen änderte sich in der Folgezeit jedoch kaum etwas. So mußten sich in den Jahren 1956 119, 1957 102 und 1958 106 SED-Mitglieder im MfS Berlin einem Parteiverfahren unterziehen,[484] das entspricht für 1956 3,1 Prozent des dortigen Mitarbeiterbestandes, für 1957 2,8 Prozent und für 1958 2,6 Prozent. Wenn hier angesichts der marginalen Unterschiede überhaupt eine Tendenz zu erkennen ist, so eine leicht fallende. Eine Verschärfung der Disziplinierung über eine Erhöhung der Strafmaße ist ebenfalls nicht auszumachen (vgl. Tabelle 2).

Generell gilt zumindest für die hier analysierten Jahre 1956 bis 1958, daß nur ein Drittel bis halb so viele Parteiverfahren wie Disziplinarverfahren durchgeführt wurden. 1956 und 1957 standen den jeweils 272 disziplinarische Bestrafungen im MfS Berlin lediglich 119 bzw. 102 Parteistrafen gegenüber, 1958 wurden 224 Mitarbeiter disziplinarisch und nur 106 auf dem Parteiwege zur Verantwortung gezogen.[485] Deshalb monierte die KPKK immer wieder, daß die Grundorganisationen sich zuwenig mit disziplinarisch bestraften Genossen auseinandersetzten, und forderte, im Anschluß an jede disziplinarische Strafe zu prüfen, ob ein Parteiverfahren eingeleitet werden solle.[486] Das legt die Vermutung nahe, daß dienstliche Vergehen

483 SED-Kreisleitung im MfS Berlin: „Beschluß über die Aufgaben der Kreisparteikontrollkommission im MfS Berlin“ vom 1.3.1957; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1004f.

484 Alle Zahlen ohne Berücksichtigung des Wachregiments und der HV A sowie ihrer Parteiorganisation. KPKK der SED im MfS Berlin: „betr. Bürositzung am 20.1.1958“ [Bericht über Parteiverfahren im Jahr 1957]; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 669. KPKK der SED im MfS Berlin an die ZPKK vom 19.1.1959 betr. „Statistik über Parteiverfahren für das Jahr 1958“; ebenda, Bl. 613f.; KPKK der SED im MfS Berlin vom 10.1.1958: „Aufgliederung der Parteiverfahren [1957] auf die Hauptabteilungen und Abteilungen“; ebenda, Bl. 678; KPKK der SED im MfS Berlin vom 18.1.1959: „Aufgliederung der durchgeführten Parteiverfahren im Jahre 1958 auf die Hauptabteilungen und Abteilungen“; ebenda, Bl. 651. Zu den Mitarbeiterzahlen des MfS Berlin (ohne HV A und Wachregiment Berlin 1956: 3 803, 1957: 3 689, 1958: 4 152) siehe Mitarbeiterstatistik der Diensteinheiten des MfS Berlin 1954–1989, in: Gieseke: Hauptamtliche, Faltblatt im Umschlag.

485 Die Anzahl der der disziplinarischen Bestrafungen siehe bei: KPKK der SED im MfS Berlin: „betr. Bürositzung am 20.1.1958“ [Bericht über Parteiverfahren im Jahr 1957]; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 669; [KPKK der SED im MfS Berlin]: „Bericht vor dem Büro der Kreisleitung VIIc/1 am 27.4.1959 über den Stand der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit, über die Aufgaben der Parteiorganisation als Ganzes und die Aufgaben der Parteikontrolle [...]“; ebenda, Bl. 617–634, hier 617.

486 Vgl. Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 10./11.3.1956; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1266–1344, hier 1314; [KPKK der SED im MfS Berlin]: „Analyse über die im IV. Quartal

betreffende Parteiverfahren im MfS häufig erst in der Folge von Disziplinarverfahren stattfanden, ein weiteres Zeichen dafür, daß die Disziplinierungskompetenz der Partei der dienstlichen nachgeordnet war.

Tabelle 2: Parteiverfahren im MfS Berlin 1956 bis 1958 (ohne Wachregiment und HV A)[487]

Strafmaß	Parteiverfahren		
	1956	1957	1958
ohne Strafe	23	21	16
als Kandidat nicht aufgenommen	–	1	–
Mißbilligung	–	–	3
Verwarnung	26	15	21
Verlängerung der Kandidatenzeit	5	7	11
Rüge	21	32	30
strenge Rüge	17	14	6
Rückversetzung in den Kandidatenstand	15	5	4
Streichung	6	3	9
Ausschluß	6	4	6
Parteiverfahren insgesamt	119	102	106

6.2. Beteiligung an Kaderentscheidungen

Der Begriff „Kader“ wurde in der DDR in doppelter Bedeutung gebraucht: Im Rahmen der kommunistischen Herrschaftspraxis besaß er eine ideologische Prägung und verwies auf die „Inhaber herrschaftstechnisch relevanter Positionen und Funktionen“.[488] Zurückgehend auf eine Kaderdefinition von Georgi Dimitroff aus dem Jahre 1935 wurden von ihnen in den fünfziger Jahren vor allem bestimmte charakterliche Eigenschaften wie „Disziplin“, „bolschewistische Stählung“ und Verantwortungsbewußtsein verlangt,

durchgeführten Parteiverfahren“, o. D. [Ende 1956]; BStU, ZA, KL-SED 504, Bl. 701 und 703; KPKK der SED im MfS Berlin: „betr. Bürositzung am 20.1.1958“ [Bericht über Parteiverfahren im Jahr 1957]; ebenda, Bl. 669.

487 KPKK der SED im MfS Berlin am 10.1.1958: „Aufstellung der Parteiverfahren im Jahr 1957 gegenüber 1956“; ebenda, Bl. 677; KPKK der SED im MfS Berlin an die ZPKK vom 19.1.1959 betr. „Statistik über Parteiverfahren für das Jahr 1958“; ebenda, Bl. 613f.; SED-Kreisleitung vom 16.1.1959: „Aufstellung über durchgeführte Parteiverfahren im Wachregiment Berlin, II. Halbjahr 1958“; ebenda, Bl. 649f.

488 Glaeßner: Herrschaft durch Kader, S. 18; zum Kaderbegriff vgl. auch Schwarzenbach: Kaderpolitik, S. 45–47 sowie Hartmut Zimmermann: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 322–356, hier 324.

außerdem eine politische Einstellung, die unter anderem durch „vollkommene Hingabe an die Sache der Arbeiterklasse“ und „Parteitreue“ gekennzeichnet war. Schließlich sollte der Kader „engste Fühlung mit den Massen“ besitzen und die Fähigkeit haben, sich in jeder neuen Situation selbständig zu orientieren.[489] Im Arbeitsalltag ersetzte der Begriff „Kader“ bald das früher übliche Wort Personal, indem der gesamte Mitarbeiterbestand einer Institution oder eines Betriebes als Kaderbestand, die Personalabteilungen von Betrieben als Kaderabteilungen bezeichnet wurden. MfS-Angehörige waren Kader sowohl im ersten wie auch im zweiten Sinne.[490] Entsprechend der zentralen Stellung des MfS in der Herrschaftssicherung des SED-Staates wurden seine Angehörigen nach besonderen, vorwiegend politischen Kriterien ausgewählt, zu denen beispielsweise die Zugehörigkeit zur SED oder, bei jungen Einstellungskandidaten, zur FDJ gehörte. Darüber hinaus sollten zum Dienst im MfS insbesondere Genossen herangezogen werden, die gegen den Faschismus gekämpft oder sich als Emigranten oder auch als Kriegsgefangene in der Sowjetunion „bewährt“ hatten, sich aktiv am „demokratischen Aufbau“ nach 1945 beteiligt und sich am 17. Juni 1953 treu für die SED eingesetzt hatten.[491]

Der Begriff „Kaderpolitik“ bezeichnet die langfristige Planung bei der Besetzung der herrschaftsrelevanten Positionen in Partei, Staatsapparat und Massenorganisationen durch die SED.[492] Mit Hilfe der „Kadernomenklatur“ sicherte sich die SED-Führung das letzte Entscheidungsrecht bei der Besetzung der wichtigsten dieser Positionen.[493] Die Kaderpolitik stellte eines der Herrschaftsinstrumente dar, mit dem die SED-Spitze die Verwirklichung ihrer Beschlüsse außerhalb der Partei gewährleistete. Ihre wichtigsten Elemente waren die Auswahl derjenigen Personen, die später verantwortliche Funktionen bekleiden sollten, ihre Erziehung und theoretische Schulung, in den Quellen häufig als „Kaderentwicklung“ bezeichnet, sowie schließlich ihr „planmäßiger“ Einsatz in den unterschiedlichen Bereichen.[494] In den fünfziger Jahren wurde der Begriff „Kaderpolitik“ weitgehend synonym mit „Kaderarbeit“ verwendet. Erst 1964 unterschieden die beiden DDR-Wissenschaftler Richard Herber und Herbert Jung zwischen der „Kaderpolitik“, die grundsätzliche Konzeptionen liefere, und der

489 Georgi Dimitroff: Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. 13. August 1935, in: ders.: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin (Ost) 1958, S. 626–668, hier 656f.; vgl. auch Glaeßner: Herrschaft durch Kader, S. 76–78.

490 Gieseke: Hauptamtliche, S. 4.

491 Dienstanweisung 43/53 des Staatssekretärs für Staatssicherheit vom 6.11.1953: „Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit“, S. 5f.; BStU, ZA, DSt 100885, ohne Blattzählung; vgl. auch Gieseke: Hauptamtliche, S. 11f.

492 Glaeßner: Herrschaft durch Kader, S. 18.

493 Vgl. Zimmermann: Überlegungen, S. 327–330.

494 Schultz: Funktionär in der Einheitspartei, S. 5; Glaeßner: Herrschaft durch Kader, S. 18.

„Kaderarbeit“, die diese praktisch umsetze.[495] Dieser Begriffsbildung folgend wird hier die Tätigkeit der SED-Organisation im MfS Berlin als „Kaderarbeit“ bezeichnet, denn diese hatte lediglich die Vorgaben der Parteiführung in ihrem eigenen Bereich umzusetzen. Die folgende Analyse soll klären, inwieweit die SED im MfS beanspruchte, an Kaderentscheidungen im MfS beteiligt zu sein und inwieweit sie ihren Anspruch durchsetzen konnte.

Schon in der Amtszeit Zaissers scheint die SED im MfS gefordert zu haben, über ihre Parteisekretäre in die Kaderarbeit für dienstliche Funktionen eingebunden zu werden. In der Praxis war dies allerdings nicht so einfach durchzusetzen, wie die Beschwerde eines Parteifunktionärs im Juni 1952 bezeugt. Demnach versuchten sich die dienstlichen Leiter vor diesbezüglichen Besprechungen zu drücken oder brachen sie manchmal auch unter dem Hinweis auf Zeitmangel ab.[496] Daß die sich hier abzeichnenden Vorbehalte der Vorgesetzten nicht völlig grundlos gewesen sein mögen, weil die Genossen Parteisekretäre mitunter über die Grenzen ihrer Kompetenz hinausschossen, erhellt eine Bemerkung Isolde Sobecks, der Ersten Sekretärin der SED-Kreisleitung: Keinesfalls, so mahnte sie 1953, dürften die Parteileitungen der Grundorganisationen ihre Mitglieder darüber befragen, ob sie ihren Referatsleiter für unfähig hielten und ihn gern abgelöst sähen.[497] Größere Bedeutung als diese Probleme hat jedoch die Tatsache, daß den drei „Attestierungskommissionen“, die im Frühjahr 1953 den Angehörigen des MfS militärische Dienstgrade verliehen, jeweils ein Vertreter der Parteiorganisation angehörte[498] – ein erster Hinweis darauf, daß die Kaderarbeit im Begriff war, zu einem Kompetenzschwerpunkt der SED im MfS zu werden.

Diesen Willen dokumentierte die Parteiorganisation auch nach der Absetzung Zaissers, als sie im Anschluß an die Kritik Ulbrichts auf dem 15. Plenum[499] erhebliche Mängel in der Kaderarbeit der Staatssicherheit konstatierte. Die „fachliche“ Schulung habe zu spät eingesetzt, die Fluktuation der Mitarbeiter sei zu hoch gewesen, und Perspektivpläne für die weitere Qualifizierung und die berufliche Entwicklung der Kader habe es nicht

495 Richard Herber und Herbert Jung: Wissenschaftliche Leitung und Entwicklung der Kader, Berlin (Ost) 1964, S. 13; vgl. auch Schwarzenbach: Kaderpolitik, S. 47 sowie Förtsch/Mann: SED, S. 77.

496 Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MfS Berlin, 14./15.6.1952, Redebeitrag des Genossen Winkler; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 484–487, hier 487.

497 Ob diese Passage auf der Parteiaktivtagung so geäußert wurde, ist ungewiß, da sie im Manuskript durchgestrichen ist. Isolde Sobeck: Manuskript des Referates auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 19.

498 Dies waren der Erste Sekretär der Bezirksleitung, Otto Walter, und der Zweite Sekretär der Kreisleitung, Joachim Hauck. Befehl 97/53 des Ministers vom 4.3.1953 [über die Verleihung militärischer Dienstgrade an die MfS-Mitarbeiter]; BStU, ZA, HA KuSch 1358, Bl. 104, 109 und 143.

499 Ulbricht: Referat auf dem 15. ZK-Plenum vom 24.–26.7.1953; SAPMO-BA, DY 30; IV 2/1/119, Bl. 102.

gegeben. An der Verbesserung der Lage wollte die Parteiorganisation aktiv mitwirken: Die SED-Parteileitung im SfS sowie die dienstliche Leitung sollten gemeinsam dafür sorgen, daß für jeden Mitarbeiter Perspektivpläne für die Zeit bis zum Jahr 1960 aufgestellt würden. Die Leitungen der Grundorganisationen sollten den dienstlichen Vorgesetzten bei der Erstellung genauer Studienpläne für die einzelnen Mitarbeiter behilflich sein, nach denen diese sich „fachliches" Wissen anzueignen hatten.[500] Der neue Chef der Staatssicherheit Wollweber förderte das Engagement der SED-Organisation. Eine Besprechung zwischen ihm und der Parteileitung Ende 1953 ergab, daß diese sich unter anderem um die „Kaderpolitik" im SfS kümmern solle. Außerdem wurde konkret die „Lösung des Kaderproblems in der Untersuchungsabteilung" angesprochen.[501]

Intensive Bemühungen der Kreisparteiorganisation um die Kaderarbeit lassen sich seit Frühjahr 1954 erkennen. Grundsätzlich stellten sich ihr zwei Probleme: Erstens mußte sie erreichen, von den für die Kaderarbeit zuständigen dienstlichen Instanzen als Partner anerkannt und einbezogen zu werden. Zu diesem Zweck suchte die Kreisleitung ihre Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Kader und Schulung (HA KuSch) zu verstärken, gleichzeitig aber auch die Kooperation zwischen dienstlichen Vorgesetzten und Parteisekretären auf der Ebene der Grundorganisationen zu verbessern. Der Ausbau der Zusammenarbeit mit den dienstlichen Instanzen diente auch dem zweiten Ziel: sich einen Überblick über die vorhandenen Kader, ihre Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen, sowohl im Hinblick auf dienstliche als auch auf Parteifunktionen.

Das Büro der Kreisleitung beanspruchte, die Hauptabteilung Kader und Schulung „bei der Durchführung ihrer Aufgaben anzuleiten".[502] Tatsächlich kam es ab Frühjahr 1954 zu einer deutlichen Intensivierung der Kontakte, nachdem die Kreisleitung über einen ihrer Instrukteure erste Gespräche mit der Leitung der HA KuSch initiiert hatte.[503] Auch gemeinsames Vorgehen von Kaderabteilung und Kreisleitung ist nachgewiesen, zum Beispiel bei Aussprachen mit Mitarbeitern der operativen Hauptabteilungen.[504]

500 „Entschließung der Bezirksleitung VII c" [im SfS] vom 6.8.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 171.

501 Vgl. „Kurze Niederschrift über die Besprechung des Gen. Staatssekretär und der Gen. Stellvertreter mit dem Sekretariat der Betriebsparteileitung" am 3.11.1953; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 201f.

502 Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung der Betriebsparteiorganisation [= SED-Kreisleitung] auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 6./7.3.1954; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 206; vgl. auch Steudner: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.5.1954; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 132f., sowie den Redebeitrag des kommissarischen Leiters der HA KuSch, Erich Wichert; ebenda, Bl. 170–174.

503 Vgl. ebenda, Bl. 171; Hermann Steudner: „Bericht über die Arbeit des Büros der Kreisleitung im III. Quartal 1954", auf der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 21.9.1954; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 207 und 213–220, hier 214f.

504 Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der Kreisdelegiertenkonferenz im SfS

Ein Beschluß des Büros der Kreisleitung vom Herbst 1954, den Leiter der HA KuSch, Erich Wichert, in die Kreisparteikontrollkommission zu berufen[505], um das Parteistrafenwesen und das dienstliche Disziplinarwesen enger miteinander zu verkoppeln, scheint allerdings nicht umgesetzt worden zu sein.[506] Trotz aller Bemühungen blieb die Zusammenarbeit insgesamt hinter den Erwartungen der Kreisleitung zurück, wie deren Erster Sekretär im Mai 1955 bekannte: Die Anleitung der Kaderabteilung durch das Büro der Kreisleitung, so Steudner, sei „noch sporadisch und nicht systematisch genug".[507] Offenbar hat sich das Engagement der Kreisleitung erst 1957 weiter intensiviert, was sicherlich einerseits auf den Personalwechsel in der Parteileitung von Schönherr zu Heidenreich und den damit verbundenen neuen Schwung in der Parteiarbeit zurückzuführen ist, andererseits aber auch mit der neuerlichen Wende der SED-Politik nach dem Tauwetter 1956 und ihren Auswirkungen auf das MfS zusammenhängen dürfte. Im Oktober 1957 lud das Büro der Kreisleitung die Leitung der Hauptabteilung Kader und Schulung vor und gab ihr eine Reihe von „Empfehlungen" unter anderem für die dienstliche Kaderarbeit.[508] Beispielsweise sollte die Hauptabteilung die bereits vorgesehene Versetzung von vierzig Mitarbeitern aus den Apparaten der territorialen Bezirksleitungen der SED in das MfS beschleunigen, die Ursachen der hohen Anzahl von Disziplinarverstößen, Entpflichtungen und Versetzungen analysieren und eine Dienstanweisung zur Eindämmung der Personalfluktuation im MfS ausarbeiten.[509] Außerdem präsentierte das Büro „Vorschläge für den Gen[ossen] Minister", den es unter anderem aufforderte, einen bereits gegebenen Befehl zur Versetzung von hundert Kadern aus dem MfS Berlin in die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen nochmals zu überprüfen.[510] Nicht feststellen läßt sich allerdings, inwieweit diese Hinweise tatsächlich neue Impulse enthielten oder ob das Büro damit nur das forderte, was der Leitung des Ministeriums genehm war. Außerdem wurden 1958 das Büro der Kreisleitung und die Hauptabteilung Kader und Schulung

Berlin am 21./22.5.1955, vorgetragen von Hermann Steudner; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1000–1054, hier 1033; vgl. auch Protokoll über persönliche Aussprache mit Major H. S., Leiter des Referates F der HA III/2 am 30.12.1954; BStU, ZA, HA KuSch, KS 19775/90, Bl. 49f.

505 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.11.1954; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 212–245, hier 245.

506 In der Kaderakte Wicherts ist eine solche Funktion nirgends erwähnt; vgl. BStU, ZA, HA KuSch, KS I 3/86, passim. 1956 gehörte er der KPKK jedenfalls nicht an; vgl. KPKK der SED im MfS Berlin an ZPKK vom 10.4.1956 betr. „Fragebogen und Lebensläufe der Mitglieder der KPKK"; BStU, ZA, KL-SED 573, Bl. 136.

507 Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 21./22.5.1955, Bl. 1032.

508 Vgl. Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 14.10.1957 „zur Verbesserung der Arbeit mit den Kadern und Aufgaben der Parteiorganisationen bei der Verbesserung der Kaderarbeit"; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1022–1025.

509 Ebenda, Bl. 1024.

510 Ebenda, Bl. 1025.

personell noch enger verkoppelt, indem deren neuer Leiter Robert Mühlpforte regelmäßig an seinen Sitzungen teilnahm[511] und schließlich offiziell zum Kandidaten des Büros gewählt wurde.[512]

Auch die Zusammenarbeit zwischen den Parteileitungen der Grundorganisationen und den Leitern der Diensteinheiten gestaltete sich trotz aller guten Vorsätze in den Jahren 1954 und 1955 zunächst schwierig, ebenso wie der Versuch, sich im Verein mit diesen einen Überblick über die Kader zu verschaffen. Zwar kennzeichnete der Arbeitsplan der Kreisleitung für das zweite Quartal 1954 „Kaderpflege", „Kadererziehung und Kaderentwicklung" als „Schwerpunktaufgabe" der Parteiarbeit: Unter anderem sollten sich die Parteileitungen in planmäßigen persönlichen Aussprachen mit den Mitarbeitern beschäftigen, ihre Vergangenheit, ihre Einstellung zur Arbeit sowie ihre persönlichen Verhältnisse und Bindungen kennenlernen.[513] Solche Kadergespräche, die in der Regel auch die Erörterung beruflicher und Parteiperspektiven umfaßten, gehörten zu der im Staatsapparat 1953/54 eingeführten „individuellen Entwicklungsplanung" für jeden Mitarbeiter.[514] Die Umsetzung der Pläne der Kreisleitung zog sich jedoch hin. Sie sah sich genötigt, in späteren Arbeitsplänen erneut die Erfüllung der im zweiten Quartal gestellten Aufgaben anzumahnen[515] und gestand im November 1954 ein, immer noch keinen Überblick über die Kadersituation zu besitzen, daher auch noch keine „umfassenden" Maßnahmen zur Kaderentwicklung eingeleitet zu haben.[516] Im Frühjahr 1955 bilanzierte sie, die individuellen Kadergespräche seien zwar seit Mitte 1954 in Gang gekommen, jedoch zum Teil nicht in Qualifizierungspläne umgesetzt worden. Außerdem hätten sich die Aussprachen zu sehr auf das persönliche Wohlergehen der Mitarbeiter konzentriert, anstatt sich mit ihren Arbeitsergebnissen sowie ihrer Einstellung zum Dienst, zur Dienstordnung und zu ihren Dienstvorgesetzten auseinanderzusetzen.[517] Auch mit der Abstimmung zwi-

511 Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 20.1.1958; BStU, ZA KL-SED 91, Bl. 50–70, hier 70.

512 „Vorstellung der neuen Kreisleitungsmitglieder" durch Joachim Hauck, o. D. [Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 3./4.6.1958]; BStU, ZA, KL-SED 933/2, Bl. 589f.

513 [SED-Kreisleitung im SfS]: Arbeitsrichtlinien für das II. Quartal 1954, o. D., S. 2 und 5; BStU, ZA, KL-SED 673, ohne Blattzählung, unerschlossenes Material; vgl. auch Dokument 7, S. 187.

514 Vgl. Schwarzenbach: Kaderpolitik, S. 88f.

515 Vgl. Arbeitsplan der SED-Kreisleitung im SfS Berlin für das III. Quartal 1954 vom 7.7.1954; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 470–479, hier 475; Arbeitsplan der SED-Kreisleitung im SfS Berlin für das IV. Quartal 1954 vom 1.10.1954; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 92–100, hier 99.

516 „Lehren aus dem Beschluß der Bezirksleitung Halle über die Verbesserung der Parteiarbeit für die Arbeit der Kreisleitung VII c/1". Entwurf des Beschlusses des Büros der Kreisleitung vom 18.11.1954; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1235–1240, hier 1237.

517 Büro der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 25.4.1955: „Bericht über die Auswertung der Berichtswahlversammlungen in den Grundorganisationen der Kreisleitung VII c/1"; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 4–21, hier 15.

schen Parteisekretären und dienstlichen Leitungen war es im Frühjahr 1955 wohl noch nicht allzu weit her. Darauf deutet zumindest die Tatsache hin, daß die Kreisleitung es als Erfolg verbuchte, daß einige Grundorganisationen anhand der Kadergespräche die Notwendigkeit der „Koordinierung der kollektiven erzieherischen Verantwortung von Partei- und Abteilungsleitung“ erkannt hätten.[518]

Ein konkretes Mitbestimmungsrecht der Parteileitungen bei Beurteilungen, Auszeichnungen, Beförderungen und Versetzungen ist im Untersuchungszeitraum offenbar nicht normativ fixiert worden. Die Direktive der Sicherheitskommission zur Parteiarbeit vom Januar 1955 gestand den Parteileitungen lediglich das Recht zu, die Kaderarbeit im Staatssicherheitsdienst in Gesprächen mit den dienstlichen Leitungen zu erörtern.[519] Dennoch gewannen die Parteifunktionäre allmählich einen gewissen Einfluß auf Kaderentscheidungen. Vor allem der Erste Sekretär der Kreisleitung konnte mittels seiner Zugehörigkeit zum Kollegium zu allen dort behandelten Beförderungen und Besetzungen Stellung nehmen.[520] Außerdem saßen Vertreter der Parteiorganisation in verschiedenen Kommissionen, die sich mit Kaderfragen beschäftigten, so in der zeitweiligen Stellenplankommission, die 1954 eingerichtet wurde, um von den Abteilungsleitern eingereichte Stellenplanvorschläge zu prüfen,[521] oder in den Dienststellungs-Attestierungskommissionen von 1955, als alle Offiziere und alle operativen Mitarbeiter einer Beurteilung unterzogen wurden.[522] Den unteren Parteigliederungen gelang es während der Amtszeit Wollwebers in unterschiedlichem Ausmaß, Mitspracherechte durchzusetzen. Während in der Kreisdienststelle Berlin-Lichtenberg noch 1956 über Attestationen und mindestens teilweise auch Versetzungen ohne den Parteisekretär entschieden wurde,[523] scheinen letztere in der Bezirksverwaltung Dresden in der Parteileitung beraten worden zu sein.[524] Für Mitarbeiter des SfS Berlin sind bereits aus den Jahren 1954 und 1955 Ordensverleihungs- und Prämiierungsvorschläge überliefert, die vom zuständigen Ersten Sekretär der Grundorganisation

518 Ebenda, Bl. 16.
519 Vgl. Dokument 7, S. 186 und 188.
520 Vgl. z. B. Protokoll der Kollegiumssitzung am 19.10.1954; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 273–289, hier 284–286.
521 Protokoll der Kollegiumssitzung am 7.12.1954; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 253–257, hier 255.
522 Vgl. Direktive des Staatssekretärs vom 15.1.1955: „Durchführung einer Dienststellungs-Attestierung für alle Offiziere und operativen Mitarbeiter des SfS“, S. 3f.; BStU, ZA, DSt 101105.
523 Abt. für Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitung Berlin an ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vom 24.4.1956 betr. „Auswertung Direktive 1/56 im Bereich der Parteiorganisation Staatssicherheit Berlin“; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/102, Bl. 255–259, hier 257.
524 Protokoll der Sitzung der Zentralen SED-Parteileitung in der Bezirksverwaltung Dresden am 29.2.1956, Redebeitrag Martin Appelfeller; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/102, Bl. 208–216, hier Rückseite von Bl. 215.

gegengezeichnet wurden.[525] Bis 1956 hatte sich offenbar die Einbeziehung der Parteisekretäre in Kaderentscheidungen zumindest im MfS Berlin weitgehend eingebürgert. Dafür spricht jedenfalls die Kritik des Ersten Sekretärs der Kreisleitung, Alfred Schönherr, an der mangelhaften Zusammenarbeit von Parteileitung und dienstlichen Vorgesetzten in der Fahrbereitschaft des MfS. Als ob er ein lange verbrieftes Recht einklage, erklärte er: „Wir empfinden es als politische Schwäche der Genossen, wenn zu den Prämiierungen und Beförderungen der Parteisekretär nicht hinzugezogen wird."[526]

Besondere Dynamik erhielten solche Forderungen im Kontext der ideologischen Verhärtung des SED-Regimes nach dem 30. Plenum 1957. Zwar hatten seit 1954 bei der Besetzung von Positionen im Staatsapparat „fachliche" Qualifikationen zunehmend an Bedeutung gewonnen, da nur fachlich geschulte Kräfte den komplexen Anforderungen eines modernen Industriestaates gerecht werden konnten, eine Entwicklung, die im Zusammenhang mit dem „Tauwetter" nach dem XX. Parteitag ihren ersten Höhepunkt erreichte. Mit dessen Ende setzte eine erneute Politisierung der Kaderarbeit ein, um in der Verwaltung die gefährdete führende Rolle der SED wiederherzustellen[527]; gleichzeitig wurde im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Staatssicherheit auf die Bekämpfung ideologischer Abweichungen nach 1956 der politische Charakter der MfS-Arbeit wieder stärker betont. In dieser Situation hoben Vertreter der Partei die Notwendigkeit der Mitwirkung der Parteiorganisation bei Kaderentscheidungen besonders hervor. So forderte ein Mitarbeiter der Abteilung für Sicherheitsfragen im Oktober 1957, daß die Kreisdienststellenleiter des MfS „alle Fragen der Auswahl, der Erziehung und des Einsatzes der Kader" vorher mit der Parteiorganisation ihrer Dienststelle absprechen müßten.[528] Im Januar 1958 „empfahl" die Kreisleitung der HA KuSch, vor Versetzungen oder Beförderungen Beurteilungen der Grundorganisationen über den betroffenen Mitarbeiter einzuholen.[529] Die Einbeziehung der Grundorganisationen in die Kaderarbeit, so der Erste Sekretär der Kreisleitung, Gerhard Heidenreich, im Februar 1958, vermeide Fehler, „weil dort die Genossen im Kollektiv allseitig beurteilt" würden,[530] die Partei neben den „fachlichen" Fähigkeiten der Mitarbeiter auch ihre politische Haltung, ihre mora-

525 Vgl. z. B. BStU, ZA, HA KuSch, KS I 2/84, Bd. 1, Bl. 23–25; KS I 10/84, Bl. 56–58; KS 252/66, Bl. 180f.

526 Alfred Schönherr: „Bericht über [den] Stand der Parteiarbeit" auf der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 30.10.1956; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 464.

527 Vgl. Schwarzenbach: Kaderpolitik, S. 119f.

528 „Die Aufgaben unserer heutigen Arbeitstagung bestehen darin:", o. A. [ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen], o. D. [nach dem 19.10.1957]; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/103, Bl. 188–198, hier 197.

529 Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 20.1.1958; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 50–70, hier 69.

530 Gerhard Heidenreich: „Auswertung des 35. Plenums des ZK". Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 14.2.1958; BStU ZA, KL-SED 82, Bl. 6–29, hier 18f.

lischen Qualitäten und ihr Verhalten in der Grundorganisation bewerte. Tatsächlich scheint sich die Gegenzeichnung dienstlicher Beurteilungen durch Parteisekretäre, bis dahin eher die Ausnahme als die Regel, seit Ende der fünfziger Jahre eingebürgert zu haben.[531]

6.3. Einfluß auf die „Fachschulung“

Die Schulung der MfS-Mitarbeiter läßt sich, unabhängig davon, ob sie von dienstlicher Seite oder von Parteiseite getragen wurde, ihren Inhalten nach in vier Typen untergliedern: Ideologische Schulung, Fachschulung im engeren Sinne, berufliche Allgemeinbildung und militärische Ausbildung.[532] Die ideologische Schulung sollte die MfS-Mitarbeiter mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus sowie der aktuellen Parteilinie vertraut machen.[533] Die Fachschulung im engeren Sinne vermittelte jene Kenntnisse, die für die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit des MfS wichtig waren, beispielsweise geheimdienstliche Ermittlungstechniken wie die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern, aber auch gesetzliche Grundlagen der Arbeit des MfS wie etwa das Strafrecht. Die berufliche Allgemeinbildung sollte den in den fünfziger Jahren extrem niedrigen Ausbildungsstand der Mitarbeiter des MfS anheben, etwa mittels Deutsch- oder Fremdsprachenkursen. Sie diente in gewissem Umfang auch dem Erwerb beruflichen Spezialwissens aus bestimmten wirtschaftlichen Sektoren oder gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen. Walter Ulbricht forderte die MfS-Mitarbeiter in den fünfziger Jahren immer wieder dazu auf, sich solche Kenntnisse beispielsweise im Bergbau oder in der Landwirtschaft anzueignen.[534] Die militärische Ausbildung erfolgte systematisch erst ab 1957; vorher wurden Waffenkunde und Schießunterricht eher sporadisch abgehalten. Die Fachschulung im engeren Sinne, die berufliche Allgemeinbildung sowie die militärische Ausbildung können auch unter dem Begriff „Fachschulung im weiteren Sinne“ zusammengefaßt werden.

In diesem Kapitel geht es um die Möglichkeiten der Parteiorganisation, auf die „Fachschulung im weiteren Sinne“ einzuwirken. Kontrollfunktionen hinsichtlich der Weiterbildung einzelner Mitarbeiter lassen sich bereits für die Amtszeit Zaissers erkennen. So verlangte Mielke im Januar 1953 von den Parteisekretären, die Teilnahme an den 1952 eingerichteten Fachschulungen sicherzustellen und zudem die Aneignung des Stoffes zu überprüfen.[535] In

531 Vgl. z. B. BStU, ZA, HA KuSch, Kaderakten KS I 26/84, KS 252/66, KS 297/72, KS I 2/84, passim.
532 Zur Aufteilung vgl. Gieseke: Hauptamtliche, S. 31f.
533 Vgl. Neugebauer: Partei und Staatsapparat, S. 144.
534 Vgl. z. B. Ulbricht: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 241–243; ders.: Rede auf der Dienstkonferenz im SfS am 3.11.1955; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 87–89.
535 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953, Redebeitrag Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 23–29, hier 27.

der Amtszeit Wollwebers wurden solche Überwachungskompetenzen normativ bestätigt: Demnach hatte die Parteiorganisation das „politische und fachliche Studium der Mitarbeiter zu kontrollieren und anzuleiten". Zurückbleibenden Studierenden sollte sie Hilfestellungen geben, gleichzeitig aber auch diejenigen, die ihr Studium absichtlich vernachlässigten, mit „parteierzieherischen Methoden" zur Rechenschaft ziehen.[536] Überdies billigte die Sicherheitskommission im Januar 1955 dem Büro der Kreisleitung das Recht zu, das Kollegium bei der Erarbeitung grundsätzlicher Beschlüsse unter anderem zur „fachlichen und politischen Ausbildung" der Mitarbeiter zu beraten;[537] über die Umsetzung einer solchen Beratungsfunktion ist allerdings für den Untersuchungszeitraum nichts bekannt.

Offenbar nicht kontinuierlich, aber von Zeit zu Zeit setzte sich die SED im MfS über die individuelle Überwachung der Mitarbeiter hinaus auch mit der Organisation der „fachlichen" Schulung auseinander. Seit 1952 wurde sie immer wieder auf Parteiveranstaltungen behandelt.[538] Außerdem ist für 1954 eine Untersuchung der Arbeit der Fachschule Potsdam-Eiche belegt, die die Kreisleitung gemeinsam mit der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen im Vorfeld der Aufwertung der Schule zu einer Hochschule[539] durchführte. Der anschließend entworfene „Beschluß zur Verbesserung der Arbeit an der Schule Potsdam-Eiche"[540] behandelt neben der Tätigkeit der Parteiorganisation an der Schule auch organisatorische Mängel der „Fachschulung" wie etwa die verspätete Bereitstellung von Lehrmaterialien oder die ungenügende Koordination der einzelnen Lehrstühle.[541] Um die Mißstände zu beheben, erteilte die Kreisleitung regelrechte Aufträge an die Schulleitung und die Abteilung Schulung des SfS,[542] nicht ohne allerdings den Beschluß vorher mit Wollweber sowie seinem Stellvertreter und Kreisleitungsmitglied Mielke besprochen zu haben. Kennzeichnend für die starke Stellung der dienstlichen Leitung auch in diesem Fall ist, daß Mielke die Ablehnung der ersten Fassung des Beschlusses veranlaßte, weil einige

536 Dokument 5, S. 170; vgl. auch Dokument 7, S. 187.
537 Dokument 7, S. 186.
538 Vgl. z. B. Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Josef Sobeck; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 603–605; SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.11.1954, Redebeiträge Artur Hofmann, Alfred Scholz sowie des Genossen Helwig; BStU, ZA, KL-SED197, Bl. 221–227, hier 223, 225–227; Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 22.8.1956, Redebeitrag des Genossen Hofmann (HA KuSch); BStU, ZA, KL-SED, KL-SED 570, Bl. 580f.
539 Vgl. Günter Förster: Die Juristische Hochschule des MfS (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/6), BStU, Berlin 1996, S. 30.
540 Der Beschluß liegt lediglich in einer Entwurfsfassung vor. SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 5.8.1954: Entwurf des Beschlusses „zur Verbesserung der Arbeit an der Schule Potsdam-Eiche"; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 104–114.
541 Vgl. ebenda, Bl. 105–109.
542 Vgl. ebenda, Bl. 111–114.

der im Beschluß genannten Aufgaben, wie beispielsweise die „fachliche“ Weiterbildung der Lehrer, seiner Meinung nach nicht in die Kompetenz der Parteiorganisation der Schule, sondern in diejenige der HA KuSch fielen.[543]

Ein Einfluß der Kreisleitung auf die inhaltliche Konzeption der „Fachschulung“ im MfS ist nicht zu erkennen, sieht man davon ab, daß sie mitunter die Behandlung des einen oder anderen Themas für die „fachliche“ Breitenschulung anregte. 1954 beauftragte sie beispielsweise die Mitarbeiter in der Hauptabteilung III (Wirtschaft), einen abgeschlossenen operativen Vorgang, in dem es um „Wirtschaftsspionage“, „Schädlingstätigkeit“ und „Sabotage“ ging, „auszuwerten“ sowie eine Lektion zur „Behandlung der Intelligenz“ abzuhalten.[544] Darüber hinaus war sie lediglich in der Gestaltung des Lehrprogramms der „Politlehrstühle“ der Fachschulen bzw. der Hochschule des Staatssicherheitsdienstes engagiert.[545] Dies dokumentiert aber eher ihre Zuständigkeit für die ideologische als für die fachliche Schulung, da die Lektionen der Politlehrstühle zwar als Teil der Fachausbildung galten, de facto aber politisch-ideologisches Grundlagenwissen vermittelten.[546]

6.4. Ideologische Schulung

Die ideologische Schulung der Parteimitglieder und die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Tätigkeit des MfS stehen in einem engeren Zusammenhang, als man auf den ersten Blick meinen könnte. Zwar erfüllte die marxistisch-leninistische Ideologie im Staatssicherheitsdienst grundsätzlich dieselben Funktionen wie in anderen Herrschaftsbereichen des SED-Regimes: Sie sollte die Entscheidungen der Herrschenden legitimieren, die Menschen zu ihrer Umsetzung mobilisieren sowie ein homogenes Bewußtsein erzeugen mit dem Ziel, die Gesellschaft nach innen zu integrieren und nach außen durch gemeinsame Feindbilder abzugrenzen.[547] Im Lichte der

543 Vgl. Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 15.7.1954; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 37–46, hier 42–45. In der Kreisleitungssitzung am 21.9.1954 wurde ein geänderter Entwurf schließlich als „richtungweisendes Material“ bestätigt; vgl. BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 207–211 und KL-SED 631, Bl. 47, hier KL-SED 631, Bl. 47.

544 „Aufgabenstellung für die Parteiorganisation im SfS zur Auswertung der Beschlüsse des IV. Parteitages“. Entschließung der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.5.1954; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 208–222, hier 216.

545 Vgl. Richtlinie vom 1.2.1954 „zur Verbesserung der Schulungsarbeit und für die Qualität der operativen Kader“, S. 3 und 7; BStU, ZA, DSt 101098, ohne Blattzählung.

546 Gieseke: Hauptamtliche, S. 31.

547 Vgl. Johannes L. Kuppe: Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. III: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, S. 1370–1400, hier 1380–1384; siehe auch Förtsch/Mann: SED, S. 83f.

spezifischen Aufgaben des MfS erhielt aber letzteres eine besondere Bedeutung für die Praxis der täglichen Arbeit. Denn innerhalb des Herrschaftssystems der DDR erfüllte der Staatssicherheitsdienst eine eminent politische Aufgabe: Er sicherte die führende Rolle der SED, indem er wirkliche und vermeintliche Gegner des bestehenden Herrschaftssystems verfolgte. Dies geschah jedoch nicht willkürlich, sondern auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihrer aktuellen Interpretation durch die Parteiführung bzw. in den fünfziger Jahren auch durch die sowjetischen „Freunde".[548] Über die ideologische Schulung wurden den MfS-Mitarbeitern politische Feindbilder und damit die Voraussetzung für die Bestimmung der konkreten Gegner weitergegeben. Überdies sollte sie die Mitarbeiter zu einer Überzeugungsgemeinschaft zusammenschmieden und so gegen „feindliche" Anschauungen immunisieren, denen zumindest die Mitarbeiter der operativen Abteilungen in ihrer täglichen Arbeit immer wieder ausgesetzt waren. Wie sich der im MfS besonders enge Zusammenhang zwischen ideologischer Schulung und „fachlicher" Arbeit auf die Arbeit der Parteiorganisation und ihr Verhältnis zur dienstlichen Leitung des MfS auswirkte, wird im folgenden an der Parteischulung, an der „Auswertung" politischer Ereignisse und Vorgaben in Parteiveranstaltungen sowie am Spektrum der auf Parteiversammlungen behandelten Themen diskutiert.

Parteilehrjahr und „marxistisch-leninistische Schulung"

Obwohl auch die MfS-eigenen Fach- und Hochschulen im Rahmen ihrer Fachschulung politische Inhalte vermittelten, war die ideologisch-politische Breitenschulung eine Domäne der Parteiorganisation im MfS. Die SED-Mitglieder erhielten politische Tagesinformationen und aktuelle Losungen in allen Parteiversammlungen, von der Kreisleitungssitzung bis zum Treffen der Parteigruppe in der Frühstückspause. Außerdem organisierte die Parteiorganisation das „Parteilehrjahr", dessen Veranstaltungen zweimal monatlich stattfanden, und in dem die SED-Mitglieder, eingeteilt in „Zirkel" nach ihrem jeweiligen Kenntnisstand, politisches Grundwissen erwerben und wichtige aktuelle Parteibeschlüsse kennenlernen sollten. Gemäß der Auffassung der SED, daß der Stand des ideologischen Bewußtseins Arbeitswilligkeit und Arbeitsleistung des einzelnen bestimme, hatte die Parteischulung nicht nur die politischen Vorgaben zu erklären, die vermittelten Inhalte sollten überdies als Handlungsanleitung für die tägliche Praxis dienen.[549]

Auch wenn im MfS in vielen Bereichen die Bezüge zwischen Ideologie und beruflicher Tätigkeit enger waren als in der Produktion, so stand auch hier die Schulung vor dem Dilemma, daß angesichts der Starrheit und Enge

548 Vgl. Süß: Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit, S. 25–34.
549 Vgl. Förtsch: Parteischulung, S. 107.

der dogmatischen Lehrsätze eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis kaum herzustellen war und die Mitglieder daher die Schulung als Belastung und nicht, wie von der Parteiführung gewünscht, als Voraussetzung ihrer beruflichen Tätigkeit ansahen. In gesteigertem Maße gilt dies für die frühen fünfziger Jahre, als sich die Parteischulung auf die Verherrlichung Stalins und seiner Werke reduzierte[550]. So klagten auch im MfS wie überall in der SED die Funktionäre über Schwierigkeiten bei der Mitgliederschulung. Sie rügten wiederholt, daß nicht nur einfache, sondern auch leitende MfS-Angehörige die politische Schulung nicht ernst nähmen, sich auf die einzelnen Veranstaltungen des Parteilehrjahres nicht vorbereiteten, sie sogar, manchmal unter Berufung auf die operative Arbeit, schwänzten, schließlich ihr „Selbststudium", also die Lektüre der durch die Schulung vorgegebenen Literatur, sowie das tägliche Zeitungslesen vernachlässigten.[551] In der ersten Jahreshälfte 1953 sahen sich der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser,[552] und sogar der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, veranlaßt, die Genossen im MfS zu ermahnen, Belastungen in der operativen Arbeit nicht als Ausrede für die Vernachlässigung ihres politischen Studiums zu benutzen.[553] Gleichzeitig räumten jedoch die Vertreter der SED im MfS ein, daß die Art und Weise, wie das Parteilehrjahr ablief, nicht dazu angetan war, die Mitarbeiter für die ideologische Schulung zu begeistern: Es werde oft nur „formales Wissen" vermittelt, ein Teil der Zirkelleiter frage schematisch nur diejenigen Antworten ab, die in den Unterrichtsmaterialien vorgegeben seien. Vor allem gelinge es nicht, den Unterrichtsstoff in Beziehung zur „fachlichen" Arbeit der Staatssicherheit zu setzen.[554]

Das 15. Plenum des ZK kritisierte im Juli 1953, daß die politische Schulung in allen Gliederungen der Partei in „Dogmatismus, Buchstabengelehrtheit und Talmudismus" verfallen sei. Es sei nicht gelungen, die Beschlüsse und Aufgaben der SED „wissenschaftlich" zu begründen. Besonders bemängelte die Parteiführung die ungenügende Schulung führender Parteikader.[555] Speziell im Hinblick auf den Staatssicherheitsdienst konstatierte sie

550 Vgl. ebenda, S. 46–50.

551 Vgl. z. B. Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeiträge der Genossen Lohmann und Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 605–611, hier 605–609 sowie 490f.; Isolde Sobeck: Manuskript des Referates auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 23; Redebeitrag Egon Ludwig, Propagandasekretär der Kreisleitung, auf derselben Tagung; ebenda, Bl. 57–60, hier 58f.

552 Dokument 1, S. 156.

553 Walter Ulbricht: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1953; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 232–260, hier 259.

554 Vgl. über die in Anm. 551 genannten Quellenangaben hinaus Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 493–500, hier 497 sowie den Entwurf der Entschließung der Konferenz , 14./15.6.1952; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 538–542.

555 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Entschließung des 15. ZK-Plenums vom 24.–26.7.1953, dokumentiert in: Neues Deutschland vom 28.7.1953, S. 1f., hier 2.

einen „ideologisch [...] sehr vernachlässigten Zustand“ der dortigen Betriebsparteiorganisation.[556] Bereits im August 1953 entstanden im ZK erste Pläne, die ideologische Schulung im SfS neu zu organisieren.[557] Am 23. September beauftragte das Politbüro Innenminister Willi Stoph und den neuen Staatssekretär für Staatssicherheit Ernst Wollweber, ihm Vorschläge über eine „grundlegende Verbesserung der marxistisch-leninistischen Schulung der Kader der Organe der Staatssicherheit“ vorzulegen.[558] Die Tatsache, daß dieser Auftrag an die dienstlichen Leiter Stoph und Wollweber ging und nicht an den noch amtierenden Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, Otto Walter, läßt bereits erkennen, daß die politische Schulung der SfS-Mitarbeiter nicht nur als Sache der Betriebsparteiorganisation angesehen wurde. Zunächst jedoch geriet die Schulung im Herbst 1953 in den Sog der Umstrukturierung der SED im SfS. Mit der Auflösung der Bezirksparteiorganisation und ihrer Aufteilung in einzelne Parteigliederungen, die jeweils nur eine Dienststelle umfaßten, ging auch eine Dezentralisierung der ideologischen Schulung einher. Für das Parteilehrjahr in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen zeichneten nun die territorialen Parteileitungen verantwortlich. Die seit Sommer 1952 bestehende Bezirksparteischule „Felix Dzierzynski“[559], die für die Ausbildung von Parteifunktionären und künftigen Leitungskadern zuständig gewesen war, wurde in die Fachschule Eberswalde des SfS umgewandelt.[560] Künftig ordneten die Parteiorganisationen in der Staatssicherheit ihre Mitglieder auf die Schulen der territorialen Parteileitungen bzw. auf die Parteihochschule „Karl Marx“ des ZK der SED ab. Aus einer späteren Aussage Mielkes ist zu schließen, daß dies einen Beitrag zu der von Ulbricht auf dem 15. Plenum geforderten Intensivierung der Beziehungen zwischen Staatssicherheit und territorialen Parteileitungen darstellen sollte.[561]

Ende September 1954 trug der Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK, Gustav Röbelen, auf einer Kollegiumssitzung erste Vorstellungen

556 Der Neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Entschließung des 15. Plenums des ZK vom 24.–26.7.1953. Diese nicht veröffentlichte Passage der Entschließung ist überliefert im SAPMO-BA, DY 30, IV 2/1/121, Bl. 105.

557 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.8.1953, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 1072, Bl. 190–194, hier 192.

558 Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953, S. 12; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

559 Der erste Halbjahreslehrgang begann am 25.7.1952; vgl. Bezirksparteischule des Bezirksverbandes VIIc: Zeugnis Genosse H. S. vom 20.12.1952; BStU, ZA, HA KuSch, KS 19775/90, Bl. 96; zur Existenz der Schule vgl. außerdem: „Überblick über die Parteiorganisation im SfS“, o. A., o. D. [zwischen Juli und September 1953]; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 229–231, hier 230; Bezirksparteischule „Felix Dzierzynski“ des SfS an Wollweber vom 19.12.1953; ebenda, Bl. 148–150.

560 Vgl. den Redebeitrag des Leiters der Schule Werner Engmann auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 95–99, hier 95f.

561 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1957, Schlußwort Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 234–243, hier 240.

zur Änderung des Schulungssystems vor, die in Richtung einer Reformierung der Studienpläne gingen.[562] An der Entstehung des neuen Schulungssystems war die dienstliche Leitung auf doppelte Weise beteiligt: Den vom Büro der Kreisleitung Ende 1954 vorgelegten Entwurf[563] diskutierte der Stellvertreter des Staatssekretärs Erich Mielke als Kreisleitungsmitglied mit.[564] Überdies wurden die Beschlüsse der Kreisleitung vom Kollegium des SfS bestätigt.[565] Den fertigen Entwurf zur Umwandlung der Parteischulung im SfS in die „marxistisch-leninistische Schulung"[566] brachte die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen vor die Sicherheitskommission, wo er am 4. März 1955 abgesegnet wurde.[567] In Durchführung des Beschlusses erließ Wollweber im Juni 1955 den von der Kreisleitung mit entworfenen Befehl 171/55;[568] zudem verfaßte letztere eine eigene Instruktion.[569] Eine Beteiligung der sowjetischen Berater an der Entstehung des neuen Schulungssystems ist wahrscheinlich, aber nicht nachweisbar. Der Versuch der Kreisleitung und der Abteilung für Sicherheitsfragen, im Zuge der Neuplanung des Parteischulungssystems die SED im SfS personell zu verstärken, scheiterte allerdings. Das Sekretariat des ZK lehnte im Juni 1955 den Antrag der Abteilung für Sicherheitsfragen ab, 19 namentlich genannte Absolventen des ersten Dreijahreslehrgangs der Parteihochschule „Karl Marx" für die Durchführung der „marxistisch-leninistischen Schulung" in die Staatssicherheit abzuordnen. Die Abteilung LOPM, der die Parteihochschule angegliedert war, wurde vom Sekretariat „nochmals" darauf hingewiesen, daß sie sich die Verteilung der Parteihochschulabsolventen nicht von anderen ZK-Abteilungen aus der Hand nehmen lassen dürfe.[570] Hier zeichnen

562 Vgl. Dokument 6, S. 181–182.

563 Büro der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 31.12.1954: „Vorlage für einen Vorschlag an die Sicherheitskommission des ZK über die Änderung des gesamten Schulungs- und Ausbildungssystems in den Organen des SfS"; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 1245–1251.

564 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 14.1.1955; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 745–771 sowie KL-SED 631, Bl. 81–87.

565 Protokoll der Kollegiumssitzung im SfS am 11.1.1955; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 245–248, hier 247f.; Protokoll der Kollegiumssitzung im SfS am 21.1.1955; ebenda, Bl. 241–244, hier 243.

566 Dokument 8, S. 190–198.

567 Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 4.3.1955; BA-MA, DVW 1/39545, Bl. 4.

568 Befehl 171/55 des Staatssekretärs [zur Durchführung der marxistisch-leninistischen Schulung], 9.6.1955; BStU, ZA, DSt 100120, ohne Blattzählung; vgl. auch Protokoll der Kollegiumssitzung im SfS am 8.6.1955; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 195–202, hier 202.

569 Abt. Propaganda der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 11.6.1955: „Instruktion zur Vorbereitung der marxistisch-leninistischen Schulung in den Organen des SfS"; BStU, ZA, DSt 100120, ohne Blattzählung.

570 ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 23.6.1955: Vorlage an das Sekretariat „betr. Beschluß der Sicherheitskommission vom 24.2.1955 [sic!] über die Änderung des gesamten Schulungs- und Ausbildungssystems in den Organen des SfS", in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 7.7.1955; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3A/474, ohne Blattzählung; Reinschriftprotokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 7.7.1955; ebenda, J IV 2/3/477, Bl. 4.

sich Grenzen der Bereitschaft der Parteiführung ab, dem stetig wachsenden Personalbedarf des Sicherheitsapparates nachzugeben. Offenbar ist die Abteilung Propaganda der Kreisleitung daraufhin mit internen Zugängen verstärkt worden,[571] ein weiteres Indiz dafür, daß die SfS-Leitung der Neuordnung eine große Bedeutung zumaß.

Mit Beginn des Parteilehrjahres 1955/56 wurde die Neuordnung des Parteischulungssystems im SfS umgesetzt. Das vom ZK für alle Parteiorganisationen der SED konzipierte Parteilehrjahr wurde im SfS durch eine „marxistisch-leninistische Schulung“[572] ersetzt, die sich nach Lehrinhalten und Organisation an den speziellen Bedürfnissen der Staatssicherheit orientieren sollte und im wesentlichen drei Neuerungen mit sich brachte: Erstens erhielt die Kreisleitung der SED im SfS nunmehr die Gesamtverantwortung für die politische Schulung in allen Dienststellen des SfS. Die Dezentralisierung des Parteilehrjahres hatte nämlich dazu geführt, daß insbesondere die Mitarbeiter von Kreisdienststellen auf verschiedene Zirkel der örtlichen Parteiorganisationen verteilt worden waren, wodurch, wie der Beschluß der Sicherheitskommission zum neuen Schulungssystem betonte, „eine enge Verbindung der politischen Themen mit ihrer eigenen Arbeit völlig fehlte“.[573] Jetzt wurden alle Mitarbeiter der Staatssicherheit im Rahmen eines einheitlichen Schulungssystems wieder zusammengefaßt. Die Kreisleitung der SED im SfS Berlin erhielt damit ein Stück der Verantwortung der 1953 aufgelösten Bezirksleitung im SfS zurück.[574]

Die zweite Neuerung bezog sich auf die Gestaltung der Studienpläne. Auch sie stellte den Versuch dar, politische Schulung und geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit enger miteinander zu verbinden. Sie ordnet sich in eine SED-weite Tendenz zur Entstalinisierung und „Verfachlichung“ des Parteilehrjahres zwischen 1953 und 1957 ein, mit der die SED-Führung die Kluft zwischen ideologischen Dogmen und praktischem Handeln schließen und die Parteischulung effizienter gestalten wollte. Außerhalb des SfS zeigte sich diese Tendenz vor allem in einer zunehmenden Hinwendung zu wirtschaftspolitischen und politisch-ökonomischen Fragen, die im Parteilehrjahr 1955/56 erstmals auf breiter Front praktiziert wurde.[575] In der Staatssicherheit äußerte sie sich dagegen vor allem in einer Spezialisie-

571 Vgl. Werner Forster: Referat in der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 28.8.1956; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 430–444, hier 439f.

572 Diese ist nicht zu verwechseln mit der 1958 bis 1960 im Verwaltungsapparat bestehenden „marxistisch-leninistischen Schulung“, die zunächst die dortige staatspolitische Schulung, das Parteilehrjahr sowie die Schulungssysteme anderer Institutionen (FDJ, FDGB) ersetzte und 1960 im Parteilehrjahr aufging; vgl. Schwarzenbach: Kaderpolitik, S. 105f.

573 Dokument 8, S. 191.

574 Ebenda, S. 194.

575 Vgl. Förtsch: Parteischulung, S. 122–126; für die Lehrpläne des Parteilehrjahres 1955/56 siehe Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees vom 3.5.1955 über die Vorbereitung und Durchführung des Parteilehrjahres 1955/1956, in: Neuer Weg (1955), H. 8, S. 493–509, hier 498–509.

rung der ideologischen Schulung: Für die fortgeschrittenen Parteischüler wurde ein nach den Linien des Staatssicherheitsdienstes differenzierter spezieller Studienplan erarbeitet, der mit den Lehrplänen des aktuellen Parteilehrjahres nur wenig gemein hatte: Neben einem Grundwissenskanon, an dem vor allem das Fehlen wirtschaftspolitischer Themen auffällt, sollten die SfS-Angehörigen jeweils solche Themen studieren, die für ihr berufliches Arbeitsgebiet als besonders wichtig angesehen wurden.[576] Mitarbeiter, deren operative Arbeit im Bereich der Spionageabwehr angesiedelt war, hatten sich beispielsweise mit dem „Kampf gegen die feindlichen Agenturen in den Reihen der Partei und der Arbeiterklasse" besonders vertraut zu machen, Mitarbeiter, die sich mit der Bekämpfung der Kirchen befaßten, dagegen intensiver „das Wesen der Religion, die Rolle der Kirche und Sekten" sowie die Kirchenpolitik der SED zu studieren.[577] Das Ausmaß der Spezialisierung hielt sich allerdings in engen Grenzen: Lediglich drei bis vier der pro Zirkel vorgesehenen acht bis neun Themen gingen über den Grundwissenskanon hinaus. Um die Lektionen stärker an den Bedürfnissen des SfS zu orientieren, sollten sie künftig nicht mehr vom ZK, sondern von der Abteilung Propaganda des Apparates der Kreisleitung im SfS Berlin erarbeitet werden.[578]

Zentrale Bedeutung hat die dritte Neuerung: Wie im Beschluß der Sicherheitskommission vorgesehen,[579] machte der Befehl 171/55 des Staatssekretärs vom 9. Juni 1955 die „marxistisch-leninistische Schulung" zur Pflicht, während das bisherige Parteilehrjahr zumindest formal auf freiwilliger Teilnahme beruht hatte. Außerdem beauftragte Wollweber mit diesem Befehl die dienstlichen Vorgesetzten, „die Durchführung der marxistisch-leninistischen Schulung zu kontrollieren" sowie „die Mitarbeiter zum regelmäßigen Selbststudium und zur aktiven Beteiligung an der Schulung anzuhalten". Jedes Ausbildungsjahr sollte schließlich mit Prüfungen abschließen, deren Ergebnisse in die Personalakte des Mitarbeiters einzutragen waren.[580] Der Gedanke, daß der dienstliche Leiter dafür sorgen müsse, daß sich seine Untergebenen in der Parteiarbeit engagierten, war im MfS vereinzelt schon früher geäußert worden.[581] Insbesondere Erich Mielke postulierte Anfang 1955, daß Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter „verantwortlich für die Durchführung der operativen und politischen Arbeit" seien, sie müßten für die Durchführung der Beschlüsse der SED innerhalb der Staatssicherheit sorgen, und das sei eine politische Aufgabe.

576 Dokument 8, S. 192.
577 Ebenda, S. 197f.
578 Ebenda, S. 194.
579 Ebenda.
580 Dokument 9, S. 199.
581 Vgl. Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeiträge Günther Weichelt und Heinz Gronau; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 490 und 522.

Im SfS müsse die Teilung zwischen „fachliche[r] und politische[r] Leitung“ beendet werden, forderte er und leitete daraus ab, daß Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter ebenso verantwortlich für die Parteiarbeit in ihrer Grundorganisation seien wie die Parteisekretäre.[582] Kurt Richter, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) und Mitglied des Büros der Kreisleitung, stellte heraus, daß Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter auch für die „politische Einschätzung“ ihrer Mitarbeiter zuständig seien sowie dafür, daß „eine große politische Erziehungsarbeit geleistet“ werde.[583]

Diese Äußerungen mögen einerseits mit einer Vorstellung von sozialistischen Führungsprinzipien zusammenhängen, die fünfzehn Jahre später im Wörterbuch der Staatssicherheit „für die politisch-operative Arbeit“ folgendermaßen formuliert wurde: Das Prinzip der sozialistischen Einzelleitung, nach dem der Leiter für die gesamte Tätigkeit seines Bereichs verantwortlich sei, umfasse im MfS „die Einheit von politischer, operativer und militärischer Führung durch den Einzelleiter“, der deshalb unter anderem auch für die „politisch-ideologische Erziehungsarbeit und Qualifizierung der Angehörigen des MfS“ verantwortlich sei.[584] Andererseits haben bei der Entscheidung von 1955, mit der Umstellung des Parteilehrjahres auf die „marxistisch-leninistische Schulung“ die dienstlichen Leiter in die Verantwortung für das politische Studium ihrer Mitarbeiter einzubeziehen, wohl eher praktische Gründe den Ausschlag gegeben. Siegfried Endesfelder, Leiter einer Unterabteilung der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) und gleichzeitig Parteisekretär der Grundorganisation der Hauptabteilung[585], hatte bereits 1954 feststellen müssen, daß von der dienstlichen Leitung gegebene Aufträge korrekter und besser erledigt würden als Aufträge, die die Parteiorganisation erteile, und daraus gefolgert, „daß die Parteiarbeit als zweitrangige Arbeit betrachtet wird“.[586] Auf der gleichen Linie äußerte sich der Propagandasekretär der Kreisleitung, Günther Weichelt, im November desselben Jahres: Die Parteischulung müsse „auf eine dienst-

582 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 7.1.1955, erster Redebeitrag Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 70–76, hier 75f.

583 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 7.1.1955, Redebeitrag Kurt Richter; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 723.

584 Ministerium für Staatssicherheit, Juristische Hochschule Potsdam: Wörterbuch für die politisch-operative Arbeit, Berlin 1969; BStU, ZA, Juristische Hochschule Potsdam (JHS), GVS 300/69, Bl. 42. Vgl. auch die 2. Aufl. des Wörterbuchs von 1984, veröffentlicht von Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996, S. 105f., dort ist die Rede von der „Einheit von politischer, politisch-operativer, politisch-ideologischer, ökonomischer und administrativer Leitung“, die auch die Verantwortung für die Erziehung der Mitarbeiter und ihre Entwicklung zu „tschekistischen Persönlichkeiten“ einschließe.

585 Zur Person vgl. Jens Gieseke: Erst braun, dann rot? Zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, in: Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit, S. 129–149, hier 144.

586 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.5.1954, Redebeitrag Siegfried Endesfelder; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 185–190, hier 188.

liche Grundlage gestellt“ werden, damit den Mitarbeitern die Möglichkeit genommen werde, sich unter Berufung auf die operative Arbeit vor dem Studium zu drücken.[587]

Ebenso wie der Befehl 171/55, der dienstliche Zwangsmittel zur Kontrolle des Studiums der Mitarbeiter in den Vordergrund stellte, zeigen diese Äußerungen, daß die Einbeziehung der dienstlichen Leitungen in die „marxistisch-leninistische Schulung“ darauf zielte, durch Druck von dienstlicher Seite das Engagement der Mitarbeiter beim politischen Studium zu heben. Selbst bei der Verwirklichung ihrer ureigensten Aufgabe, der Parteischulung, war die SED im MfS also auf Zusammenarbeit mit den dienstlichen Leitungen angewiesen. Die Tatsache, daß ihre eigenen Disziplinierungsmittel nicht ausreichten, um die Staatssicherheitsmitarbeiter zu einer als ausreichend angesehenen Teilnahme an der Parteischulung zu bewegen, verweist erneut auf die Schwäche der Parteiorganisation während der Amtszeit Wollwebers.

Trotz aller Reformbemühungen zog der Propagandasekretär der SED-Kreisleitung, Werner Forster, nach einem Jahr „marxistisch-leninistischer Schulung“ eine eher negative Bilanz: Zwar betonte er eingangs, daß die neue Schulungsform in dem Sinne erfolgreich gewesen sei, daß nunmehr alle MfS-Mitarbeiter allgemeine marxistisch-leninistische Kenntnisse besäßen.[588] Er mußte jedoch zugeben, daß die gewünschte Spezialisierung nicht stattgefunden habe, weil die Abteilung Propaganda der Kreisleitung das Unterrichtsmaterial nicht rechtzeitig bereitgestellt hatte und außerdem zuviel Zeit auf die Behandlung der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED verwandt worden sei.[589] Aus Forsters Äußerungen läßt sich schließen, daß die Abteilung Propaganda trotz ihrer personellen Verstärkung mit der Erstellung der Speziallektionen überfordert war, da ihre Mitarbeiter kaum Erfahrungen in der operativen Arbeit besaßen.[590] Außerdem bemängelte der Propagandasekretär, daß der Arbeitseifer der Genossen in der zweiten Hälfte des Lehrjahres deutlich nachgelassen habe.[591] Eine wesentliche Ursache dafür dürfte der XX. Parteitag gewesen sein: Der Kreisleitung war es anscheinend nicht gelungen, die Verwirrung der Mitarbeiter über den ideologischen Schwenk abzufangen,

587 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 19.11.1954, Redebeitrag Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 241f., hier 242.

588 Werner Forster: Referat in der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 28.8.1956; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 430–444, hier 432f.

589 Ebenda, Bl. 434. Vgl. auch die Bemerkung Werner Engmanns auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.11.1955, daß eine Grundorganisation der HA V (Innere Sicherheit) bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Unterrichtsmaterial zur „marxistisch-leninistischen Schulung“ erhalten habe, obwohl die Schulung bereits im September begonnen hatte; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 502–510, hier 504.

590 Vgl. Werner Forster: Referat in der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 28.8.1956, Bl. 440.

591 Vgl. ebenda, Bl. 434.

erschöpfte sich die inhaltliche Aneignung des Lehrstoffes in den einzelnen Zirkeln doch häufig, wie ehedem, in der Aufzählung theoretischer Lehrsätze. Die Kritik Forsters, daß beim Studium die „neuesten Erkenntnisse der ideologisch-politischen Auseinandersetzung“ nicht beachtet würden,[592] legt die Vermutung nahe, daß in vielen Zirkeln bei der Behandlung von Standardthemen auch nach dem XX. Parteitag überholte stalinistische Anschauungen nachgebetet wurden. Zur Orientierung der verunsicherten Mitarbeiterschaft hat dies wohl kaum beigetragen, insbesondere angesichts der Tatsache, daß in speziellen Lektionen zum XX. Parteitag gleichzeitig die neuen Lehrsätze vom friedlichen Übergang zum Sozialismus, von der friedlichen Koexistenz sowie von der Möglichkeit einer Einheitsfront mit der Sozialdemokratie[593] vorgetragen worden sein dürften.

Angesichts dieser Probleme beschloß die Kreisleitung Ende August 1956, wiederum in enger Abstimmung mit dem Kollegium,[594] eine erneute Veränderung des Parteischulsystems.[595] Die „marxistisch-leninistische Schulung“ wurde wieder als „Parteilehrjahr“ bezeichnet und als ihre Grundlage sollten wie früher die Schulungsmaterialien des ZK dienen, anstelle der eigens von der Kreisleitung erarbeiteten Lektionen.[596] Konsequenterweise beschloß das Kollegium daraufhin, den gerade erweiterten Stellenplan der Abteilung Propaganda wieder zu reduzieren.[597] Die Studienpläne wurden wieder stärker den Lehrplänen der allgemeinen Parteischulung angeglichen, ohne mit ihnen identisch zu sein.[598] Eine Aufgabe des Prinzips der inhaltlichen Differenzierung der Zirkel und Kurse bedeutete dies jedoch nicht: In der allgemeinen Parteischulung hatte die SED mit dem Parteilehrjahr 1956/57 eine Spezialisierung nach Tätigkeitsgebieten bei denjenigen Lektionszyklen eingeführt, die Funktionäre verschiedener Wirtschaftszweige, der Verwaltung und der Partei besuchten.[599] Sie bildete auch im MfS die Grundlage einer thematischen Differenzierung, die sich an den Zielobjekten der operativen Arbeit einzelner Abteilungen orientierte. Erst jetzt setzte sich übrigens durch die Übernahme der Lektionen der allgemeinen Parteischulung die Betonung wirtschaftlicher Themen auch im Staatssicherheitsdienst durch.

592 Ebenda, Bl. 437f.
593 Vgl. Staritz: DDR, S. 156.
594 Vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung im MfS am 13.7.1956; BStU, ZA, SdM 1551, Bl. 51–58, hier 56f.
595 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 28.8.1956: „Beschluß zur Durchführung des Parteilehrjahres 1956/57 in den Organen der Staatssicherheit“; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 314–327.
596 Ebenda, Bl. 315f.
597 Protokoll der Kollegiumssitzung im MfS am 13.7.1956, Bl. 56.
598 Vgl. SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 28.8.1956: „Beschluß zur Durchführung des Parteilehrjahres 1956/57 in den Organen der Staatssicherheit“, Bl. 317–327; „Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 10.5.1956 über das Parteilehrjahr 1956/57“, in: Neuer Weg (1956), H. 10, S. 651–664, die Lehrpläne siehe S. 656–664, letztere dokumentiert bei Förtsch: Parteischulung, S. 193–208.
599 Ebenda, S. 202–208.

Auf Intervention Mielkes, der im Sommer 1956 die Geschäfte für den erkrankten Minister Wollweber führte, wurde die zentrale Organisation der Parteischulung im MfS, aus der sich die Kreisleitung ursprünglich wieder hatte zurückziehen wollen, ausdrücklich beibehalten.[600] Nicht exakt zu klären ist, inwieweit die Beschlüsse die Mitverantwortung der dienstlichen Leiter sowie den dienstlichen Charakter der ideologischen Schulung berührten. Jedoch blieb der Befehl 171/55, der hierfür die Grundlage gebildet hatte, allem Anschein nach in Kraft. Bemerkenswert ist, daß das Kollegium beschloß, die Fachschulen des MfS künftig stärker in die politische Schulung der leitenden MfS-Mitarbeiter einzubeziehen.[601] Vermutlich hatte dies vorwiegend praktische Gründe: Während das MfS selbst keine höherrangigen Parteischulen wie etwa eine Bezirksparteischule besaß, waren seine Fachschulen mit Politlehrstühlen ausgestattet; das politische Studium war ohnehin Teil der Fachausbildung.

Der ideologischen Verhärtung des Regimes im Frühjahr 1957 entsprach eine generelle Umorientierung in der SED-Mitgliederschulung: Im Parteilehrjahr rückte die Behandlung politischer Fragen erneut in den Vordergrund, auch ökonomische Themen wurden vorrangig unter ideologischen Aspekten behandelt.[602] Für die Schulung im MfS besaß der politische Schwenk besondere Bedeutung, hatten dessen Mitarbeiter doch die Aufgabe, die von Ulbricht diagnostizierten „Aufweichungen“ und die später so genannte „politisch-ideologische Diversion“ in ihrer beruflichen Tätigkeit aufzuspüren. Für den Staatssicherheitsdienst bedeutete daher die erneute Politisierung des Parteilehrjahres, anders als etwa für Mitarbeiter von Produktionsbetrieben oder der Wirtschaftsverwaltung[603], keine Entfernung der Schulung von der beruflichen Praxis. Vielmehr wird hier besonders deutlich, daß die ideologische Schulung der Mitarbeiter eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des MfS im Sinne einer „Ideologiepolizei“[604] darstellte. Laut Arbeitsrichtlinien der Kreisleitung zur Auswertung des 30. Plenums vom Februar 1957 waren in der politisch-ideologischen Arbeit nunmehr insbesondere Grundsatzfragen der SED-Politik zu behandeln, damit die Mitarbeiter befähigt würden, revisionistische Theorien zu erkennen und diese Erkenntnisse in der operativen Arbeit umzusetzen. Die Mitgliederversammlungen hätten sich mit den feindlichen Auffassungen unter anderem von Kurt Vieweg, Friedrich Behrens und Arne Benary auseinanderzusetzen; im Parteilehrjahr sollten alle Probleme intensiv durchge-

600 Vgl. SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 28.8.1956: „Beschluß zur Durchführung des Parteilehrjahres 1956/57 in den Organen der Staatssicherheit“, Bl. 316; Protokoll der Kollegiumssitzung im MfS am 13.7.1956, Bl. 56.

601 Ebenda, Bl. 56f.

602 Vgl. Förtsch: Parteischulung, S. 132–134.

603 Vgl. ebenda, S. 145.

604 Siegfried Mampel: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewußtsein für das Totalitarismusmodell, Berlin 1996.

arbeitet werden, „von denen ausgehend der Klassenfeind seine revisionistischen Theorien entwickelt“. Überdies bat die Kreisleitung, ihr für die ideologische Schulung die abgeschlossenen Vorgänge zu Wolfgang Harich, Kurt Vieweg und anderen zur Verfügung zu stellen.[605]

Grundsätzliche organisatorische Veränderungen scheint die ideologische Wende für das Parteischulwesen im MfS zunächst nicht gebracht zu haben.[606] Erst für die sechziger Jahre gibt es Indizien, daß die Gesamtverantwortung der SED-Kreisleitung in der Berliner Zentrale für die Parteischulung im MfS zugunsten einer größeren Selbständigkeit der Parteileitungen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen wieder abgebaut worden ist.[607] Gleichzeitig wurde das MfS-interne Parteischulwesen, das nach dem 15. Plenum der Dezentralisierung der ideologischen Schulung im Staatssicherheitsdienst zum Opfer gefallen war, allmählich wieder aufgebaut. Bereits 1957 hatte Mielke erste Überlegungen hinsichtlich der Gründung einer Kreisparteischule im MfS angestellt, weil ihm „der tschekistische Teil“ auf den Schulen der territorialen Parteileitungen zu kurz kam.[608] Da es der SED-Kreisleitung im MfS Berlin in der Folgezeit immer schwerer fiel, genügend Plätze auf externen Parteischulen für die MfS-Mitarbeiter zu reservieren, plante sie 1960 erstmals wieder einen eigenen Kreisparteischullehrgang.[609] 1974 kam es zur Wiedergründung einer eigenen Parteischule[610], die ab 1976 unter dem Namen „Robert Mühlpforte“[611] firmierte. Mit deren Ausbau zur Bezirksparteischule im Jahr 1984[612] war die Entwicklung abgeschlossen.

605 SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 22.3.1957: „Arbeitsrichtlinie zur Durchführung der Beschlüsse des 30. Plenums des ZK (beschlossen im Büro am 19.3.1957)“; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 179–182, hier 179f. Vgl. auch Entschließung der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 1.8.1957 „zur Erfüllung der Beschlüsse der 32. Tagung des ZK“; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 777–780, hier 779.

606 Vgl. SED-Kreisleitung im MfS Berlin, Büro: Beschluß vom 18.8.1959 „zur Ergänzung des Beschlusses der Kreisleitung zur Durchführung des Parteilehrjahres 1959/60 vom 15. Mai 1959“; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 294–299, hier 299.

607 Dafür spricht, daß im Beschluß des Sekretariats des ZK über den Parteiaufbau im MfS aus dem Jahr 1968 von einer Verantwortung der Kreisleitung für die Parteischulung in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen nicht mehr die Rede ist; vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK am 18.12.1968; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/3/1481, Bl. 3 und 34–40.

608 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1957, Schlußwort Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 234–243, hier 240.

609 Joachim Hauck: „Bericht über die Durchführung der Aufgabe 1 des Beschlusses der 2. Delegiertenkonferenz am 21.3.1959“ in der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 28.7.1959; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 865–889, hier 885f.; SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 21.6.1960: „Maßnahme- und Arbeitsplan der Kreisleitung und des Büros bis Ende 1960 zur Auswertung und Durchführung der Beschlüsse der Kreisdelegiertenkonferenz vom Juni 1960“; ebenda, Bl. 437–451, hier 440.

610 „Grundsätze für die Arbeit der Parteischule“. Beschluß des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 30.7.1974; BStU, ZA, SdM 1039, Bl. 8–10.

611 Robert Mühlpforte: 1957–1972 Leiter der HA KuSch; vgl. Barth (Hrsg.): Wer war wer, S. 519.

612 SED-Kreisleitung, Parteischule „Robert Mühlpforte“ vom 10.8.1984: „Analyse über die Arbeit der Parteischule 'Robert Mühlpforte' im Studienjahr 1983/84“, S. 1; BStU, ZA, KL-SED 582, ohne Blattzählung, unerschlossenes Material.

Die „Auswertung" politischer Ereignisse

Die zentrale Bedeutung, die die dienstliche Leitung der Staatssicherheit der ideologischen Arbeit der SED-Parteiorganisation für die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit zumaß, schlug sich nicht nur in ihrem Einfluß auf die politische Schulung im engeren Sinne nieder, sondern auch in ihrer Einwirkung auf die Behandlung politischer Ereignisse und politischer Vorgaben in Parteiversammlungen und -gremiensitzungen. Ihr Engagement in diesem Bereich verdeutlicht überdies die engen Zusammenhänge zwischen ideologischer Schulung und praktischer Verfolgungstätigkeit der Staatssicherheit besonders gut. Denn als Wollweber im November 1953 von der Parteiorganisation verlangte, daß ihre Tätigkeit generell „politischer" werden solle, verbot er zwar die Erörterung operativer Details in Parteiveranstaltungen, forderte die SED im SfS jedoch gleichzeitig auf, künftig intensiver zum „allgemeinen Ergebnis" der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes Stellung zu nehmen, um ihren Beitrag zur Verbesserung der operativen Arbeit zu leisten. Darunter verstand er die die politische Analyse und Einordnung von bereits vollendeten operativen Aktionen durch die Parteileitung sowie deren Behandlung in Parteiversammlungen; außerdem sollte auf diese Weise die propagandistische Verwertung der Arbeit der Staatssicherheit in der Öffentlichkeit vorbereitet werden. Schließlich verlangte er von der Kreisleitung, künftig besondere politische Ereignisse, die Politik des „Gegners" sowie Grundprobleme der Arbeit der Staatssicherheit wie „Wirtschaftssabotage" oder den Kampf gegen das SPD-Ostbüro zu analysieren und „auszuwerten", das heißt auf Parteiveranstaltungen zu behandeln.[613] Faktisch forderte Wollweber damit von der Kreisleitung nicht nur die politische Analyse der Parteilinie und der politischen Tagesereignisse, sondern auch Vorschläge zu deren Umsetzung in Strategie und Taktik des Staatssicherheitsdienstes.

Wie die Auseinandersetzung zwischen Wollweber und dem Büro der Kreisleitung einige Monate später erkennen läßt, war die Kreisparteileitung im SfS Berlin von solchen Aufgaben überfordert. Im September 1954 kritisierte der Staatssicherheitschef das Büro scharf, weil es „nicht auf der Höhe der politischen Aufgaben" stehe. Es habe auf eine Reihe politischer Ereignisse der letzten Zeit wie etwa den „Seitenwechsel" des bundesdeutschen Verfassungsschutzpräsidenten Otto John oder die Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung nicht reagiert und keine Maßnahmen zu deren „Auswertung" in Parteiveranstaltungen getroffen.[614] Das Büro müsse zu politischen Tagesereignissen schnell

613 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953, Redebeitrag Ernst Wollweber; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 104–107, hier 104f.; „Kurze Niederschrift über die Besprechung des Gen. Staatssekretär und der Gen. Stellvertreter mit dem Sekretariat der Betriebsparteileitung" am 3.11.1953; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 201f.

614 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS Berlin am 21.9.1954; BStU, ZA,

und selbständig Stellung nehmen und den Mitarbeitern des SfS dadurch eine Orientierung für ihre Arbeit geben.[615] Die Bedeutung, die Staatssekretär Wollweber diesem Problem beimaß, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß er sich nicht damit begnügte, seine Kritik in einer Kreisleitungssitzung zu äußern, sondern einige Tage später eigens eine Kollegiumssitzung zu diesem Thema anberaumte, zu der die Mitglieder des Büros der Kreisleitung sowie der Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK, Gustav Röbelen, geladen waren.

Die Reaktionen der Büromitglieder auf Wollwebers Rüge sind in ihrer Hilflosigkeit bezeichnend für die Schwäche der Parteileitung: Kurt Richter, Büromitglied und stellvertretender Leiter der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan), erklärte, das Büro habe Schwierigkeiten gehabt, da seine Mitglieder „nicht einen so hohen Horizont wie der Gen[osse] Staatssekretär Wollweber und der Gen[osse] Generalleutnant Mielke“ besäßen.[616] Der Erste Sekretär der Kreisleitung, Hermann Steudner, übte zwar pflichtgemäß Selbstkritik und erkannte die Berechtigung der Vorwürfe des Staatssekretärs an, beklagte im selben Atemzug jedoch, daß jede operative Abteilung einen sowjetischen Berater besitze, der ihr helfe, die Beschlüsse der Partei in die eigene operative Arbeit umzusetzen, dem Büro der Kreisleitung es jedoch selbst überlassen bleibe, die richtige politische Linie zu finden. Außer dem Stellvertreter des Staatssekretärs Otto Last, der gleichzeitig Büromitglied war, habe niemand dem Büro geholfen. Künftig müsse die Leitung des SfS das Büro intensiver unterstützen.[617] Ausdrücklich forderte Steudner, Parteiaktivtagungen künftig eine Aussprache mit dem Staatssekretär voranzustellen.[618] Die Überforderung des Ersten Sekretärs läßt sich auch an seinem in diesem Zusammenhang geäußerten Rücktrittsgesuch ermessen.[619] Seine Strategie, die Schwierigkeiten des Büros nicht der mangelnden politischen Anleitung der eigentlich dafür zuständigen ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen[620] anzulasten, sondern ausschließlich auf fehlende Unterstützung der „Freunde“ und der dienstlichen Leitung hinzuweisen, beleuchtet nicht nur ein weiteres Mal die wichtige Rolle der sowjetischen Berater im Staatssicherheit, sondern belegt auch, daß die Bedeutung des Parteistrangs in der Praxis noch hinter den normativen Festlegungen zurückblieb.

Bei der dienstlichen Leitung des SfS stieß das Büro der Kreisleitung mit seinen Klagen auf wenig Verständnis. Wollweber erklärte, das Büro könne sich nicht auf das Fehlen spezifischer Anweisungen berufen, da keine

KL-SED 197, Bl. 207–211, hier 207; vgl. auch Dokument 6, S. 177.

615 Ebenda.

616 Ebenda, S. 178.

617 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS Berlin am 21.9.1954, Bl. 209f.

618 Dokument 6, S. 178.

619 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS Berlin am 21.9.1954, Bl. 210.

620 Vgl. Dokument 5, S. 171.

Kreisleitung solche erhalte.[621] Sein Erster Stellvertreter Erich Mielke machte darauf aufmerksam, daß Steudner in Kollegiumssitzungen und Dienstbesprechungen doch bereits „die Linie“ erhalte, hielt aber immerhin „noch mehr“ Hilfe der dienstlichen Leitung für notwendig.[622]

Mit seinem Arbeitsplan für das IV. Quartal 1954 versuchte das Büro der Kreisleitung, den Forderungen Wollwebers nachzukommen: Die Partei und ihre Grundorganisationen, so hieß es, müßten auf die aktuelle politische Situation und ihre Veränderungen sofort reagieren. Die Kreisleitung solle den Grundorganisationen dazu eine Orientierung geben. Sie sollten befähigt werden, politische Situationen selbständig richtig einzuschätzen und daraus Schlußfolgerungen für die Arbeit ihrer Abteilungen zu ziehen. Das Büro der Kreisleitung werde künftig in regelmäßigen Abständen und zu allen politischen Ereignissen Informationen herausgeben.[623]

Es ist anzunehmen, daß die Unfähigkeit des Büros der Kreisleitung, die politische Lage selbständig „auszuwerten“, einen Ausgangspunkt bildete für entsprechende Regelungen in der bereits erwähnten Direktive der Sicherheitskommission zur „Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im SfS“ vom Januar 1955: Einmal pro Woche sollte der Erste Sekretär mit den hauptamtlichen Mitgliedern des Büros der Kreisleitung die politische Situation und besondere politische Ereignisse erörtern und Maßnahmen für die Parteiarbeit überlegen. Diese hatte der Erste Sekretär der Kreisleitung anschließend mit dem Staatssekretär zu besprechen, und erst danach sollte die entsprechende Beschlußfassung im Büro erfolgen.[624] Für die Behandlung „wichtiger Beschlüsse der Partei und Regierung“ sah die Direktive ein ähnliches Verfahren vor.[625] Die dienstliche Leitung der Staatssicherheit übte also nicht nur auf die Organisation der ideologischen Schulung in Form des Parteilehrjahres wesentlichen Einfluß aus, sondern gab hinsichtlich der Tagespolitik und ihrer Umsetzung in Strategien der Staatssicherheit auch die Inhalte der politischen Arbeit der Parteiorganisation vor. Mit der Direktive der Sicherheitskommission wurde dies schließlich normativ festgeschrieben.

621 Dokument 6, S. 179.
622 Ebenda, S. 180.
623 Büro der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 1.10.1954: „Arbeitsplan der Kreisleitung für das IV. Quartal 1954“; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 92–100, hier 93 und 100.
624 Dokument 7, S. 185. Dort ist nicht vom Ersten Sekretär der Kreisleitung, sondern vom „Parteiorganisator“ die Rede, wohl deshalb, weil die Sicherheitskommission kurz vor der Abfassung der Direktive den Einsatz eines solchen für die SED im SfS beschlossen hatte; vgl. Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 6.7.1954; BA-MA, DVW 1/39543, Bl. 2. Da dieser Beschluß jedoch nie umgesetzt wurde, ist davon auszugehen, daß alle den Parteiorganisator betreffenden Bestimmungen nun für den Ersten Sekretär der Kreisleitung als ranghöchsten Parteifunktionär im SfS galten.
625 Ebenda, S. 186f.

Parteiversammlungen

Angesichts der engen Zusammenhänge zwischen der ideologischen Schulung und der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit des MfS bleibt zu fragen, welche Themen überhaupt auf Parteiveranstaltungen behandelt wurden. Die Referate und Redebeiträge von Kreisdelegiertenkonferenzen, Parteiaktivtagungen und Kreisleitungssitzungen weisen auf ein breites Themenspektrum hin: Behandelt wurden reine Parteithemen wie beispielsweise die Propagandaarbeit oder die Anleitung der Grundorganisationen durch die Kreisleitung, daneben die FDJ-Arbeit sowie die Arbeit in den Kultur- und Sportgruppen des MfS. Politische Lageanalysen nahmen, häufig mit den übrigen Themen verkoppelt, ebenfalls einen breiten Raum ein. Gegenstand der Diskussion war schließlich die „fachliche" Arbeit. Auf die Art und Weise ihrer Thematisierung wird im folgenden genauer eingegangen.

Einen ersten Schwerpunkt bildeten, wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln erläutert, die Bereiche Kaderarbeit, Disziplinierung und Schulung. Häufig angesprochen wurden zweitens Probleme der Arbeitsorganisation im MfS, etwa der Führungsstil von Vorgesetzten, die Anleitung der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen durch das MfS Berlin oder die Kooperation zwischen einzelnen Abteilungen. Dies geschah in Form allgemeiner Hinweise und Vorschläge, etwa dergestalt, daß um die häufigere und schnellere Weitergabe operativer Hinweise von einer Abteilung an die andere gebeten wurde, mitunter aber auch in sehr konkreter Form. 1954 beschwerte sich beispielsweise eine Mitarbeiterin der Abteilung XII (Auskunft, Speicher) im SfS auf einer Parteiaktivtagung darüber, daß die Hauptabteilung V (Innere Sicherheit) gebeten habe, bis zur Feier des 9. Jahrestages der Befreiung des Lagers Buchenwald, zu dem mehr als 40 000 Besucher anreisten,[626] eine Liste von 1 525 Personen zu überprüfen. Die in aller Eile gefertigten Überprüfungsergebnisse seien aber erst drei Wochen nach dem Treffen abgeholt worden, sie seien also offenbar doch nicht so wichtig gewesen.[627] Ein drittes in Abhängigkeit von den jeweiligen Sparappellen der SED-Führung immer wiederkehrendes Thema stellte der Umgang mit materiellen Ressourcen im MfS dar.[628]

Viertens schließlich wurde die operative Arbeit angesprochen. Zum einen betraf dies grundsätzliche strategische Vorgaben für die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit. Beispielsweise erläuterte Wollweber im Sommer

626 Der „Internationale Befreiungstag" fand am 11.4.1954 statt; vgl. Manfred Overesch: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995, S. 304f.

627 Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.5.1954, Redebeitrag der Genossin Schubert; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 180–182.

628 Vgl. z. B. Redebeiträge Otto Lechky, Fritz Mundt und Otto Walter auf der SED-Parteiaktivtagung am 25.11.1954; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 363–370, 373–378; Redebeiträge Werner Engmann und Ernst Wollweber auf der SED-Parteiaktivtagung am 18.11.1955; ebenda, Bl. 517–523.

1955 die neue Ausrichtung der SfS-Arbeit auf den Westen nicht nur in einer Dienstkonferenz, sondern wenige Tage später auch auf einer Parteiaktivtagung.[629] Die Dienstkonferenz im April 1957, auf der Ulbricht den Mitarbeitern die erneute Wende hin zu verstärkter innerer Unterdrückung nahebrachte, wurde im Mai 1957 sowohl in den Diensteinheiten als auch in einer Parteiaktivtagung behandelt.[630] Zum anderen bilanzierten Delegierte operativer Abteilungen auf Parteiaktivtagungen oder Kreisdelegiertenkonferenzen in ihren Redebeiträgen Erfolge und Probleme der Arbeit ihrer Abteilungen. Häufig analysierte ein Delegierter in einem solchen Fall zunächst die allgemeine politische oder wirtschaftliche Lage in seinem Arbeitsbereich, erläuterte mögliche Anknüpfungspunkte für gegnerische Tätigkeit, nannte eventuell auch Beispiele und schilderte dann Erfolge und Schwierigkeiten seiner Abteilung. Soweit aus den Protokollen zu ersehen, wurde das Verbot, nicht über Einzelheiten der operativen Praxis zu reden, dabei in der Regel eingehalten.[631] Thematisiert wurde vor allem die allgemeine taktische Ausrichtung der operativen Arbeit in den einzelnen Abteilungen, analog zur Gesamtstrategie des MfS. So berichtete 1956 beispielsweise ein Mitarbeiter des für die Überwachung des Flugzeugbaus[632] zuständigen Referates der Hauptabteilung VI, sie hätten bislang ihre operative Arbeit zu stark auf Verwaltungs- und Konstruktionsbereiche konzentriert und die eigentliche Produktion zu wenig beachtet.[633] Häufig wurde die operative Arbeit auch unter dem Blickwinkel der Erziehungsfunktion der Parteiorganisation betrachtet: Ebenfalls 1956 führte ein Delegierter Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der Kirchen darauf zurück, daß sich

629 Vgl. Ernst Wollweber: Referat in der Dienstbesprechung am 5.8.1955; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 43–77; ders: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung am 9.8.1955; BStU, ZA, DSt 102233, ohne Blattzählung.

630 Vgl. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.5.1957, insbes. die Eröffnung der Tagung durch Gerhard Heidenreich; BStU, KL-SED 570, Bl. 638–707 und KL-SED 631, Bl. 234–243, hier KL-SED 570, S. 638.

631 Lediglich drei Redebeiträge aus dem Jahr 1954 fallen aus dem Rahmen. Einer enthält konkrete IM-Zahlen, einer Steigerungsraten von IM-Zahlen und operativen Vorgängen, ein letzter schließlich die Decknamen einzelner inoffizieller Mitarbeiter sowie die Beschreibung von Problemen der operativen Aktion „Steigbügel"; vgl. in dieser Reihenfolge Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954, Redebeitrag des Genossen Berthold; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 226–236, hier 233–235; Redebeitrag Erich Jamin; ebenda, Bl. 42–48, hier 45; Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 6.8.1954, Redebeitrag Martin Weikert; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 280–292, hier insbes. 286–289. Inwieweit in diesen Einzelfällen ein Verstoß gegen Wollwebers Verbot der Erwähnung operativer Einzelheiten vorliegt oder die MfS-Führung diese Erwähnung zu Demonstrationszwecken ausnahmsweise für sinnvoll gehalten hat, ist nicht zu ermitteln; von letzterem ist zumindest im Falle des Redebeitrags des stellvertretenden Staatssekretärs Martin Weikert auszugehen.

632 Vgl. zur Bearbeitung der Luftfahrtindustrie Gerhard Barkleit: Zur Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, Dresden 1995.

633 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 10./11.3.1956, Redebeitrag des Genossen Riebecke; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1132–1137, hier 1134.

die Mitarbeiter des entsprechenden Referates noch nicht genügend von kirchlichen Vorstellungen gelöst hätten, und forderte seine Grundorganisation auf, hier stärker erzieherisch zu wirken.[634] Als in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Werbung inoffizieller Mitarbeiter durch Überzeugung gegenüber jener durch Erpressung an Bedeutung gewann[635], wurde schließlich auch die Erziehung der inoffiziellen Mitarbeiter thematisiert[636], die 1958 in der Richtlinie 1/58 als ein „Hauptprinzip" der IM-Arbeit bezeichnet wurde.[637]

Insgesamt nahm die Erläuterung unterschiedlicher Aspekte der „fachlichen" Arbeit trotz konspirativer Einschränkungen auf Parteiversammlungen beachtlichen Raum ein. Dies verdeutlicht auch die Bestimmung der Sicherheitskommission von 1955, daß das Büro der Kreisleitung die Durchführung grundsätzlicher dienstlicher Befehle vor allem hinsichtlich der Arbeitsorganisation, der Disziplin und der Ausbildung der Mitarbeiter „politisch" sicherzustellen hatte.[638] Was unterschied angesichts dieser Tatsache eine Parteiveranstaltung inhaltlich von einer Dienstbesprechung, abgesehen davon, daß in ersterer keine Einzelheiten der operativen Arbeit genannt werden durften? Eine normative Abgrenzung des Sinn und Zwecks beider Veranstaltungen existierte offenbar nicht. Tendenziell galten Parteiveranstaltungen wohl eher der Erziehung der Mitarbeiter, während es auf der dienstlichen Seite vorrangig um die Bewältigung konkreter geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Aufgaben ging.[639] Außerdem läßt sich ablesen, daß Parteiversammlungen stärker die politische, Dienstbesprechungen stärker die technische Seite der „fachlichen" Arbeit behandeln sollten.[640] Solche Grenzziehungen wurden jedoch immer wieder durch gegenteilige Ausführungen verwischt: Auf dem Hintergrund der Tatsache, daß Zaisser 1953 vorgeworfen worden war, er habe das MfS von der SED isoliert und die Parteiarbeit gehemmt, betonte Wollweber in den Jahren 1954 und 1955 immer wieder die Zusammengehörigkeit von politischer und geheimpoli-

634 Redebeitrag des Genossen Butter; ebenda, Bl. 1097–1104, hier 1099–1101.
635 Müller-Enbergs: Einleitung, S. 107f.
636 Vgl. u. a. Referat in der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 15.7.1955, o. A., ohne Titel; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 548–551 und 631–650, hier 643; Protokoll der SED-Parteiaktivtagung am 28.5.1957, Redebeitrag des Genossen Hellwig; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 660–663; „Bericht der Grundorganisation 5/IV über die politisch-ideologische Arbeit der Grundorganisation und Auswirkung auf die politische Erziehungsarbeit der inoffiziellen Mitarbeiter", in: Protokoll der Sitzung des Büros der SED-Kreisleitung am 25.11.1957; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 180–189, hier 184–189.
637 Vgl. Müller-Enbergs: Einleitung, S. 117–119.
638 Vgl. Dokument 7, S. 186.
639 Vgl. Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 21.9.1954, Redebeitrag des Propagandasekretärs Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 209.
640 Vgl. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 96–100, hier 97–99; Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 7.1.1955, Redebeitrag Helmut Schubert; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 730.

zeilich-geheimdienstlicher Arbeit.[641] Anfang 1955 hob Mielke zudem ausdrücklich hervor, daß Parteiversammlungen und Dienstbesprechungen als eine Einheit zu betrachten seien.[642]

Ein Vergleich der Protokolle von Parteiveranstaltungen und Dienstkonferenzen bzw. Dienstbesprechungen hilft wegen des unterschiedlichen Charakters der Mitschriften lediglich begrenzt weiter.[643] Immerhin läßt sich aus ihnen ablesen, daß die Werbung inoffizieller Mitarbeiter, die Durchführung von Treffs, die Bearbeitung von Vorgängen, also die operative Arbeit im engeren, technisch-praktischen Sinne, in Dienstbesprechungen, anders als in Parteiversammlungen, eine wichtige Rolle spielte. Auch sind Themenüberschneidungen im Bereich der Kaderarbeit, der Disziplinierung und Schulung der Mitarbeiter, der Arbeitsorganisation sowie der taktischen Ausrichtung der MfS-Arbeit festzustellen. Obwohl die Protokollberichterstattung über Dienstkonferenzen die technische Seite der geheimdienstlich-geheimpolizeilichen Arbeit einseitig überbetont, ist ihr doch zu entnehmen, daß die Erläuterung der allgemeinen politischen Lage sowie der grundsätzlichen politisch-strategischen Orientierungen der MfS-Arbeit auch auf dienstlichen Zusammenkünften üblich war,[644] also kein Monopol der Parteiveranstaltungen darstellte. Im Extremfall konnte dies, wie Wollwebers Ausführungen zur Ausrichtung der Arbeit auf den Westen zeigen, zu Referaten auf Dienstkonferenzen und Parteiaktivtagungen führen, die über weite Passagen nahezu wortgleich waren.[645]

Ein signifikantes Indiz für eine Angleichungstendenz zwischen Parteiveranstaltungen und Dienstkonferenzen stellt schließlich die Tatsache dar, daß auch leitende Mitarbeiter und Parteifunktionäre in der Staatssicherheit ihre Schwierigkeiten damit hatten, Unterschiede zwischen ihnen festzustellen. So klagten Parteifunktionäre in den Jahren 1954 und 1955 mitunter

641 Vgl. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 2.11.1953, Schlußwort Ernst Wollweber; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 104–107; Protokoll der SED-Parteiaktivtagung am 25.11.1954, Redebeitrag Ernst Wollweber; ebenda , Bl. 394–402, hier 398f.

642 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 7.1.1955, erster Redebeitrag Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl.70–76, hier 75f.

643 Während es sich bei Protokollen von SED-Kreisdelegiertenkonferenzen, Kreisleitungssitzungen und Kreisparteiaktivtagungen oft um Wortprotokolle handelt, sind Dienstbesprechungen, Dienstkonferenzen und Kollegiumssitzungen in der Regel als Verlaufs- oder gar nur als Beschlußprotokolle überliefert; zu letzterem vgl. z. B. BStU, ZA, SdM 1921 und 1900, jeweils passim.

644 Vgl. z. B. Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder, Abt. III, an Wollweber vom 18.2.1955 betr. „Aussprache mit dem Genossen Staatssekretär und der Kreisdienststelle Fürstenberg“; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 458–464, hier 461; „Notiz über Dienstbesprechung in der Bezirksverwaltung Schwerin“ am 3./4.2.1956; ebenda, Bl. 444–451, hier 450. Siehe auch Rededispositionen und Redemanuskripte Wollwebers für Dienstkonferenzen und -besprechungen; z. B. [Ernst Wollweber]:“Disposition zur Dienstbesprechung am 2.11.1954“; ebenda, Bl. 151–160, hier 151f.

645 Vgl. Ernst Wollweber: Referat in der Dienstbesprechung am 5.8.1955; ebenda, Bl. 43–77; ders: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung am 9.8.1955; BStU, ZA, DSt 102233, ohne Blattzählung.

darüber, daß Parteiversammlungen oder -gremiensitzungen sich zunehmend in Dienstbesprechungen verwandelten.[646] Auch Kurt Richter, Büromitglied und stellvertretender Leiter der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan), erklärte Anfang 1955, daß es bei ihnen in der Hauptabteilung zwischen Parteiversammlung und Dienstbesprechung „kaum ein[en] Unterschied" gebe. Darin konnte er aber „nichts Schlechtes" erkennen: „Natürlich wird es gewisse Unterschiede geben. In der Parteiversammlung werden mehr politische Probleme behandelt und in der Dienstbesprechung dienstliche Fragen, aber nicht ohne Erörterung der politischen Lage." Und abschließend betonte er: „Wenn man bei uns in die Dienstbesprechung kommt, sind wir darauf stolz, daß unsere Mitarbeiter ihre Aufgaben als Parteimitglieder sehen, politisch sehen."[647]

Eine exakte inhaltliche Grenzziehung zwischen Parteiversammlung und Dienstbesprechung war deshalb nicht möglich, weil sie erstens dem grundlegenden Selbstverständnis der SED widersprach, dem zufolge die Parteiarbeit eine Hilfestellung zur Bewältigung der „fachlichen" Arbeit bieten und mit ihr eine enge Verbindung eingehen solle. Der Erfolg in der „fachlichen" Arbeit galt generell, nicht nur im MfS, als Gradmesser erfolgreicher Parteiarbeit,[648] weshalb beispielsweise Rechenschaftslegungen auf Delegiertenkonferenzen über die Arbeit der Grundorganisation nicht selten in die Aufzählung von „fachlichen" Erfolgen und Schwierigkeiten mündeten. Die darin angelegte Tendenz zur Vermengung von „fachlicher" und Parteiarbeit wurde in der Staatssicherheit zweitens durch die im Vergleich zu einem Produktionsbetrieb unmittelbarere politische Zielrichtung der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit verstärkt. Das MfS war eine Geheimpolizei der Partei, und seine Mitarbeiter verstanden, wie auch die oben wiedergegebene Bemerkung Richters dokumentiert, ihre berufliche Tätigkeit in einem weiteren Sinne ebenfalls als „Parteiarbeit".

Drittens schließlich beraubte die Tatsache, daß über über 90 Prozent der Mitarbeiter der SED angehörten, die Parteiversammlungen einer ihrer wesentlichen Funktionen: „Wir haben folgende Schwierigkeiten bei uns", so umriß Erich Mielke Anfang 1955 die Situation, „im Betrieb diskutieren sie in der Parteiversammlung die Fragen, um sie unter den parteilosen Arbeitern durchzusetzen. [...] Bei uns ist der besondere Charakter, daß wir alle Genossen sind."[649] Parteiversammlungen in Produktionsbetrieben waren im Regelfall Zusammenkünfte eines elitären Zirkels der Belegschaft, der

646 Vgl. Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung am 21.9.1954, Redebeitrag des Propagandasekretärs Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 209; Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 7.1.1955, Redebeiträge Helmut Schubert und Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 730–734, hier 730 und 732f.

647 Ebenda; Redebeitrag Kurt Richter, Bl. 735.

648 Vgl. J. Stalin: Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1950, S. 718f.

649 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 7.1.1955, zweiter Redebeitrag Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 77–80, hier 80.

dort mit den neuesten Beschlüssen der politischen Führung und deren Konsequenzen für die Produktion bekanntgemacht wurde. Die Parteimitglieder hatten diese gegenüber parteilosen Belegschaftsmitgliedern sowohl in der täglichen Zusammenarbeit als auch in Dienstbesprechungen zu vertreten und durchzusetzen. Im Staatssicherheitsdienst dagegen dürfte sich die personelle Zusammensetzung von Parteiversammlungen und Dienstbesprechungen kaum unterschieden haben, was die weltanschauliche Avantgardefunktion der Partei innerhalb des MfS außer Kraft setzte und so einen wichtigen Unterschied zwischen beiden Veranstaltungstypen hinfällig machte.

6.5. Die Zusammenarbeit zwischen Parteileitungen und dienstlichen Vorgesetzten

Die vorangegangenen Kapitel beleuchteten bereits unterschiedliche Facetten des Verhältnisses zwischen Parteileitungen und dienstlichen Vorgesetzten; in diesem Abschnitt soll es systematischer betrachtet werden. 1952 forderte der künftige Parteisekretär der Hauptabteilung Personenschutz (HA PS), Günther Weichelt, daß die „führende Rolle der Partei" auch in den einzelnen Abteilungen des MfS durchzusetzen sei und daß die Parteileitungen von den dienstlichen Vorgesetzten „rechtzeitig über alle Maßnahmen [zu] unterrichten" seien, um gegebenenfalls darauf reagieren zu können.[650] In seiner Antwort stellte Zaisser den Vorrang der dienstlichen Leitungen unmißverständlich klar: „Der führende Leiter in der Abteilung ist der Abteilungsleiter", so der Minister. Die „führende Rolle der SED" sei im MfS nicht dahingehend zu verstehen, daß die Parteileitungen in den Diensteinheiten alles wissen und untersuchen müßten. Vielmehr bestehe sie darin, daß alle Mitarbeiter, auch die Leitungskader, von der Partei eingesetzt würden und von dort ihre Anweisungen erhielten.[651] Unterstützt wurde Zaisser in seiner Haltung vom höchsten Funktionär der SED im MfS, dem Bezirksparteisekretär Otto Walter. Verbundenheit der operativen Arbeit mit der Parteiarbeit, so erklärte dieser, bedeute nicht, daß dem Parteisekretär jeder operative Vorgang vorgelegt werde, und er dann sein Veto einlegen könne.[652]

Prinzipiell war zwischen den Spitzenfunktionären der Parteiorganisation und der Leitung der Staatssicherheit unumstritten, daß der dienstliche Vorgesetzte gemäß dem Prinzip der „Einzelleitung" allein die Leitungsverant-

650 SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 490f.

651 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, erster Redebeitrag Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 505f. Vgl. auch Dokument 1, S. 156.

652 SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 493–500, hier 499.

wortung für die jeweilige Hauptabteilung oder Abteilung trug, unbeeinträchtigt durch die Kompetenzen des jeweiligen Parteisekretärs. Dennoch forderten Parteifunktionäre unter Verweis auf ihre Erziehungsaufgaben in der Amtszeit Zaissers immer wieder bessere Informationen über die Arbeitsleistungen einzelner Mitarbeiter und im Zusammenhang damit eine intensivere Einbeziehung der Parteiorganisation in die operative Arbeit. Neben Disziplinierungskompetenzen in der operativen Arbeit[653] verlangte der Erste Sekretär der Kreisleitung, Karl Früholz, im Sommer 1952 beispielsweise, daß die Parteisekretäre zu Besprechungen operativer Maßnahmen hinzugezogen werden müßten, damit sie die Möglichkeit hätten, zur beruflichen Entwicklung der Mitarbeiter regelmäßig Stellung zu nehmen.[654] Außerdem schlug die Kreisleitung vor, daß die Parteileitungen künftig regelmäßige Besprechungen mit operativen Mitarbeitern abhalten und sie gemeinsam mit den jeweiligen Abteilungsleitungen auswerten sollten.[655] Im Januar 1953 räumte die Erste Sekretärin der Kreisleitung, Isolde Sobeck, zwar ein, daß es ein Recht der Parteisekretäre auf Unterrichtung über operative Angelegenheiten nicht geben könne[656], klagte aber gleichzeitig darüber, daß es die Parteiarbeit behindere, wenn die Parteifunktionäre nur unzureichenden Einblick in die operative Arbeit erhielten.[657] Kurze Zeit später erklärte das Sekretariat der Bezirksleitung gegenüber Walter Ulbricht, daß eine Reihe von Dienststellen- und Abteilungsleitern Mängel in der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit nicht an die Parteileitungen herantrage. Als Beispiel führte es zwei Kreisdienststellenleiter an, die die Meinung vertreten hätten: „Die fachliche Arbeit mache ich allein, dabei kann mir die Partei nicht helfen."[658]

Zaisser selbst sah in der strukturellen Verknüpfung von Parteiämtern und dienstlichen Funktionen an der Spitze des MfS die Gewähr für eine ausreichende Information der Parteiorganisation über die operative Arbeit. Als „Stellvertreter für politische Arbeit" nehme Walter selbstverständlich an allen operativen Besprechungen teil, erklärte er im Juni 1952, und dort könne er auch Vorschläge für die operative Arbeit machen, die sich aus seiner politischen Arbeit ergäben. Eine solche Zusammenarbeit empfahl Zaisser auch, mit nicht näher spezifizierten Einschränkungen, für die unteren hierarchischen Ebenen im MfS. Außerdem forderte er, nicht Wachmänner oder Fahrer, sondern „fachlich" verantwortliche Genossen an die

653 Vgl. S. 84–89.
654 Vgl. Rechenschaftsbericht auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, vorgetragen von Karl Früholz; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 593.
655 Entwurf der Entschließung der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952; ebenda, Bl. 540.
656 Isolde Sobeck: Manuskript des Referates auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953; BStU, ZA, KL-SED 570, hier Bl. 19f.
657 Ebenda.
658 Vgl. Bericht des Sekretariats der SED-Bezirksleitung VII c [im MfS] an Ulbricht vom 23.5.1953, S. 3–5, Zitat S. 3; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

Spitze der Parteileitungen zu wählen. Dann werde sich das Problem des Einflusses der Parteileitungen auf die operative Arbeit viel leichter lösen lassen.[659] Eine erste Umsetzung dieses Ratschlages stellte möglicherweise die Wahl eines der Stellvertreter des Ministers, Otto Last, 1952 in die Kreisleitung[660] und ihr Sekretariat dar. Sie wurde damit begründet, daß „durch seine Mitarbeit im Sekretariat der Kreisleitung eine ständige Verbindung zwischen der Partei- und fachlichen Arbeit vorhanden sein wird".[661]

Auf die geschilderten Tendenzen der Parteiorganisation, im Zusammenhang mit ihrer Erziehungsfunktion ihre Kompetenzen auszuweiten, reagierte der Minister, indem er die Stellung der dienstlichen Vorgesetzten stärkte. Wie bereits erwähnt, schob er der abteilungsöffentlichen Kritik an ihrer dienstlichen Tätigkeit einen Riegel vor. Außerdem stellte er es in das Ermessen der dienstlichen Leiter, inwieweit sie die Parteiorganisationen bei der Ahndung dienstlicher Vergehen sowie der Behebung von Schwächen einzelner Mitarbeiter in der operativen Arbeit einschalteten.[662] Schließlich behielt er ihnen die Entscheidung darüber vor, welche Informationen sie den Parteisekretären über die operative Arbeit zukommen ließen. Die Parteifunktionäre gerieten dadurch in eine Bittstellersituation gegenüber den dienstlichen Vorgesetzten und waren in starkem Maße von deren freiwilliger Kooperationsbereitschaft abhängig. Zahlreiche Klagen bezeugen, daß diese in keinem der bislang angesprochenen Bereiche – Kaderarbeit, Disziplinierung und Schulung der Mitarbeiter, Information der Parteisekretäre über die operative Arbeit – den Vorstellungen der SED im MfS entsprach. So nimmt es nicht wunder, daß ihr Erster Sekretär, Otto Walter, wie bereits geschildert, nach dem Sturz Zaissers versuchte, über Festlegungen hinsichtlich der Disziplinierungskompetenz Kontrollfunktionen der Parteiorganisation in der operativen Arbeit normativ zu verankern – ein Vorstoß, der jedoch scheiterte.[663]

Mit der Umstrukturierung der Parteiorganisation im Herbst 1953 wurde ihre frühere formelle Unterstellung unter die dienstliche Leitung beseitigt, die Vorrangstellung der letzteren blieb jedoch erhalten. Aus dem Einzelleitungsprinzip leitete der Erste Sekretär der SED im SfS, Hermann Steudner,

659 Protokoll der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 14./15.6.1952, erster Redebeitrag Zaisser; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 507f.

660 Protokoll vom 15.6.1952 [der Wahl der Delegierten für die SED-Landesdelegiertenkonferenz im MfS, der Wahl der Kreisleitung sowie der Revisionskommission der SED-Kreisparteiorganisation im MfS Berlin]; ebenda, Bl. 547–550, hier 547.

661 Protokoll der konstituierenden Sitzung der SED-Kreisleitung im MfS Berlin am 25.6.1952; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 329. Um zu beweisen, daß Zaisser die Parteiarbeit behindert habe, behauptete Otto Walter nach dessen Absetzung 1953, der Minister habe der Mitarbeit Lasts im Sekretariat nur unter großem Zögern zugestimmt. Im Lichte der Aussage Zaissers auf der Kreisdelegiertenkonferenz ist dies jedoch unwahrscheinlich; vgl. Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS am 19.8.1953, erster Redebeitrag Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 1072, Bl. 190–194, hier 194.

662 Vgl. S. 85–88.

663 Vgl. S. 89.

1955 sogar eine faktische Unterordnung der Parteiorganisation unter die dienstliche SfS-Leitung ab. Er wies die Kreisdelegiertenkonferenz ausdrücklich darauf hin, „daß die Leitung des Staatssekretariats mit den Mitgliedern des ZK, Gen[ossen] Wollweber und Gen[ossen] Mielke an der Spitze, für die gesamte Arbeit des Staatssekretariats die Verantwortung trägt und deshalb auch von ihrer Seite Hinweise und Empfehlungen als Orientierung in der Arbeit der Parteiorganisation anzusehen sind“[664]. Daß diese Position nicht nur als verbale Bekundung zu verstehen war, bezeugt der Umstand, daß der Staatssicherheitschef die Richtlinien für die „Auswertung“ politischer Vorgaben der SED-Führung im MfS bestimmte,[665] ebenso wie die Tatsache, daß der Minister den Rahmen für die Disziplinierungskompetenzen der Partei in bezug auf die „fachliche“ Arbeit vorgab.[666] Die faktische Unterordnung der Parteiorganisation unter die dienstliche Leitung zeigt sich überdies in der Rolle des Ersten Sekretärs der Kreisleitung im Kollegium des MfS. Zwar war dessen Verhaltensspielraum auch von seiner Persönlichkeit bestimmt, trotzdem lassen sich einige gemeinsame Grundmuster des Verhaltens der drei im Untersuchungszeitraum aufeinanderfolgenden Ersten Sekretäre nachzeichnen. Eigene Anträge brachten sie fast ausschließlich zu einigen Arbeitsbereichen der Kreisparteiorganisation ein: beispielsweise zur politischen Schulung[667] oder zur Kulturarbeit im MfS.[668] Auch ihr Diskussionsverhalten war, soweit das angesichts der kursorischen Wiedergabe der Redebeiträge in den Protokollen feststellbar ist, in gewisser Weise „ressortbezogen“. Grundsätzlich scheinen sie sich zwar zu allen besprochenen Themen geäußert zu haben, auch zur operativen Arbeit. Insbesondere Hermann Steudner stellte dabei jedoch häufig einen Bezug zu den Aufgaben der Parteiorganisation her: So erklärte er zur Überwachung der Leipziger Messe durch das SfS 1954, die Parteiorganisation werde einen qualifizierten Genossen nach Leipzig senden, um die auf der Messe operativ arbeitenden Mitarbeiter des SfS politisch zu betreuen.[669] Klar erkennbar ist schließlich, daß sich der Erste Sekretär, ebenso wie die übrigen Mitglieder des Kollegiums, der Autorität des Staatssekretärs bzw. des Ministers unterordnete, der die Sitzungen leitete

664 Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 21./22.5.1955; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1041.

665 Vgl. S. 126–128.

666 Vgl. S. 79–104.

667 Vgl. etwa Protokoll der Kollegiumssitzung am 11.1.1955; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 245–248, hier 247f.; Protokoll der Kollegiumssitzung vom 8.6.1955; ebenda, Bl. 195–202, hier 202; Protokoll der Kollegiumssitzung am 13.7.1956; ebenda, Bl. 90–97, hier 95f.

668 Protokoll der Kollegiumssitzung am 14.9.1954; ebenda, Bl. 299–305, hier 302f.; Protokoll der Kollegiumssitzung am 11.10.1956; ebenda, Bl. 41–58, hier 55.

669 Protokoll der Kollegiumssitzung am 30.8.1954; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 306–316, hier 309, vgl. auch Mielkes Äußerung; ebenda, Bl. 308. Vgl. auch die Äußerungen Schönherrs zu den Überprüfungen der Arbeit der Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg in der Kollegiumssitzung am 15.3.1957; BStU, ZA, SdM 1552, Bl. 82–101, hier 92–94.

und ihre Ergebnisse jeweils zusammenfaßte und gemäß dem Einzelleitungsprinzip verantwortete.

Auch auf der Ebene der Hauptabteilungen und Abteilungen sicherte dieses Prinzip die alleinigen Entscheidungskompetenzen der dienstlichen Leitungen in ihrem Arbeitsbereich. Mielke betonte, ebenso wie einige Jahre vor ihm Zaisser, in einer Kreisleitungssitzung Anfang 1955: „Ein Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter ist verantwortlich für die Durchführung der operativen und politischen Arbeit. Die Verantwortung nimmt dem Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter niemand ab, auch nicht der Parteisekretär."[670] In gewisser Weise war allerdings der Vorrang der dienstlichen Leitungen in den unteren Hierarchieebenen dadurch durchbrochen, daß die Parteileitungen, wie bereits geschildert, die Vorgesetzten wegen ihrer Personalführung oder ihrer Arbeitsorganisation zur Rede stellen konnten. Erst auf einer höheren Ebene wurde er dadurch wieder hergestellt, daß die höchste Schlichtungsinstanz im MfS bei Konflikten zwischen Parteileitungen und dienstlichen Vorgesetzten der Minister und nicht der Erste Sekretär der Kreisleitung war.

Im Rahmen der faktischen Unterordnung der Parteileitung unter die dienstliche Leitung spielte sich in den Jahren 1953 bis 1957 die Zusammenarbeit zwischen beiden Hierarchien allmählich ein, kristallisierten sich die Formen und Mechanismen der Mitwirkung der Partei an der „fachlichen" Arbeit heraus. Erstens wurden in Wollwebers Amtszeit die Gesprächskontakte intensiviert. Bereits 1952 hatte das Sekretariat der Kreisleitung den Versuch unternommen, über Besprechungen mit Leitern der operativen Abteilungen seinen Informationsstand hinsichtlich der „fachlichen" Arbeit zu verbessern.[671] 1954 nahm das Büro der Kreisleitung die offenbar zum Erliegen gekommenen Gespräche, von Wollweber unterstützt[672], wieder auf. In einer Besprechung mit dem Leiter der Abteilung 3 der Hauptabteilung V, die für die Überwachung der Blockparteien und Kirchen zuständig war, stellten die Beteiligten politische Schwächen der Mitarbeiter fest und berieten das Problem, daß die operativen Mitarbeiter wegen ihres jugendlichen Alters mit den Pfarrern, auf die sie angesetzt waren, nicht richtig reden könnten.[673] Im Auftrag des Büros der Kreisleitung

670 Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 7.1.1955, erster Redebeitrag Erich Mielke; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 70–76, hier 75. Vgl. auch die Äußerungen der Kreisleitungsmitglieder Kurt Richter und Alfred Scholz in derselben Sitzung; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 723f.

671 Vgl. Rechenschaftsbericht der Zentralen Leitung der Betriebsparteiorganisation [= SED-Kreisleitung] auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im SfS Berlin am 6./7.3.1954; BStU, ZA, KL-SED 815, Bl. 171–223, hier 190; Protokoll der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS Berlin am 4.7.1952; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 331–333, hier 331.

672 Vgl. Wollwebers Redebeitrag in der Sitzung der SED-Kreisleitung im SfS Berlin am 14.4.1954, in der er solche Gespräche fordert; BStU, ZA, KL-SED 631, Bl. 30–36, hier 32f.

673 Vgl. Protokoll der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 21.9.1954, Redebeitrag Günther Weichelt; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 207–211, hier 208.

schlug ihr Erster Sekretär Steudner daraufhin sogar im Kollegium vor, die jungen Mitarbeiter durch ältere zu ersetzen.[674] Eine solche, dienstliche Kaderfragen betreffende Kollegiumsinitiative blieb freilich ein Einzelfall.

Mit der im Januar 1955 von der Sicherheitskommission beschlossenen Direktive „zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im SfS“ wurde das Recht der Parteileitungen, dienstliche Leiter in ihren Gremiensitzungen berichten zu lassen, normativ festgeschrieben,[675] außerdem erhielten die Parteileitungen erstmals ein verbindliches Recht auf regelmäßige Kontakte zu den dienstlichen Leitungen: Die Weisung sah vor, daß sich der Staatssekretär und der Erste Sekretär der Kreisleitung[676] wöchentlich und darüber hinaus zusätzlich noch einmal monatlich treffen sollten. Außerdem sollten Hauptabteilungs- bzw. Abteilungsleiter und der jeweilige Sekretär der Grundorganisation regelmäßige Aussprachen führen. Thematisiert werden sollte vor allem die Erziehung der Mitarbeiter zu Arbeitsmoral und Disziplin, ihre politische und „fachliche“ Schulung, die Kaderarbeit sowie die Arbeit der Parteiorganisation; daneben sollten auch „Mängel und Schwächen“ in der Arbeit des SfS zur Sprache kommen und den Parteileitungen bzw. ihren Ersten Sekretären Gelegenheit gegeben werden, Vorschläge zu deren Überwindung zu machen.[677] Die Unterordnung der Parteileitungen unter die dienstlichen Leitungen wird einmal mehr in der Bestimmung verdeutlicht, wonach die Arbeitspläne der Parteileitungen mit dem dienstlichen Vorgesetzten ihres Arbeitsbereichs abzustimmen seien,[678] während eine umgekehrte Verpflichtung nicht bestand.

Auch diese Direktive enthielt den Parteileitungen ein generelles Recht auf Informationen über die operative Arbeit vor. Lediglich der Staatssekretär wurde angewiesen, in seinen monatlichen Gesprächen mit dem Ersten Sekretär der Kreisleitung auch die Planung operativer Aktionen zu thematisieren, freilich mit dem Zusatz, „soweit das möglich ist“. Letztlich lag es damit im Ermessen des Staatssicherheitschefs, wieviel er von der operativen Arbeit preisgab. Zudem wurde dem Ersten Sekretär der Kreisleitung eine Schweigepflicht auferlegt: Über bevorstehende größere Operationen durfte er das Büro der Kreisleitung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Staatssekretärs informieren.[679]

Eine zweite Möglichkeit des gemeinsamen Vorgehens von dienstlichen und Parteileitungen war im Bereich der sogenannten Instrukteurseinsätze gegeben. Bei solchen Einsätzen untersuchte eine Abordnung der Kreislei-

674 Protokoll der Kollegiumssitzung am 14.9.1954; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 299–305, hier 304f.
675 Dokument 7, S. 186.
676 Im Text des Dokumentes 7 ist statt vom Ersten Sekretär der Kreisleitung vom Parteiorganisator die Rede, vgl. Anm. 624.
677 Dokument 7, S. 185 und 188.
678 Ebenda, S. 189.
679 Ebenda, S. 185.

tung die Arbeit einer Grundorganisation. Es spricht alles dafür, daß dabei auch diejenigen Gebiete der „fachlichen“ Arbeit in ihr Blickfeld gerieten, die sonst ebenfalls von der Parteiarbeit berührt wurden, etwa die Arbeitsdisziplin der Mitarbeiter, ihre Ausbildung und Schulung oder die Personalführung der Vorgesetzten. Im Lichte des bisher Gesagten ist jedoch davon auszugehen, daß solche Einsätze in Absprache mit der dienstlichen Leitung stattfanden. 1954 begutachtete die Kreisleitung beispielsweise „nach Rücksprache mit der Leitung des SfS“ die für die materielle Versorgung zuständige „Hauptabteilung Verwaltung und Wirtschaft“ sowohl im Hinblick auf die Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben als auch in bezug auf die Arbeit ihrer Grundorganisation.[680] Bei der bereits erwähnten Untersuchung der Fachschule Potsdam-Eiche durch die Kreisleitung und die Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK waren der Staatssekretär und sein Erster Stellvertreter Erich Mielke zumindest in die Formulierung der Ergebnisse eingebunden.[681] Die Sicherheitskommission verfügte im Januar 1955 schließlich, daß die Kreisleitung bei ihren Instrukteurseinsätzen „die Vorschläge des Genossen Staatssekretärs, die sich aus dessen Kenntnis der Mängel und Schwächen in der operativen Arbeit ergeben“, zu berücksichtigen habe.[682]

Drittens beteiligte Wollweber die SED im SfS ebenso wie die Leiter der Diensteinheiten und der Bezirksverwaltungen 1954 an der Erarbeitung eines grundsätzlichen dienstlichen Regelwerks[683], der Dienstordnung des SfS, die Bestimmungen zur Arbeitszeit, Arbeitsorganisation und -planung sowie einige Regelungen zur Arbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern enthielt und außerdem Verantwortungsbereiche und Weisungsbefugnisse leitender Mitarbeiter festlegte.[684] Möglicherweise in Anlehnung an dieses Vorgehen legte die bereits erwähnte Direktive der Sicherheitskommission im Januar 1955 fest, daß das Büro der Kreisleitung bei der Ausarbeitung „wichtiger und grundsätzlicher Befehle“ der Leitung des Staatssekretariats mitwirken solle, insbesondere dann, wenn sich diese Befehle auf „Fragen der inneren Ordnung, der Festigung der Disziplin, der Arbeitsorganisation, der fachlichen und politischen Ausbildung u. a.“ bezogen.[685] Dies war die weitreichendste Mitentscheidungsbefugnis, die der SED im SfS in der Direktive zugebilligt wurde. Sie erhellt einmal mehr, in welchen Teilbereichen der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit der Schwerpunkt

680 Arbeitsplan der SED-Kreisleitung im SfS Berlin für das III. Quartal 1954 vom 7.7.1954; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 470–479, hier 475; Hermann Steudner: „Bericht über die Arbeit des Büros der Kreisleitung im III. Quartal 1954“ auf der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 21.9.1954; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 207 und 213–220, hier 218f.

681 Vgl. S. 113.

682 Dokument 7, S. 188.

683 Hermann Steudner: Referat auf der SED-Parteiaktivtagung im SfS Berlin am 18.5.1954; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 129.

684 Dienstordnung des SfS vom 17.9.1954; BStU, ZA, DSt 100935, ohne Blattzählung.

685 Dokument 7, S. 186.

der Mitwirkung der Parteiorganisation lag. Für den Berichtszeitraum ist zwar über eine Umsetzung dieser Bestimmung nichts bekannt, zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß die Sitzungsprotokolle des Büros erst für die Zeit ab 1957 überliefert sind.

Viertens schließlich sollte sich die Kreisleitung, wie bereits angedeutet, um die Durchsetzung von Anordnungen der dienstlichen Leitung kümmern, indem sie die Mitarbeiter unter Rückgriff auf politisch-ideologische Argumentationen von deren Richtigkeit überzeugte. Dies konnte im Einzelfall auf Beschwerden von Mitarbeitern hin geschehen, besaßen diese doch die Möglichkeit, sich an die Kreisleitung zu wenden, falls sie mit einer Weisung ihres Vorgesetzten nicht einverstanden waren[686]: Als sich beispielsweise 1954 Mitarbeiter der Hauptabteilung Verwaltung und Wirtschaft über die Entlassung einer Kollegin empörten, die über 100 Tage im Jahr krank gewesen war, wurde ihnen auf einer von der Kreisleitung mit organisierten Veranstaltung diese Entscheidung nochmals in einer Weise erläutert, die der Straffung der Arbeitsdisziplin höchst förderlich gewesen zu sein scheint: Danach sei, so der Hauptabteilungsleiter Fritz Mundt, der Krankenstand um die Hälfte zurückgegangen.[687]

In wichtigen Fällen konnten neue dienstliche Vorschriften auch systematisch in Parteiversammlungen behandelt werden. Belegt ist ein solches Vorgehen für die bereits erwähnte Dienstordnung, nach deren Inkrafttreten die Kreisleitung 1954 beschloß, daß zu ihrem Inhalt in allen Grundorganisationen Stellung zu nehmen und jeder Genosse von ihrer „Richtigkeit“ zu überzeugen sei.[688] Die Direktive der Sicherheitskommission vom Januar 1955 legte fest, daß das Büro der Kreisleitung die Durchführung der Befehle der dienstlichen Leitung „politisch“ sicherstellen solle, an deren Ausarbeitung es beteiligt gewesen war.[689]

Besondere Bedeutung gewann die Erläuterung dienstlicher Anweisungen durch die Parteiorganisation in politischen Wendezeiten: So monierte im Oktober 1956 der Erste Sekretär der Kreisleitung, Schönherr, daß es die Grundorganisationen versäumt hätten, während der Unruhen in Ungarn den Genossen im MfS den Grund für die „erhöhte Einsatzbereitschaft“ zu erklären: „D. h., nicht etwa über den Befehl zu diskutieren, im Gegenteil, den Genossen die Bedeutung des Befehles politisch klarzumachen und damit die strikte Durchführung des Befehls zu sichern“[690].

Die Ausrichtung der Staatssicherheit auf die Bekämpfung von „Revisio-

686 Vgl. Dokument 1, S. 154; Protokoll der Kollegiumssitzung am 19./20.2.1958; BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 1–19, hier 4.

687 Protokoll der SED-Kreisparteiaktivtagung am 25.11.1954, Redebeitrag Fritz Mundt; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 369f.

688 Arbeitsplan der SED-Kreisleitung im SfS Berlin für das IV. Quartal 1954 vom 1.10.1954; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 95.

689 Dokument 7, S. 186.

690 Alfred Schönherr: „Bericht über [den] Stand der Parteiarbeit“ auf der SED-Kreisleitungssitzung im MfS Berlin am 30.10.1956; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 461.

nismus“ und „ideologischer Diversion“ ab Frühjahr 1957 und die damit einhergehende besondere Betonung des politischen Charakters der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit verstärkte die Bedeutung dieses Aspekts der Parteiarbeit. Im April 1957 forderte die Sicherheitskommission von der Parteiorganisation im MfS unter anderem, sie solle „kritischer und kämpferischer zur Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees und der Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit Stellung nehmen“.[691] Die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen beauftragte anläßlich eines Brigadeeinsatzes die Parteileitungen in der Bezirksverwaltung Rostock, künftig für eine „gründliche und ständige politische Erläuterung der Befehle der Dienstvorgesetzten“ zu sorgen, um die Mitarbeiter zu ihrer Erfüllung zu mobilisieren.[692] Im Sommer 1957 sollten sich die Parteiorganisationen im MfS in die Erläuterung und Anwendung der neuen Dienstanweisungen 16/57 und 17/57 einschalten,[693] mit denen unter anderem Operativgruppen und Objektdienststellen des MfS in Großbetrieben eingerichtet wurden und das Verhältnis zwischen den territorialen Parteileitungen und den Dienststellen des MfS geregelt wurde.

Die Umsetzung dieses Auftrages gelang der SED im MfS allerdings nur teilweise: Zwar beschloß die SED-Kreisleitung in der Berliner Zentrale pflichtgemäß, die politischen Hintergründe der Dienstanweisungen in Parteiversammlungen zu erörtern und sich zudem darum zu kümmern, daß die Weisungen in Dienstbesprechungen ausführlich behandelt würden.[694] Zumindest in einem Teil der Bezirksverwaltungen aber war das Engagement der Parteileitungen gering: Die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen mußte beispielsweise im September feststellen, daß in der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt bis dahin die Dienstanweisungen lediglich „dienstlich“ erläutert worden seien, sich die Parteiorganisationen zu wenig eingeschaltet und keine Beschlüsse zur „politischen Durchsetzung“ dieser Vorschriften gefaßt hätten.[695] Doch trotz solcher Defizite ist die politische Erläuterung dienstlicher Anweisungen durch die SED im MfS als wichtiges Element der ideologischen Formierung des Parteigeheimdienstes zu bewerten.

691 Beschluß der Sicherheitskommission vom 8.4.1957; BA-MA, DVW 1/39557, Bl. 4–6, hier 6.

692 ZK-Abt. für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 30.4.1957: Bericht „über den Instrukteureinsatz in der Bezirksverwaltung des MfS Rostock“; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 201.

693 Vgl. Protokoll der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 1.8.1957, Redebeiträge Artur Hofmann und Otto Walter; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 751–767, hier 751f. und 763.

694 Vgl. SED-Kreisleitung im MfS Berlin vom 3.6.1957: „Perspektivplan des Büros der Kreisleitung VII c/1 von Juni bis September 1957“; BStU, ZA, KL-SED 364, Bl. 504–508, hier 504; Entschließung der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 1.8.1957 „zur Erfüllung der Beschlüsse der 32. Tagung des ZK“; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 777.

695 ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, Sektor MfS vom 11.10.1957: „Bericht über den Instrukteureinsatz im Arbeitsbereich der Bezirksverwaltung des MfS Karl-Marx-Stadt“; BStU, ZA, SdM 1896, Bl. 548; vgl. auch „Die Aufgaben unserer heutigen Arbeitstagung bestehen darin...“ [Referat auf einer Arbeitstagung mit den Mitarbeitern für Sicherheitsfragen der territorialen Kreisleitungen], o. D. [Oktober 1957]; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/103, Bl. 188–198, hier 193f.

7. Bilanz

Ein Überblick über die Geschichte der SED im MfS in den fünfziger Jahren zeigt, daß die Rolle der Betriebsparteiorganisation im Repressionsapparat keineswegs von Anfang an festgelegt war. Vielmehr kristallisierte sie sich im Laufe der fünfziger Jahre erst allmählich heraus, im Wechselspiel zwischen der SED-Führung, der MfS-Leitung und der Parteileitung im MfS. Die Beteiligung der sowjetischen Besatzungsmacht ist in den Quellen nur punktuell feststellbar, ihre Mitwirkung bei wichtigen Entscheidungen kann aber als sicher angenommen werden. Von den genannten Akteuren war die Betriebsparteiorganisation der schwächste, nicht nur weil sie bis 1953 formell dem Minister für Staatssicherheit unterstellt war. Vielmehr rangierte im MfS die Parteiarbeit ihrem Stellenwert und Prestige nach deutlich hinter der operativen Arbeit. Zwar gehörten in den fünfziger Jahren über 90 Prozent seiner Mitarbeiter der SED an, was dem MfS-Personalbestand den Charakter einer weltanschaulichen Eliteformation verlieh und Ausdruck des Selbstverständnisses des Ministeriums als „Schild und Schwert der Partei“ war. Gerade deshalb aber erschien, insbesondere Anfang der fünfziger Jahre, die unmittelbare Sicherung der SED-Herrschaft durch die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Praxis vielen Angehörigen des Sicherheitsapparates dringlicher als die politische Erziehung einer Mitarbeiterschaft, der es viel eher an der „fachlichen“ Qualifikation als an der richtigen politischen Einstellung gefehlt haben mag. Die Parteiarbeit blieb jenen überlassen, die von oben dazu eingesetzt oder wegen Mißerfolgen in der operativen Arbeit in die Parteiarbeit abgeschoben wurden. Eine Reihe der Parteifunktionäre besaß geringe oder keine operativen Erfahrungen; es ist anzunehmen, daß Erfahrungen in Betriebsparteiorganisationen außerhalb des MfS ebenfalls selten waren.

So ist es kein Wunder, daß in der Ära Zaisser viele Parteifunktionäre im MfS noch unsicher waren, wie Funktion und Aufgaben der SED im Staatssicherheitsdienst ausgefüllt werden sollten. Die Parteiarbeit war schwach und konzeptionslos; anfangs beschränkte sie sich offenbar im wesentlichen auf die ideologische Schulung. Trotz dieser offenkundigen Schwäche forderten einzelne Parteivertreter weitreichende Rechte der SED-Organisation in bezug auf die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Arbeit, beispielsweise die volle Information des Parteisekretärs über alle operativen Anordnungen des dienstlichen Vorgesetzten auf gleicher Ebene. Die wenigen überlieferten Quellen enthüllen hier wohl nur die Spitze des Eisbergs. Zwar scheinen die Spitzenfunktionäre der SED im MfS allzu eifrige Genossen mitunter gebremst zu haben; aber auch bei ihnen ist das Bemühen

erkennbar, unter Hinweis auf die Erziehungsaufgabe der Parteiorganisation eine intensivere Einbeziehung in die „fachliche“ Arbeit zu erreichen. Allerdings agierten sie dabei so ungeschickt, daß sie den Widerspruch der dienstlichen MfS-Leitung in Gestalt des Ministers Wilhelm Zaisser hervorriefen.

In Zaisser stand der schwachen und weithin orientierungslosen SED im MfS ein Akteur gegenüber, der sehr präzise Vorstellungen von der Rolle der Betriebsparteiorganisation besaß, schon weil er die Parteiarbeit in der sowjetischen Roten Armee genau kannte: Die SED im MfS sollte vor allem die Effizienz seines Geheimapparates erhöhen und auf diese Weise die SED-Herrschaft mit sichern. So förderte Zaisser vor allem diejenigen Parteiaktivitäten, die diesem Ziel dienlich schienen: die ideologische Schulung der Mitarbeiter ebenso wie die Disziplinierungspraxis der Partei, soweit sie dem Privatleben der Mitglieder oder der Arbeitsdisziplin im Apparat galt. Auf der anderen Seite verwahrte er sich gegen alle Bestrebungen der SED im MfS, die seiner Ansicht nach die Wirksamkeit der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit gefährdeten, weil sie die Konspiration verletzten oder die Befehlsgewalt der Vorgesetzten beeinträchtigten. In der besonders heiklen Phase der Machtsicherung nach der 2. Parteikonferenz 1952 mit ihrem Beschluß zum Aufbau des Sozialismus, der nach stalinistischer Auffassung notwendigerweise zur Verschärfung des Klassenkampfes führen mußte, stärkte Zaisser die Stellung der Vorgesetzten: Er nahm sie im dienstlichen Bereich von der abteilungsöffentlichen Kritik in der Parteiversammlung aus und stellte es außerdem in ihr Ermessen, wie weit sie die Parteiorganisation bei Schwierigkeiten in der operativen Arbeit einschalten wollten. Entscheidend ist, daß Zaisser die Kontrolle der „fachlichen“ Arbeit durch die SED mit dem Ziel der Sicherung der Herrschaft eben dieser Partei einschränkte.

Der dritte Akteur, die SED-Parteispitze mit ihrem zentralen Parteiapparat, spielte in der Arbeit der Parteiorganisation im MfS bis zum Sommer 1953 so gut wie keine Rolle. Die Anleitungsstrukturen waren erstaunlicherweise äußerst schwach ausgebildet. Möglicherweise ist dies dem starken Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht im Sicherheitsapparat zuzuschreiben. Darauf deutet zumindest der Vorfall um die Parteikritik am Leiter der Hauptabteilung Personenschutz, Franz Gold, hin, als beide Kontrahenten, der Minister Zaisser und der Bezirksparteisekretär Otto Walter, sich zur Bestätigung ihrer gegenteiligen Ansichten auf Aussagen sowjetischer Funktionäre beriefen. Denkbar ist aber auch, daß der zentrale Parteiapparat in dieser frühen Zeit mit der Anleitung der einzelnen SED-Gliederungen generell überfordert war; darüber werden weitere Forschungen zur SED-Organisationsgeschichte möglicherweise Aufschluß geben.

Erst im Sommer 1953 traten Ulbricht und die Parteiführung intensiver in Erscheinung. Zaissers Bestreben, die Kompetenzen der SED im MfS einzuschränken, um Effizienzverlusten in der „fachlichen“ Arbeit vorzubeugen, ließ sich im Kontext des Vorwurfs der „Fraktionsbildung“ auf dem 15.

Plenum hervorragend gegen ihn verwenden, um so mehr, als der 17. Juni das Versagen des MfS enthüllt hatte. Im Sinne der SED-Ideologie gewendet, der zufolge das ideologische Bewußtsein die Erfolge in der beruflichen Praxis bestimmte, war es gerade die mangelnde Bindung des Staatssicherheitsdienstes an die führende Partei und die Schwäche der Parteiorganisation im MfS gewesen, die das Desaster verursacht hatten. Folgerichtig schuf Ulbricht mit Sicherheitskommission und ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen Einrichtungen, über welche die Parteiführung ihren Staatssicherheitsdienst künftig intensiver kontrollieren sollte. In diesen Zusammenhang läßt sich auch die Umstrukturierung der SED im SfS im Herbst 1953 einordnen, die die tiefste Zäsur in ihrer Organisationsgeschichte bis 1989 darstellte. Die Reorganisation dezentralisierte die bis dahin alle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes umfassende einheitliche Parteiorganisation und löste sie aus der dienstlichen Unterstellung unter den Staatssicherheitschef. Durch die – freilich erst auf Anweisung der Sowjets vollständig durchgeführte – Dezentralisierung erhielten die territorialen Bezirks- und Kreisparteileitungen Anleitungsbefugnisse gegenüber den Parteiorganisationen in den SfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen; die ihnen von der SED-Führung zugedachten weitgehenden Einblicke und Eingriffsrechte in die operative Arbeit dagegen verweigerte ihnen die sowjetische Besatzungsmacht aus konspirativen Gründen – dies ist ein Indiz dafür, daß sich Zaisser mit seinen Vorstellungen über die Rolle der SED im MfS im Einklang mit den sowjetischen Dienststellen befunden haben wird.

Das zweite Element der Umstrukturierung, die Aufhebung der Ämter der „Stellvertreter für politische Arbeit“ bzw. „PK-Leiter“, setzte die Parteiorganisation von jeder dienstlichen Unterstellung frei. Die Reorganisation schuf die Voraussetzungen für eine direktere und intensivere Anleitung durch den Parteiapparat, dem Ulbricht selber vorstand, sowie für eine größere Unabhängigkeit der Betriebsparteiorganisation von der dienstlichen Leitung, hätte also durchaus Ausgangspunkt für eine stärkere Kontrolle der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit durch die SED im MfS sein können.

Tatsächlich ging die Entwicklung in eine andere Richtung: Erstens wurde die strukturelle Verbindung von Parteiämtern und dienstlichen Funktionen in der Folgezeit durch personelle Verknüpfungen ersetzt: Der Erste Sekretär der Kreisleitung war seit 1954 Mitglied des Kollegiums, im Gegenzug gehörten ein bis zwei Stellvertreter des Ministers dem Büro der Kreisleitung an. Auf den unteren hierarchischen Ebenen sollten die dienstlichen Leiter oder ihre Stellvertreter ebenfalls Mitglied der ihnen gleichgeordneten Parteileitung sein. Parteigremien wie die Kreisleitung waren stark mit dienstlichen Verantwortungsträgern durchsetzt. Diese Teilidentität von dienstlichen und Parteileitungsgremien prägte die Parteiarbeit bis 1989. Sie erleichterte die Abstimmung zwischen beiden Hierarchien und verhinderte Konflikte, ermöglichte es aber vor allem der

dienstlichen MfS-Leitung, unerwünschte Parteiinitiativen im Keim zu ersticken.

Zweitens blieb der Handlungsspielraum der Parteiorganisation auch unter Wollweber durch konspirative Notwendigkeiten und das militärische Prinzip der Einzelleitung begrenzt. Seine Grenzen verliefen kaum anders als in der Amtszeit Zaissers: Weiterhin besaß der dienstliche Leiter allein die Verantwortung für alle Entscheidungen in seinem Arbeitsbereich. Weiterhin stand es in seinem Ermessen, wieviel er den Parteifunktionären über die operative Arbeit mitteilte. Wollweber führte Zaissers Linie fort, indem er die Erörterung operativer Details in Parteiversammlungen verbot und im Parteirahmen Diskussionen lediglich über ihre allgemeine, politisch-strategische Seite zuließ. Besonders deutlich wird der Primat der dienstlichen Belange in der von ihm erlassenen Direktive 1/56, die die Rechte der Parteimitglieder bei der Diskussion der operativen Tätigkeit in Parteiversammlungen regelte. Mit ihr legte der Minister die Disziplinierungskompetenzen der Betriebsparteiorganisation in einer Weise fest, daß es letztlich immer der dienstlichen Leitung vorbehalten blieb zu prüfen, ob eine Parteikritik konspirative Regeln verletzte. Doch wurden nicht nur jene Tätigkeitsfelder der SED im MfS dienstlich reglementiert, die die „fachliche" Arbeit unmittelbar berührten. Unter Berufung auf den politischen Charakter der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes griff die dienstliche Leitung auch in einen der ureigensten Kompetenzbereiche der Betriebsparteiorganisation ein: die ideologische Schulung. Dies zeigt die Federführung des Ministers bei der „Auswertung" politischer Ereignisse und politischer Vorgaben der SED-Parteiführung in der Betriebsparteiorganisation ebenso wie die Umwandlung des formal freiwilligen SED-Parteilehrjahres in die dienstlich überwachte Pflichtveranstaltung der „marxistisch-leninistischen Schulung" für das Jahr 1955/56. Insgesamt ergibt sich das Bild einer zwar seit 1953 nicht mehr normativ fixierten, aber um so wirkungsvolleren faktischen Unterordnung der SED-Parteiorganisation im MfS unter die dienstliche Leitung des Staatssicherheitsdienstes, die bis 1989 niemals in Frage gestellt wurde.

Der zentrale Unterschied der Amtszeit Wollwebers im Vergleich zu derjenigen Zaissers bestand nicht in der Begrenzung der Parteikompetenz selbst, sondern darin, daß Wollweber, anders als Zaisser, die Spielräume der SED im MfS nicht im Alleingang oder allenfalls mit Rückendeckung der russischen Besatzungsmacht absteckte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger hat Wollweber dabei eng mit der SED-Parteiführung zusammengearbeitet. Wichtige Rechte und Pflichten der SED im MfS wurden in der Amtszeit Wollwebers kodifiziert; wie die Direktive 1/56 behielten sie in ihrem Kern Gültigkeit über die fünfziger Jahre hinaus. Die Betriebsparteiorganisation scheint in der Regel Objekt dieser normativen Bestimmungen gewesen zu sein; lediglich bei der Umwandlung des Parteilehrjahres in die „marxistisch-leninistische Schulung" ist ihr eine aktivere Rolle nachzuweisen. Im allgemeinen entstanden solche Weisungen in enger Abstimmung

des Ministers für Staatssicherheit mit den zuständigen Instanzen des ZK, vor allem der Abteilung für Sicherheitsfragen und der Sicherheitskommission, die sie in der Regel endgültig billigte. Die Tatsache, daß die SED-Parteiführung in Wollwebers Amtszeit die Unterordnung der Betriebsparteiorganisation unter die dienstliche Leitung niemals in Frage stellte, sondern selbst daran beteiligt war, die Kompetenzen der SED im MfS zu begrenzen, macht deutlich, daß trotz der Beschuldigungen Ulbrichts auf dem 15. Plenum von einer „Hemmung" der Parteiarbeit im Staatssicherheitsdienst durch Wollwebers Vorgänger Zaisser nicht die Rede gewesen sein kann. Die Begrenzung der Kompetenzen der Betriebsparteiorganisation im MfS erwuchs vielmehr aus der Eigenlogik der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Tätigkeit. Die Geschichte der SED im MfS kann als Beispiel dafür angesehen werden, daß Konspiration und militärische Einzelleitung dem Kontrollbedürfnis der herrschenden Partei Grenzen setzten. Eine weitergehende Kontrolle des Sicherheitsapparates hätte vermutlich seine Funktionstüchtigkeit gestört und ihn tendenziell außerstande gesetzt, den Generalauftrag der SED zu erfüllen, ihre Herrschaft zu schützen.

Trotz der beschriebenen Grenzen im Handlungsspielraum der SED im MfS war ihre Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst keineswegs belanglos; die Unterordnung unter die dienstliche Leitung war die Voraussetzung dafür, daß sich in der Amtszeit Wollwebers Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteiorganisation in einigen Bereichen der MfS-Arbeit weiterentwickelten, die sich in Ansätzen bereits in der Zeit bis 1953 herausgebildet hatten. Sie lagen an den Schnittpunkten zwischen geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Arbeit und politisch-ideologischer Kadererziehung und betrafen vor allem die Kaderarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, ihre Arbeitsdisziplin, die Personalführung der Vorgesetzten sowie die Arbeitsorganisation im Apparat. Für alle diese Themen bildeten Parteiversammlungen und -gremiensitzungen ein alternatives Diskussionsforum, auch wenn die dortigen Kommunikationsstrukturen keineswegs so egalitär waren, wie die SED-Ideologie das vorzuspiegeln suchte. Wie beim Ritual von „Kritik und Selbstkritik" deutlich wird, dienten sie im Gegenteil häufig dazu, auf die SED-Mitglieder im MfS Druck auszuüben. Über ihre Disziplinierungskompetenzen gegenüber den einzelnen Mitarbeitern, die die „fachliche" Schulung, die Arbeitsdisziplin sowie die militärische Disziplin im Apparat betrafen, sollte die SED im MfS einen Beitrag zur Steigerung der Effizienz des Staatssicherheitsdienstes leisten. Durch die Überwachung des Privatlebens der Mitarbeiter hatte sie Sicherheitsrisiken zu senken, die jedem Geheimdienst aus privaten Verfehlungen entstehen können. Weil sie gemäß dem Verständnis der SED alle Verfehlungen im beruflichen und privaten Bereich auf ein unzureichendes politisches Bewußtsein zurückführte und deren vorgeblich ideologische Wurzeln freizulegen trachtete, dienten ihre Disziplinie

rungsaktivitäten gleichzeitig der ideologischen Formierung der MfS-Mitarbeiter.

Im Laufe der fünfziger Jahre entwickelte sich die Parteiorganisation außerdem zu einem „Frühwarnsystem“ für innerbetriebliche Kommunikationsstörungen sowie zu einem Instrument der Konfliktbewältigung innerhalb des MfS. Immer wieder haben MfS-Mitarbeiter Schwierigkeiten mit ihren Vorgesetzten an die Partei herangetragen, auch wenn deren Disziplinierungskompetenzen gegenüber leitenden Mitarbeitern durch das Prinzip der Einzelleitung und die enge Verflechtung zwischen dienstlichen und Parteileitungen naturgemäß begrenzt waren. Das Vorgehen der Kreisleitung im Falle des Leiters der Abteilung Finanzen 1957 zeigt jedoch, daß die Parteileitungen Klagen zumindest teilweise ernsthaft prüften und den betreffenden Vorgesetzten unter Wahrung seiner Autorität auch zur Rede stellten. Beides, die Disziplinierungsaktivitäten der Parteiorganisation ebenso wie ihr Konfliktmanagement können allgemein als Strategien zur Effektivierung betrieblicher Abläufe unter den Bedingungen einer bürokratisch organisierten und ideologisch begründeten Diktatur interpretiert werden. Möglicherweise hat die SED innerhalb des Staatssicherheitsdienstes solche Funktionen jedoch lediglich deshalb ausüben können, weil sie hier, anders als in vielen Produktionsbetrieben, nicht nur um die 15, sondern über 90 Prozent der Mitarbeiter organisierte. Überdies gab es im MfS keine Gewerkschaftsorganisation.[696] Vergleichende Forschungen zu anderen Betriebsparteiorganisationen könnten erweisen, inwieweit die SED bei der Arbeitsmobilisierung der Staatssicherheitsangehörigen Aufgaben übernahm, die anderswo in die Kompetenz des FDGB fielen.

Die Beteiligung an konkreten „fachlichen“ Entscheidungen in bestimmten Bereichen war das weitgehendste Mitwirkungsrecht, daß der SED im MfS bezüglich der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Arbeit zugestanden wurde. Wie unter anderem die Rolle des ersten Sekretärs im Kollegium illustriert, blieb es jedoch auf ein Mitberatungsrecht begrenzt, ein regelrechtes Vetorecht war durch das Einzelleitungsprinzip ausgeschlossen. 1955 wurde das Recht des Büros der Kreisleitung kodifiziert, bei der Ausarbeitung „grundsätzlicher Leitungsbefehle“ insbesondere der Aus- und Fortbildung sowie der Aufrechterhaltung der militärischen und Arbeitsdisziplin beteiligt zu werden. Eine Umsetzung läßt sich allerdings für den Untersuchungszeitraum nicht nachweisen. Von zentraler Bedeutung ist dagegen die Einbeziehung von Parteivertretern in Kaderentscheidungen, die in Einzelfällen bereits für die Jahre bis 1953 belegt ist. Im Verlauf der Amtszeit Wollwebers bürgerte es sich in den Diensteinheiten des MfS in unterschiedlichem Ausmaß ein, bei Auszeichnungen, Versetzungen und

696 Die in den siebziger Jahren eingerichtete FDGB-Kreisorganisation im MfS umfaßte nur die Zivilbeschäftigten, die weniger als 5 % der Mitarbeiterschaft ausmachten, nicht aber die Berufssoldaten; Gieseke: Hauptamtliche, S. 29.

Beförderungen die Parteileitungen zu beteiligen, wenngleich ein solches Beratungsrecht im Untersuchungszeitraum anscheinend nicht normativ fixiert wurde. Als sich im Zuge der ideologischen Verhärtung des SED-Regimes nach dem 30. Plenum 1957 die Tendenz zur stärkeren ideologischen Uniformierung der Kader im Staatsapparat verstärkte, scheint sich überdies die Mitwirkung der Parteileitungen an der Erstellung dienstlicher Beurteilungen im MfS mehr und mehr durchgesetzt zu haben. Insgesamt entwickelte sich in der Kaderarbeit eine besonders intensive Zusammenarbeit zwischen dienstlichen Leitungen und Parteileitungen; sie stellte sicher, daß die kaderpolitischen Maximen des SED-Regimes bis in die untersten Ränge des Staatssicherheitsdienstes befolgt wurden.

Die ideologische Schulung war neben der Mitgliederdisziplinierung und der Beteiligung an der Kaderarbeit das dritte wichtige Element einer ideologischen Formierung der MfS-Angehörigen durch die Parteiorganisation. Die Verinnerlichung der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihrer jeweils aktuellen Interpretation durch die SED-Parteiführung war für die Handlungsfähigkeit des Repressionsapparates eine wesentliche Voraussetzung, denn die genaue Zielrichtung geheimpolizeilich-geheimdienstlicher Tätigkeit war nur unter Rückgriff auf ideologische Vorgaben der SED-Führung zu bestimmen. Die Umsetzung der Feindbilder der politischen Führung in Strategien zur Verfolgung politischer Gegner blieb freilich der dienstlichen Leitung des MfS vorbehalten; so gesehen setzte die SED-Parteiführung „die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse“ primär über die politische Anleitung der MfS-Führung und damit die dienstlichen Strukturen durch. Die Parteiorganisation hatte jedoch politisch-strategische Orientierungen, die ihnen zugrundeliegenden Feindbilder und zum Teil auch die darauf beruhenden dienstlichen Weisungen bis in die untersten Ebenen der MfS-Hierarchie zu vermitteln und einzupauken. Ein von dienstlichen Notwendigkeiten entlasteter Parteistrang leistete einen wesentlichen Beitrag zur Bindung des Staatssicherheitsdienstes an die Parteiführung, indem er die Rückbindung der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Tätigkeit an die politischen Vorgaben der SED-Führung in jeder einzelnen Diensteinheit, in jeder einzelnen Dienststelle immer wieder neu aktualisierte und sie jedem einzelnen Mitarbeiter zu Bewußtsein zu bringen versuchte. Fast vierzig Jahre lang trug die SED-Parteiorganisation im MfS so dazu bei, daß der Repressionsapparat im Sinne der politischen Führung funktionierte und dessen Macht aufrecht erhielt.

8. Dokumente

Editorische Vorbemerkung

Bei den Dokumenten wurden offensichtliche Rechtschreib- und Interpunktionsfehler stillschweigend berichtigt, überdies wurde ihre Schreibweise behutsam den heutigen Regeln des Duden angepaßt. Eindeutig fehlende Worte oder Silben wurden in eckigen Klammern ergänzt, Abkürzungen ebenfalls in eckigen Klammern aufgelöst, wo es zum besseren Verständnis sinnvoll erschien. Die Wiedergabe der Dokumente erfolgt ungekürzt. Hervorhebungen im Original (Unterstreichungen, Fett- oder Sperrdruck) sind durch Kursivdruck kenntlich gemacht.

Verzeichnis der Dokumente

Nr.	Titel des Dokuments	Seite
1	Redebeitrag Wilhelm Zaissers auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin (28. Januar 1953); BStU, ZA, KL-SED 570.	152
2	Entwurf eines Politbürobeschlusses zur Parteiarbeit im Staatssekretariat für Staatssicherheit (31. August 1953); SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/2.	160
3	Brief Ernst Wollwebers, des Staatssekretärs für Staatssicherheit, an Walter Ulbricht, den Ersten Sekretär des ZK der SED (23. September 1953); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62.	166
4	Sowjetischer Vorschlag zum Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit [ohne Datum]; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62.	167
5	Vorläufige Bestimmungen zum Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit [ohne Datum]; BStU, ZA, DSt 102102.	168
6	Sitzung des Kollegiums des Staatssekretariats für Staatssicherheit (25. September 1954); BStU, ZA, SdM 1901.	177
7	Entwurf der am 26. Januar 1955 beschlossenen Direktive zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit (7. Dezember 1954); BStU, ZA, KL-SED 393.	184
8	Entwurf des Beschlusses vom 4. März 1955 zur Umwandlung des Parteilehrjahres in die marxistisch-leninistische Schulung (23. Februar 1955) mit Anlagen A bis D; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101.	190
9	Befehl 171/55 des Staatssekretärs für Staatssicherheit (9. Juni 1955); BStU, ZA, DSt 100120.	199
10	Direktive 1/56 des Ministers für Staatssicherheit (10. Februar 1956); BStU, ZA, DSt 101143.	200

Dokument 1

28. Januar 1953

Redebeitrag Wilhelm Zaissers auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin[697]

Genossinnen und Genossen!
Es ist vielleicht ungewöhnlich, wenn ich als erster spreche. Ich habe darum gebeten, weil ich gleich wieder weg muß. Ich habe nicht die Absicht, über alle Möglichkeiten zu sprechen, sondern nur über 2 Fragen, und zwar über Kritik und Selbstkritik, Kritik von unten und Parteiarbeit und operative Arbeit. Darüber will ich sprechen. Die Genossin Referentin[698] hat mit vollem Recht festgestellt, auf diesem Gebiet muß Klarheit geschaffen werden.
Vorher muß ich eine Vorbemerkung machen. Die Genossen unter Ihnen, die schon länger hier im MfS arbeiten, die erinnern sich noch der Zeit, sie liegt schon unendlich weit zurück, schon fast zwei Jahre, vielleicht noch etwas mehr, als, wenn ich das mal ganz kurz formulieren soll, im MfS die Parteiarbeit völlig darnieder lag. Eine Parteiorganisation hat kaum existiert, soweit sie existierte, nur formal, von einer wirklichen lebendigen Parteiarbeit konnte gar keine Rede sein. Alles war ausgerichtet auf die operative Arbeit. Ich will darüber nicht sprechen, wie das gekommen ist, welche objektiven Gründe vorhanden waren usw. Das ist nicht wichtig. Ich will nur feststellen, daß das ein unmöglicher Zustand war und grundfalsch war. Es hat eine Reihe von Diskussionen gekostet, es hat Arbeit gekostet, bis allmählich so in der zweiten Hälfte 1951 ein Umschwung einsetzte, die Parteiorganisation lebendig wurde, die Parteiarbeit lebendiger wurde. In diesem Prozeß des sich Herausbildens einer wirklichen lebendigen und aktiven Arbeit der Parteiorganisation wurde ein erster Höhepunkt erreicht auf der großen Aktivtagung am 29.2.1952. Diese große Aktivtagung, und die dann folgenden Erörterungen dieser ganzen Fragen im Politbüro, schloß mit der Annahme des Beschlusses des Politbüros über die Arbeit im MfS. Diese Dinge haben sozusagen eine gewisse Entwicklungsetappe in unserer ganzen Arbeit abgeschlossen und gaben andererseits noch einen sehr starken Antrieb zu einer noch weiteren Entwicklung und zu einem noch Lebendigerwerden der ganzen Parteiarbeit.
Wer sich erinnert an diese Aktivtagung vom 29.2.52, der wird sich erinnern, wie sehr scharf Genosse Walter Ulbricht herausstellte das Problem –

697 BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 28–36.
698 Diese und alle folgenden Erwähnungen der „Genossin Referentin“ beziehen sich auf das Referat Isolde Sobecks auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953; ebenda, Bl. 6–26.

man muß loskommen von der Tatsache, daß die Parteiorganisationen im Lande und im Ministerium schweigen, daß sie sich nicht wagen, die Meinung zu vertreten, Kritik zu üben, man muß auch in der Parteiorganisation des MfS entwickeln die Kritik und Selbstkritik.[699] Das war einer der zentralen Punkte bei den Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht.
Selbstverständlich, alle Dinge haben ihre eigene Logik. Ich möchte das folgendermaßen ausdrücken, ganz kurz, vielleicht nicht ganz exakt: wenn damals, also vor dieser Zeit, das Pendel zu weit nach der einen Seite ausgeschlagen war – um es in die richtige Lage zu bringen, notwendig scharf in den Vordergrund zu rücken – ist es selbstverständlich, daß jetzt, bei dem Schlagen des Pendels zurück in die normale Lage, das Pendel zunächst überschlägt, d. h. nach der anderen Seite und es wird immerhin eine Zeitlang dauern, bis sich die Geschichte einstellt auf die normale Lage.
Mir scheint, es ist heute Zeit, daß wir uns darüber unterhalten, was ist die normale Lage. Mir scheint, daß wir uns darüber klar werden, daß in unserem ehrlichen Bestreben der Verbesserung der Parteiarbeit in jeder Beziehung immerhin eine gewisse Gefahr besteht, daß das Pendel zu sehr nach der anderen Seite ausschlägt. Unter diesem Gesichtswinkel müssen wir versuchen, die normale Lage zu skizzieren. Ich will sprechen über diese beiden Fragen, Kritik und Selbstkritik, Parteiarbeit und operative Arbeit.
Die Genossin Referentin hat hier folgenden Satz geprägt: „Wir sind eine militärische Organisation mit militärischer Disziplin – aber deshalb breiteste Entwicklung von Kritik und Selbstkritik...“
Wir sind noch gar keine militärische Organisation, und das wird noch lange, lange dauern, bis wir wirklich eine militärische Organisation geworden sind, und in dem Moment, in dem wir zur militärischen Organisation geworden sind, wird für unsere Parteiarbeit und Parteiorganisation in der militärischen Organisation das gelten, was für jede Parteiorganisation in jeder Armee gilt, ob in der Sowjetunion oder bei uns, daß keine Parteiversammlung und kein Parteigenosse das Recht hat, in einer Parteiversammlung einen Vorgesetzten zu kritisieren. Das geht nicht in einer wirklichen Armee mit wirklich militärischer Organisation. Sondern, wenn ein Parteigenosse der Meinung ist, daß der Vorgesetzte irgendwie etwas falsch macht, ist er nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, zur nächsthöheren Parteiorganisation zu gehen und seine Meinung vorzutragen.
Warum unterstreiche ich sehr stark, wir sind noch lange keine militärische Organisation. Denn eine solch scharfe Parteidisziplin, die dem Parteimitglied die Zunge bindet gegenüber den Vorgesetzten und ihm nur das Recht gibt, sich an die nächsthöhere Parteiorganisation zu wenden, setzt voraus eine Partei, deren Mitglieder hoch qualifiziert sind, wirkliche Bolschewiki sind. Das können wir von uns noch lange nicht behaupten.

699 Die Rede Ulbrichts auf der Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 29.2.1952 konnte bislang nicht aufgefunden werden.

Darum der zweite Grund, können wir jetzt einfach mechanisch übertragen, wir sind eine militärische Organisation, bei uns herrscht militärische Disziplin: dann die Schlußfolgerung: Kritik von unten gibt es nicht.
Wir sind keine militärische Organisation. Wir waren uns damals klar, daß es eine Reihe von Dingen gibt, die für unsere Parteiorganisation nicht ohne weiteres gelten, und wir haben über diese Probleme ziemlich ernsthaft gesprochen. Trotzdem war es klar, es ist notwendig, die Frage auch bei uns zu stellen, Entwicklung der Kritik von unten, um überhaupt Leben in die Parteiorganisation zu bekommen, um überhaupt den einfachen Parteimitgliedern die Zunge zu lösen, um diesen Zustand zu beseitigen, daß das einfache Parteimitglied nicht wagt, vor den Vorgesetzten zu sprechen, weil es Angst hat.
Wenn in der Sowjetarmee der Untergebene in der offenen Parteiversammlung nicht kritisiert, dann nicht, weil er Angst hat, sondern weil er weiß, das sind Dinge, die widersprechen der notwendigen militärischen Disziplin. Aber bei uns hat der Untergebene nicht gesprochen, weil er Angst hatte. Deshalb Entfaltung von Kritik und Selbstkritik von unten nach oben.
Es wäre falsch zu meinen, wir sind heute schon soweit, daß wir damit Schluß machen könnten, daß wir Kritik von unten gegenüber den Vorgesetzten in der offenen Parteiversammlung generell als unzulässig erklären würden. Soweit sind wir noch gar nicht.
Aber mir scheint, wir sind soweit, daß wir uns klar darüber werden müssen, daß zumindest der Vorgesetzte prinzipiell herausgenommen wird aus der Kritik, nämlich in der Sphäre seiner dienstlichen Anordnungen. Mir scheint, wir sind heute soweit, daß man in einer Parteiorganisation nicht mehr einen Vorgesetzten in der offenen Parteiversammlung kritisieren soll für dienstliche Anordnungen, Anweisungen usw. Man kann sie für falsch halten, gut, da geht man zur Kreisleitung.
Man soll diese Dinge allmählich herausnehmen aus dieser Sphäre des zu Kritisierenden in einer offenen Parteiversammlung. Es bleibt ungeheuer viel übrig, was kritisiert werden muß und was leider bei uns nicht kritisiert wird.
Zweitens: Die Parteiorganisation und vor allem der Parteifunktionär, der kleine wie der große, muß vorsichtiger, er muß taktvoller werden in der Kritik. Wie ich das meine, will ich ganz kurz an einem Beispiel aufzeigen, das hier genannt worden ist. Die Parteiversammlung in der HA PS. Eine Parteiversammlung, an der ich nicht teilgenommen habe, eine Parteiversammlung, über die ich weder vom Parteisekretär noch vom Hauptabteilungsleiter, noch von der Kreisleitung einen Bericht habe. Ich sage das nicht als Vorwurf für diese Stellen, sondern um Ihnen zu zeigen, von welchem Standpunkt aus ich kritisiere. Was im einzelnen in der Versammlung gewesen ist, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, was im einzelnen gesprochen wurde, was Genosse Gold gesagt hat und andere, auch nicht, was Genosse Otto Walter gesagt hat. Ich weiß nur eins, und das weiß ich nicht erst seit

gestern, sondern das wußte ich schon, ehe ich ins Krankenhaus ging, daß in der HA PS vieles nicht in Ordnung ist, daß neben einer ganzen Menge positiver Arbeit es sehr, sehr große Schwierigkeiten gibt und daß an diesen Schwächen schuld sind jeder [sic!]. Das fängt an mit den Fahrern, Begleitkommandos, über Sachbearbeiter, Referenten und Abteilungsleiter bis zum Hauptabteilungsleiter. Also es ist keineswegs so, daß man die Frage so stellen könnte, „Du bist sehr gut und der andere ist schlecht und hat schuld". Die Dinge haben dort allmählich Formen angenommen, so daß es die Partei mit Recht für notwendig hielt einzugreifen. Trotzdem wurde erst eingegriffen, als schließlich und endlich der Chefinstrukteur der [Hauptabteilung] PS selber mit Genossen Walter sprach und sagte, so und so ist die Lage, man muß eine Parteiaktivtagung machen. Das wurde gemacht. Jetzt kann ich Ihnen zunächst nur sagen, was ich gemacht hätte, wenn ich der Referent gewesen wäre in der Versammlung. Ich hätte mich mit Genossen Gold und dem Instrukteur zusammengesetzt und von ihm verlangt, mich genau über die Lage zu informieren in seiner Hauptabteilung, was ist gut, was ist schlecht, woran liegt das deiner Meinung nach. Wenn Genosse Gold das Bild gegeben hätte, hätte ich mit dem Genossen Chefinstrukteur gesprochen und hätte den gefragt, „sagen Sie, was ist da los, was ist Ihre Meinung". Dann hätte ich mir noch vielleicht diesen und jenen Abteilungsleiter gebeten und mit ihnen gesprochen, was los ist usw. Dann hätte ich mir mein Referat skizziert und wäre hingegangen und hätte gesprochen. Ich weiß, daß das so nicht gemacht worden ist, und das ist schlecht. Denn wenn das so nicht gemacht wurde, nicht gründlich vorbereitet wurde, kann nicht viel herauskommen, das steht von vornherein fest. Was nun im einzelnen dort diskutiert worden ist, ich weiß das nicht, ich war nicht da. Der Genosse Chefinstrukteur hat mir mitgeteilt, daß die Linie in der Versammlung unmöglich gewesen wäre, daß nämlich vom ersten bis zum letzten Augenblick an sich alles geschlagen hätte auf Gold, Gold, Gold, Gold und nochmals Gold. Ich will nicht die Frage aufwerfen, das stimmt nicht, Gold hat keine schuld. Das stimmt, er hat Fehler. Darüber, was die anderen machen oder nicht machen, behauptet der Chefinstrukteur, sei sehr wenig gesprochen worden, und seinem Gefühl nach sei Folgendes herausgekommen: Weil auf Drängen Golds sehr exakt gearbeitet würde, wäre er unbeliebt.

Ich habe dem Chefinstrukteur gesagt, das scheint mir unwahrscheinlich. Aber wie gesagt, ob das so war oder nicht, darüber will ich hier nicht sprechen, aber eins beweist zumindest diese ganze Geschichte, und das ist nicht nur da so gewesen, das habe ich selber schon erlebt: Bei uns besteht eine gewisse Tendenz, zu verwechseln Kritik mit Meckerei. Meckerei ist keine Kritik und wenn man anfängt mit irgendeiner Kritik, soll man zunächst damit anfangen festzustellen, was ist Selbstkritik, was man selber getan hat, um die Dinge zu ändern, die man beabsichtigt zu kritisieren.

Abschließend zu dieser Frage. Ich glaube, wir sollen bei der Entwicklung von Kritik und Selbstkritik vor allem bei der Kritik von unten allmählich in der

Parteiorganisation Kurs darauf nehmen, daß wir aus dem Bereich dieser Kritik in der offenen Parteiversammlung herausnehmen die dienstlichen Anordnungen des Vorgesetzten. Daß wir im übrigen bei der Kritik von unten uns bemühen, sachlich und taktvoll zu bleiben, und daß wir vor allen Dingen unsere Kritik abstellen auf solche Dinge, die noch sehr, sehr wenig bei uns mit im Vordergrund stehen und auf die zu sprechen ich gleich noch komme bei der anderen Frage, Parteiarbeit und operative Arbeit.
Zum Schluß sagte die Genossin Referentin, „es gibt unter uns eine Reihe von Genossen, die ihre Nichtbeteiligung an der aktiven Parteiarbeit entschuldigen mit der operativen Arbeit". Sie erklärt, das ist falsch. Das möchte ich 100%ig unterstreichen. Diese Entschuldigungen nehmen wir nicht an. Gewiß kann das mal vorkommen, daß eine dringende operative Sache im letzten Augenblick verhindert den Hauptabteilungsleiter, an einer Aktivtagung teilzunehmen. Aber das müssen seltene Ausnahmen sein. Wenn jemand sozusagen ständig, gewohnheitsmäßig jede Parteiarbeit von sich abwimmelt, am Parteilehrjahr sich nicht beteiligt, seine Verpflichtungen im Selbststudium nicht erfüllt und alles entschuldigt mit operativer Arbeit, eine solche Entschuldigung nimmt die Partei nicht an.
Die Genossin Referentin formulierte hier, „die Partei muß die operative Arbeit kontrollieren".[700] Ich nehme an, daß das ein falscher Zungenschlag ist. Wenn es ernst gemeint ist, ist es falsch. Da liegt eine der Besonderheiten unserer Organisation als MfS, und da liegt eine der Besonderheiten unserer Parteiarbeit. Die Parteiorganisation in einer Schuhfabrik muß kontrollieren den gesamten Produktionsprozeß, sie ist genauso vielleicht noch mehr verantwortlich wie der verantwortliche Direktor. Im MfS – nein. Für die op[erative] Arbeit im MfS sind diejenigen verantwortlich, die dafür eingesetzt sind, jeder in seinem Rahmen. Der Sachbearbeiter in seinem Rahmen, der Referatsleiter in seinem Rahmen, der Hauptabteilungsleiter in seinem Rahmen, der Minister. Jeder von ihnen ist in seine Funktion eingesetzt nicht ohne die Partei, und jeder von ihnen steht in dieser Funktion im Auftrage und im Namen der Partei. Aus dieser Tatsache heraus kam vor 2 Jahren die falsche Schlußfolgerung, also ist jede operative Arbeit Parteiarbeit. Grundfalsch. Aber jetzt die umgekehrte Schlußfolgerung – die ganze Facharbeit muß von der Partei kontrolliert werden, ist genau so grundfalsch. Das widerspricht dem Charakter der Arbeit.
Was muß die Partei? Es wurde von der Genossin Referentin als Überspitzung bezeichnet, wenn ein Parteisekretär in der op[erativen] Abteilung zu dem op[erativen] Abteilungsleiter hingeht und von ihm verlangt, „Du mußt mich in alles einweihen, was in der op[erativen] Arbeit vor sich geht". Das

700 Eine solche Passage ist im Manuskript des Referates von Isolde Sobeck auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953 nicht enthalten; der Redetext ist jedoch möglicherweise nicht vollständig überliefert; vgl. BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 6–26.

ist selbstverständlich keine Überspitzung, sondern das ist eine so große Eselei, wie es keine größere geben kann.
Frage: Was muß die Partei, steht sie ganz an der Seite von der op[erativen] Arbeit? Selbstverständlich nicht.
Aber wenn sie die Dinge konkret analysieren [sic!], nicht in großen Formulierungen, sondern ganz konkret:

1. Wer macht denn überhaupt operative Arbeit? Die macht ein lebendiger Mensch.
2. Dieser lebendige Mensch, der operative Arbeiten macht – welche nicht fachlichen, sondern auch welche ganz allgemeine Qualifikation muß er haben, wenn er ein guter operativer Arbeiter sein will?

Antwort: Er muß diszipliniert sein, er muß korrekt sein, er muß exakt und pünktlich sein in seiner Arbeit, er muß moralisch einwandfrei sein, er darf nicht moralisch zersetzt sein, er darf sich nicht besaufen regelmäßig, sei das zu Hause oder woanders. Er muß ein Mensch sein, der politisches Niveau hat, er muß ein Mensch sein, der das Geschehen der Zeit verfolgt, der seine Zeitung liest, der sein Politbüro kennt, der weiß, was mit Genossen Kirow[701] los ist. Alles das sind ganz notwendige Eigenschaften, die jeder Mensch haben muß, wenn er erfolgreich operativ arbeiten will, ganz gleich, welche op[erative] Arbeit er macht.
Und jetzt überlegt mal, welch großes Feld sich da schon auftut für die Partei, um diese lebendigen Menschen in all diesen Fragen zur möglichsten Vollkommenheit zu erziehen. Das heißt einfach ausgedrückt: Anstatt darüber zu sprechen, ob die Anlage des Vorganges X, Y so richtig war oder anders, soll man lieber erst darüber sprechen, warum kommt der und der jeden Morgen zu spät, warum sieht man den und den jeden Samstagabend um 10 Uhr nicht mehr mächtig seiner Sinne, warum ist der und der in seinem ganzen Äußeren so salopp, daß man glaubt, man hat vor sich einen Schwerstarbeiter, der von der Baustelle kommt, der sich im letzten Moment nicht mehr umziehen konnte und man ist erstaunt, wenn man hört, das ist ein Mitarbeiter des MfS mit einem Netto-Einkommen von DM 1 100,– monatlich. So gibt es eine Menge von wichtiger Arbeit durchzuführen, die noch nicht durchgeführt ist und noch nicht erkannt ist und so in Angriff genommen ist, wie es sich gehört. Man soll diese Dinge nicht unterschätzen und sagen, davon schiebt man uns ab von der operativen Arbeit. Im Gegenteil, das sind die elementarsten Voraussetzungen für die operative Arbeit.
Dann kommt hinzu der eine Fall, „die Parteiorganisation in einer op[erativen] Abteilung ist verpflichtet, einen Mitarbeiter zur Verantwortung zu

701 Sergej M. Kirow (1886–1934): 1930–1934 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1934 Sekretär des ZK. Seine Ermordung 1934 war der Anlaß für die großen Parteisäuberungen der dreißiger Jahre in der Sowjetunion.

ziehen, weil er zuwenig GM[702] hat".[703] Ich weiß nicht, ob das richtig ist, weil ich etwas anderes nicht weiß, und erst wenn ich das wüßte, könnte ich sagen, ob diese Formulierung richtig ist oder falsch. Ich weiß nicht, wie die Referentin sich vorstellt, wie die Parteiorganisation dazu kommt zu wissen, daß der Mitarbeiter zu wenig GM hat. Über die Anzahl seiner GM hat er mit niemandem zu sprechen außer mit demjenigen, mit dem er darüber sprechen muß. In seiner Verpflichtung steht nicht drin, daß er verpflichtet ist, mit dem Parteisekretär darüber zu sprechen. Also, wenn die Parteiorganisation glaubt, dadurch in die Lage zu kommen, mit diesen Mitarbeitern darüber zu sprechen, daß er [sic!] zu wenig GM hat, daß sie ihn bestellt und fragt, wieviel GM, [sic!] dann hat die Parteiorganisation unrecht, dazu hat sie kein Recht. Er ist verpflichtet zu erklären, „das kann ich nicht sagen, ich habe unterschrieben".

Aber es ist etwas anderes. Es ist denkbar, der Abteilungsleiter stellt fest, da ist der Mitarbeiter sowieso, ein ganz intelligenter Bursche, aber er kommt nicht vom Fleck, hat keine GM, da klappt etwas nicht und der Abteilungsleiter hält es für gut, man sollte mit diesem[704] Genossen offen in einer Parteiversammlung darüber sprechen, und er wendet sich an den Parteisekretär und sagt, „wir haben diesen so und so, wir bemühen uns seit ½ Jahr und kommen nicht vom Fleck und mein Eindruck ist, er unterschätzt die Arbeit oder geht zu grob an die Leute heran". Dann ist die Partei nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, das zu machen. Und wenn die Genossin Referentin das in diesem Sinne gemeint hat, daß man dann dieses Parteimitglied zur Verantwortung zieht, dann hat sie Recht. Das heißt, der langen Rede kurzer Sinn: Was tatsächlich wirklich in op[erativen] Fragen im engeren Sinne des Wortes davon vor die Partei getragen wird, die Entscheidung darüber liegt nicht bei dem Betroffenen, den die Partei holt und den sie befragt, sondern die Entscheidung liegt bei der auf op[erativer] Linie vorgesetzten Stelle, die in der Lage ist, eine solche Entscheidung zu treffen. Denn sonst kann passieren, kraß ausgedrückt: Die Parteileitung bestellt einen Abteilungsleiter und verlangt, wieviel GM er hat [sic!]. Der Genosse Staatssekretär und der Genosse Minister erfahren dies und bestrafen den Abteilungsleiter, weil er seine schriftliche Verpflichtung gebrochen hat. Das muß sehr genau gesehen werden.

Nun muß man dabei etwas anderes auch sehen. Das Verhältnis zwischen Facharbeit und Parteiarbeit ist weitaus komplizierter bei uns als im E[isenhütten]K[ombinat] O[st]. Das ist die Besonderheit unserer Lage. Die

702 GM: Geheimer Mitarbeiter: 1950–1968 verwendete Bezeichnung für eine besondere Kategorie von inoffiziellen Mitarbeitern, die wegen ihrer guten Verbindungen zu Personen, die die Staatssicherheit als „feindlich" einschätzte, besonders wichtige Informationen beschaffen konnten.

703 Eine solche Passage ist im Manuskript des Referates von Isolde Sobeck auf der SED-Parteiaktivtagung im MfS Berlin am 28.1.1953 nicht enthalten; vgl. Anm. 700.

704 Im Original: „diesen".

Partei wird sich selbstverständlich nicht damit abfinden, daß jedes Parteimitglied sich verkriecht hinter der operativen Arbeit. Parteigenossen, die unmittelbar mit dem Betreffenden zusammenarbeiten, die wissen aus ihrer unmittelbaren praktischen Arbeit heraus, der Betreffende arbeitet schlecht, er kommt regelmäßig zu spät zum Treff. Welche Möglichkeiten haben sie? Sie können zunächst nicht zur Partei gehen und erklären, so und so ist das, und man muß sich damit beschäftigen. Das Recht haben sie nicht. Aber sie können jederzeit zum Abteilungsleiter gehen und dem sagen, so und so ist das, und wir sind der Meinung, daß es gut wäre, daß sich die Partei damit beschäftigt. Ist der Abteilungsleiter einverstanden, schön. Ist er nicht einverstanden, versucht er diese Genossen davon zu überzeugen, daß es noch zu früh ist, gelingt es nicht, bleiben diese Genossen der Meinung – nein, man muß – geht der Weg weiter. Dann gehen sie zum Genossen Last, zum Genossen Mielke oder zu mir, oder zum Genossen Walter und erklären, so und so ist das, wir sind der und der Meinung, man muß das vor der Partei machen. Ich glaube, wenn das ernsthafte Genossen sind, die mit solch einer Forderung kommen, ist zu rechnen, daß in 99 Fällen von 100 ihr Verlangen sich durchsetzt.

Das heißt kurz ausgedrückt: Die Parteiorganisation, die Grundorganisation wird sich und kann sich und muß sich auch mit operativen Fragen beschäftigen, aber nur in ihrem Rahmen, indem diese op[erativen] Fragen an die Parteiorganisation herangetragen werden, die in der Versammlung zu behandeln sind von demjenigen, der die op[erative] Verantwortung hat.

Jetzt könnte jemand sagen, das bedeutet theoretisch, daß an die entscheidenden Genossen der Parteiorganisation gar nichts herangetragen wird, daß sozusagen die bösen operativen Leiter Verschwörungen unter sich bilden und an die Partei überhaupt nichts mehr herantragen. Ich sage theoretisch, denn es gibt immerhin eine Stelle, wo operative Leitung und Parteileitung eins sind, schon im Ministerium, das ist an der Spitze. Bekanntlich steht an der Spitze des Ministeriums ein Minister mit einem Kollegium, in dem alle wichtigen Fragen besprochen werden. Zu diesem Kollegium gehört selbstverständlich Genosse Otto Walter, d. h. an der Spitze ist die Garantie geschaffen, daß die Partei von allem erfährt. Das bedeutet nicht, daß Genosse Walter verpflichtet ist, alles was er erfährt, sämtlichen Kreissekretären der Partei mitzuteilen. Im Gegenteil, er ist verpflichtet, vieles ihnen nicht mitzuteilen.

Ich weiß nicht, ob Sie verstanden haben, worauf ich hinaus will. Auf die Feststellung, daß die Frage der Kontrolle unserer Facharbeit bei uns nicht so gestellt werden kann wie in irgend einem Produktionsbetrieb. Schon in anderen Ministerien kann sie nicht und wird sie nicht so gestellt. Die Tätigkeit des Außenministeriums kann selbstverständlich von der Parteiorganisation des Außenministeriums nicht kontrolliert werden. Da muß jedes einzelne Mitglied von uns schon das Vertrauen zur Partei haben.

Dokument 2

31. August 1953

Entwurf eines Politbürobeschlusses zur Parteiarbeit im Staatssekretariat für Staatssicherheit[705]

Im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, des Aufbaues der Grundlagen des Sozialismus und der Stärkung unserer Staatsmacht fallen den Organen der Staatssicherheit hohe verantwortliche Aufgaben zu.
Die Aufgabe besteht darin, die Feinde des Sozialismus und der Deutschen Demokratischen Republik mit Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse daran zu hindern, durch Agententätigkeit, Sabotage oder Diversionsakte sowie durch die Tätigkeit von Untergrundorganisationen unseren sozialistischen Aufbau zu behindern und unseren Staat, in dem die Arbeiter- und Bauernklasse die Herrschaft ausübt, zu gefährden.
Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit ist den ihm gestellten Aufgaben nicht gerecht geworden.
Durch das parteifeindliche und defätistische Verhalten des ehemaligen Ministers Zaisser sowie durch die falsche Einstellung einiger Mitglieder der Leitung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zur Parteiarbeit wurden die Organe für Staatssicherheit in ihrer Schlagkraft gelähmt. Der Kampf gegen die feindlichen Agenturen wurde nicht energisch durchgeführt. Die Stärke der faschistischen Untergrundorganisationen wurde unterschätzt. Demzufolge gab es keine Konzentration des Kampfes gegen die faschistische Untergrundbewegung. Die gegen das Ostbüro der SPD und seine Filialen in der DDR ergriffenen Maßnahmen waren unzureichend und ungenügend. Sie waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil wir weder in den feindlichen Zentren außerhalb der DDR, noch in den zahlreichen Untergrundorganisationen in unserer Republik Informatoren hatten, ebenfalls weil für den Kampf gegen die Untergrundorganisationen des Ostbüros Mitarbeiter mit wenig Parteierfahrung eingesetzt und diese ungenügend angeleitet und kontrolliert wurden.
Die Sicherung der Großbetriebe gegen die Tätigkeit von Schädlingen war

705 SAPMO-BA, DY 30, IV 2/5/2, Bl. 170–176. – Titel im Wortlaut: „Beschluß des Politbüro[s] über die Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit des M.d.I.“ – Laut Vorsatz, Bl. 169, ist das Dokument eine Vorlage der Abt. LOPM des ZK vom 31.8.1953 „an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED betr.: Beschluß des Politbüro[s] über die Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit des M.d.I.“ – Vorsatz, Bl. 169, handschriftlich gezeichnet von Willi Marlow, Abt. LOPM, sowie einem nicht identifizierten Mitarbeiter der Abt. M des ZK.

durch den Einsatz ungeschulter Mitarbeiter, die den technologischen Prozeß der Produktion oft nicht kannten und keine Verbindung zu den fortschrittlichen Arbeitern der Betriebe hatten, gefährdet.
Die Basis der Organe der Staatssicherheit, besonders die Kreisdienststellen, wurden durch den ständigen Abzug von Kräften in unverantwortlicher Weise geschwächt. Schädlinge wurden oft nicht rechtzeitig festgenommen. Dadurch konnten sie ihre verbrecherische Arbeit weiter verrichten. Statt kämpferisch an die Ausrottung unserer Feinde heranzugehen, wurde mit der Verhaftung oft gezögert, obwohl einwandfrei feststand, daß es sich um aktive Klassenfeinde handelte.
Infolge einer falschen Erziehungsarbeit gab es im Ministerium Tendenzen, sich über die Partei zu stellen. Schönfärberei und Überheblichkeit und Isolierung von den breiten Kreisen der Bevölkerung wirkten sich stark hemmend auf die Arbeit aus. Es gab eine ungenügende Verbindung zu den örtlichen Parteiorganen. Hinweise der Leitung der Partei in den Bezirken und Kreisen wurden nicht beachtet.
Die Parteiarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit wurde gehemmt und sowohl organisatorisch als auch ideologisch stark vernachlässigt. Die Leitung der Parteiorganisation versuchte nicht, sich kämpferisch gegen die falschen Maßnahmen Zaissers und anderer leitender Funktionäre des ehemaligen Ministeriums durchzusetzen. Sie wich vor Zaisser zurück, obwohl sie manche seiner Anordnungen als falsch erkannte. Sie setzte Zaisser keinen energischen Widerstand entgegen, als er die Parteiarbeit kommandierte und dadurch die innerparteiliche Demokratie verletzte. Dadurch vermochte die Parteiorganisation nicht die im Ministerium vorhandenen Mißstände ernsthaft zu bekämpfen.
Das ideologische Niveau insbesondere der leitenden Genossen der Organe der Staatssicherheit wurde nicht genügend gefördert. Kritik und Selbstkritik waren völlig ungenügend entwickelt.
Als Folge dieser Ursachen hat das Ministerium für Staatssicherheit im Kampf gegen die feindlichen Agenturen versagt und war nicht in der Lage, die Partei rechtzeitig über den von den imperialistischen Mächten am 17. Juni durchgeführten Putsch zu informieren und energische Maßnahmen rechtzeitig zur Verhinderung der feindlichen Aktionen einzuleiten.
Um die Parteiorganisation des Staatssekretariats für Staatssicherheit zu befähigen, ihre Aufgabe voll zu erfüllen, ist es notwendig, daß unter guter Anleitung und strengster Kontrolle des Zentralkomitees und in den Bezirken der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen unserer Partei ein völliger Umschwung in der Arbeitsweise erzielt wird.

1. Die Aufgaben der Parteiorganisation

Die Parteiorganisation hat die Aufgabe, die vom Zentralkomitee, dem Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees gefaßten Beschlüsse und Anweisungen durchzuführen.

Durch ihre propagandistische Arbeit vermittelt sie den Mitgliedern und Kandidaten unserer Partei wie auch den Parteilosen die Lehren des Marxismus-Leninismus.
Sie verleiht den Angehörigen der Organe für Staatssicherheit das ideologische Rüstzeug für den erfolgreichen Kampf gegen die feindlichen Agenturen.
Sie macht die Mitarbeiter mit der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der deutschen Arbeiterbewegung vertraut und befähigt sie, den Kampf gegen rechte Sozialdemokraten, Trotzkisten und andere Feinde des Marxismus-Leninismus zu führen.
Sie führt einen energischen Kampf gegen die Überheblichkeit und erzieht die Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit [dazu], sich bei ihrer fachlichen Arbeit auf die breiten Kreise der Bevölkerung zu stützen.
Sie erzieht die Mitarbeiter zur unbedingten Treue und Ergebenheit gegenüber unserer Partei, zur unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion, zur Einsatzbereitschaft, Kühnheit, Standhaftigkeit und Wachsamkeit.
Die Parteiorganisation führt einen entschiedenen Kampf zur Verbesserung der Moral und für eine eiserne Disziplin.
Sie überwacht das politische Studium aller Mitarbeiter, wobei zu berücksichtigen ist, daß insbesondere die Parteierziehungsarbeit an der Basis wesentlich zu verstärken ist.
Die Parteiorganisation hat für breiteste Entfaltung der Kritik und Selbstkritik zur Überwindung von Fehlern und Mängeln sowohl in der politischen Arbeit als auch in der operativen Arbeit einzutreten. Sie kontrolliert die fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter. Sie schaltet sich in operative Vorgänge größeren Ausmaßes ein, sie hilft den Mitarbeitern in ihrer operativen Arbeit, entwickelt ihr Verantwortungsbewußtsein und zieht die Mitglieder unserer Partei bei ernsthaften Unterlassungen oder Fehlern in der operativen Arbeit zur Verantwortung.
Die Parteisekretäre müssen politisch geschulte und operativ erfahrene Genossen sein, die sich sowohl auf politischem als auch auf fachlichem Gebiet ständig qualifizieren.

2. Der organisatorische Aufbau der Parteiorganisation

An der Spitze der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit des MdI steht eine Bezirksleitung mit einem Bezirkssekretariat.
Die Bezirksleitung untersteht dem Zentralkomitee. Das Zentralkomitee leitet sie an und kontrolliert sie in der Durchführung der gestellten Parteiaufgaben. Die Bezirksleitung ist dem Zentralkomitee in allen Fragen rechenschaftspflichtig.
Im Bereich der Bezirksverwaltungen, einschließlich der Bezirksverwaltung[en] Karl-Marx-Stadt – Wismut –[706] und Groß-Berlin, besteht je eine Kreisleitung mit einem Kreissekretariat.

706 Gemeint: die Objektverwaltung Wismut des SfS.

Der Leiter der Bezirksverwaltung gehört dem Sekretariat der Kreisleitung an.
Die P[olit]K[ultur]-Abteilung der Tra[ns]po[rtpolizei] und die P[olit]-K[ultur]-Abteilung der zentralen Wacheinheiten haben die Rechte einer Kreisleitung.
Die Fachschule des Staatssekretariats für Staatssicherheit und die Parteischule werden von je einer zentralen Parteileitung, die direkt der Bezirksleitung unterstehen [sic!], geleitet.
Im Staatssekretariat, den Verwaltungen und Kreisdienststellen bestehen Grundorganisationen. Der Leiter der Kreisdienststelle soll der Parteileitung der Grundorganisation angehören.

Unterstellungsverhältnis der Kreisleitungen

Die Kreisleitungen[707] unterstehen sowohl dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der Partei[708] als auch der Bezirksleitung der Parteiorganisation im SfS. Beide leiten unabhängig voneinander die Kreisleitungen an und kontrollieren sie in ihrer Arbeit.
Die Kreisleitungen sind sowohl dem 1. Sekretär der Bezirksleitung als auch der Bezirksleitung der Parteiorganisation im SfS in allen Fragen rechenschaftspflichtig.
Der Leiter der Bezirksverwaltung des SfS und der 1. Sekretär der Kreisleitung nehmen als Gast an der Bezirksleitungssitzung[709] teil.
Die Leitungen der Bezirksverwaltungen des SfS berichten den 1. Sekretären der Bezirksleitungen[710] über alle getroffenen wichtigen Feststellungen, z. B. über die Stimmung der Bevölkerung, über die Stimmung in einem Betrieb, über Ereignisse, die für die Einschätzung der Lage Bedeutung haben, über vom Klassenfeind geplante Störaktionen, über geplante oder in der Durchführung begriffene operative Maßnahmen, über festgestellte oder bekannt gewordene Unzulänglichkeiten im Verwaltungs- oder Wirtschaftsapparat oder über Fehler in der Parteiarbeit, über zugegangene Mitteilungen über leitende Parteifunktionäre.
Der 1. Sekretär der Bezirksleitung[711] erteilt der Leitung der Bezirksverwaltung des SfS Aufträge sowohl in fachlicher als [auch] in parteipolitischer Hinsicht, z. B. über die Einleitung oder Durchführung operativer Aktionen, über notwendige Festnahmen, über die Konzentration der Arbeit auf Schwerpunkte usw.
Hält die Leitung der Bezirksverwaltung die vom 1. Sekretär der Bezirksleitung gegebenen Aufträge für nicht durchführbar, so ist der Leiter der Bezirksverwaltung verpflichtet, sich sofort an die Leitung des Staatssekre-

707 Gemeint: die SED-Kreisleitungen in den SfS-Bezirksverwaltungen.
708 Gemeint: der jeweiligen territorialen SED-Bezirksleitung.
709 Gemeint: der Sitzung der territorialen SED-Bezirksleitung.
710 Gemeint: der territorialen SED-Bezirksleitungen.
711 Gemeint: der territorialen SED-Bezirksleitung.

tariats für Staatssicherheit zu wenden, um entsprechende Anweisungen zu bekommen. Wenn auch die Leitung des Staatssekretariats der Auffassung ist, daß das Verlangen des 1. Sekretärs der Bezirksleitung nicht richtig und eine schnelle Klärung durch eine Aussprache zwischen dem 1. Sekretär der Bezirksleitung und dem 1. Sekretär der Bezirksleitung des SfS nicht möglich ist, wird die Angelegenheit umgehend dem 1. Sekretär der SED, Genossen Walter Ulbricht, zur Entscheidung unterbreitet.
Der 1. Sekretär der Bezirksleitung[712] trifft keine Entscheidungen in der Kaderfrage. Ihm steht das Vorschlagsrecht zu.
Bei gegensätzlicher Auffassung entscheidet die Leitung des Staatssekretariats, beim Leiter der Verwaltung[713] und seinen Stellvertretern das Politbüro nach Vortrag durch den Genossen Stoph.
Der Kreisdienststellenleiter berichtet dem 1. Sekretär der Kreisleitung[714] über alle wichtigen Vorkommnisse im Kreis, doch nicht über besonders konspirative operative Vorgänge.
Der 1. Sekretär der Kreisleitung informiert den Leiter der Kreisdienststelle über die Lage im Kreis und gibt Hinweise z. B. über die Schwerpunkte der feindlichen Arbeit, über den notwendigen Einsatz von konzentrierten Kräften in bestimmten Betrieben oder anderen Objekten.
In regelmäßigen Absprachen ist die Lage im Kreis und die sich daraus ergebenden Aufgaben [sic!] zu erörtern, doch ist die Parteiorganisation der Kreisdienststelle dem 1. Sekretär der Kreisleitung[715] gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. Letzterer übt kein Kontrollrecht bei der Grundorganisation unserer Dienststelle aus.
Der Leiter der Kreisdienststelle des SfS ist zu den Sitzungen der Kreisleitung[716] als Gast einzuladen, doch kann er nicht verpflichtet werden, dort einen konkreten Tätigkeitsbericht über Einzelheiten in der operativen Arbeit zu geben.
Liegen bei der Kreisleitung[717] Anzeichen über ein schlechtes Arbeiten der Parteiorganisation in der Kreisdienststelle vor, oder sind Anzeichen schlechter operativer Arbeit vorhanden, wendet sie sich an die Bezirksleitung der Partei[718]. Der 1. Sekretär der Bezirksleitung beauftragt dann die Kreisleitung der Bezirksverwaltung des SfS, eine Untersuchung zu führen, eventuelle Mißstände abzustellen und dem 1. Sekretär der Bezirksleitung[719] Bericht zu erstatten.
Ebenfalls kann der 1. Sekretär der Bezirksleitung selbständig oder gemein-

712 Gemeint: der territorialen SED-Bezirksleitung.
713 Gemeint: der SfS-Bezirksverwaltung.
714 Gemeint: der territorialen SED-Kreisleitung.
715 Gemeint: der territorialen SED-Kreisleitung.
716 Gemeint: der territorialen SED-Kreisleitung.
717 Gemeint: der territorialen SED-Kreisleitung.
718 Gemeint: die territoriale SED-Bezirksleitung.
719 Gemeint: der territorialen SED-Bezirksleitung.

sam mit einem Vertreter der Kreisleitung des SfS[720] die Angelegenheit untersuchen und bereinigen.
Parteiverfahren gegen Mitglieder oder Kandidaten der Parteiorganisation im SfS werden von ihrer eigenen Parteiorganisation bzw. den KPKK oder der BPKK[721] durchgeführt.
Parteiverfahren gegen Genossen, die der Nomenklatur des ZK unterliegen, werden von der ZPKK durchgeführt. Ebenfalls kann die ZPKK alle anderen Parteiverfahren an sich ziehen. Bei Einsprüchen gegen erfolgte Parteiausschlüsse an die ZPKK trifft letztere die Entscheidung.

720 Gemeint: der SED-Kreisleitung in der SfS-Bezirksverwaltung.
721 Gemeint: die Parteikontrollkommissionen der SED-Gliederungen im SfS.

23. September 1953

Brief Ernst Wollwebers, des Staatssekretärs für Staatssicherheit, an Walter Ulbricht, den Ersten Sekretär des ZK der SED[722]

Gestern war der Genosse General[723] bei mir und überbrachte mir seine Stellungnahme zu unserem Entwurf für einen Beschluß des Politbüros.[724] Im wesentlichen deckt sich die Stellungnahme des Genossen General mit unseren Vorschlägen. Unser letzter Entwurf ist daraufhin noch einmal korrigiert worden und die Vorschläge des Genossen General sind mit eingearbeitet, ebenso die Hinweise der Genossen Semjonow und Judin.
Die sowjetischen Freunde legen großen Wert darauf, daß Du noch vor Deiner Abreise zum Entwurf des Beschlusses des Politbüros Stellung nimmst. Sie legen auch großen Wert darauf, daß Du bei der Beratung im Politbüro dabei bist. Wahrscheinlich werden sie noch mit Dir sprechen.
Was das Unterstellungsverhältnis der Parteiorganisationen in den Bezirks- und Kreis-Verwaltungen[725] der Staatssicherheit betrifft, so haben die sowjetischen Freunde eine wesentlich andere Auffassung, als sie im Sekretariat des ZK beraten wurde. Sie haben als Punkt 8 des Dokuments eine Formulierung vorgeschlagen, die ich beilege[726], die aber wesentlich abweicht von der Auffassung des vom Genossen Walter vorgelegten Dokumentes[727] über die Arbeit der Parteiorganisationen in der Staatssicherheit.
Ich wäre Dir dankbar, wenn Du mir noch Deine Meinung mitteilen würdest. Ich bin in dieser Frage der Auffassung, daß die Festlegung des Unterstellungsverhältnisses und die Arbeit der Parteiorganisation in der Beratung des Sekretariats des ZK richtig ist, daß man zumindest den Vorschlag in der Form, wie er jetzt von den Freunden gemacht wird, nicht akzeptieren kann resp[ektive] darüber noch diskutieren muß.

Anlagen: 3 Entwürfe[728]

722 SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung. – Handschriftlich gezeichnet durch Wollweber.
723 Gemeint: Generalleutnant Jewgeni Pitowranow.
724 Gemeint: Beschluß des Politbüros [zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros vom 18.7.1953 zur Eingliederung der Staatssicherheit in das Ministerium des Innern] vom 23.9.1953, dessen Endfassung im SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung, vorliegt.
725 Gemeint: Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen.
726 Dokument 4, S. 167.
727 Dokument 2, S. 160–165.
728 „3 Entwürfe“ handschriftlich nachgetragen; der ursprüngliche Anlagenvermerk „2 Blatt“ wurde durchgestrichen.

Dokument 4

Ohne Datum

Sowjetischer Vorschlag zum Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit[729]

8. Zwecks Verbesserung der Leitung durch die Parteiorganisationen der Organe für Staatssicherheit und zwecks Hebung ihrer Rolle bei der Erziehung der Kader sind die Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen den entsprechenden Bezirks- und Kreisparteiorganen zu unterstellen.
   Die Bezirks- und Kreisparteileitungen sind zu verpflichten, eine aktive und tägliche Leitung der parteipolitischen Arbeit in den Organen zu gewährleisten und zu erwirken, daß alle operativen Mitarbeiter die Politik der SED und die sich aus dem neuen Kurs ergebenden Aufgaben gut kennen und all ihre Kräfte und all ihr Können für die ehrenvolle Sache der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik einsetzen.
   Zur Wahrung der Konspiration dürfen sich jedoch die örtlichen Parteiorgane nicht unmittelbar in die Arbeit mit den Informatoren der Staatssicherheitsorgane einmischen.

729 SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung. – Handschriftlicher Titel im Wortlaut: „Vorschlag der Freunde“. – Der Vorschlag wurde, mit einem ergänzenden Zusatz zum Parteiaufbau in den militärischen Sonderbereichen des SfS sowie der HA I und der späteren HV A, wörtlich als Punkt 9 in den Beschluß des Politbüros [zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros vom 18.7.1953 zur Eingliederung der Staatssicherheit in das Ministerium des Innern] vom 23.9.1953, S. 10, übernommen; vgl. SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, ohne Blattzählung.

Dokument 5

Ohne Datum

Vorläufige Bestimmungen zum Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit[730]

Auf Grund des Beschlusses des Politbüros vom 23.2.54[731] werden die folgenden vorläufigen Bestimmungen über den Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit in Kraft gesetzt.

Vorläufige Bestimmungen über den Parteiaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit

Zur Durchführung der politischen Arbeit in den Dienststellen des Staatssekretariats für Staatssicherheit gelten folgende vorläufige Bestimmungen:

I. Aufgaben der Parteiorganisationen im Bereich des Staatssekretariats für Staatssicherheit

1. Den Parteiorganisationen obliegt die Aufgabe der politisch-ideologischen und politisch-moralischen Erziehung aller Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit.
2. Grundlage der politischen Erziehung sind die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Die Parteiorganisationen sind verpflichtet:

a) Die Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit zu erziehen, zum Patriotismus, zur Liebe und Ergebenheit zur Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zur bewußten Pflichterfüllung, zum kompromißlosen Kampf gegen Agenten, Spione, Saboteure und alle Feinde der Arbeiter- und Bauernmacht. Alle Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit sind von der großen Bedeutung und Rolle, die die Or-

730 BStU, ZA, DSt 102102, ohne Blattzählung. – Handschriftlich bestätigt auf S. 1 vom Minister des Innern, Willi Stoph, und dem Staatssekretär für Staatssicherheit, Ernst Wollweber. – Handschriftlicher Vermerk auf S. 1: 866/57.

731 „Vorlage an das Politbüro betr. Parteiaufbau im SfS“, in: Vorlage der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen an das Politbüro vom 11.2.1954 betr. „Bestätigung der neuen Politstatute für die verschiedenen Zweige der Volkspolizei“. Anlage zum Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 (Arbeitsprotokoll); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/336, ohne Blattzählung. Zum Beschluß siehe Reinschriftprotokoll; ebenda, J IV 2/2/349, Bl. 6. Das hier wiedergegebene Dokument enthält eine zusätzliche Präambel mit einer Aufgabenbeschreibung der SED-Parteiorganisation im SfS.

gane für Staatssicherheit im Kampf um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland und für die Erhaltung des Friedens spielen, zu überzeugen.

b) Täglich die Erfolge der Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus zu erläutern, den Mitarbeitern des Staatssekretariats für Staatssicherheit klarzumachen, daß sie bei der Durchführung ihrer verantwortlichen Aufgaben entscheidend zur Sicherung des beschrittenen Weges, der den Interessen der Deutschen Nation entspricht, beizutragen haben.

c) Alle Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit zu erziehen im Geiste der ruhmvollen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, im Kampf um die soziale Befreiung der Werktätigen, sie zu erziehen zum proletarischen Internationalismus und sie [zu] lehren, die großen Erfahrungen des Kampfes der sowjetischen Sicherheitsorgane und der Siege der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken richtig anzuwenden.

d) Alle Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit zum glühenden Haß gegen die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes, gegen die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten und die in Westdeutschland wieder zur Macht gekommenen Militaristen und Kriegstreiber, die schuldig an der Spaltung Deutschlands, die Terroristen, Agenten, Spione und Banditen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung ihrer schändlichen Tätigkeit entsenden, zu erziehen.

e) Die gesamte politische Erziehungsarbeit unter allen Mitarbeitern ist so aufzubauen, daß die Parteiorganisationen von der Grundaufgabe ausgehen, der Stärkung und Erhöhung der Einsatzbereitschaft, höchster Verantwortung, größter politischer Wachsamkeit, höchstes wissenschaftliches Niveau und besonders Hilfe den jungen Mitarbeitern bei den Erfahrungen im Klassenkampf durch ältere, parteierfahrene Genossen zu geben. [sic!]

f) Die Autorität der Vorgesetzten zu stärken, diesen wirksame Hilfe bei der Organisierung des Arbeitsablaufes, der Planung und des operativen Einsatzes zu geben.
Größten Wert auf die politische Erziehungsarbeit bei der Festigung der Disziplin und Moral, in der Arbeit und im persönlichen Leben, zu legen und dabei zu beachten, daß jene Vorgesetzten die wertvollsten sind, die es verstehen, die Durchführung der dienstlichen Aufgaben mit der tagtäglichen politischen, fachlichen oder persönlichen Erziehungsarbeit ihrer Untergebenen zu verbinden.

g) Die Bedürfnisse, Charaktereigenschaften und die politische Stimmung aller Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit kennenzulernen, sich ständig um sie zu kümmern und regelmäßig alle Maßnahmen zur Beseitigung von Schwierigkeiten, auch im persönlichen Leben, zu veranlassen.

h) Das politische und fachliche Studium der Mitarbeiter zu kontrollieren und anzuleiten und solchen Genossen, die bei der Durchführung ihres politischen oder fachlichen Studiums zurückbleiben, ist [sic!] Hilfe und Anleitung zu geben. Gleichzeitig aber solche Mitarbeiter, die ihr Studium vernachlässigen, mit parteierzieherischen Methoden zur strikten Einhaltung ihrer Pflichten, anzuhalten.

i) Die Parteiorganisation ist ebenfalls verpflichtet, ihre Tätigkeit auf die Festigung der Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen auszurichten, ständig alle Mitarbeiter im Geiste der Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin, zu hohem politischen Bewußtsein zu erziehen. Durch richtige Anwendung der Kritik und Selbstkritik einen schonungslosen Kampf gegen jene opportunistischen und spalterischen Elemente, gegen Versöhnler, Pazifisten und den Sozialdemokratismus zu führen.

II. Parteiaufbau in der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit

a) Die Parteiorganisation in der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit gliedert sich in Grundorganisationen, die auf der Grundlage der Haupt- oder selbständigen Abteilungen gebildet werden. Diese Grundorganisationen werden von der Kreisleitung der Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit angeleitet, kontrolliert und sind der Kreisleitung rechenschaftspflichtig.

b) Der Sekretär der Grundorganisation der Hauptabteilung PS im Staatssekretariat für Staatssicherheit verrichtet seine Arbeit hauptamtlich. Alle anderen Sekretäre der Grundorganisation in der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit verrichten ihre Arbeit ehrenamtlich.

c) Die Wohngebietsparteiorganisation im Objekt des Staatssekretariats für Staatssicherheit Hohenschönhausen wird der Kreisleitung der Partei Weißensee unterstellt, von dort angeleitet, kontrolliert und ist ihr rechenschaftspflichtig.
Die Anleitung und Kontrolle ist seitens der Kreisleitung Weißensee nur einem bestimmten, namentlich benannten Mitarbeiterkreis zu übertragen, der von der Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK bestätigt werden muß.

d) Die Kreisleitung der Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit arbeitet auf der Grundlage der statistischen Berichte der Grundorganisationen des Staatssekretariats für Staatssicherheit und der statistischen Berichte der Parteiorganisationen der Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit, den gesamtstatistischen Bericht aus und leitet denselben an das ZK weiter.

e) Die Kreisleitung der Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit empfängt die Beitrags- und Sondermarken[732] von der Kasse des Zentralkomitees und rechnet dort 90 % des Markenwertes ab.

f) Für die Finanzierung der Arbeit der Kreisleitung in der Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit ist von der Kreisleitung der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK ein Haushaltsplan zur Stellungnahme einzureichen, der danach dem Sektor Finanzen des ZK zur Bestätigung und Bereitstellung der Mittel vorgelegt wird.

g) Die Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit untersteht direkt dem Zentralkomitee, wird durch das Zentralkomitee angeleitet und kontrolliert und ist ihm rechenschaftspflichtig.
Im Apparat des Zentralkomitees erfolgt die Anleitung und Kontrolle für die Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit durch die Abteilung für Sicherheitsfragen des Zentralkomitees.

h) Die Grundorganisationen in der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit wählen Delegierte zur Kreisdelegiertenkonferenz der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit.
Die Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation in der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit wählt die Kreisleitung, die Revisionskommission und die Delegierten zum Parteitag.

j) Die Mitglieder der Kreisparteikontrollkommission in Stärke von 5 Genossen werden von der Kreisleitung der Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit der Zentralen Parteikontrollkommission zur Bestätigung vorgeschlagen und nach erfolgter Bestätigung eingesetzt.

k) Der Parteiorganisation der Dienststelle im Staatssekretariat für Staatssicherheit werden anteilmäßig Plätze an der Parteihochschule, den Zentralschulen des ZK, sowie an den Bezirks- und Kreisparteischulen zur Verfügung gestellt.

III. Der Parteiaufbau in den Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit

a) Die Leitungen der Parteiorganisationen der Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit erhalten die Rechte einer Kreisleitung. Die Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit unterstehen den Bezirksleitun-

732 „und Sonder“ durchgestrichen.

gen der Partei[733], werden vom 1. Sekretär der Bezirksleitung angeleitet, kontrolliert und sind ihm rechenschaftspflichtig.

b) Die Parteiorganisationen der Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit gliedern sich in mehrere Grundorganisationen entsprechend der Struktur der Verwaltungen.

c) Die Leitungen der Parteiorganisationen der Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit bestätigen Neuaufnahmen von Kandidaten und Überführung von Kandidaten in den Mitgliedstand der Grundorganisationen der Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit und den Grundorganisationen der Kreisdienststellen des Staatssekretariats für Staatssicherheit.

d) Die Grundbücher und Parteiakten der Mitglieder und Kandidaten der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit verbleiben bei der Parteileitung der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit.
Die Grundbücher und Parteiakten der Grundorganisation[en] der Kreisdienststellen des Staatssekretariats für Staatssicherheit verbleiben ebenfalls, bis auf weiteres, bei den Parteiorganisationen der Bezirksverwaltungen des Staatssekretariats für Staatssicherheit.

e) Parteiverfahren gegen Mitglieder und Kandidaten der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit werden von der Leitung der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit bestätigt.
Einspruchsverfahren werden von der Bezirksparteikontrollkommission der Bezirksleitung der Partei[734]durchgeführt.

f) Die Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit erhält die Beitrags- und Sondermarken[735] auch für die Parteiorganisation[en] der Kreisdienststellen des Staatssekretariats für Staatssicherheit von der Kasse der Bezirksleitung der Partei[736] und rechnet dort 90 % des Markenwertes ab.
Die Kassenprüfung erfolgt durch die Revisionskommission der Bezirksleitung der Partei.
Für die Finanzierung der Arbeit der Leitung der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit reicht die Leitung der Parteiorganisation den Haushaltsplan an die Bezirksleitung der Partei ein, welche denselben eingliedert in ihren Plan und die erforderlichen Mittel vom ZK anfordert.

g) Die Leitung der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit arbeitet den statistischen Bericht auf

733 Gemeint: den territorialen SED-Bezirksleitungen.
734 Gemeint: der territorialen SED-Bezirksleitung.
735 „und Sonder“ durchgestrichen.
736 Gemeint: der territorialen SED-Bezirksleitung.

der Grundlage der statistischen Berichte der Grundorganisationen der Bezirks- und Kreisdienststellen des Staatssekretariats für Staatssicherheit zum Gesamtbericht aus.
Dieser Bericht wird an die Kreisleitung der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit weitergeleitet. Eine Durchschrift des Berichtes erhält der 1. Sekretär der Partei[737] zur persönlichen Information.

h) Die Leitung der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung arbeitet auf der Grundlage der Berichte der Grundorganisationen der Kreisdienststellen und der Grundorganisationen der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit den Bericht über das Parteilehrjahr aus und leitet denselben an die Bezirksleitung der Partei[738] weiter.

j) Die Grundorganisationen der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit wählen Delegierte zur Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit. Die Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit wählt die Leitung der Parteiorganisation und die Delegierten zur Bezirksdelegiertenkonferenz[739] der Partei.

k) Es wird empfohlen, den Leiter der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit zur Wahl in die Bezirksleitung der Partei[740] vorzuschlagen.

l) Der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit werden anteilmäßig Plätze an den Parteischulen durch die Bezirksleitungen der Partei[741] zur Verfügung gestellt.

IV. Parteiaufbau in den Kreisdienststellen des Staatssekretariats für Staatssicherheit

a) In den Kreisdienststellen des Staatssekretariats für Staatssicherheit besteht in der Regel nur eine Grundorganisation der Partei.

b) Die Grundorganisation der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit untersteht der Kreisleitung[742] der Partei und wird durch den 1. Sekretär der Kreisleitung persönlich angeleitet, kontrolliert und ist ihm rechenschaftspflichtig.

c) Die Grundbücher und Parteiakten der Mitglieder und Kandidaten der Grundorganisation der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit verbleiben bis auf weiteres bei der Leitung der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit.

737 Gemeint: der Erste Sekretär der territorialen SED-Bezirksleitung.
738 Gemeint: die territoriale SED-Bezirksleitung.
739 Gemeint: die Delegiertenkonferenz der territorialen SED-Bezirksparteiorganisation.
740 Gemeint: die territoriale SED-Bezirksleitung.
741 Gemeint: die territorialen SED-Bezirksleitungen.
742 Gemeint: der territorialen SED-Kreisleitung.

d) Die Grundorganisation der Kreisdienststelle beschließt die Neuaufnahme von Kandidaten und Überführung von Kandidaten in den Mitgliederstand.
Die Bestätigung der Aufnahme und Aushändigung der Parteidokumente erfolgt durch die Parteileitung der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit.

e) Die Grundorganisation der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit führt Parteiverfahren gegen Mitglieder und Kandidaten durch. Dieselben werden vom Kreissekretariat der Kreisleitung der Partei bestätigt. Einspruchsverfahren werden von der Kreisparteikontrollkommission der Kreisleitung der Partei[743] durchgeführt.
Nach Abschluß der Parteiverfahren und Verhängung der Parteistrafe erfolgt die Eintragung des Beschlusses über die Parteistrafe in das Grundbuch bei der Leitung der Bezirksparteiorganisation[744] des Staatssekretariats für Staatssicherheit.

f) Die Grundorganisation der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit arbeitet den statistischen Bericht aus und leitet denselben an die Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit zur Zusammenfassung weiter.
Eine Durchschrift des Berichtes erhält der 1. Sekretär der Kreisleitung der Partei[745] zur persönlichen Information.

g) Die Grundorganisation der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit erhält die Beitragsmarken von der Leitung der Parteiorganisation der Bezirksverwaltung des Staatssekretariats für Staatssicherheit und rechnet dort ab.

h) Die Grundorganisation der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit wählt die Leitung der Grundorganisation und die Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz der Partei[746].

j) Es wird empfohlen, den Leiter der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit zur Wahl in die Kreisleitung[747] vorzuschlagen.

k) Der Grundorganisation der Kreisdienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit werden anteilmäßig Plätze an den Parteischulen durch die Kreisleitung[748] zur Verfügung gestellt.

743 Gemeint: der territorialen SED-Kreisleitung.
744 Gemeint: der Leitung der SED-Parteiorganisation in der Bezirksverwaltung des SfS.
745 Gemeint: der territorialen SED-Kreisleitung.
746 Gemeint: der Delegiertenkonferenz der territorialen SED-Kreisparteiorganisation.
747 Gemeint: die territoriale SED-Kreisleitung.
748 Gemeint: die territoriale SED-Kreisleitung.

V. Parteiaufbau an den Schulen des Staatssekretariats für Staatssicherheit

a) Die Parteiorganisation an den Schulen des Staatssekretariats für Staatssicherheit gliedert sich in mehrere Grundorganisationen, die die Rechte einer Grundorganisation haben.
b) Diese Grundorganisationen werden angeleitet von der Leitung der Parteiorganisation der betreffenden Fachschule.
c) Die Parteiorganisation an den Fachschulen ist der Kreisleitung der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit unterstellt, wird von dort angeleitet, kontrolliert und ist ihr rechenschaftspflichtig.
d) Der 1. Sekretär der Leitung der Parteiorganisation an den Fachschulen verrichtet seine Arbeit hauptamtlich.
e) Die Grundorganisation[en] der Parteiorganisation an den Fachschulen des Staatssekretariats für Staatssicherheit wählen Delegierte zur Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation an den Fachschulen. Die Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation an den Fachschulen wählt die Leitung der Parteiorganisation und die Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz der Parteiorganisation der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit.

VI. Parteipolitische Arbeit und Parteiaufbau in den dem Staatssekretariat für Staatssicherheit nachgeordneten Dienststellen und Hauptabteilungen mit besonderem Charakter

a) Die Hauptabteilung I im Staatssekretariat für Staatssicherheit bildet eine Politabteilung, welche auf der Grundlage des Politstatuts in der KVP und HVDGP[749] sowie auf der Grundlage der Bestimmungen über den Aufbau der Politabteilungen der Parteiorganisation der Staatssicherheitsorgane in der KVP und HVDGP[750] arbeitet.
b) In der Hauptabteilung Wolf im Staatssekretariat für Staatssicherheit wird die parteipolitische Arbeit von einem Politstellvertreter und 2 Mitarbeitern angeleitet.
   In der Hauptabteilung gibt es mehrere Grundorganisationen der Partei, die vom Politstellvertreter und seinen Mitarbeitern angeleitet werden. Der Politstellvertreter der Hauptabteilung Wolf wird

749 „Vorschrift für die politischen Organe der Grenzpolizei der DDR“ sowie „Vorschrift über Politische Organe, Partei und Jugendorganisationen der Kasernierten Volkspolizei der Deutschen Demokratischen Republik“, beides Teil der Vorlage der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 11.2.1954 an das Politbüro betr. „Bestätigung der neuen Politstatute für die verschiedenen Zweige der Volkspolizei“. Anlage zum Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 (Arbeitsprotokoll); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/336, ohne Blattzählung. Zur Bestätigung der Statute siehe das Reinschriftprotokoll der Sitzung; ebenda, J IV 2/2/349, Bl. 6.
750 Das Politstatut der HA I wurde bisher nicht aufgefunden.

vom 1. Sekretär der Kreisleitung der Parteiorganisation in der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit angeleitet.
Die Parteidokumente werden beim Politstellvertreter der Hauptabteilung Wolf nach den Richtlinien des ZK der Partei geführt und verwaltet.
Die Parteibeitrags-Marken werden von der Kreisleitung in der Dienststelle des Staatssekretariats für Staatssicherheit bezogen und dort abgerechnet.
Parteiverfahren werden von der Grundorganisation durchgeführt und durch den Politstellvertreter und seinen 2 Mitarbeitern bestätigt.
Einsprüche werden von der ZPKK behandelt.

c) Bei der Verwaltung Transportpolizei beim Staatssekretariat für Staatssicherheit wird die politische Arbeit und Anleitung der Parteiorganisationen gemäß dem bestätigten Politstatut der Verwaltung Transportpolizei[751] durchgeführt.

d) In der Verwaltung der Wacheinheiten beim Staatssekretariat für Staatssicherheit wird die politische Arbeit und Anleitung der Parteiorganisationen gemäß dem bestätigten Politstatut der Verwaltung der Wacheinheiten[752] durchgeführt.

751 „Statut für die Politischen Organe des SfS, Hauptabteilung Transportpolizei“, in: Vorlage der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen vom 11.2.1954 an das Politbüro betr. „Bestätigung der neuen Politstatute für die verschiedenen Zweige der Volkspolizei“. Anlage zum Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 (Arbeitsprotokoll); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/336, ohne Blattzählung.

752 „Statut für die politische Arbeit in den Wacheinheiten des SfS. Entwurf“; ebenda. Zur Bestätigung der Statute für die politische Arbeit in der Transportpolizei und in den Wacheinheiten siehe das Reinschriftprotokoll der Politbürositzung am 23.2.1954; SAPMO-BA, J IV 2/2/349, Bl. 6.

Dokument 6

25. September 1954

Sitzung des Kollegiums des Staatssekretariats für Staatssicherheit[753]

Einleitend führte der Gen[osse] Staatssekretär Wollweber u. a. folgendes aus:
Die Aufgaben des Staatssekretariats für Staatssicherheit haben sich erweitert. Es muß dem Politbüro auch mit politische Waffen in die Hand geben. [sic!] Dieses ist auch in den letzten Monaten geschehen. Der Fall John und Schmidt-Wittmack[754] und der Schlag gegen die Gehlen[755]-Organisation haben internationale Bedeutung. Es gilt, die Kampffähigkeit unserer Mitarbeiter zu erhöhen und die Parteiarbeit zu verstärken. Wir müssen uns loslösen vom Schematismus. Die Parteiorganisation muß schnell auf Ereignisse reagieren. Die Tätigkeit der Kreisleitung geht losgelöst von der veränderten Situation vor sich.
Es gab von der Parteiorganisation keine Stellungnahme zu den Fällen John, Schmidt-Wittmack und den Schlag gegen die Gehlen-Organisation.
Es gab verschiedene Ereignisse von großer Bedeutung, aber alles ging ohne Reagenz vorbei.
Die Parteiorganisation muß selbständig auf die jeweilige Situation reagieren, unsere Mitarbeiter orientieren, damit sie sich sofort richtig zurechtfinden.
Zwischen der Parteiarbeit im Betrieb und beim S.f.S. besteht ein Unterschied. Bei uns steht im Vordergrund die Erziehung unserer Mitarbeiter.
Das Büro darf seine Arbeit nicht nur nach innen, sondern auch nach außen richten. Von den leitenden Funktionären des S.f.S. wurden Versammlungen durchgeführt, wo zu rund 50 000 Arbeitern gesprochen wurde. Die Parteiorganisation hat dazu nichts getan. Über Kritik und Selbstkritik wird

753 BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 290–298. – Vermerke auf Bl. 290: Geheim! Persönlich! – Handschriftlicher Vermerk: 6/54. – Handschriftlich gezeichnet auf Bl. 298: Weikert, Generalmajor. – Tagesordnung: Zusammenarbeit der Leitung des SfS mit dem Büro der Kreisleitung VII c/1. – Teilnehmer: Ernst Wollweber, Erich Mielke, Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf, Martin Weikert für das Kollegium des SfS; Gustav Röbelen, Martin Appelfeller für die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen; Hermann Steudner, Bruno Beater, Gustav Tschapek, Kurt Richter, Joachim Hauck, Günther Weichelt, Roland Kießling für das Büro der SED-Kreisleitung im SfS Berlin.

754 Karlfranz Schmidt-Wittmack (1914–1987): 1953/54 Mitglied des Bundestages und der Ausschüsse für gesamtdeutsche Fragen sowie für Fragen der europäischen Sicherheit; siedelte im August 1954 in die DDR über; 1955–1977 Vizepräsident der Kammer für Außenhandel der DDR.

755 Reinhard Gehlen (1902–1979): baute nach dem Zweiten Weltkrieg im Auftrag der USA einen Auslandsnachrichtendienst auf, die sog. „Organisation Gehlen“. Sie ging 1955 in den Bundesnachrichtendienst über, den Gehlen bis 1968 leitete.

wohl referiert, aber selbst im Büro der Kreisleitung wird die Kritik nicht verstanden. Selbstkritik ist wenig vorhanden. Die letzte Kreisleitungssitzung am 21.9. hat dieses bewiesen.[756]
Die Arbeit der Grundorganisationen ist schwach. Unsere Parteiversammlungen werden zu einer Art Schulung, kein eigener Standpunkt wird entwickelt. Parteiversammlungen sind keine Examen. Die Genossen haben Angst, offen zu diskutieren.
Zur Vorbereitung der Volkswahl gilt es, die Ergebnisse der Volksbefragung gut auszunützen.
Das Büro hat personell gesehen die Voraussetzung, eine gute Arbeit zu leisten.
Besonders durch die Genossen Last, Beater und Richter hat das Büro die Möglichkeit, die Feindtätigkeit richtig einzuschätzen.

Zur Diskussion:

Gen[osse] Oberstl[eu]tn[ant] Steudner:
brachte zum Ausdruck, daß sich das Büro in seiner letzten Sitzung eingehend mit den Schwächen beschäftigt hat. Es wurde festgestellt, daß die Arbeit nicht auf die Höhe der politischen Aufgaben gestellt war. Das Büro erkennt die Mängel und wird sie mit aller Kraft beseitigen.
Zu besonderen politischen Ereignissen muß das Büro Stellung nehmen. Wir müssen nicht nur nach innen, sondern auch nach außen politisch mitwirken.
Die Leitung der Parteiorganisation muß Maßnahmen treffen, unsere Mitarbeiter besser zu orientieren. Das Büro muß sich mehr und besser in die Arbeit der Grundorganisationen einschalten. Die ideologischen Unklarheiten sind zu beseitigen.
Ein Mangel ist, daß sich das Büro zu wenig auf das gewählte Parteiorgan (Kreisleitung und Parteiaktiv) gestützt hat.
Vor der Durchführung einer Parteiaktivtagung ist es notwendig, daß eine Aussprache mit dem Gen[ossen] Staatssekretär Wollweber durchgeführt wird.
Die Voraussetzungen sind vorhanden, um die bestehenden Schwächen und Mängel zu überwinden.

Gen[osse] Oberstleutnant Richter:
In der Durchführung der Aufgaben sowie der Stellungnahme des Büros ergaben sich Schwierigkeiten, da die Büromitglieder nicht einen so hohen Horizont wie der Gen[osse] Staatssekretär Wollweber und der Gen[osse] Generalleutnant Mielke haben. Von diesem Gesichtspunkt aus wird es im-

756 Vgl. das Sitzungsprotokoll; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 207–211.

mer Kritik geben, weil die Genossen es nicht verstehen, die hohen Aufgaben richtig zu stellen.

Zwischenbemerkung des Gen[ossen] Staatssekretär Wollweber:
Auch wir bekommen keine besonderen Informationen und Richtlinien. Wir bekommen zwar Hilfe von unseren führenden Genossen der Partei, wir müssen aber fähig sein, die uns gestellten Aufgaben selbständig zu lösen. Wir dürfen die Dinge nicht auf ein solches Gleis schieben. Es gibt keine Kreisleitung der Partei, die solche Informationen bekommt. Wenn ein wichtiges Ereignis eintritt, muß die Parteiorganisation Stellung nehmen, d. h., man muß zu jeder neuen Situation Stellung nehmen.

Gen[osse] Oberst Beater:
Die Hauptaufgabe bei der politischen Erziehungsarbeit ist, unsere Genossen auf Grund der jeweiligen Situation und Ereignisse zu erziehen.
Das Büro soll die Arbeit der Leitung des Hauses unterstützen und muß die Mitarbeiter dementsprechend befähigen zur besseren Arbeit.
Wir haben in dem heutigen Arbeitsstil viele alte Überreste aus der vorangegangenen Zeit.
Bei dem Fall John und Schmidt-Wittmack verließen wir uns zu sehr auf den Gen[ossen] Staatssekretär Wollweber und den Gen[ossen] Generalleutnant Mielke und warteten auf ihre Einschätzung. Was uns bekannt war, wurde in der propagandistischen Arbeit nicht genügend ausgenutzt.
Das Parteibüro ist zu wenig in die Tiefe der Abteilungen eingedrungen. Für die Arbeit der propagandistischen Arbeit nach außen wäre es notwendig, daß das Büro einen ständigen Kontakt mit der zuständigen Abteilung des S.f.S. hat. Weiter wäre es erforderlich, ein eigenes Mitteilungsblatt, wie es die VP und KVP hat, herauszugeben.
In bezug auf die Kritik dürfen wir nicht nur Material sammeln, sondern wir müssen das vorhandene Material ausnützen.

Bemerkung des Gen[ossen] Staatssekretär Wollweber:
Der Vorschlag des Gen[ossen] Beater auf Herausgabe eines Organs ist zu überprüfen. Besonders beachten muß man dabei, wie es sich mit der Einhaltung der Konspiration vereinbaren läßt. Dieses Mitteilungsblatt dürfte nicht nur allgemeine Agitation und Rundschreiben beinhalten, sondern kämpferische Auseinandersetzung mit allen vorkommenden Problemen.
Die Parteileitung muß die Politik des ZK nach unten durchsetzen. Es handelt sich darum, daß das S.f.S. schlagkräftig wird, daß wir eine gut funktionierende Parteiorganisation besitzen und die führende Rolle der Partei durchsetzen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Parteiorganisation an die Lösung der Aufgaben herangehen.

Gen[osse] Oberl[eu]tn[ant] Kießling[757]*:*
Die letzte Bürositzung, die Aktivtagung der FDJ sowie auch die Kreisleitungssitzungen haben gezeigt, daß keine kämpferische Einstellung vorhanden ist. Bei einzelnen Genossen kommt die Meinung der Furcht zum Ausdruck. Es gibt Genossen, die eine richtige Angst besitzen, besonders vor Zwischenrufen.
Ich selbst hatte vor der Aktivtagung der FDJ vor dem Kommen des Gen[ossen] Staatssekretär Wollweber Angst.

Gen[osse] Generalleutnant Mielke:
Die letzte Kreisleitungssitzung hat eine neue Atmosphäre geschaffen und war eine gute Sache. Wenn die Zwischenrufe einzelnen Genossen nicht angenehm sind, so muß man auf der Sitzung Stellung dazu nehmen. Jeder konnte sprechen.
Wenn die Genossen zum Ausdruck bringen, daß sie keine Informationen besitzen, so muß man die Dinge offen ansprechen. Wir haben eine solche Lage, daß die Dinge nicht immer offen angesprochen werden und nachträglich viel darüber diskutiert wird. Wir müssen so verfahren, daß, egal wer in der Sitzung ist, die Dinge offen angesprochen werden, unsere Genossen sich nicht verstecken und offen die Meinung zum Ausdruck bringen.
Unsere kämpferische Demokratie muß sich in der Parteiorganisation durchsetzen. Unsere Parteiarbeit ist kämpferisch. Wir sprechen nicht nur für Berlin, sondern auch für die anderen Bezirke. In Anbetracht dessen müssen wir die Parteiarbeit vertiefen und das realisieren für die ganze DDR.
Der Gen[osse] Parteisekretär bekam in den Kollegiumssitzungen und Dienstbesprechungen die Linie.
Ein Bericht des Büros, wie er auf der letzten Kreisleitungssitzung gegeben wurde,[758] muß gründlicher erarbeitet und zur Diskussion gestellt werden, damit die Mitglieder erkennen können, ob die Linie richtig ist.
Ein solcher Bericht muß ein bestimmtes Niveau besitzen. In der Aufgabenstellung muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die ideologische Frage die erste Frage ist und eine prinzipielle Frage darstellt. Wir müssen die Frage des Mehr-Forderns stellen und die Durchführung der Befehle kämpferisch entwickeln. Bei der Niederlage der EVG [Europäische Verteidigungsgemeinschaft] müssen wir die Frage stellen, wie wir unsere Kräfte mobilisiert haben und die Niederlage ausnützen. Die Genossen bekommen zu wenig Rüstzeug für die Arbeit. Wir müssen noch mehr helfen. Auch ich muß der Parteileitung mehr helfen.

757 Roland Kießling (geb. 1930): 1954–1956 Erster Sekretär der FDJ-Kreisleitung im SfS; KKK Roland Kießling; BStU, ZA.
758 Hermann Steudner: „Bericht über die Arbeit des Büros der Kreisleitung im III. Quartal 1954“ auf der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 21.9.1954; BStU, ZA, KL-SED 197, Bl. 207 und 213–220.

Die Frage der Herausgabe einer Zeitung muß man gründlich beraten, damit nicht die Konspiration verletzt wird.
In der Propagandaarbeit muß man das Material vom Gen[ossen] Borrmann[759] mit ausnützen, aber nicht so, daß auf der durchgeführten Pressekonferenz mit Dr. John vom Büro der Kreisleitung niemand anwesend war.
Noch etwas zu den durchgeführten Zwischenrufen, wie es der Gen[osse] Kießling anführte. Es wurden keine Zwischenrufe gemacht, die Verwirrung auslösten, sondern diese Zwischenrufe ergaben eine Unterstützung. Zwischenrufe müssen gemacht werden, sie erhöhen die Initiative. Unsere Jugend ist gar nicht so empfindlich, wie es hier zum Ausdruck gebracht wurde. Sie nehmen den Kampf mit der Gefahr auf und einige erfüllen glänzend ihre Aufgaben.

Gen[osse] Generalmajor Wolf:
Die Parteiorganisation muß die Genossen befähigen, sich rasch zu orientieren. Jedes Mitglied der Kreisleitung muß in der Lage sein, selbständig zu reagieren. Man kann nicht jedem Anleitung geben. Die Arbeitspläne der Parteiorganisation sind zu wenig differenziert. Jede Abteilung hat ihre eigenen Fragen und die Grundorganisation muß sich darauf einstellen.

Gen[osse] Röbelen:
Jedes Mitglied des Büros muß eine exakte Aufgabe bekommen. Wenn es Zweifel in der Diskussion gibt, muß man sie mit der Leitung klären. Die Parteileitung muß mehr Kontrolle über die Grundorganisationen durchführen.
Die Parteierziehungsarbeit wird vernachlässigt. Es besteht eine ungenügende Kritik und kollektive Erziehung.
Die Grundorganisation muß sich mit den Disziplinarverstößen beschäftigen. In der ideologischen Arbeit zeigen sich einige Fehler, sie ist zu wenig mit den Aufgaben verbunden.
Die Parteischulung muß auf anderer Grundlage organisiert werden und zwar

1. Themen zur Geschichte der Arbeiterbewegung
   Entwicklung des Reformismus Die Rolle der rechten SPD
2. Der dialektische und historische Materialismus
   Die Rolle der Kirche
3. Politische Ökonomie – insbesondere Finanzkapital und Konzerne
4. Nationale Frage
   Gerechte und ungerechte Kriege
5. Die Rolle der Partei bei der Diktatur des Proletariats

759 Gustav Borrmann (1895–1975): 1951–1955 Leiter der Abt. Allgemeines im SfS; vgl. Gieseke: Kurzbiographien (in Vorb.).

Gen[osse] Hauptmann Weichelt:
begrüßte den Vorschlag zur Neuorganisierung der Parteischulung. In der Erziehungsarbeit wurden einige Fortschritte gemacht. Die Kritik ist oberflächlich. Das Büro hat in der Erziehungsarbeit zu wenig Kontakt. Die Einflußnahme nach außen wurde überhaupt nicht beachtet.
Das Büro ist vor der Anwendung der Kritik selbst zurückgewichen.

Gen[osse] Hauptmann Hauck:
erklärt, daß der Gen[osse] Steudner nicht schwächer ist als die anderen Mitglieder des Büros und daß es auch keine Differenzen gibt.

Gen[osse] Weichelt:
bringt noch einmal zum Ausdruck, daß der Zwischenruf des Gen[ossen] Staatssekretärs in der Kreisleitungssitzung ihn schockiert hätte.

Gen[osse] Steudner:
stellt an den Gen[ossen] Röbelen die Frage, ob die anderen Themen des Parteischuljahres gleichzeitig weiterlaufen sollen.

Gen[osse] Röbelen anwortet:
1. Die jungen Genossen sollen die Grundschulung der Partei weiterbesuchen.
2. Für die nächste Stufe der Genossen soll die Parteischule entfallen und nach einem neu erarbeiteten Schulungsplan die Weiterbildung durchgeführt werden.
3. Das organisierte Selbststudium – Fernstudium – soll weiter durchgeführt werden.

Schlußbemerkung des Gen[ossen] Staatssekretär Wollweber:
Zu den durchgeführten Zwischenrufen und ihren Auswirkungen bzw. Schockierungen: Es gibt kein Beispiel, wo irgendein Genosse wegen Kritik gemaßregelt wurde. Die Pressekonferenz und die entlassenen festgenommenen Jugendlichen hätten ein Anlaß dafür sein müssen, daß die FDJ sich aktiv einschaltet. Die Initiative hätte bei der FDJ liegen müssen. Daß dieses nicht geschehen ist, ist ein Fehler. Auch selbst als diese Dinge bekannt wurden, hat die FDJ nichts unternommen.
Der Gen[osse] Steudner muß seine Empfindlichkeit abstellen; die Voraussetzungen sind bei ihm vorhanden.
Die Parteiorganisation muß auch kontrollieren, wie die von der Leitung gegebenen Direktiven nach unten durchgeführt werden.
Die freie Diskussion muß unten verstärkt werden. Ein richtiges Verhältnis der Demokratie muß geschaffen werden. Der Entwicklung der Kritik und Selbstkritik muß mehr Beachtung geschenkt werden. Eine Parteiaktivtagung mit vorgeschriebenen Diskussionsrednern ist eine Verletzung der innerparteilichen Demokratie.

Die Parteiorganisation muß an die Genossen die Frage stellen: Was hast Du in Deiner Arbeit für Ergebnisse zu verzeichnen. Jede politische Arbeit muß sich in der Arbeit unserer Mitarbeiter widerspiegeln.
Die Anweisungen des Zentralkomitees darf man nicht schematisch anwenden. Von uns muß man mehr verlangen. Bei uns muß die Rolle der Staatsmacht stärker klargestellt werden. Von den Funktionären des Staatssekretariats muß man in der Arbeit mehr verlangen.

7. Dezember 1954

Entwurf der am 26. Januar 1955 beschlossenen Direktive zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit[760]

Die Erhöhung der Kampffähigkeit und der Einsatzbereitschaft des Staatssekretariats für Staatssicherheit und seiner Organe bei der Liquidierung feindlicher Gruppen, Agentenzentralen usw. macht es erforderlich, daß das politische Niveau und das Bewußtsein aller Mitarbeiter der Staatssicherheit zur erfolgreichen Sicherstellung ihrer operativen Aufgaben auf eine hohe Stufe entwickelt werden. Der Parteiorganisation obliegt die Verantwortung dafür, alle Mitglieder und Kandidaten der Partei in der Staatssicherheit zu erziehen, bei der Durchführung ihrer Aufgaben – der Zerschlagung der feindlichen Agenturen und der Liquidierung der Feinde der DDR – eine hohe Arbeitsmoral zu entwickeln und sich ständig politisch und fachlich zu qualifizieren.

Die Parteiorganisation muß alle Anstrengungen unternehmen, um die innere Ordnung zu festigen und die Disziplin, sowohl jedes einzelnen Mitarbeiters als auch des Kollektivs, zu stärken, und um eine wirksame Unterstützung der Leitung des Staatssekretariats durch die Parteiarbeit herbeizuführen.

Dazu ist erforderlich:

a) die Zusammenarbeit zwischen dem Parteiorganisator des Zentralkomitees, der Kreisleitung und dem Genossen Staatssekretär sowie die der Leitungen der Grundorganisationen mit den Abteilungsleitern bzw. Hauptabteilungsleitern zu verbessern;

760 BStU, ZA, KL-SED 393, Bl. 1305–1314. – Titel im Wortlaut: „Vorlage an die Sicherheitskommission betr. Direktive zur Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation im Staatssekretariat für Staatssicherheit“, eingereicht von der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. – Namenszeichen auf Bl. 1305: Re. – Handschriftlicher Vermerk: „Beschlossen am 26.1.55“. – Ein entsprechendes Beschlußprotokoll der Sicherheitskommmission ist nicht überliefert. Daß die Direktive in Kraft trat, beweist u. a. eine Äußerung Hermann Steudners auf der SED-Kreisleitungssitzung im SfS Berlin am 28.1.1955; BStU, ZA, KL-SED 91, Bl. 669–672, hier 669. In späteren Erwähnungen wird die Direktive immer wieder als Beschluß der Sicherheitskommission bezeichnet; vgl. z. B. den Entwurf eines nie verabschiedeten Beschlusses „über die Rolle der Partei in den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit“, o. A., o. D. [ca. 1958]; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/103, Bl. 224–230, hier 227. Aus dem Beschlußvermerk auf dem Dokument selbst sowie der Tatsache, daß in späteren Bezugnahmen immer wieder der 7.12.1954 als Datum des Beschlusses genannt wird, kann geschlossen werden, daß der hier wiedergegebene Entwurf dem Text des endgültigen Beschlusses vom 26.1.1955 entspricht; vgl. Rechenschaftsbericht der SED-Kreisleitung auf der SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MfS Berlin am 10./11.3.1956; BStU, ZA, KL-SED 572, Bl. 1266–1344, hier 1332, sowie Dokument 10, S. 200.

b) die Arbeit der Parteileitungen grundlegend zu verändern, um die Parteiarbeit auf die Höhe ihrer politischen Aufgaben zu heben.

1. Der Parteiorganisator des Zentralkomitees berät regelmäßig (mindestens einmal wöchentlich) mit den hauptamtlichen Büromitgliedern die politische Lage und die besonderen politischen Vorkommnisse sowie die wichtigsten Pressemeldungen.
   Aus dieser Beratung werden Maßnahmen festgelegt für die Parteiarbeit und die Aufgaben, die sich daraus unter Umständen für die Parteiorganisationen ergeben, formuliert.
   Im unmittelbaren Anschluß an diese Beratung findet eine Aussprache zwischen dem Parteiorganisator des ZK und dem Genossen Staatssekretär bzw. in seiner Abwesenheit mit dem von ihm mit der Leitung beauftragten Genossen statt, wo die Ergebnisse der Beratung dem Genossen Staatssekretär mitgeteilt und gleichzeitig, wenn notwendig, Vorschläge für die Koordinierung der Arbeit unterbreitet werden – auch für solche Maßnahmen, die sich auf operativem Gebiet nach Meinung der Parteileitung ergeben. Als Ergebnis dieser Aussprache mit dem Genossen Staatssekretär sind Beschlüsse für das Büro vorzubereiten und durch das Büro zu bestätigen. Anschließend erfolgt die Realisierung der beschlossenen Aufgaben und Maßnahmen in den Grundorganisationen mit spezialisierter Aufgabenstellung.
2. Regelmäßig in monatlichen Abständen finden eingehende Beratungen zwischen dem Parteiorganisator des ZK und dem Genossen Staatssekretär statt, wo die Schwerpunkte der Arbeit behandelt werden, insbesondere solche Fragen wie:
   a) Der Stand der Erfüllung der Aufgaben hinsichtlich der von der gesamten Parteiorganisation hierfür gegebenen politischen Unterstützung;
   b) Bericht über die Parteiarbeit;
   c) Fragen der Moral und Disziplin im Zusammenhang mit der geleisteten Erziehungsarbeit durch die Parteiorganisation;
   d) Fehler und Mängel auf allen Gebieten, die dem Büro der Kreisleitung durch seine Arbeit bekannt geworden sind und Unterbreitung entsprechender Vorschläge zur Überwindung solcher Schwächen.
      Gleichzeitig werden die Aufgaben des kommenden Monats besprochen, soweit das möglich ist, auch auf operativem Gebiet und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die Parteiarbeit.

   Der Parteiorganisator des ZK ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Genossen Staatssekretär berechtigt, über ihm zur Kenntnis gegebene bevorstehende größere Operationen das Büro der Kreisleitung zu informieren.
3. Bei wichtigen Beschlüssen der Partei und Regierung (ZK-Plenum, wichtige Politbüro-Beschlüsse und Ministerratsverordnungen) ist wie folgt zu verfahren:

a) Die Mitglieder des Büros führen als erste ein eingehendes Studium dieser Beschlüsse durch. Darauf folgt sofort anschließend
b) eine Auswertung im Büro der Kreisleitung, wo die Linie für die sich aus den jeweiligen Beschlüssen ergebende Arbeit und Vorschläge für die Durchführung dieser Beschlüsse erarbeitet werden.
Das Ergebnis dieser Beratung des Büros wird durch den Parteiorganisator des ZK oder durch den Gen[ossen] 1. Kreissekretär dem Genossen Staatssekretär mitgeteilt und seine Meinung dazu eingeholt.
c) Anschließend werden die sich aus diesen Beschlüssen und Beratungen ergebenden Maßnahmen auf der Kreisleitungssitzung beraten und beschlossen.
d) Entsprechend dem Parteistatut findet daraufhin eine Parteiaktivtagung statt, die durch das Büro der Kreisleitung entsprechend vorbereitet werden muß. Auf dieser Parteiaktivtagung werden dem Parteiaktiv die Beschlüsse bekanntgegeben und erläutert und das Parteiaktiv für die Durchführung entsprechend mobilisiert.
e) Gleichzeitig ist eine systematische Anleitung und Kontrolle der Grundorganisationen für die Durchführung dieser Beschlüsse durch das Büro der Kreisleitung zu organisieren und durchzuführen.

4. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung wichtiger und grundsätzlicher Befehle durch die Leitung des Staatssekretariats, (insbesondere solcher Befehle, welche die Fragen der inneren Ordnung, der Festigung der Disziplin, der Arbeitsorganisation, der fachlichen und politischen Ausbildung u. a. betreffen), berät das Büro der Kreisleitung über deren Inhalt und macht dazu seine Vorschläge an den Genossen Staatssekretär.
Nach Bekanntgabe der Befehle faßt das Büro entsprechende Beschlüsse für die politische Sicherstellung der Durchführung dieser Befehle.
5. Das Büro der Kreisleitung führt regelmäßig Aussprachen mit den einzelnen Leitern der Hauptabteilungen durch, unter Hinzuziehung der Parteisekretäre der betreffenden Grundorganisationen. Die Genossen Hauptabteilungsleiter berichten dem Büro über die politisch-ideologische, die kadermäßige Situation, über die Durchführung der Ausbildung und des fachlichen und politischen Studiums, über ihre Einschätzung der Arbeit der Parteigruppenorganisationen (besonders vom Standpunkt der Hilfe für die operative Arbeit) und darüber hinaus über alle anderen wichtigen Fragen der Arbeit.
Gleichzeitig erörtert das Büro mit dem jeweiligen Genossen Hauptabteilungsleiter und dem gleichzeitig anwesenden Parteisekretär die bekanntgewordenen Mängel und Schwächen und gibt dem Genossen Hauptabteilungsleiter und [dem] Parteisekretär Ratschläge und Hinweise zur Überwindung derselben und zur Verbesserung der Arbeit.
Die Ergebnisse solcher Aussprachen hinsichtlich der Arbeit der Parteiorganisationen sind von dem Parteisekretär anschließend mit seiner

Leitung zu beraten. Von der Leitung der Grundorganisation sind Beschlüsse zur Überwindung der Mängel und Schwächen zu fassen.

6. Die Kreisleitung muß große Anstrengungen machen, um in den Grundorganisationen ein echtes Parteileben zu entwickeln und das Parteistatut, besonders hinsichtlich der Aufgabenstellung für die Grundorganisationen, zu verwirklichen.
   Dazu ist es besonders notwendig:
   a) Die Parteierziehung wesentlich zu verbessern, die Mitglieder zur Unversöhnlichkeit gegenüber von Fehlern und Mängeln zu erziehen und die Kritik und Selbstkritik voll zur Anwendung zu bringen;
   b) Durch die verstärkte Parteierziehung die Moral und das Verantwortungsbewußtsein allseitig zu heben, die Disziplin zu stärken;
   c) Besonderes Augenmerk auf die politisch-ideologische Arbeit zu richten, das Studium des Marxismus-Leninismus und der Beschlüsse der Partei und Regierung zu organisieren und wirksam zu kontrollieren. Ebenso müssen sich die Grundorganisationen entsprechend Abschnitt I, Ziff. 2 (e) des Parteistatuts[761] voll verantwortlich fühlen für das Fachstudium der Genossen und dieses durch geeignete Maßnahmen der Erziehung und Kontrolle unterstützen, wie sie sich überhaupt sorgsam auch um die allgemeine Weiterbildung jedes einzelnen Genossen bemühen müssen. In verstärktem Maße sind ideologische Auseinandersetzungen zu organisieren, darunter auch über grundsätzliche Fragen der operativen Arbeit;
   d) Die Arbeit mit den Kadern durch die Parteileitungen entscheidend zu verbessern. Die Leitung der Grundorganisation muß jedes Mitglied hinsichtlich seines politischen Niveaus, hinsichtlich seines persönlichen Verhaltens, seiner Moral und Disziplin, seiner Allgemeinbildung und Familienverhältnisse, aber auch hinsichtlich der Erfüllung seiner operativen Arbeit genau kennen. Da die Arbeit mit den Kadern von vielen Leitungen der Grundorganisationen noch nicht richtig verstanden bzw. unterschätzt wird und diese Frage daher als eine ausgesprochene Schwerpunktaufgabe in der Parteiarbeit betrachtet werden muß, sollte das Büro der Kreisleitung eine gründliche Analyse der Kaderarbeit erarbeiten und auf dieser Grundlage den Parteisekretären der Grundorganisationen durch entsprechende Seminare eine spezifische Anleitung erteilen und darüber hinaus in regelmäßigen Zeitabständen durch den Apparat der Kreisleitung die Kaderarbeit kontrollieren lassen.
   Zur Verbesserung der Kaderarbeit ist es notwendig – außer den unter a–c genannten Maßnahmen – regelmäßige Aussprachen mit

761 Statut der SED 1954, in: Dokumente der SED, Bd. V, S. 93.

den Mitgliedern der Grundorganisation vor der Parteileitung zu führen, um den betreffenden Genossen rechtzeitig auf etwaige Mängel und Schwächen in seiner Arbeit oder in seinem Verhalten aufmerksam zu machen, ihm bei deren Überwindung zu helfen und ihm neue Impulse für die Durchführung seiner Aufgaben zu geben.

e) Die große Kraft der Parteiorganisation zur größtmöglichen Unterstützung und Verbesserung der vor dem Staatssekretariat für Staatssicherheit stehenden großen Aufgaben ist bisher nicht genügend zur Entfaltung gekommen, bzw. nicht genutzt worden. Zur Veränderung dieses Zustandes sind regelmäßige Aussprachen zwischen dem Parteisekretär der Grundorganisation und dem Abteilungsleiter (bzw. Hauptabteilungsleiter) durchzuführen, in denen die Schwerpunkte der Arbeit, Fragen der Ausbildung und Erziehung, der Moral und Disziplin usw. behandelt werden, mit dem Ziel, die politische Sicherstellung der operativen Arbeit zu gewährleisten und möglichst konkret zu gestalten.

f) Um die Grundorganisationen in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben richtig und mit Erfolg durchzuführen, muß die Anleitung durch das Büro der Kreisleitung verbessert werden. Dazu ist notwendig:
   1. Durchführung regelmäßiger seminaristischer Beratungen des Parteiorganisators des ZK bzw. des Büros der Kreisleitung mit den Parteisekretären der Grundorganisationen.
   2. Durchführung regelmäßiger Beratungen der einzelnen Mitglieder des Büros mit den betreffenden Leitungsmitgliedern der Grundorganisationen (z. B. Sekretär für Agit.-Prop. mit den für die gleiche Aufgabe verantwortlichen Parteileitungsmitgliedern in den Grundorganisationen).

g) Die Mitarbeiter aus dem Apparat der Kreisleitung sind verpflichtet, nach einem festgelegten, vom Büro zu bestätigenden Arbeitsplan den Grundorganisationen unmittelbare praktische Hilfe und Anleitung zu gewähren, indem sie an den Leitungssitzungen, Mitgliederversammlungen usw. in den Grundorganisationen teilnehmen und dort auf die Verbesserung der Parteiarbeit Einfluß nehmen.

h) Außerdem ist in längeren Zeitabständen (vierteljährlich) jeweils eine Grundorganisation durch die Kreisleitung gründlich in ihrer gesamten Arbeit zu überprüfen. Für die Überprüfung sind solche Grundorganisationen auszuwählen, die in ihrer Arbeit besonders zurückgeblieben sind.

   Bei der Auswahl dieser Grundorganisationen sind die Vorschläge des Genossen Staatssekretärs, die sich aus dessen Kenntnis der Mängel und Schwächen in der operativen Arbeit ergeben, mit zu berücksichtigen.

   Das Ergebnis solcher umfassenden Überprüfungen ist zum Gegenstand einer Kreisleitungs-Sitzung zu machen. Nach gründlicher Be-

ratung sind solche Beschlüsse zu fassen, die zur Verbesserung der Arbeit aller Grundorganisationen dienen.

i) Zur Verbesserung der Parteiarbeit muß eine straffe Arbeitsplanung durchgesetzt werden. Dazu gehört, daß sowohl die Kreisleitung als auch die Grundorganisationen nach monatlichen Arbeitsplänen arbeiten, die sorgfältig im Kollektiv zu erarbeiten und zu beschließen sind. Vor der Beschlußfassung sind die Arbeitspläne der Kreisleitung mit dem Genossen Staatssekretär, die Arbeitspläne der Grundorganisationen mit den Genossen Hauptabteilungsleitern bzw. Abteilungsleitern abzustimmen. Bei der Beratung der monatlichen Arbeitspläne durch die Leitungen der Grundorganisationen sind die Parteigruppenorganisatoren hinzuzuziehen.

j) Das höchste Prinzip bei der Führung der Partei besteht in der Kollektivität der Leitung.

   Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß dieses Prinzip sowohl durch das Büro der Kreisleitung als auch in einzelnen Leitungen der Grundorganisationen noch nicht voll verwirklicht wurde. Dies zeigt sich besonders darin, daß Beschlüsse des Büros durch einseitige Handlungen des Parteisekretärs oder einzelner Büromitglieder ignoriert werden, und daß sich nicht jedes einzelne Büromitglied voll verantwortlich für die Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse fühlt. Die Verletzung der Kollektivität der Leitung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Kreisleitung und das Büro sich nicht fest auf das Parteiaktiv stützen und nicht immer regelmäßig zu den wichtigen Fragen die große Kraft und Initiative der Parteiaktivisten für die Durchsetzung der Beschlüsse einsetzen.

   Ähnlich verhält es sich hinsichtlich der Arbeit der Kreisleitung, die bisher nicht gemäß dem Statut regelmäßig tagt und arbeitet. Deswegen kommt es gerade jetzt darauf an, in allen Fragen ernsthafter das Parteistatut zur Grundlage zu machen und die im Statut festgelegten Prinzipien unserer Partei immer und überall anzuwenden.

   Vor allen Dingen gilt es, die Selbstzufriedenheit und mangelnde Kollektivität der Leitung zu beheben und einen energischen Kampf für die Stärkung der Verantwortlichkeit der Büro- und Leitungsmitglieder zu führen.

Der Kreisleitung wird empfohlen, die vom ZK der SED herausgegebenen Materialien, (Folge 17 der Beilage „Neuer Weg“ Nr. 19/54) „Beschluß der Bezirksleitung Halle über die Verbesserung der Parteiarbeit“ gründlich zu studieren und auszuwerten. Dabei sollten vor allem Schlußfolgerungen für die Verbesserung der eigenen Arbeit gezogen werden, die in konkreten Beschlüssen ihren Ausdruck finden müssen.

Dokument 8

23. Februar 1955

Entwurf des Beschlusses vom 4. März 1955 zur Umwandlung des Parteilehrjahres in die marxistisch-leninistische Schulung[762]

I. Der gegenwärtige Zustand in der politischen Schulung

Die organisierte politische Schulung der Angehörigen des Staatssekretariats für Staatssicherheit ist gegenwärtig ausschließlich auf die verschiedenen Systeme des Parteilehrjahres beschränkt.
Das gegenwärtige System der politischen Schulung gewährleistet in der Thematik und Organisation nicht eine schnelle Erreichung des Erziehungszieles für die Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit.
Die Übernahme der Thematik des Parteilehrjahres führte dazu, daß die Mitarbeiter des SfS mit einer Reihe wichtiger politischer Probleme der Gegenwart, die für die Durchführung ihrer Aufgaben beherrscht werden müssen, nicht vertraut gemacht wurden. So wurden z. B. im Parteilehrjahr 1953/54 solche wichtigen Fragen wie: „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation", die ökonomischen und politischen Grundlagen und die Aufgaben unserer Staatsmacht, Klassen und Klassenkampf, die Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft sowie die Fragen der Blockpolitik und der Nationalen Front völlig ungenügend behandelt. Das gleiche gilt für das Parteilehrjahr 1954/55.
Das Ergebnis und die geringe Teilnahme am Parteilehrjahr 1953/54 hat gezeigt, daß die allgemeine Form zur Durchführung der politischen Schulung in der Freizeit nicht mehr tragbar ist. In den meisten Kreisdienststellen war es nicht möglich, eigene Zirkel zu bilden, so daß eine Vielzahl Parteimitglieder in verschiedenen Zirkeln der örtlichen Parteiorganisationen

762 SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 59–70. – Titel im Wortlaut: „Vorlage an die Sicherheitskommission betr. Änderung des gesamten Schulungs- und Ausbildungssystems in den Organen des Staatssekretariats für Staatssicherheit", eingereicht von der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. – Namenszeichen auf Bl. 59: App[elfeller]/Re. – Handschriftlicher Vermerk: „Beschluß am 4.3.55 in der Sicherheitskom[mission] behandelt und bestätigt". – Zum Beschluß des Entwurfs siehe auch Protokoll der Sicherheitskommissionssitzung am 4.3.1955; BA-MA, DVW 1/39545, Bl. 4. – Daß der Text des Entwurfs demjenigen des Beschlusses entspricht, läßt sich aus dem Beschlußvermerk schließen sowie daraus, daß die Instruktion der SED-Kreisleitung im SfS Berlin vom 11.6.1955 „zur Vorbereitung der marxistisch-leninistischen Schulung in den Organen des SfS" die Zirkelaufteilung und die Themen der einzelnen Zirkel aus dem hier wiedergegebenen Dokument übernimmt; BStU, ZA, DSt 100120, ohne Blattzählung.

studierte, wodurch eine enge Verbindung der politischen Themen mit ihrer eigenen Arbeit völlig fehlte.
Die Parteileitungen haben der Durchführung des Parteilehrjahres ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt. Den Parteileitungen wurde durch die Zersplitterung der Genossen auf die örtlichen Zirkel die Übersicht und die Kontrolle erschwert. Auch die Kreisleitungen der Partei[763], insbesondere die 1. Sekretäre, kümmerten sich völlig ungenügend um die Durchführung des Parteilehrjahres in den Dienststellen der Staatssicherheit.
Die Mehrzahl der Dienststellenleiter erkannte nicht die große Bedeutung und Notwendigkeit einer qualifizierten politischen Ausbildung der Mitarbeiter und übte deswegen auch keinerlei Einfluß auf die Verbesserung des Studiums der Genossen aus.
Bei der Durchführung des Parteilehrjahres besteht auch keine Möglichkeit der Koordinierung der marxistisch-leninistischen mit der fachlichen Schulung.
Für die leitenden Funktionäre gibt es kein ihren besonderen Aufgaben entsprechendes Studium.

II.Vorschlag zur Änderung der politischen Schulung

Für die gesamte Schulung der Mitarbeiter des SfS muß ein System geschaffen werden, das allen Anforderungen in ideologischer und organisatorischer Hinsicht gerecht werden kann. Dabei muß vor allem erreicht werden, daß die politischen Schulungen zu einer echten, wirksamen Unterstützung der operativen Arbeit der Genossen Mitarbeiter des SfS wird. [sic!]
Die marxistisch-leninistische Schulung muß in ihrem Inhalt darauf gerichtet sein, die Mitarbeiter des SfS mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen, sie zu selbstlosen, von hohem Bewußtsein durchdrungenen Kämpfern der Arbeiterklasse zu erziehen. Sie müssen befähigt werden, klassenmäßig an die Lösung ihrer wichtigen Aufgaben heranzugehen. Ausgerüstet mit hohen moralischen Eigenschaften müssen die Mitarbeiter des SfS mit Liebe und Ergebenheit zu unserem Volke und mit unversöhnlichem Haß gegen die Feinde unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht erfüllt sein.
Die Thematik muß auf grundsätzlichen Themen des Marxismus-Leninismus und Fragen der gegenwärtigen Politik der Partei aufgebaut sein, die eine enge Verbindung mit den Aufgaben des SfS ermöglichen.

Inhalt der Thematik:

Marxistisch-leninistische Theorie des Staates, der Klassen und des Klassenkampfes, dialektischer und historischer Materialismus, die nationale Frage und die Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation, die Schaffung der

763 Gemeint: die territorialen SED-Kreisleitungen.

Grundlagen des Sozialismus in der DDR, Fragen der Bündnispolitik, der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Frage des proletarischen Internationalismus, besonders die Rolle der Sowjetunion, Geschichte der KPdSU, die Rolle der Volksmassen und der Persönlichkeit in der Geschichte, die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Die Themenpläne für die einzelnen Zirkel der marxistisch-leninistischen Schulung gliedern sich in:

1. Grundsätzliche politische Themen für alle Zirkelarten und
2. Politische Grundthemen des jeweiligen operativen Arbeitsgebietes.
   (Siehe die in der Anlage beigefügten Themenpläne.)

Um eine enge Verbindung der marxistisch-leninistischen Schulung mit der theoretischen Fachausbildung zu erreichen, müssen die Themenpläne beider Schulungsarten koordiniert werden.
In die Themenpläne der theoretischen Fachausbildung für die einzelnen operativen Arbeitsgebiete sind bestimmte Spezialthemen des jeweiligen operativen Arbeitszweiges aufzunehmen (z. B. über die Landwirtschaft, Finanzen, Handel, Verkehr, Industrie usw.).
Für die Mitarbeiter der jeweiligen operativen Arbeitsgebiete sind nach Möglichkeit im Republiksmaßstab kurze Lehrgänge zur Hebung des politischen und fachlichen Wissens durchzuführen.

Zur Organisation:

Das Parteilehrjahr in seiner jetzigen Form wird ausgesetzt. An seine Stelle tritt das System der marxistisch-leninistischen Schulung. Hauptverantwortlich ist und bleibt die Parteiorganisation.
Unter Berücksichtigung des politischen Niveaus und des jeweiligen Arbeitsgebietes der Angehörigen des SfS sind folgende Zirkel zu bilden:
Zirkel I
Politische Grundschule des Parteilehrjahres.
Teilnehmer:
Alle Angehörigen des SfS, die noch keine bzw. nur geringe politische Ausbildung haben. In der Hauptsache technisches Personal, Reinemachefrauen, Heizer und Zivilangestellte.
Zirkel II
Studium der Geschichte der KPdSU 1. und 2. Lehrjahr.
Teilnehmer:
Neueingestellte und Mitarbeiter des SfS, die bisher noch nicht die Geschichte der KPdSU studierten bzw. das Studium der Geschichte der KPdSU noch nicht beendet haben.
Zirkel III
Marxistisch-leninistische Schulung nach dem Themenplan für den Zirkel III, siehe Anlage A.

Teilnehmer:
In diesem Zirkel studieren die Mitarbeiter des SfS, die sich in ihrer operativen Arbeit mit den Fragen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Finanzen und der Untersuchung von Schädlingstätigkeit und Sabotage in der Volkswirtschaft beschäftigen sowie die Mitarbeiter der Abteilungen Wirtschaft und Verwaltung im Organ des SfS.
Zirkel IV
Marxistisch-leninistische Schulung nach dem Themenplan für den Zirkel IV, siehe Anlage B.
Teilnehmer:
In diesem Zirkel studieren die Mitarbeiter des SfS, die sich in der operativen Arbeit mit der Bekämpfung der Untergrundbewegung und der Spionageabwehr beschäftigen; des weiteren die Mitarbeiter, die in den Organen der Volkspolizei arbeiten.
Zirkel V
Marxistisch-leninistische Schulung nach dem Themenplan für den Zirkel V, siehe Anlage C.
Teilnehmer:
In diesem Zirkel studieren die Mitarbeiter des SfS, die sich in ihrer operativen Arbeit mit der Aufklärung der feindlichen Agentenzentralen und der Kirche beschäftigen sowie die Mitarbeiter, die vorwiegend eine überwachende Tätigkeit ausüben.
Zirkel VI
Marxistisch-leninistische Schulung nach dem Themenplan für den Zirkel VI, siehe Anlage D.
Teilnehmer:
In diesem Zirkel studieren die Mitarbeiter des SfS, die sich in der Durchführung ihres Dienstes mit den Fragen der Beobachtung und Ermittlung bestimmter Personen, des persönlichen Schutzes der leitenden Funktionäre, der Chiffre und Statistik, der Kaderarbeit, der Verwaltung und Wirtschaft im Organ des SfS und des Schutzes der Dienstgebäude des SfS beschäftigen.
Zirkel VII
Studiengruppen auf der Grundlage von Interessengemeinschaften für leitende Kader nach individuellen Studienplänen entsprechend des jeweiligen Aufgabengebietes in den Grundthemen der Fragen der politischen Ökonomie, des dialektischen und historischen Materialismus, der marxistisch-leninistischen Staatstheorie, der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie auf dem Gebiet der Militärwissenschaft.
Die Abteilung Propaganda der Kreisleitung beim SfS berät die in Frage kommenden Genossen über ihr Studium, organisiert in größeren Abständen Konsultationen und ermöglicht den Genossen entsprechende Vorlesungen in den Parteikabinetten und an den Universitäten zu besuchen.

Teilnehmerkreis:
Die Genossen Stellvertreter des Staatssekretärs, Hauptabteilungsleiter und deren Stellvertreter, Abteilungsleiter selbständiger Abteilungen in Berlin und Bezirksdienststellenleiter und deren Stellvertreter.
Die marxistisch-leninistische Schulung in den Zirkeln I und II wird entsprechend den Materialien des Parteilehrjahres nach den Beschlüssen des ZK durchgeführt.
Die marxistisch-leninistische Schulung in den Zirkeln III, IV, V und VI wird nach den in der Anlage beigefügten Themenplänen auf der Grundlage von Lektionen, Selbststudium und Seminaren durchgeführt.
Die Propagandaabteilung der Kreisleitung im SfS wird beauftragt, ein halbes Jahr vor Beginn des 2. Studienjahres der marxistisch-leninistischen Schulung die neuen Themenpläne auszuarbeiten und zur Bestätigung der Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK vorzulegen.
Die Schwerpunkte der politischen Grundthemen im 2. Studienjahr müssen auf die marxistisch-leninistische Weltanschauung gerichtet sein.
Die marxistisch-leninistische Schulung wird alle 14 Tage 2 Stunden innerhalb der Dienstzeit durchgeführt.
Jedes Lehrjahr muß ein in sich abgeschlossenes Ganzes bilden, an dessen Ende Prüfungen in den einzelnen Gruppen durchgeführt werden.
Zur Verwirklichung dieses Systems ist es notwendig, eine straffe, gut organisierte zentrale Leitung zu schaffen, die beim Büro der Kreisleitung des SfS liegen muß. Dazu ist erforderlich, dem Büro der Kreisleitung das Recht der Anleitung und Kontrolle der Schulung bis in die Parteiorganisationen der Kreisdienststellen einzuräumen.
Des weiteren muß die Abteilung Propaganda der Kreisleitung des SfS mit ideologisch qualifizierten Kadern verstärkt werden. Bei den Parteileitungen in den Bezirksdienststellen müssen je nach Größe ein bis zwei Genossen hauptamtlich für die marxistisch-leninistische Schulung eingesetzt werden.
Die Abteilung Propaganda der Kreisleitung des SfS hat die Aufgabe, die Propagandisten und Schulungsgruppenleiter anzuleiten und die entsprechenden Materialien auszuarbeiten.

III. Unterstützung durch die Leitung des Staatssekretariats und durch die Dienststellenleiter

Die Leitung des Staatssekretariats, einschließlich der Dienststellenleiter, sind [sic!] für die Durchführung der marxistisch-leninistischen Schulung mit verantwortlich. Sie haben in Zusammenarbeit mit der Parteiorganisation die reibungslose organisatorische Durchführung der marxistisch-leninistischen Schulung und hundertprozentige Teilnahme aller Angehörigen des SfS zu garantieren.
Um das eben Gesagte zu gewährleisten, sind folgende Maßnahmen notwendig:

a) Herausgabe eines grundsätzlichen Befehls des Staatssekretärs[764];
b) Erweiterung der Stellenpläne (Propagandisten in der Kreisleitung und in den Parteileitungen der Bezirksverwaltungen);
c) Sorge für die Koordinierung der politischen mit der fachlichen Schulung und Ausbildung;
d) Organisatorische Sicherstellung der Durchführung des neuen Systems der marxistisch-leninistischen Schulung, einschließlich der zum Abschluß des Lehrjahres durchzuführenden Prüfung. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind wie alle anderen wichtigen Vorkommnisse in der politischen Arbeit und im parteimäßigen Verhalten des einzelnen Genossen Mitarbeiters von den Personalabteilungen in die Personalakte aufzunehmen.

IV. Koordinierung der marxistisch-leninistischen Schulung mit der fachlichen Ausbildung

Die fachliche Breitenschulung ist wie die marxistisch-leninistische Schulung in einem geschlossenen, parallel laufenden Ausbildungsjahr mit der Absolvierung von Abschlußprüfungen durchzuführen. Außer der Behandlung von Grundfragen der operativen Arbeit sind in den Ausbildungsplänen die Schieß- und Grundausbildung sowie die Fragen der inneren Ordnung aufzunehmen.

Beschluß:

Die Sicherheitskommission bestätigt die Vorschläge der Abteilung für Sicherheitsfragen für die Änderung des Schulungs- und Ausbildungssystems sowie die in der Anlage beigefügten Themenpläne der marxistisch-leninistischen Schulung im Staatssekretariat für Staatssicherheit.
Die Sicherheitskommission beschließt, dem Politbüro zu empfehlen:
a) Die Aussetzung des Parteilehrjahres ab Mai 1955;
b) Den Beginn eines neuen geschlossenen Ausbildungsjahres für die marxistisch-leninistische Schulung sowie der fachlichen Breitenschulung und Ausbildung am 1. Sept[ember] 1955;
c) Der Beschluß des Politbüros vom 23.2.1954 über den Parteiaufbau in den Organen des Staatssekretariats für Staatssicherheit[765] wird dahingehend geändert, daß die Kreisleitung und ihr Büro in den Fragen der Durchführung der marxistisch-leninistischen Schulung das Recht erhält, bis in die Kreisdienststellen anzuleiten und zu kontrollieren.

764 Vgl. Dokument 9, S. 199.
765 „Vorlage an das Politbüro betr. Parteiaufbau im SfS“, in: Vorlage der ZK-Abt. für Sicherheitsfragen an das Politbüro vom 11.2.1954 betr. „Bestätigung der neuen Politstatute für die verschiedenen Zweige der Volkspolizei“. Anlage zum Protokoll der Politbürositzung am 23.2.1954 (Arbeitsprotokoll); SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/336, ohne Blattzählung. Zum Beschluß siehe Reinschriftprotokoll; ebenda, J IV 2/2/349, Bl. 6.

Anlage A

Themenplan für den Zirkel III

Teilnehmer:
Mitarbeiter des SfS, die sich in ihrer operativen Arbeit mit den Fragen der Volkswirtschaft, des Verkehrs und mit den Fragen der Verwaltung und Wirtschaft im eigenen Organ beschäftigen.

Themen:

1. Die marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen und dem Klassenkampf.
2. Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat, von der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats. Die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Arbeiter und Bauern.
3. Die politische Geographie Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik.
4. Das Wesen des Imperialismus und die Rolle des USA-Imperialismus in Westdeutschland.
5. Die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage und ihre Bedeutung für den Kampf des deutschen Volkes um seine nationale Einheit.
6. Die Grundzüge der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.
7. Das sozialistische System der Volkswirtschaft, (anhand des „Lehrbuches der Politischen Ökonomie“).
8. Der Marxismus-Leninismus über Krieg und Armee.
9. Der proletarische Internationalismus – der unbesiegbare Kraftquell der internationalen Arbeiterklasse.

Anlage B

Themenplan für den Zirkel IV

Teilnehmer:
In diesem Zirkel studieren die Mitarbeiter des SfS, die sich in ihrer operativen Arbeit mit der Bekämpfung der Untergrundbewegung und der Spionageabwehr beschäftigen, sowie die Mitarbeiter, die in den Organen der Volkspolizei arbeiten.

Themen:

1. Die marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen und dem Klassenkampf.
2. Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat, von der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats. Die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Arbeiter und Bauern.
3. Die Rolle und Aufgaben der bürgerlichen Parteien und Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland.
4. Die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage und ihre Bedeutung für den Kampf des deutschen Volkes um seine nationale Einheit.
5. Die historische Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Sturz des Kapitalismus und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.
6. Der Kampf gegen die feindlichen Agenturen in den Reihen der Partei und der Arbeiterklasse.
7. Der Marxismus-Leninismus über Krieg und Armee.
8. Der proletarische Internationalismus – der unbesiegbare Kraftquell der internationalen Arbeiterklasse.

Anlage C

Themenplan für den Zirkel V

Teilnehmer:
In diesem Zirkel studieren die Mitarbeiter des SfS, die sich in ihrer operativen Arbeit mit der Aufklärung der feindlichen Agentenzentralen und der Kirche beschäftigen sowie die Mitarbeiter, die vorwiegend eine überwachende Tätigkeit ausüben.

Themen:

1. Die marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen und dem Klassenkampf.
2. Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat, von der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats und[:] Die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Arbeiter und Bauern.
3. Der Klassencharakter des Bonner Bundesstaates, Charakter, Rolle und Aufgaben der Parteien in Westdeutschland und Westberlin.

4. Die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage und ihre Bedeutung für den Kampf des deutschen Volkes um seine nationale Einheit.
5. Der dialektische Materialismus und die Weltanschauung der Partei der Arbeiterklasse.
6. Das Wesen der Religion, die Rolle der Kirche und Sekten – die Politik unserer Partei und Regierung gegenüber der Kirche.
7. Der Marxismus-Leninismus über Krieg und Armee.
8. Der proletarische Internationalismus – der unbesiegbare Kraftquell der internationalen Arbeiterklasse.

Anlage D

Themenplan für den Zirkel VI

Teilnehmer:
In diesem Zirkel studieren die Mitarbeiter des SfS, die sich in der Durchführung ihres Dienstes mit den Fragen der Beobachtung und Ermittlung bestimmter Personen, des persönlichen Schutzes der leitenden Funktionäre, der Chiffre und Statistik, der Kaderarbeit, der Verwaltung und Wirtschaft im Organ des SfS und des Schutzes der Dienstgebäude des SfS beschäftigen.

Themen:

1. Die marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen und dem Klassenkampf.
2. Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat, von der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariat. Die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Arbeiter und Bauern.
3. Der sozialistische Sowjetstaat, die höchste Form der Demokratie.
4. Das Wesen des Imperialismus.
5. Die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage und ihre Bedeutung für den Kampf des deutschen Volkes um seine nationale Einheit.
6. Die Grundzüge der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.
7. Der Marxismus-Leninismus über Krieg und Armee.
8. Der proletarische Internationalismus – der unbesiegbare Kraftquell der internationalen Arbeiterklasse.

9. Juni 1955

Befehl 171/55 des Staatssekretärs für Staatssicherheit[766]

Vom Politbüro des ZK der SED wurde beschlossen, im Staatssekretariat für Staatssicherheit ab 1.9.55 ein neues System der marxistisch-leninistischen Schulung einzuführen.[767]
Das Parteilehrjahr, wie es bisher durchgeführt wurde, wird zukünftig nicht mehr durchgeführt.
Die Kreisleitung VII c/1 ist für die Durchführung der marxistisch-leninistischen Schulung, für die Ausarbeitung der Lektionen, Seminarpläne und anderer Lehrmittel verantwortlich.

Zur Durchführung dieses Beschlusses des Politbüros

befehle ich:

1. Die marxistisch-leninistische Schulung wird 14-täglich von 8.00–10.00 Uhr durchgeführt. Die Teilnahme ist für alle Mitarbeiter Pflicht. Grundlage der Schulung sind Lektionen und Seminare.
2. Die Hauptabteilungsleiter, Leiter selbständiger Abteilungen, die Leiter der Bezirksverwaltungen und die Kreisdienststellenleiter haben die Durchführung der marxistisch-leninistischen Schulung zu kontrollieren. Die Leiter haben die Auswahl der Propagandisten durch die Parteiorganisationen zu unterstützen und sind verpflichtet, die Mitarbeiter zum regelmäßigen Selbststudium und zur aktiven Beteiligung an der Schulung anzuhalten.
3. Versetzungen von Propagandisten sind nur nach Zustimmung des Leiters der HA Kader und Schulung des Staatssekretariats für Staatssicherheit zulässig. Die Abschluß- und Prüfungsergebnisse der Teilnehmer an der marxistisch-leninistischen Schulung sind nach Abschluß eines jeden Lehrjahres in die Personalakten aufzunehmen.
4. Die Stellenpläne der Leitung der Betriebsparteiorganisationen der Bezirksverwaltungen sind entsprechend der Anlage 1[768] zu erweitern. Bis zum 1.7.55 sind diese Stellen mit qualifizierten Mitarbeitern durch die Kaderabteilungen der Bezirksverwaltungen zu besetzen.

766 BStU, ZA, DSt 100120. – Handschriftliche Vermerke auf Seite 1: Ablage 8; 814/57. – Handschriftlich gezeichnet auf S. 2: Wollweber.
767 Vgl. Dokument 8, S. 190–198.
768 Handschriftliche Ergänzung: „17.6. an [Hauptabteilung] KuSch gegeben“. Die Anlage 1 ist nicht überliefert.

10. Februar 1956

Direktive 1/56 des Ministers für Staatssicherheit[769]

Der Kampf um die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik und die Stärkung ihrer internationalen Autorität erfordert von den Genossen der Staatssicherheit ein *Höchstmaß an Verantwortung*, *politischer Festigkeit*, tiefe Verbundenheit zwischen der Politik der Partei und des täglichen Kampfes [sic!] gegen die Feinde unserer Republik.
Mehr und mehr müssen die Genossen verstehen, daß sie als Parteimitglieder die Pflicht haben, gegen alle Erscheinungen der kleinbürgerlichen Entartung, des gegenseitigen Verdeckens von Fehlern, Familienpolitik, spießbürgerliches Leben [sic!] aufzutreten.
In der von der Sicherheitskommission des Politbüros bestätigten Direktive über die Arbeit der Parteiorganisationen in den Organen der Staatssicherheit vom 7.12.54[770] wird die Aufgabe gestellt, das politische Niveau der Mitarbeiter zu heben, die Mitglieder und Kandidaten der Partei zu erziehen, die innere Ordnung, *die Disziplin* und die *Arbeitsmoral* aller Mitarbeiter der Staatssicherheit zu festigen, das *Verantwortungsbewußtsein* zu erhöhen, die *Wachsamkeit* gegenüber jeder feindlichen Tätigkeit zu verstärken, *dadurch die Organe der Staatssicherheit instand zu setzen, jenes Maß der Kampffähigkeit zu erreichen, das notwendig ist, die feindlichen Stützpunkte in der DDR zu liquidieren, die Republik an allen Punkten und jederzeit zuverlässig zu sichern.*
Das entscheidende Kettenglied zur Lösung der vom ZK gestellten Aufgaben ist die Entfaltung eines breiten innerparteilichen Lebens und der Kritik und Selbstkritik in den Grundorganisationen und Leitungen der Partei in den Organen der Staatssicherheit.
Obwohl einige Fortschritte bei der Entfaltung des innerparteilichen Lebens zu verzeichnen sind und auch teilweise Kritik und Selbstkritik geübt wird, gibt es noch bedeutende Hemmnisse bei der Entfaltung des innerparteilichen Lebens und der Kritik und Selbstkritik.
Stalin weist mit folgenden Worten auf die Bedeutung der Kritik hin:

769 BStU, ZA, DSt 101143, ohne Blattzählung. – Titel im Wortlaut: „Direktive Nr. 1/56 über die Beseitigung von Hemmnissen bei der Entfaltung eines innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe der Staatssicherheit“. – Auf S. 6 gezeichnet: Wollweber, Minister. – Verteiler: Stellvertreter des Ministers, Leiter der Hauptabteilungen und Abteilungen im MfS, Chefs der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, Sekretäre in den Parteiorganisationen des Ministeriums für Staatssicherheit.

770 Vgl. Dokument 7, S. 184–189.

„Die Stärke des Bolschewismus besteht ja gerade darin, daß er sich nicht fürchtet, seine Fehler einzugestehen. Mag die Partei, mögen die Bolschewiki, mögen alle ehrlichen Arbeiter und werktätigen Elemente unseres Landes die Mängel unserer Arbeit, die Mängel unseres Aufbaus aufdecken, mögen sie die Wege zur Beseitigung unserer Mängel aufzeigen, *damit es in unserer Arbeit und in unserem Aufbau keinen Stillstand, keinen Sumpf, keine Fäulnis gibt, damit unsere gesamte Arbeit, unser gesamter Aufbau sich von Tag zu Tag verbessert und von Erfolg zu Erfolg schreitet.*“[771]

Um in den Versammlungen der Parteigruppen und Grundorganisationen, in den Aktivversammlungen und in Leitungssitzungen unserer Partei zur vollen Entfaltung der Kritik und Selbstkritik zu kommen, *ist es notwendig, die Hemmnisse, die der Entwicklung der Kritik und Selbstkritik entgegenstehen, zu beseitigen.*

In bezug auf die Arbeit im Ministerium für Staatssicherheit führte Genosse Walter Ulbricht auf der Dienstbesprechung am 3.11.55 aus: „Es gibt Berichte, daß in einem ganzen Teil Parteiorganisationen die Kritik unterdrückt wird.“[772]

Es ist eine Tatsache, daß die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik verschiedentlich behindert wird, weil die Genossen sich fürchten, daß, wenn sie über bestimmte Fragen sprechen, sie sich den Vorwurf der Dekonspirierung zuziehen. Andererseits wird durch leitende Mitarbeiter der Staatssicherheit die Kritik und Selbstkritik unter dem Vorwand, daß über die operative Arbeit in den Versammlungen der Parteiorganisation nicht gesprochen werden darf, unterdrückt.

Dabei wird der Rahmen der operativen Arbeit oft sehr weit gezogen und dadurch die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik behindert.

In den Parteiversammlungen ist es aus Gründen der strengsten Geheimhaltung nicht zulässig, über folgendes zu sprechen:

a) über Namen und Decknamen inoffizieller Mitarbeiter, über die Anzahl von inoffiziellen Mitarbeitern, über ihren Einsatz
b) über die konspirativen Verbindungen zu inoffiziellen Mitarbeitern
c) über operative Vorgänge und noch nicht abgeschlossene operative Maßnahmen
d) über die operative Technik
e) auch nicht andeutungsweise, in welchen Agentenzentralen oder -filialen wir inoffizielle Mitarbeiter haben bzw. schaffen wollen
f) über Pläne und beabsichtigte Maßnahmen in der operativen Arbeit.

Alle anderen Fragen, also auch die Mängel und Fehler in der operativen

771 J. Stalin: Über die Selbstkritik. Aus dem Referat auf der Funktionärversammlung der Moskauer Organisation der KPdSU(B), gehalten am 13.4.1928, dokumentiert in: ders.: Über Selbstkritik, Berlin (Ost) 1950, S. 8–18, hier 10. Hervorhebungen vom MfS.

772 Vgl. Walter Ulbricht: Rede auf der Dienstkonferenz im SfS am 3.11.1955; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/101, Bl. 81–104, hier 91.

Arbeit, können in Parteiversammlungen kritisch und selbstkritisch behandelt werden. Z. B. kann man in Parteiversammlungen jene Mitarbeiter kritisieren – gleichgültig, in welcher Dienststellung – die ihre operativen Aufgaben nicht erfüllen und lange Zeit keinerlei Erfolge in der operativen Arbeit haben. Es können durchaus Genossen kritisiert werden, gleichgültig in welcher Stellung, die einen nicht richtigen Arbeitsstil haben, entweder die Arbeit anderer machen oder die Arbeit und Verantwortung nach unten oder nach oben abzuschieben versuchen. Ist der Abteilungsleiter der Auffassung, daß durch die Behandlung einer *konkreten* Frage eine Dekonspirierung eintreten kann, hat er das Recht, Einspruch zu erheben. In einem solchen Fall ist die Leitung des MfS sofort zu informieren, um prüfen zu können, ob der Abteilungsleiter richtig gehandelt hat. *Jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht und die Pflicht, in Parteiversammlungen Kritik zu üben, gleich an welcher Person und selbstkritisch zum eigenen Verhalten Stellung zu nehmen.* Es ist unzulässig, in irgendeiner Form die Normen der dienstlichen Verhältnisse auf Parteiveranstaltungen zu übertragen. In der Parteiversammlung spielen Dienstgrad und Dienststellung keine Rolle. Das Verhältnis vom Vorgesetzten zum Untergebenen darf nicht in irgendeiner Form in der Parteiversammlung wirksam werden. Jeder Versuch, die sachliche Kritik von unten zu unterdrücken, indem nach einem dienstlichen Vorwand gesucht wird, um den Genossen, der kritisiert hat, loszuwerden, ist strengstens untersagt.

Für die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik ist von Bedeutung, *daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um den kritisierten Zustand zu verändern und daß auf alle Fragen geantwortet wird. Mitarbeitern, die selbstkritisch zu ihren Fehlern Stellung nehmen, muß man helfen, ihre Fehler zu überwinden.*

Werden die Hemmnisse bei der Entfaltung der Kritik und Selbstkritik, insbesondere der Kritik von unten, beseitigt, *dann wird sich auch die operative Arbeit verbessern.* Es wird dann nicht mehr möglich sein, daß ein Teil der Mitarbeiter schlechte operative Arbeit zu verdecken versucht unter dem Vorwand, daß über die operative Arbeit in Parteiversammlungen nicht gesprochen werden darf.

In Parteiversammlungen kann jeder Genosse, gleichgültig, welchen Dienstgrad oder welche Dienststellung er hat, zur Rechenschaft gezogen werden, wenn er durch sein persönliches Verhalten das Ansehen der Partei oder des Ministeriums für Staatssicherheit schädigt oder wenn er selbst darauf verzichtet, rücksichtslos Schwächen und Mängel in der Arbeit oder dem persönlichen Verhalten anderer zu kritisieren.

Es darf nicht eintreten, daß, wie in der HA II des Ministeriums, sich eine Reihe Mitarbeiter längere Zeit hindurch grobe moralische Verfehlungen zuschulden kommen ließen, weil die Kritik und Selbstkritik nicht entwickelt und eine Zusammenarbeit der Leitung der Grundorganisation und der Leitung der Hauptabteilung sowie umgekehrt nicht vorhanden war.

In den Dienstbesprechungen muß, wenn der Leiter die Beratung bestimmter Fragen für notwendig hält, die Diskussion frei sein, d. h., jeder Genosse kann frei seine Meinung sagen.
Es ist z. B. ein solches Verhalten unzulässig, wie in nachfolgenden Beispielen zum Ausdruck kommt:
Die Leitung der Bezirksverwaltung Potsdam bereitete eine Dienstversammlung über Kader- und Erziehungsfragen vor, an der die Genossen Abteilungsleiter, Kreisdienststellenleiter und Parteisekretäre teilnahmen. Das Referat hielt dazu der Leiter der Abteilung Kader und Schulung der Bezirksverwaltung. Als der Genosse sein Referat der Leitung der Bezirksverwaltung vorlegte, indem er das unmoralische Verhalten des Genossen R[...][773] als Beispiel anführte, wie sich ein Abteilungsleiter nicht verhalten soll, war die gesamte Leitung einschließlich des Parteisekretärs der Meinung, daß man dieses Beispiel, weil es sich um einen Abteilungsleiter handelt, nicht anführen soll. Als der Genosse sich davon nicht überzeugen lassen wollte, wurde ihm durch Befehl des Leiters der Bezirksverwaltung die Auswertung des Beispiels verboten.
In den dienstlichen Beziehungen ist natürlich auf die *Einhaltung der militärischen Disziplin zu achten und die Durchführung der Aufgaben sicherzustellen.* Das betrifft alle dienstlichen Aufgaben sowohl in der operativen als auch in der administrativen Arbeit.
Das oben angeführte Beispiel zeigt aber, wie die Befehlsgewalt falsch angewandt wird. In diesem Falle wurde sie angewandt, um das unmoralische Verhalten eines Offiziers zu decken und nicht, um die Aufgaben auf operativem und administrativem Gebiet durchzusetzen.
In der Bezirksverwaltung Neubrandenburg wurde in einer Dienststellenleiterbesprechung am 15.10.1955 die ungenügende Anleitung der Leitung der Bezirksverwaltung gegenüber den Kreisdienststellen kritisiert. Durch Zwischenrufe des Leiters der Bezirksverwaltung wurde die Entfaltung der Kritik behindert. Der Stellvertreter Operativ erklärte in dieser Dienstbesprechung, man müßte die Genossen aussprechen lassen. Danach wurden ihm vom Leiter der Verwaltung Vorwürfe gemacht, weil dadurch angeblich seine Autorität leide.
Das Beispiel aus Neubrandenburg zeigt jedoch, daß es sich in diesem Fall nicht um die strenge Einhaltung der Disziplin und Durchführung der Aufgaben handelt, sondern daß der Leiter der Meinung war, daß seine Autorität leidet, wenn man die Genossen aussprechen läßt.
Der Grad der Autorität hängt aber in erster Linie von der Fähigkeit ab, vorbildlich in seinem Bereich zu leiten, konkrete Anleitung zu geben, richtige Entscheidungen zu treffen und durch gut organisierte Kontrolle über

773 Name anonymisiert.

die Durchführung der Aufgaben und die Lage im eigenen Bereich informiert zu sein.
Das[774] Politbüro hat diese Direktive bestätigt in der Erwartung, daß die Beseitigung der Hemmnisse bei der Entfaltung des innerparteilichen Lebens durch eine unbehinderte Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit *zu einer breiten Entfaltung des innerparteilichen Lebens führt und damit zur Verbesserung der operativen Arbeit, um die höheren Aufgaben der Staatssicherheit entsprechend den neuen, komplizierten Bedingungen des Kampfes erfüllen zu können. .*
Diese Direktive ist allen Mitgliedern und Kandidaten unserer Partei in den Organen der Staatssicherheit zur Kenntnis zu geben und in den Versammlungen der Partei und den Dienstbesprechungen zu behandeln. Innerhalb der Organe der Staatssicherheit soll eine umfassende Auswertung dieser Direktive vorgenommen werden bei gleichzeitiger Sicherung, daß diese Direktive Personen außerhalb der Staatssicherheit nicht bekannt wird.
Der Chef der Bezirksverwaltung hat dem 1. Sekretär der Bezirksleitung diese Direktive zur Kenntnis zu geben.

774 Handschriftliche Ergänzung und Verbesserung: „Die Sicherheitskommission des“.

Anhang

Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv (BA)

DO 1/7	Deutsche Verwaltung des Innern
DO 1/11	Ministerium des Innern

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU), Zentralarchiv (ZA)

AS	Allgemeine Sachablage
DSt	Dokumentenstelle
JHS	Juristische Hochschule des MfS
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
KL-SED	Kreisleitung der SED im MfS Berlin
SdM	Sekretariat des Ministers
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Außenstelle Gera (ASt Gera)

Abt. KuSch	Abteilung Kader und Schulung

Außenstelle Schwerin (ASt Schwerin)

Abt. KuSch	Abteilung Kader und Schulung

Bundesarchiv - Militärarchiv Freiburg (BA-MA)

DVW 1	Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes/Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates (Protokolle der Sicherheitskommission der SED)

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA)

Zentrales Parteiarchiv der SED (DY 30)

IV 2/1	Protokolle der Tagungen des ZK der SED
IV 2/2 bzw. J IV 2/2	Protokolle der Sitzungen des Politbüros der SED
J IV 2/3	Protokolle der Sitzungen des Sekretariats des ZK
IV 2/5	Abteilung Parteiorgane des ZK der SED
IV 2/12	Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED
J IV 2/202	Büro Ulbricht
NY 4182	Nachlaß Ulbricht
NY 4215	Nachlaß Oelßner

Gedruckte Quellen und Literatur

Ammer, Thomas: Die Machthierarchie der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, S. 803–867.

Barkleit, Gerhard: Zur Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR (Berichte und Studien, 5), Dresden 1995.

Barth, Bernd-Rainer u. a. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR, Frankfurt (M.), 3. Aufl. 1995.

Besymenski, Lew: Sowjetischer Nachrichtendienst und Wiedervereinigung Deutschlands: Der Berija-Plan von 1953, in: Krieger, Wolfgang und Jürgen Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges. München, Landsberg am Lech 1997.

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow (BF informiert, 15), BStU, Berlin 1996.

Brunner, Georg: Staatsapparat und Parteiherrschaft in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, S. 989–1029.

Colton, Timothy J.: Commissars, Commanders and Civilian Authority. The Structure of Soviet Military Politics, Cambridge (Massachussetts), London 1979.

Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

Dimitroff, Georgi: Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. 13. August 1935, in: ders.: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin (Ost) 1958, S. 626–668.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Bde. I–VI, Berlin (Ost) 1952–1958.

Eisert, Wolfgang u. a.: Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), 2. Aufl. 1989.

Eisert, Wolfgang: Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der SED-Führung 1948 bis 1952, in: Bruno Thoß (Hrsg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 141–204.

Engelmann, Roger und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57 (BF informiert, 1), BStU, Berlin 1995.

Engelmann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Suckut, Siegfried und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 8), Berlin 1997, S. 51–72.

Fingerle, Stephan und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit (BF informiert, 14), BStU, Berlin 1996.

Flocken, Jan von und Michael F. Scholz: Ernst Wollweber. Saboteur, Minister, Unperson, Berlin 1994.
Förster, Günter: Die Juristische Hochschule des MfS (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/6), BStU, Berlin 1996.
Förtsch, Eckart: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1946–1963), masch. Diss., Erlangen-Nürnberg 1964.
Förtsch, Eckart und Rüdiger Mann: Die SED, Stuttgart u. a. 1969.
Forster, Thomas M.: Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln, 6. Aufl. 1983.
Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln, 2. Aufl. 1984.
Fricke, Karl Wilhelm: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumentation, Köln 1991.
Fricke, Karl Wilhelm: Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED, in: Schönhoven, Klaus und Dietrich Staritz (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 399–414.
Fricke, Karl Wilhelm: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 2), Berlin 1995.
Fricke, Karl Wilhelm und Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956 (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 11), Berlin 1997 (in Vorb.).
Gabert, Josef und Lutz Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990.
Gabert, Josef (Hrsg.): Zur Entlassung werden vorgeschlagen... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente, Berlin 1991.
Georgi, Eva und Helga Weißflog: Unser Ziel – Die Errichtung der Fundamente des Sozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte der BPO der Filmfabrik Wolfen 1949–1955, Wolfen 1986.
Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995.
Gieseke, Jens: Erst braun, dann rot? Zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, in: Suckut, Siegfried und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 8), Berlin 1997, S. 129–149.
Gieseke, Jens: Kurzbiographien (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Siegfried Suckut, Ehrhart Neubert, Clemens

Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil V/4), BStU, Berlin 1997 (in Vorb.).
Gieseke, Jens: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, in: Ehlert, Hans, Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Die bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998 (in Vorb.).
Glaeßner, Gert-Joachim: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpo-litik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 28), Opladen 1977.
Glaser, Günther: Einführung, in: ders. (Hrsg.): „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, Frankfurt (Main) u. a. 1995, S. 19–82.
Glaser, Günther (Hrsg.): „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, Frankfurt (Main) u. a. 1995.
Grenztruppen der DDR, ohne Autor, in: DDR-Handbuch, Bd. 1: A–L, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln, 3. Aufl. 1985, S. 575f.
Herber, Richard und Herbert Jung: Wissenschaftliche Leitung und Entwicklung der Kader, Berlin (Ost) 1964.
Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/10), BStU, Berlin 1997.
Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993.
Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg 1990.
Hoffmann, Dierk, Karl-Heinz Schmidt und Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates. 1949–1961, München, Zürich 1993.
Hollander, Paul: Kritik und Selbstkritik, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. III: Ideologie bis Leistung, Freiburg, Basel, Wien 1969, Sp. 1124–1134.
Jackob, Kerstin: Zur Arbeit des Sektors MfS der Abteilung für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED in den fünfziger Jahren, in: Zwie-Gespräch (1992) 11, S. 12–22.
Janka, Walter: Spuren eines Lebens, Berlin 1991.
Janka, Walter: Die Unterwerfung, München, Wien 1994.
Just, Gustav: Zeuge in eigener Sache, Frankfurt (Main) 1990.
Kaiser, Monika: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 57–86.
Kaiser, Monika: Herrschaftsinstrumente und Funktionsmechanismen der SED in Bezirk, Kreis und Kommune, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, S. 1791–1834.

Kießling, Wolfgang: Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noël Field und Paul Merker, Berlin 1994.
Kießling, Wolfgang: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts (hefte zur ddr-geschichte, 25), Berlin 1995.
Kießling, Wolfgang: Willi Kreikemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef (hefte zur ddr-geschichte, 42), Berlin 1997.
Klein, Thomas: Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung, in: Klein, Thomas, Wilfriede Otto und Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde., Frankfurt (Oder) 1996, S. 9–135.
Klein, Thomas, Wilfriede Otto und Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde., Frankfurt (Oder) 1996.
Klein, Thomas: SED-Parteikontrolltätigkeit in den vierziger Jahren, in: Suckut, Siegfried und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 8), Berlin 1997, S. 89–103.
Knight, Amy: Beria. Stalin´s First Lieutenant, Princeton (New Jersey) 1993.
Kondraschew, Sergei A.: Stärken und Schwächen der sowjetischen Nachrichtendienste insbesondere in bezug auf Deutschland in der Nachkriegszeit, in: Krieger, Wolfgang und Jürgen Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München, Landsberg am Lech 1997, S. 145–153.
Kowalczuk, Ilko-Sascha: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“ Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: Kowalczuk, Ilko-Sascha, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54 (Forschungen zur DDR-Geschichte, 3), Berlin 1995, S. 171–242.
Kowalczuk, Ilko-Sascha und Armin Mitter: „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt. Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53, in: Kowalczuk, Ilko-Sascha, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54 (Forschungen zur DDR-Geschichte, 3), Berlin 1995, S. 31–74.
Kowalczuk, Ilko-Sascha, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54 (Forschungen zur DDR-Geschichte, 3), Berlin 1995.
Krieger, Wolfgang und Jürgen Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges. München, Landsberg am Lech 1997.
Kuppe, Johannes L.: Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. III: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, S. 1370–1400.
Lang, Jochen von: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Berlin 1991.
Laufer, Jochen: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland. Zur Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern in der Sowjetischen Besatzungszone (1946), in: Florath, Bernd, Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Die Ohnmacht

der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146–168.
Litván, György und János M. Bak (Hrsg.): Die ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung, Wien 1994.
Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.
Mampel, Siegfried: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewußtsein für das Totalitarismusmodell, Berlin 1996.
Marcuse, Herbert: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied, Berlin, 2. Aufl. 1969.
Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Fricke, Karl Wilhelm und Bernhard Marquardt: DDR-Staatssicherheit. Das Phänomen des Verrats. Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum 1995, S. 40–108.
Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 9 Bde., hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995.
Matern, Hermann: Die Ergebnisse der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten. Bericht des Genossen Matern, Mitglied des Politbüros der SED, auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands [o.O., o.J.].
Maur, Hans: Die politische Führungstätigkeit der Parteiorganisation der SED beim Aufbau des Kombinats „Schwarze Pumpe“ bis zum V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (April 1955–Juli 1958), masch. Diss., Dresden 1970.
Mitter, Armin und Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.
Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991.
Müller-Enbergs, Helmut: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 3), Berlin 1996, S. 11–154.
Naimark, Norman M.: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation. 1945–1949, Cambridge (Massachusetts), London 1995.
Neuer Weg. Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteiaufbaus und des Parteilebens, 1950–1957.
Neues Deutschland. Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 1950–1957.
Neugebauer, Gero: Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparats durch die SED (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 29), Opladen 1978.
Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil V/1), Berlin 1995.
Otto, Wilfriede (Hrsg.): Dokumente zur Auseinandersetzung in der SED 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 655–672.
Otto, Wilfriede: Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 948–954.

Otto, Wilfriede: Zur Biographie von Erich Mielke. Legende und Wirklichkeit (hefte zur ddr-geschichte, 23), Berlin 1994.
Otto, Wilfriede: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: Klein, Thomas, Wilfriede Otto und Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Frankfurt (Oder) 1996, S. 137–561.
Overesch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995.
Podewin, Norbert: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995.
Prieß, Lutz: Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Frankfurt (Main) 1995, Bd. II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, S. 2464–2508.
Richert, Ernst: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, 11), Köln, Opladen 1958.
Runge, Irene und Uwe Stelbrink: Markus Wolf: „Ich bin kein Spion“, Berlin 1990.
SBZ von A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, 7. Auflage 1962.
Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): „Wollen wir den Sozialismus?“ Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 33 (1991), S. 658–680.
Schneider, Dieter Marc: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), in: Broszat, Martin und Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München, 2. Aufl. 1993, S. 207–217.
Scholz, Michael F.: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997.
Schultz, Joachim: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, 8), Stuttgart, Düsseldorf 1956.
Schulz, Dieter: Der Weg in die Krise 1953 (hefte zur ddr-geschichte, 6), Berlin 1993.
Schwarzenbach, Rudolf: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975) (Bibliothek Wissenschaft und Politik, 17), Köln 1976.
Sélitrenny, Rita und Thilo Weichert: Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991.
Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939–1991, Berlin 1995.
Siebenmorgen, Peter: „Staatssicherheit“ der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993.
Stalin, J. W.: Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1950.
Stalin, J. W.: Über Selbstkritik, Berlin (Ost) 1950.
Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, Frankfurt (Main), 2. Aufl. 1996.
Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957.

Stern, Frank: Dogma und Widerspruch. SED und Stalinismus in den Jahren 1946 bis 1958 (tuduv-studien, Reihe Politikwissenschaften, 59), München 1992.

Stöckigt, Rolf: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 648–654.

Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. von der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS, [o. O., o. J.], Teil III: Die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit. Die erfolgreiche Bekämpfung der Feinde in den er-sten Jahren nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und des plan-mäßigen Aufbaus des Sozialismus (1949–1955); BStU, ZA, VVS MfS 160-69/73.

Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. von der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS, [o. O., o. J.], Teil IV: Der Kampf des Ministeriums für Staatssicherheit um die Gewährleistung der Sicherheit der DDR – ein Beitrag zur Sicherung des Friedens und zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1955–1961); BStU, ZA, VVS MfS 160-87/73.

Suckut, Siegfried (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“ (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 5), Berlin 1996.

Suckut, Siegfried und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 8), Berlin 1997.

Sudoplatow, Pawel Anatoljewitsch und Anatolij Sudoplatow: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf u. a. 1994.

Süß, Walter: „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Henke, Klaus-Dietmar und Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 1), Berlin 1995, S. 83–97.

Süß, Walter: Das Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung (BF informiert, 17), BStU, Berlin 1997.

Uebel, Günter und Erich Woitinas: Die Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren von 1946 bis 1954, masch. Manuskript, Berlin (Ost) 1966.

Unfried, Berthold: Rituale von Konfession und Selbstkritik. Bilder vom stalinistischen Kader, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1994), S. 148–164.

Wagner, Armin: Der Nationale Verteidigungsrat der DDR als sicherheitspolitisches Exekutivorgan der SED, in: Suckut, Siegfried und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS (Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 8), Berlin 1997, S. 169–198.

Weber, Hermann: Die DDR. 1945–1990 (Grundriß der Geschichte, 20), München, 2. Aufl. 1993.

Wenzel, Otto: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR. 1960 bis 1989, Köln 1995.

Wenzke, Rüdiger: Auf dem Weg zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53, in: Thoß, Bruno (Hrsg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 205–272.

Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht (Forschungen zur DDR-Geschichte, 1), Berlin 1995.

Wettig, Gerhard: Sowjetische Wiedervereinigungsbemühungen im ausgehenden Frühjahr 1953? Neue Aufschlüsse über ein altes Problem, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 943–958.

Wettig, Gerhard: Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 674–682.

Wettig, Gerhard: Nochmals: Berijas Deutschland-Politik, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S.1089–1093.

Wettig, Gerhard: Neue Erkenntnisse über Berijas Deutschland-Politik? Neue Aufschlüsse über ein altes Problem, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 1412f.

Wettig, Gerhard: Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschland-Politik im Frühjahr und Sommer 1953, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 495–507.

Woitinas, Erich und Walter Geder: Die Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom IV. bis VI. Parteitag (1954–1963), masch. Manuskript, Berlin (Ost) 1970.

Wollweber, Ernst: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, hrsg. von Wilfriede Otto, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990), S. 350–378.

Zimmermann, Hartmut: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Kaelble, Hartmut, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 322–356.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Agit.-Prop.	Agitation und Propaganda
AS	Allgemeine Sachablage
ASt	Außenstelle
BA-MA	Bundesarchiv - Militärarchiv Freiburg
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BPO	Betriebsparteiorganisation
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BZG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
DSt	Dokumentenstelle
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DVP	Deutsche Volkspolizei
EKO	Eisenhüttenkombinat Ost
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Gen.	Genosse
GM	Geheimer Mitarbeiter – 1950 eingeführte Kategorie eines inoffiziellen Mitarbeiters, galt bis 1968
HA	Hauptabteilung
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
HA PK	Hauptabteilung Politkultur
HA PS	Hauptabteilung Personenschutz
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
HVDGP	Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei
in Vorb.	in Vorbereitung
JHS	Juristische Hochschule
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR – (russ.) Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR
KKK	Kaderkarteikarte
KL-SED	Kreisleitung der SED
KMA	Kulturmassenarbeit
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
KS	Kader und Schulung
KVP	Kasernierte Volkspolizei
LOPM	Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen
masch.	maschinengeschrieben
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstwo gossudarstwennoi besopasnosti SSSR – (russ.) Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR
MWD	Ministerstwo wnutrennich del SSR – (russ.) Ministerium für innere Angelegenheiten der UdSSR
NAW	Nationales Aufbauwerk
ND	Neues Deutschland
NVA	Nationale Volksarmee
o. A.	ohne Autor
o. D.	ohne Datum
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
PK	Politkultur
Plg.	Planung

pol.	politisch
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Verw.	Verwaltung
VP	Volkspolizei
VVS	Vertrauliche Verschlußsache
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZRK	Zentrale Revisionskommission

Personenregister

Ammer, Thomas 12
Appelfeller, Martin 66

Barth, Friedrich 66
Baumann, Ernst 66
Beater, Bruno 21, 69, 178, 179
Becher, Günther 65
Behrens, Friedrich 124
Benary, Arne 42, 124
Berija, Lawrenti P. 28, 30, 31, 32
Borning, Walter 75
Borrmann, Gustav 181
Brode, Richard 100, 101
Brunner, Georg 12

Chruschtschow, Nikita S. 30, 31, 39, 98

Dertinger, Georg 27
Dimitroff, Georgi 104
Dzierzynski, Felix 117

Endesfelder, Siegfried 121
Engels, Friedrich 168, 170
Engmann, Werner 117

Field, Noël H. 24, 81
Fischer, Kurt 47
Forster, Werner 72, 122, 123
Förtsch, Eckart 11
Fricke, Karl Wilhelm 9, 10
Frost, Günther 64, 65
Früholz, Karl 55, 81, 135,

Gartmann, Hermann 21
Gehlen, Reinhard 177
Gieseke, Jens 10, 67
Glaeßner, Gert-Joachim 12
Gold, Franz 69, 87, 88, 101, 144, 154, 155
Grieder, Peter 11
Grimmer, Walter 66
Gromyko, Andrej A. 28
Grotewohl, Otto 32, 36, 92, 96, 97

Hamann Karl 27
Harich, Wolfgang 41, 42, 44, 125
Hartwig, Fritz 66
Hauck, Joachim 65, 182
Heidenreich, Gerhard 72, 74, 76, 101, 108, 111
Herber, Richard 105
Herrnstadt Rudolf 29, 30, 31, 44, 64
Hoffmann, Heinz 46
Hofmann, Artur 75, 76
Honecker, Erich 31, 35, 43, 75

Ignatew, Semjon D. 26

Janka, Walter 41
John, Otto 126, 177, 179, 181
Judin, Pawel 36, 166
Jung, Herbert 105

Kawerznew, M. K. 25
Kießling, Herbert 66
Kießling, Roland 180, 181
Kirow, Sergej M. 157
Klein, Thomas 11
Knoppe, Reinhold 86
Kraus, Alfred 67
Kreikemeyer, Willi 24

Last, Otto 21, 30, 44, 69, 94, 127, 136, 159, 178
Lenin, Wladimir I. 168, 170
Ludwig, Egon 65

Malenkow, Georgi M. 28
Marx, Karl 168, 170
Matern, Hermann 30, 31, 36, 37, 81
Menzel, Rudolf 30
Merker, Paul 24
Mielke, Erich 21, 23, 25, 33, 35, 36, 38, 39, 41, 44, 46, 47, 56, 61, 64, 69, 74, 86, 94, 108, 112, 117, 118, 120, 124, 125, 127, 128, 132, 133, 137, 138, 140, 159, 178, 179, 180

Molotow, Wjatscheslaw M. 28
Mühlpforte, Robert44, 109, 125
Müller, Kurt 24
Müller-Enbergs, Helmut 11
Mundt, Fritz 141

Neugebauer, Gero 12, 13, 15, 17

Otto, Horst 66
Otto, Wilfriede 11

Pitowranow, Jewgeni P. 36, 41, 60, 166
Polenz, Kurt 72
Puschkin, Georgi 36, 41

Rachow, Emil 66
Richert, Ernst 12, 13
Richter, Kurt 67, 121, 127, 133, 178
Riemer, Kurt 75
Röbelen, Gustav 75, 76, 77, 117, 127, 181, 182

Schirdewan, Karl 36, 44, 92
Schmidt-Wittmack, Karlfranz 177, 179
Schönfeld, Kurt 67
Schönherr, Alfred 8, 71, 72, 74, 99, 100, 108, 111, 141
Schultz, Joachim 11, 15
Schwarzenbach, Rudolf 12
Seiler, Willi 66
Semjonow, Wladimir S. 36, 166
Slánský, Rudolf 27
Sobeck, Isolde 55, 65, 68, 87, 106, 135, 152, 153, 156, 158
Sobeck, Josef 86
Stalin, Josef W. 27, 39, 98, 116, 168, 170, 200
Stauch, Gerhard 65
Steinhoff, Karl 23
Stern, Carola 11
Stern, Frank 11
Steudner, Hermann 67, 68, 70, 71, 72, 76, 91, 108, 127, 128, 136, 137, 139, 178, 180, 182
Stoph, Willi 35, 36, 77, 117, 164
Suckut, Siegfried 10
Süß, Walter 10, 25

Tschapek, Gustav 72, 101

Ulbricht, Walter 7, 8, 14, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 43, 44, 56, 57, 58, 59, 61, 71, 72, 82, 88, 89, 92, 93, 98, 99, 102, 106, 112, 116, 117, 124, 130, 135, 144, 145, 147, 152, 153, 164, 166, 201

Vieweg, Kurt 42, 124, 125

Wagenbreth, Rolf 66
Walter, Otto 21, 30, 36, 48, 49, 51, 54, 56, 57, 58, 60, 61, 64, 68, 69, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 94, 101, 117, 134, 135, 136, 144, 154, 155, 159, 166
Weichelt, Günther65, 121, 134, 182
Weikert, Martin 21, 44, 69, 94, 130
Wichert, Erich 94, 108
Wolf, Markus 21, 25, 175, 181
Wollweber, Ernst 7, 8, 22, 25, 31, 36, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 60, 61, 69, 70, 71, 72, 77, 79, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 97, 98, 102, 107, 110, 113, 117, 118, 120, 122, 124, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 137, 138, 140, 146, 147, 148, 166, 177, 178, 179, 180, 182
Wyschinski, Andrej J. 25

Zaisser, Wilhelm 7, 22, 25, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 44, 48, 52, 54, 55, 56, 57, 64, 72, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 90, 94, 96, 97, 101, 106, 112, 116, 131, 134, 135, 136, 138, 143, 144, 145, 146, 147, 152, 160, 161

Angaben zur Autorin

SILKE SCHUMANN,
Jahrgang 1964, Studium der Geschichte in München und Berlin, seit Dezember 1992 Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Forschung in der Behörde des Bundesbeauftragten.
Veröffentlichungen zur Geschichte des Stasi-Unterlagen-Gesetzes sowie zum Verhältnis von SED und MfS.